



Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

- Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin
- Ehescheidungen
- Entwicklung im Einzelhandel
- Inlandstourismus
- Außenhandel nach Ländern
- Gewerblicher Luftverkehr
- Gewerbeanzeigen
- Öffentliche Finanzen
- Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung? ■

4

April

2001

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de

Verlag:

Metzler Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 4343,
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: stba@s-f-g.com

Druck

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich
Erschienen im Mai 2001
Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10
Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-01104
ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 24 05
- Telefax: 0611/75 33 30
- E-Mail: info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	235
Textteil	
Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsunter- suchung im Eurostat Data Shop Berlin	245
Ehescheidungen 1999	253
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000	263
Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO	268
Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern	277
Gewerblicher Luftverkehr 2000	289
Gewerbeanzeigen 2000	295
Öffentliche Finanzen 2000	303
Preise im März 2001	308
Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung?	312
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	321
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.
Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.
Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents	Page
News in brief	235
Texts	
Results of a customer satisfaction study at the Eurostat Data Shop, Berlin	245
Divorces, 1999	253
Development of retail trade in 2000	263
Internal tourism, 2000: New record results in the EXPO year	268
German foreign trade by countries in 2000	277
Commercial air transport, 2000	289
Business notifications, 2000	295
Public finance, 2000	303
Prices in March 2001	308
How productive are investments in industrial research and development?	312
List of the contributions published in the current year	321
Tables	
Summary	1*
Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the „former territory of the Federal Republic“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the „new Länder and Berlin-East“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

In eigener Sache

■ Aktuelle Wirtschaftsindikatoren

Vor gut einem Jahr ist die gedruckte Veröffentlichung „Konjunktur aktuell“ eingestellt worden. Die Tabellen werden seither tagesaktuell über das Internet verbreitet, der Aktualitätsgewinn gegenüber der gedruckten Fassung beträgt in Einzelfällen bis zu vier Wochen.

Zahlreiche Kunden haben bislang die Grafiken vermisst. Jetzt präsentieren wir die aktuellen Wirtschaftsindikatoren in einem neuen Kleid und mit erweiterter Funktionalität:

- Die saisonbereinigten Zeitreihen werden durch anschauliche Grafiken ergänzt.
- Die Nutzerführung ist komplett überarbeitet worden und macht die Breite des Informationsangebots übersichtlicher.

Sobald über die Homepage des Statistischen Bundesamtes (www.statistik-bund.de) die Rubrik „Indikatoren“ angewählt wird, erscheint eine Übersicht über die verfügbaren Wirtschaftsindikatoren und deren Ausprägungen. Die Navigation zu den Grafiken erfolgt über die jeweiligen Tabellen, die sich von der Startseite aus mit einem Mausklick öffnen lassen.

Was die Wirtschaftsindikatoren besonders auszeichnet, ist ihr hoher Aktualitätsgrad und ihre Darstellung in Form von Zeitreihen. Die automatisierte Übernahme der Konjunkturindikatoren aus der Datenbank „STATIS-BUND“ ermöglicht, dass die Daten unmittelbar nach ihrer Freigabe ins Internet übernommen werden können. Somit stehen die Indikatoren fast gleichzeitig mit der entsprechenden Pressemitteilung zur Verfügung.

■ Neuer Bericht zu Wissenschafts- und Technologieindikatoren

In Deutschland wurden 1998 2,3% des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Damit lag Deutschland im Vergleich der Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor Frankreich mit 2,2%, dem Vereinigten Königreich mit 1,8% und Italien mit 1,0%. Einen höheren Anteil erreichten die Vereinigten Staaten (2,6%) und Japan (3,0%).

Der größte Teil der Maßnahmen für Forschung und Entwicklung wird in allen hoch entwickelten Volkswirtschaften in den Unternehmen durchgeführt. In Deutschland entfielen 1998 68% aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf die Wirtschaft, 17% auf die Hochschulen und 15% auf die öffentlichen Forschungseinrichtungen. In den Vereinigten Staaten lag der Anteil des Wirtschaftssektors an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei 75%, in Japan bei 72%. Der öffentliche

Sektor spielte dagegen – im Vergleich zu Deutschland – eine geringere Rolle.

Diese Ergebnisse stammen aus dem neuen Bericht „Wissenschafts- und Technologieindikatoren“ des Statistischen Bundesamtes. Er stellt im internationalen Vergleich für die Mitgliedsländer der OECD Zahlen und methodische Erläuterungen zu 25 Indikatoren zusammen und enthält für Deutschland eine Fülle zusätzlicher Informationen. Durch die umfassende Darstellung liefert die Veröffentlichung zugleich Anregungen zu den Arbeiten im Rahmen des Benchmarking der Europäischen Kommission auf diesem Gebiet.

Weitere Informationen zu internationalen Vergleichen im Bereich „Forschung und Entwicklung“ können der Veröffentlichung „Wissenschafts- und Technologieindikatoren“ des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, die ab sofort als Download im Statistik-Shop (www.statistik-bund.de/shop) zu beziehen ist. Die Druckausgabe ist Ende April 2001 erschienen (Bezugsquellen siehe Impressum).

Weitere Auskünfte erteilt
Frank Schüller, Telefon (06 11) 75 41 31,
E-Mail: forschungsausgaben@statistik-bund.de.

Aus Europa

■ Ausschuss für das Statistische Programm/ EWR-Konferenz

Am 22. März 2001 fand die 40. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/29. EWR-Konferenz in Luxemburg statt. Auf Einladung Eurostats hielt Frau Gabrielle Clotuche, Direktorin der Direktion E „Sozialschutz und Soziale Integration“ der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission, einen Kurzvortrag „Sozialstatistik im Aufwind“, in dem sie auf die Bedeutung harmonisierter Sozialstatistiken für die europäische Sozialpolitik hinwies und finanzielle Unterstützung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) anbot.

Zur Umsetzung des EU-Aktionsplans der Europäischen Zentralbank und Eurostats zu den Statistikanforderungen für die Wirtschafts- und Währungsunion, wurden drei Entwürfe für Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates diskutiert:

Mit dem Verordnungsentwurf zur Einführung einer unterjährigen Arbeitskräfteerhebung bis zum Jahr 2002 sollen nunmehr alle Mitgliedstaaten tief gegliederte Quartalsergebnisse zur Beschäftigung auf der Basis der Arbeitskräfteerhebung vorlegen. Dazu beantragte der deutsche Vertreter eine Übergangsfrist bis Ende 2004, da in Deutschland der Übergang von der gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Mikrozensus durchgeführten jährlichen Erhebung auf einen unterjährigen Erhebungszyklus umfangreiche Vorarbeiten voraussetzt. Eurostat signalisierte dazu seine Zustimmung und wird den Entwurf direkt an das Europäische Parlament und den Rat weiterleiten.

Dem überarbeiteten Verordnungsentwurf zur Einführung eines Arbeitskostenindex als wichtigen Baustein der Inflationsmessung in Europa stimmte der deutsche Vertreter im Grundsatz zu. Mehrere Mitgliedstaaten forderten u. a. eine Verlängerung der vorgesehenen Fristen von 70 Tagen zur Übermittlung der Daten und eine Reduzierung der zu erfassenden Wirtschaftsbereiche. Die zuständige Arbeitsgruppe wird sich nochmals mit dem Entwurf befassen, bevor Eurostat den Entwurf an das Europäische Parlament und den Rat weiterleiten wird.

Der Änderungsvorschlag der ESVG-Verordnung sieht eine Verkürzung der Übermittlungsfristen der vierteljährlichen Hauptaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von derzeit 90 auf 70 Tage, die Aufhebung von für Mitgliedstaaten gewährten Ausnahmeregelungen und eine Übermittlung von Beschäftigungsdaten in der Einheit „geleistete Arbeitsstunden“ und „Vollzeitäquivalent“ vor. Deutschland kann bereits jetzt die Kernpunkte der Änderungsverordnung umsetzen. Vom deutschen Vertreter wurde lediglich Erörterungsbedarf bezüglich der im Entwurf geforderten Rückrechnungen geltend gemacht. Eurostat wird den Entwurf an das Europäische Parlament und den Rat weiterleiten und gleichzeitig Ausnahmeregelungen mit den Mitgliedstaaten bilateral erörtern.

Zum Thema strukturelle Leistungsindikatoren der Europäischen Union, die im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Sondergipfels von Lissabon jährlich von der Kommission veröffentlicht werden, befasste sich der ASP mit Verfahrensfragen im Vorfeld der Veröffentlichung und setzte dazu eine Arbeitsgruppe ein.

Zur Abstimmung nach dem Verfahren des Regelungsausschusses lag dem ASP ein Entwurf zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) vor, der Revisionen des HVPI auf Fehlerkorrekturen oder die Einbeziehung verbesserter Basisinformationen begrenzt. Von deutscher Seite wurde der Verordnungsentwurf mit der Begründung abgelehnt, dass Revisionen für die Gewährleistung der Aussagefähigkeit der HVPI-Ergebnisse auch dann unverzichtbar sind, wenn zum Beispiel eine Erweiterung des Erfassungsbereichs vorgenommen wurde, deren Einfluss auf das Gesamtergebnis signifikant ist. Darüber hinaus wird mit der Umsetzung des Verordnungsentwurfs voraussichtlich künftig eine Doppelberechnung von HVPI und nationalem Verbraucherpreisindex erforderlich sein, die nur mit erheblichem Mehraufwand zu leisten sein wird. Der Verordnungsentwurf erhielt die erforderliche Mehrheit im ASP.

Ferner wurden dem ASP vier weitere Entwürfe von Verordnungen bzw. Entscheidungen der Kommission zur Abstimmung vorgelegt, die neben Durchführungsbestimmungen zur HVPI-Verordnung die Themen „Ad-hoc-Modul in der Arbeitskräfteerhebung 2002 zur Erhebung von Daten über die Beschäftigung behinderter Menschen“, „Verbesserung der Datenverfügbarkeit im Bereich audiovisuelle Märkte und damit verbundenen Branchen“ und „Verbreitung der statistischen Daten, die

gemäß der Richtlinie 95/64/EG des Rates über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs erhoben werden“ betreffen. Die Rechtsaktentwürfe wurden vom ASP jeweils mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

■ Entgelt und Arbeitszeit der Arbeitnehmer im vierten Quartal 2000 in Deutschland und Frankreich

Für den deutsch-französischen Vergleich wurden vom Statistischen Bundesamt und vom französischen Statistischen Zentralamt (INSEE) Indikatoren zur kurzfristigen Lohnentwicklung konzipiert. Sie werden quartalsweise zeitgleich in Wiesbaden und Paris veröffentlicht.

Die dargestellten Indizes basieren in Deutschland auf Auswertungen der Tarifverträge, in Frankreich auf einer vierteljährlichen Erhebung bei Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (ACEMO). Einbezogen werden die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Transport und Nachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe. Als Löhne/Gehälter werden in Deutschland die tariflichen Grundlohn-/gehaltsätze nachgewiesen, in Frankreich die Basislöhne und -gehälter, jeweils ohne Zulagen und Prämien sowie Einmalzahlungen. Die Indizes werden für eine konstante Arbeitnehmerstruktur berechnet (Laspeyres-Indizes).

Nähere Erläuterungen zur Methodik siehe WiSta 1/2001, S. 51 ff. und «*Courrier des statistiques*» Nr. 94/2000.

Im vierten Quartal 2000 lagen die Indizes der Monatslöhne/-gehälter für die Arbeiter und die Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland um 2,4% und in Frankreich um 1,9% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Da die Verbraucherpreise in nahezu gleichem Ausmaß gestiegen sind, blieben die Reallöhne in beiden Ländern fast unverändert (+0,1% in Deutschland, -0,3% in Frankreich).

Die tarifliche Wochenarbeitszeit liegt in Deutschland seit Jahren nahezu unverändert bei 37,0 Stunden. In Frankreich sank sie im vierten Quartal 2000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um fast 1 ½ Stunden bzw. 3,5% auf durchschnittlich 36,8 Stunden. Bei vollem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung stiegen daher in Frankreich die Stundenlöhne/-gehälter mit 5,0% wesentlich stärker als in Deutschland (+2,4%).

Im Jahresdurchschnitt 2000 sind die Monatslöhne und -gehälter in Deutschland nominal um 2,4% und real um 0,5% gestiegen. In Frankreich nahmen sie nominal um 1,7% zu und blieben real konstant. Auf Grund der Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich 3,4% stiegen die Stundenlöhne und -gehälter mit 4,7% nominal wesentlich stärker als in Deutschland (2,4%).

Weitere Auskünfte erteilen
Dirk Heinlein, Telefon (06 11) 75 24 42,
E-Mail: dirk.heinlein@statistik-bund.de, sowie

Kurznachrichten

Sabine Guillaume, Telefon (0033) 1 41 17 54 64,
E-Mail: sabine.guillaume@insee.fr.

■ Neue Projekte der Gruppe Außenhandel im Rahmen des Edicom-II-Maßnahmenpaketes

Das Europäische Parlament und der Rat haben als gemeinsame Entscheidung das Edicom-II-Maßnahmenpaket am 12. März 2001 verabschiedet. Das vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) betreute Edicom-Programm steht für „*electronic data interchange on commerce*“ und dient der technischen Weiterentwicklung der Außenhandelsstatistik in den EU-Ländern. Edicom-II umfasst den Zeitraum 2001 bis 2005 und beinhaltet von Eurostat koordinierte und öffentlich ausgeschriebene so genannte „zentrale Projekte“ sowie „nationale“ Projekte, die von den Mitgliedstaaten in eigener Verantwortung durchgeführt und aus Edicom-Mitteln finanziert werden.

Deutschland hatte sich bereits mit zahlreichen Projekten am ersten Edicom-Maßnahmenpaket beteiligt, das Ende 1999 auslief. Nun hat Deutschland auch für Edicom-II Projektanträge eingereicht. Wenn der erforderliche Kommissionsbeschluss erfolgt ist und die Verträge mit Eurostat abgeschlossen sind, können die folgenden vier Projekte noch in diesem Jahr angegangen werden:

Das Projekt „Entwicklung eines automatisierten Aufbereitungsverfahrens im Extrahandel“ zielt darauf ab, die Bearbeitung der Extrahandelsbelege („Einheitspapiere“) zu beschleunigen und damit auch die Aktualität der Außenhandelsergebnisse weiter zu verbessern. Die Daten sollen künftig unter Einsatz modernster Technik online im Dialog bearbeitet werden. Das Verfahren orientiert sich an der automatisierten Sachbearbeitung im Intrahandel (ASI), über das in dieser Zeitschrift schon wiederholt berichtet wurde.

Das Projekt „Entwicklung eines Schätzverfahrens für Antwortausfälle auf Warenebene“ verfolgt das Ziel, die Qualität der vorläufigen Außenhandelsergebnisse in tiefer fachlicher Gliederung zu verbessern. Dazu wird ein DV-gestütztes Verfahren zur Zuschätzung fehlender Meldungen (Non-Response-Fälle) angestrebt. Diese Zuschätzung soll auf Warennummern und Länder aufgeteilt werden.

Das Projekt „Untersuchung des Außenhandels zwischen verbundenen Unternehmen“ will die Globalisierung im Außenhandel besser abbilden, denn bislang lässt es sich den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik nicht entnehmen, ob es sich um Außenhandel mit verbundenen Unternehmen handelt. Das Projekt beinhaltet eine Umfrage bei ausgewählten Firmen auf freiwilliger Basis, ob es sich jeweils um Transaktionen zwischen verbundenen Unternehmen handelt und wie die Verbundenheit beschaffen ist.

Das Projekt „Ausbau des Intrahandelsregisters in seiner Funktion als Steuerungs- und Kontrollinstrument“ dient der weiteren Qualitätssteigerung der Intrahandelsstatistik, denn das Unternehmensregister erlaubt durch den Vergleich der statistischen Meldungen der am Intrahandel beteiligten Unternehmen mit ihren Umsatzsteuervoranmeldungen an die Finanzverwaltung eine Prüfung der Vollzähligkeit und Vollständigkeit der Meldungen zur Intrahandelsstatistik. Im Rahmen dieses Projektes soll mit dem Bundesamt für Finanzen eine Vereinbarung über die Übermittlung der „zusammenfassenden Meldung über innergemeinschaftliche Warenlieferungen“ getroffen werden, ein Konzept für die Erweiterung des Intrahandelsregisters erarbeitet und die dem Register zugrunde liegende Datenbank und ihre Oberfläche angepasst und getestet werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Albrecht Krockow, Telefon (06 11) 752060.

Aus dem Inland

■ Frühjahrskonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiterkonferenz informierte sich am 27. und 28. März 2001 über verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der amtlichen Statistik, u.a. wurden E-Mail-Richtlinien für den Statistischen Verbund verabschiedet. Ein weiteres wichtiges Thema war die Neugestaltung der Regelungen zur primären Geheimhaltung in Wertetabellen. Die neuen Regelungen sollen die Qualität der Geheimhaltung verbessern und die Informationsverluste für die Konsumenten – unter Wahrung des Schutzinteresses der Befragten vor Deanonymisierung – reduzieren. Sie sind maschinell umsetzbar und flexibel einsetzbar.

Einer Kooperation zwischen amtlicher Statistik, Kommunalstatistik, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung unter der Bezeichnung „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“ wurde zugestimmt. Im Zentrum soll dabei das Bemühen stehen, die räumlich gegliederten Informationsangebote komfortabler auch für jene Interessenten zu erschließen, die Daten aus den Quellen der genannten Partner bzw. Gruppen von Partnern benötigen.

Für die Umsetzung der EU-Konjunkturverordnung im Dienstleistungsbereich soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die die Finanzverwaltungen der Länder und die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet, die hierfür notwendigen Angaben – soweit verfügbar – monatlich an die amtliche Statistik zu liefern. Die Amtsleiterkonferenz hat eine Projektgruppe beauftragt, sich mit den organisatorischen und praktischen Fragen zu beschäftigen.

Ferner nahmen die Amtsleiter den Stand der Arbeiten am umfassenden statistikinternen Unternehmensregister (URS 95) sowie den Arbeitsfortschritt am URS 99 zur

Kenntnis. Das Statistische Bundesamt berichtete über den Stand der Diskussion zur Einführung einer bundeseinheitlichen und behördenübergreifenden Unternehmensnummer. Die Bundesanstalt für Arbeit hat sich bereit erklärt, bei Erfüllung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen die einheitliche Unternehmensnummer zentral zu vergeben und zu verwalten. Das in der Projektgruppe „Abbau von Bürokratie“ federführende Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie beabsichtigt, im Juli 2001 den Entwurf eines Testgesetzes zur Einführung der bundeseinheitlichen und behördenübergreifenden Unternehmensnummer ins Kabinett einzubringen. In dem Test soll das Verfahren in ausgewählten überschaubaren Regionen mit ausgewählten Behörden auf die Machbarkeit hin überprüft werden, um Vorgaben für die inhaltliche und technische Ausgestaltung bei der flächendeckenden Einführung ab 1. Januar 2005 festzulegen. Die mit dem Thema befasste Vorbereitungsgruppe URS 99 hat vereinbart, dass dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und der Bundesanstalt für Arbeit die abgestimmte Position der amtlichen Statistik zu den Anforderungen und dem zu erwartenden Nutzen übermittelt wird.

Die Amtsleiter informierten sich über den Stand der Vorbereitung eines Zensusgesetzes. Der Gesetzentwurf zum Zensusgesetz wurde im Januar 2001 vom Bundeskabinett verabschiedet und anschließend in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats diskutiert. Die Länder fordern weiterhin einstimmig eine Kostenbeteiligung des Bundes. Das Plenum des Bundesrats hat am 9. März 2001 über die Vorlage entschieden. Nach dieser Entscheidung fordert der Bundesrat „die Bundesregierung auf, in dem Gesetzentwurf eine Beteiligung des Bundes in Höhe von mindestens 50% an den Kosten der Länder und Gemeinden gesetzlich vorzusehen“. Wegen der Dauer des Gesetzgebungsverfahrens hat die Projektgruppe Zensus eine Verschiebung des Stichtags für die Testerhebung vom 19. September 2001 auf den 14. März 2002 vorgeschlagen. Der neue Stichtag muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch eingebracht werden.

Die bisherigen Arbeiten und die geplanten Aktivitäten zur statistischen Erfassung und Beschreibung der Informationsgesellschaft/Informationstechnologie und der Biotechnologie waren ein weiterer Beratungspunkt. Noch in diesem Jahr plant das Statistische Bundesamt eine Umfrage bei Unternehmen im Bereich Biotechnologie sowie eine Querschnittsveröffentlichung für den Bereich Informationsgesellschaft. Das Statistische Bundesamt berichtete ferner über die seit dem Frühjahr 2000 erfolgten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Übergang auf ein Konzept der unterjährigen Erhebung des Mikrozensus. Die Amtsleiter waren sich einig, dass der unterjährige Mikrozensus notwendig ist und ab dem Jahr 2005 eingeführt werden soll.

Weitere Diskussionspunkte waren der Stand der Neukonzeption der laufenden Bevölkerungsstatistiken und die bisherige Umsetzung sowie der Stand und die Weiterentwicklung der Arbeiten an GENESIS. In diesem Zusammenhang begrüßten die Amtsleiter die im Statistischen

Bundesamt durchgeführten Arbeiten zur Bereitstellung einer grafischen Benutzeroberfläche für GENESIS unter Einsatz internetfähiger Technologien. In einem Vortrag wurden neue Verfahren einer optimalen DV-Unterstützung der Finanz- und Personalstatistiken, die zu rationalen und sehr nutzerfreundlichen Abläufen führen, in ihren Grundzügen vorgestellt.

■ „w3stat“ weiter ausgebaut

Zu Beginn des Jahres 2001 ist das „w3stat“-System, mit dessen Hilfe Intrahandelsmeldungen über das Internet an das Statistische Bundesamt versandt werden können, um ein Dialog-Datenerfassungsprogramm erweitert worden. Damit konnte das bislang verwendete – aber nicht in „w3stat“ integrierte – Softwarepaket „CBS-IRIS“ abgelöst werden. Das neue „w3stat“-Dialog-Datenerfassungsprogramm wurde unter Zuhilfenahme der Programmiersprache Java entwickelt und entspricht den modernsten Standards.

Für die Installation und Nutzung des Programms ist ein Personal-Computer mit mindestens 64 MB-Hauptspeicher erforderlich. Darüber hinaus muss Windows 95/98/2000 oder Windows NT mit einem gängigen Internet-Browser zur Verfügung stehen.

Das neue „w3stat“-Erfassungsprogramm bietet den Anwendern insbesondere folgende Verbesserungen:

- Menüführung über eine grafische Oberfläche
- Direkte Versendung von erzeugten Meldedateien über das Internet
- Möglichkeiten der Weiterentwicklung der „w3stat“-Software zu einer vom Betriebssystem unabhängigen Anwendung
- Download des Programms über Internet möglich
- Automatisierte Installierung des Programms

Ferner ist das neue „w3stat“-Datenerfassungsprogramm mandantenfähig, das heißt es kann auch von Drittanmeldern zur Erstellung von Meldungen für mehrere Auskunftspflichtige eingesetzt werden. Dazu können Stammdaten, die in unterschiedlichen Meldungen immer wieder benötigt werden, hinterlegt werden. Das Programm gliedert die Stammdaten in Angaben über die Auskunftspflichtigen, Angaben über die Drittanmelder, Angaben zu Artikeln, Wechselkursen, Berechnungsformeln und Standardvorbelegungen. Zur Sicherung dieser Daten können sie aus dem Erfassungsprogramm exportiert und separat gespeichert werden.

Die Erstellung der eigentlichen Meldungen wird ferner durch zahlreiche Hilfsfunktionen unterstützt. So werden für alle Eingabefelder, in die ein Signierschlüssel einzutragen ist, Auswahllisten mit der Bedeutung der Schlüssel angeboten. Dazu gehört auch die Liste aller gültigen Warennummern mit den zugehörigen Langtexten. Das Programm prüft dann unmittelbar bei der Eingabe, ob

Kurznachrichten

die angemeldeten Schlüsselnummern zulässig und gültig sind. Außerdem ist dem Programm im Rahmen des Hilfesystems ein ausführliches Handbuch hinterlegt.

Das „w3stat“-Erfassungsprogramm wird derzeit bereits von mehr als 5000 Anwendern genutzt. Die Reaktionen auf das neue Programm sind durchweg positiv. Mit der reibungslosen Integration des neuen Programms ist eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Aktualität und Qualität der Intrahandelsstatistik erfüllt.

Kompakt

■ Mikrozensus 2000: Leben und Arbeiten in Deutschland

In einer Pressekonferenz am 19. April 2001 wurden in Berlin die ersten Ergebnisse des Mikrozensus 2000 – mit rund 800 000 interviewten Personen die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa – vorgestellt.

Der Bericht „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2000“ steht als PDF-Dokument im Internet unter der Adresse www.statistik-bund.de kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Nachfolgend einige Ergebnisse zu ausgewählten Merkmalen:

Männer fast doppelt so häufig als Führungskräfte tätig wie Frauen

Ein Schwerpunkt des Mikrozensus 2000 waren Fragen zur Position der Erwerbstätigen in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung.

Im Mai 2000 gaben 11% der abhängig beschäftigten Frauen (1996: 10%) an, als Führungskraft oder mit herausgehobener Tätigkeit beschäftigt zu sein, 10% als leitende Angestellte und 1% als Beamtinnen im höheren Dienst. Knapp ein Drittel aller Führungskräfte in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung war damit weiblich (1,6 Mill.), mehr als zwei Drittel (3,5 Mill.) waren männlich. Im Mai 2000 waren knapp 20% (1996: 19%) aller abhängig erwerbstätigen Männer als leitende Angestellte (18%) bzw. als Beamte im höheren Dienst (knapp 2%) beschäftigt. Insgesamt stufte sich jeder sechste Arbeitnehmer (16%) als Führungskraft oder Beschäftigter mit herausgehobener Tätigkeit ein.

Nur in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen waren Frauen und Männer mit anteilig 7% – bezogen auf alle abhängig erwerbstätigen Frauen bzw. Männer in dieser Altersgruppe – als Führungskräfte gleich stark vertreten.

Frauen waren mit einem Anteil von gut 13% an allen erwerbstätigen Frauen am häufigsten in der Altersklasse von 30 bis unter 45 Jahren als Führungskräfte und Beschäftigte mit herausgehobenen Tätigkeiten in Unterneh-

men oder in der öffentlichen Verwaltung anzutreffen. Bei 45- bis 60-jährigen Frauen nahmen knapp 12% Führungsaufgaben wahr – familiär bedingte Unterbrechungen dürften ein wichtiger Grund für den zurückgehenden Anteil bei Führungspositionen sein.

Bei Männern in Führungspositionen gilt nach wie vor das Senioritätsprinzip: Je älter desto häufiger werden Führungsaufgaben wahrgenommen. So nahmen nur knapp 25% der 45- bis unter 60-jährigen Männer im Jahr 2000 Führungsaufgaben bzw. herausgehobene Tätigkeiten in Unternehmen oder der Verwaltung wahr, aber 29% der 60-jährigen und älteren Männer.

Selbständige weisen eine ähnliche Altersstruktur wie abhängig beschäftigte Führungskräfte auf; gut die Hälfte aller Selbständigen ist 45 Jahre und älter. In der Gruppe der abhängig beschäftigten Führungskräfte waren im Jahr 2000 allerdings nur noch 4% über 60 Jahre alt, bei den selbständigen Führungskräften waren dagegen 12% schon älter als 60 Jahre.

Abhängig Beschäftigte mit einem Fachhoch- oder einem Hochschulabschluss waren im Mai 2000 zu 59% in führenden Positionen in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung tätig. Von den Männern mit akademischer Ausbildung arbeiteten zwei Drittel als Angestellte in einer Führungsposition oder einer herausgehobenen Position bzw. als Beamte im höheren Dienst.

Bei Frauen waren es mit 46% deutlich weniger. Bei einer Betrachtung von Arbeitnehmern mit umfassenden Führungsaufgaben in der Privatwirtschaft, worunter beispielsweise Direktor(en)/-innen, Geschäftsführer/-innen oder Chefärzt(e)-innen fallen, ist die Diskrepanz zwischen Männern und Frauen noch größer: Von den männlichen Fachhoch- und Hochschulabsolventen nahmen 12% umfassende Führungsaufgaben in der Wirtschaft wahr, bei den erwerbstätigen Frauen mit einer akademischen Ausbildung waren es nur 4%.

Knapp die Hälfte (48%) der Arbeitnehmer, die eine Lehr- oder Anlernausbildung abgeschlossen haben, arbeitete im Mai 2000 als einfache und mittlere Angestellte und Beamte/-innen sowie als Arbeiter/-innen. Zwischen Männern und Frauen gibt es dabei kaum Unterschiede. Der Aufstieg in eine Führungsposition oder eine herausgehobene Tätigkeit gelang 10% der Männer mit einer Lehr- oder Anlernausbildung und knapp 7% der erwerbstätigen Frauen mit dieser Ausbildung. Umfassende Führungsaufgaben übten 2% der Männer und 1% der Frauen mit diesem Ausbildungsabschluss aus.

Zwei von drei Pendlern fahren mit dem Pkw zur Arbeitsstätte

Neben den klassischen Bereichen Erwerbstätigkeit und familiäre Strukturen war das Pendlerverhalten ein weiterer Schwerpunkt des Mikrozensus 2000:

Im Mai 2000 fuhren knapp 64% der Erwerbstätigen mit dem Pkw zur Arbeit (1991: 57%). Lediglich eine kleine Minderheit von ihnen (5%) war Mitfahrer, 95% setzten

sich selbst hinter das Steuer. Fahrten zu einem mehr als 10 km entfernten Arbeitsplatz wurden von 82% der Erwerbstätigen mit dem Auto zurückgelegt (1991: 76%).

Im früheren Bundesgebiet hat sich in den 90er Jahren wenig an der Bedeutung des Pkws für die Fahrt zur Arbeit geändert: So fuhren 1991 wie auch im Jahr 2000 64% als Selbst- oder Mitfahrer mit dem Pkw zu ihrem Arbeitsplatz. In den neuen Ländern erhöhte sich die Pkw-Nutzung jedoch deutlich: Während 1991 nur ein Drittel der Erwerbstätigen mit dem Pkw zur Arbeit fuhr, waren es im Jahr 2000 gut 61%.

Öffentliche Verkehrsmittel spielten mit einem Anteil von 12% (1991: 17%) bei den befragten Erwerbstätigen eine geringere Rolle als die Nutzung des Fahrrades und der Weg zu Fuß zur Arbeit (2000: 18%; 1991: 20%). In den alten Ländern ging die Bedeutung öffentlicher Verkehrsmittel von anteilig 15% (1991) auf 12% (2000) zurück. In den neuen Ländern kam es zu einem drastischen Rückgang von 26% (1991) auf gleichfalls 12% (2000).

In ländlichen Regionen und Städten unter 100 000 Einwohnern hat der Individualverkehr ein größeres Gewicht: Rund 72% aller Erwerbstätigen in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und 66% in Gemeinden von 10 000 bis unter 100 000 Einwohnern fuhren im Mai 2000 mit dem Pkw zur Arbeit. Der öffentliche Verkehr führt – soweit überhaupt vorhanden – ein Schattendasein. Nur 6% der Erwerbstätigen in kleineren Gemeinden (unter 10 000 Einwohner) und 9% in Gemeinden von 10 000 bis unter 100 000 Einwohnern nutzten beruflich öffentliche Verkehrsmittel.

Anders sieht die Situation in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern aus: Nahezu jeder vierte Erwerbstätige (24%) gab im Jahr 2000 an, für die Fahrt zu seinem Arbeitsplatz öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Allerdings war das Auto auch für mehr als die Hälfte (53%) der Großstädter das bevorzugte Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit. Auch zumeist innerstädtische Kurzstrecken (unter 10 km) fuhren 45% der Pendler mit dem Auto.

Weitere Auskünfte zum Mikrozensus 2000 erteilt Ursula Israel-Königsfeld, Telefon (0 1888) 6 43 86 98, E-Mail: mikrozensus@statistik-bund.de.

■ Automobilindustrie im Jahr 2000

Die Branche „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ hat im Jahr 2000 ihre Stellung als einer der bedeutendsten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland gefestigt. Mit 767 100 Personen im Jahresdurchschnitt (+1,6% gegenüber 1999) entfielen auf die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten der Automobilindustrie 12,3% aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes. Im Vergleich zu 1999 erhöhte sich der Gesamtumsatz der Automobilindustrie um 8,2% auf 431,2 Mrd. DM (220,5 Mrd. Euro), das entspricht 17,0% der gesamten Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes. Hinsichtlich des Arbeitsplatzangebots

belegte die Automobilindustrie den zweiten Platz in der Rangliste nach dem Maschinenbau, sie erzielte jedoch mit Abstand die höchsten Umsätze unter den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Die Automobilindustrie war auch maßgeblich an den Exporterfolgen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2000 beteiligt. Ihr Auslandsumsatz erhöhte sich um 14,1% auf 251,2 Mrd. DM (128,5 Mrd. Euro), der Anteil an den Auslandsumsätzen des Verarbeitenden Gewerbes betrug 27,1%. Die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) der Automobilindustrie lag mit 58,3% (1999: 55,3%) höher als in allen anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Hingegen entwickelte sich der Inlandsumsatz der Branche nur verhalten, er stieg im Jahr 2000 um 1,0% auf 180,0 Mrd. DM (92,0 Mrd. Euro).

Wichtigster Zweig der Automobilindustrie ist die „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren“. Hier arbeiteten im Jahresdurchschnitt 2000 438 900 Personen (+1,3% gegenüber 1999), das waren 57,2% der Beschäftigten der Automobilindustrie. Vom Gesamtumsatz der Automobilindustrie im Jahr 2000 entfielen 331,2 Mrd. DM (169,3 Mrd. Euro) oder 76,8% auf die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren. Die Exportquote in diesem Zweig erhöhte sich von 61,9% im Jahr 1999 auf 65,5% im Jahr 2000.

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Vladislav Bajaja, Telefon (06 11) 75 25 04, E-Mail: monatsbericht-verarbeitendes-gewerbe@statistik-bund.de.

■ Fertigstellung von Wohnungen im Jahr 2000 rückläufig

Im Jahr 2000 sind in Deutschland insgesamt 423 100 Wohnungen fertig gestellt worden, 11% bzw. 49 600 Wohnungen weniger als im Vorjahr. Von diesen Wohnungen entstanden 377 300 durch Neubau und 45 700 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (z. B. den Ausbau von Dachgeschossen). Während rund ein Fünftel (-19%) weniger Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern erstellt wurden, waren es 10% weniger Wohnungen in Zweifamilienhäusern und 1% weniger Einfamilienhäusern.

Im früheren Bundesgebiet wurden 336 800 Wohnungen fertig gestellt, ein Minus von 9% bzw. 33 000 Wohnungen gegenüber 1999. Damit ging im sechsten Jahr in Folge die Zahl der Baufertigstellungen zurück. Maßgeblich dafür waren vor allem die weiter abnehmenden Fertigstellungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (-17% auf 115 400) sowie von Wohnungen in Zweifamilienhäusern (-8% auf 45 200). Dagegen war mit 137 800 fertig gestellten Einfamilienhäusern hier ein Anstieg um 1% zu verzeichnen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 86 300 Wohnungen fertig gestellt (-16 600 bzw. -16%). Der Rückgang zeigte sich in allen Bereichen des Neubaus. Die Fertigstellungen von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern

verringerten sich um 25% auf 21 000, die in Zweifamilienhäusern um 19% auf 7 900 und die in Einfamilienhäusern um 8% auf 39 000.

Weitere Auskünfte erteilt
Kerstin Kortmann, Telefon (06 11) 75 47 40,
E-Mail: kerstin.kortmann@statistik-bund.de.

■ Importe von Klautieren und deren Schlachterzeugnissen deutlich höher als Exporte

Im Jahr 2000 wurden für 3,9 Mrd. DM (1999: 4,2 Mrd. DM) lebende Rinder, Schweine, Ziegen und Schafe und deren genießbare Schlachterzeugnisse exportiert und für knapp 5 Mrd. DM (1999: 5,2 Mrd. DM) importiert. Diese Tierarten sind durch die Maul- und Klauenseuche gefährdet.

Insgesamt wurden im Jahr 2000 rund 1,8 Mill. lebende Klautiere im Wert von 699 Mill. DM exportiert. Hinzu kamen 831 000 Tonnen Fleisch und genießbare Schlachtnebenerzeugnisse im Wert von 3,2 Mrd. DM. Bei den lebenden Tieren machten Rinder 74% des Exportwerts aus, Schweine 24% und Ziegen und Schafe knapp 2%. Beim Fleisch und den genießbaren Schlachtnebenerzeugnissen haben die Rindfleischprodukte mit 58% den größten Anteil am Wert der Ausfuhr, während Schweinefleischprodukte einen Anteil von 41% erzielten und die genießbaren Produkte von Schaf und Ziege nur etwas mehr als 1% des Exportwertes ausmachten.

Gemessen am Wert ging der größte Teil (74%) der lebenden Tiere in die Staaten der Europäischen Union (EU); innerhalb der EU waren die Niederlande mit einem Anteil von 26% an der gesamten Ausfuhr der Hauptimporteure von Klautieren aus Deutschland. Der größte Importeur von lebenden Tieren außerhalb der EU war mit 8,6% des Exportwerts Ägypten. Bei den Exporten von Fleisch und sonstigen genießbaren Schlachtnebenerzeugnissen war ebenfalls die EU mit 83% der größte Abnehmer, wichtigster Importeur innerhalb der EU war Italien (29%). Außerhalb der EU war Russland mit einem Anteil von 7,3% der größte Abnehmer von Fleischprodukten.

Auf der Einfuhrseite sind die EU-Partnerländer Deutschlands wichtigste Handelspartner auf diesem Markt. So kamen im Jahr 2000 über 99% der eingeführten lebenden Schweine aus der EU; nahezu zwei Drittel davon aus den Niederlanden. Auch bei den eingeführten Schlachterzeugnissen dominieren die EU-Partnerländer; wichtigstes außereuropäisches Herkunftsland ist Argentinien, aus dem fast ein Drittel der eingeführten Schlachterzeugnisse von Rindern kommt.

Weitere Auskünfte erteilt
Dorothee Blang, Telefon (06 11) 75 - 23 19,
E-Mail: dorothee.blang@statistik-bund.de.

■ Abiturientenzahlen steigen weiter

Am Ende des Schuljahres 1999/2000 erwarben in Deutschland rund 346 900 Schülerinnen und Schüler aus allgemein bildenden und beruflichen Schulen die Fachhochschul- oder Hochschulreife, das waren 2,1% (7 000) mehr als im vorhergehenden Schuljahr. Damit setzte sich der seit 1994 anhaltende Trend steigender Abiturientenzahlen in Deutschland fort (seit 1994: + 19,5% oder 56 700).

In den neuen Ländern und Berlin verließen 700 (+0,8%) Abiturienten mehr als im Vorjahr die Schulen, im früheren Bundesgebiet 6 300 mehr (+2,4%). Auf Grund der demographischen Entwicklung ist im früheren Bundesgebiet bis zum Jahr 2010 mit weiteren Zunahmen zu rechnen, während im Osten ab 2006 ein Rückgang der Abiturientenzahlen erwartet wird.

89 900 Absolventen (+5,0% gegenüber 1999) erreichten im Jahr 2000 die Fachhochschulreife. Die Zahl der Abiturienten mit Hochschulreife stieg dagegen nur um 1,1% auf 257 000. Dennoch blieb der Anteil der Absolventen mit Fachhochschulreife an den Abiturienten insgesamt mit 25,9% weitgehend unverändert. Er lag im Osten mit 14,6% deutlich niedriger als im Westen (29,3%).

Im Bundesdurchschnitt kamen rund 90% der Abiturienten mit (allgemeiner oder fachgebundener) Hochschulreife aus allgemein bildenden Schulen und ebenfalls rund neun Zehntel der Abiturienten mit Fachhochschulreife aus beruflichen Schulen.

53,6% aller Abiturienten im Jahr 2000 waren Frauen. Ihr Anteil lag in den neuen Ländern mit 57,5% deutlich über demjenigen des früheren Bundesgebiets (52,5%). Während Frauen bei den Absolventen mit Hochschulreife mit 55,2% die Mehrheit hatten, blieben sie bei den Absolventen mit Fachhochschulreife knapp in der Minderheit (49,2%).

Weitere Auskünfte erteilt
Otto Neumann, Telefon (06 11) 75 24 43,
E-Mail: schulstatistik@statistik-bund.de.

■ Weniger neue Ausbildungsverträge

Im Jahr 2000 haben rund 622 700 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag im Rahmen des dualen Systems abgeschlossen, 2,0% (-12 900) weniger als im Vorjahr. Allerdings lag die Zahl der Neuabschlüsse im Jahr 2000 noch deutlich höher als vor dem Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) ab 1999.

Die Entwicklung verlief in Ost und West unterschiedlich. Während im früheren Bundesgebiet die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr mit 482 600 nahezu unverändert blieb (-0,2%, -1 100), wurden in den neuen Ländern und Berlin mit 140 100 rund 7,8% (-11 800) weniger neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dies ist zum Teil auch auf

Kurznachrichten

eine verstärkte Wanderung von Ausbildungsbewerbern in den Westen zurückzuführen. Die Spanne der Veränderungsraten reichte in den neuen Ländern von -5,7% in Brandenburg bis zu -9,8% in Thüringen und im früheren Bundesgebiet von +2,4% in Hamburg bis zu -2,6% in Niedersachsen.

Im größten Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ (zu dem u.a. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe gehören) begannen im Jahr 2000 rund 330 700 Jugendliche ihre Ausbildung, 0,2% (-700) weniger als im Vorjahr. Hier stand einer Zunahme im Westen von 1,9% (4 700) eine Abnahme im Osten von -6,4% (-5 400) gegenüber. Im zweitgrößten Ausbildungsbereich „Handwerk“ betrug der Rückgang im Osten 12,3% (-6 200) und im Westen -3,6% (-6 000). Auch in den übrigen Ausbildungsbereichen ging die Zahl der Ausbildungsanfänger in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr zurück, und zwar um 5,9% (-900) in der „Landwirtschaft“ und um 3,9% (-600) beim „Öffentlichen Dienst“. Eine Ausnahme bildete lediglich der Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ mit einem Zuwachs von 4,0% (+2 000).

1,4% (-3 800) weniger Frauen schlossen im Jahr 2000 einen Ausbildungsvertrag ab, bei den männlichen Kollegen waren es 2,5% (-9 100) weniger. Damit erhöhte sich der Anteil der Frauen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen geringfügig um 0,3 Prozentpunkte auf 43,2%. Frauen durchlaufen allerdings stärker als Männer rein schulische Berufsausbildungen; bezieht man diese mit ein, dann liegt der Anteil der Frauen an allen Ausbildungsanfängern bei etwa 48%.

Insgesamt waren am 31. Dezember 2000 1,7 Mill. Jugendliche in einer Ausbildung im dualen System; 0,2% (+3 500) mehr als im Vorjahr.

Weitere Auskünfte erteilt
Marianne Renz, Telefon (06 11) 75 41 41,
E-Mail: marianne.renz@statistik-bund.de.

■ Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2000

Mit rund 134 600 Schwangerschaftsabbrüchen wurden im Jahr 2000 in Deutschland etwa 4 100 (+3%) mehr gemeldet als 1999.

97% der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Indikationen waren in rund 3% der Fälle die Begründung für den Abbruch.

Fast die Hälfte der Frauen (49%) war zum Zeitpunkt des Eingriffs verheiratet, 5% waren minderjährig.

In 83% der Fälle kam eine Vakuumaspiration (Absaugmethode) zum Einsatz. Rund 4 100 Schwangerschaftsabbrüche wurden mit Mifegyne® durchgeführt (3% aller Schwangerschaftsabbrüche).

Die Eingriffe wurden vorwiegend ambulant vorgenommen (91%), davon rund ein Viertel ambulant in Kranken-

häusern und der Rest in gynäkologischen Praxen. 38% der Frauen hatten vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt.

Die Quote der Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren lag im Jahr 2000 mit 80 über der des Jahres 1999 (77).

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland zur Bundesstatistik gemeldet werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Hans-Jürgen Heilmann, Telefon (0 18 88) 6 43 81 45,
E-Mail: hans-juergen.heilmann@statistik-bund.de.

■ Krankenhausdiagnosestatistik 1999

Im Jahr 1999 wurden über 16 Mill. Patienten vollstationär im Krankenhaus behandelt, 1,6% mehr als im Vorjahr. Nach den Ergebnissen der Diagnosestatistik endete ein Krankenhausaufenthalt nach durchschnittlich 10,5 Tagen und damit 0,3 Tage früher als 1998.

Knapp 10% aller Patientinnen und Patienten (rund 1,4 Mill. Behandelte) waren Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Die häufigsten Behandlungsanlässe bei Kindern waren mit fast 135 000 Fällen (9,6% der behandelten Kinder) chronische Affektionen der Tonsillen und des adenoiden Gewebes (z.B. Mandelentzündungen). 74 000 Kinder (5,3%) hatten eine diagnostizierte Gehirnerschütterung und rund 45 000 Kinder (3,2%) eine akute Blinddarmentzündung.

29,0% der im Krankenhaus vollstationär betreuten Personen (etwa 4,7 Mill. Patientinnen und Patienten) waren zwischen 15 und 44 Jahren alt. Überwiegend handelte es sich in dieser Altersgruppe um Behandlungen im Zusammenhang mit Komplikationen bei Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett. 493 000 Frauen (10,5% dieser Altersklasse) waren wegen einer Entbindung im Krankenhaus, gefolgt von knapp 100 000 Patientinnen (2,1%), die wegen vorzeitiger oder drohender Wehen vollstationär behandelt wurden. An dritter Stelle der häufigsten Diagnosen stand Alkoholabhängigkeit mit 94 000 Patientinnen und Patienten (2,0%).

Bei den Patienten im Alter von 45 bis einschließlich 64 Jahren (4,4 Mill. oder 27,5% aller Patienten) und denjenigen über 64 Jahren (5,7 Mill. oder 33,9% aller Patienten) waren die sonstigen Formen von chronischen ischämischen Herzkrankheiten der häufigste Grund für einen vollstationären Krankenhausaufenthalt. 236 000 bzw. 314 000 Patientinnen und Patienten (5,3 bzw. 5,5% dieser Altersklassen) wurden auf Grund dieser Hauptdiagnose im Krankenhaus behandelt. Bei den 45 bis 64 Jahre alten Patientinnen und Patienten folgten bösartige Neubildungen der weiblichen Brustdrüse mit 107 000 Behandlungen (2,4%) und Osteoarthritis und entsprechende Affektionen mit 100 000 Behandlungen (2,3%). In der Altersklasse der über 64-Jährigen wurden 233 000 Pati-

Kurznachrichten

enten (4,1%) auf Grund eines Katarakts (Grauer Star) und 218 000 Patienten (3,8%) mit der Diagnose Herzinsuffizienz im Krankenhaus vollstationär behandelt.

Weitere Auskünfte erteilt
Rita Berning, Telefon (0 18 88) 6 43 81 69,
E-Mail: rita.berning@statistik-bund.de.

■ Weiter sinkende Ausgaben der Kriegsofopferfürsorge

Die Träger der Kriegsofopferfürsorge gaben im Jahr 1999 in Deutschland 1,27 Mrd. DM für Leistungen der Kriegsofopferfürsorge aus, 5,7% weniger als 1998. 722 Mill. DM (57% der Gesamtausgaben) wurden für pflegebedürftige Hinterbliebene und Kriegsbeschädigte aufgewendet. Davon entfielen 679 Mill. DM auf die Pflege in Heimen und 43 Mill. DM auf häusliche Pflege.

Für die Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden 316 Mill. DM (25% der Gesamtausgaben) und für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (Ernährung, Unterkunft, Kleidung) 115 Mill. DM (9%) ausgegeben. Für die übrigen Hilfearten wurden ebenfalls 115 Mill. DM aufgewendet (9%).

Ende 1999 gab es noch 98 500 Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge; 7% weniger als ein Jahr zuvor. Einmalige Leistungen wurden im Laufe des Berichtsjahres 1999 in 131 700 Fällen erbracht; das sind 12% weniger als 1998.

Weitere Auskünfte erteilt
Jutta Hantel, Telefon (0 18 88) 6 43 81 48,
E-Mail: jutta.hantel@statistik-bund.de.

■ Umsatzsteuerstatistik 1999

Im Jahr 1999 nahm der Staat aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen 222,3 Mrd. DM ein (+4,8% gegenüber 1998). 2,9 Mill. umsatzsteuerpflichtige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 32 500 DM meldeten Umsätze (Lieferungen und Leistungen) von zusammen 7,6 Billionen DM, 3,1% mehr als im Jahr 1998. 1999 gab es 26 300 oder 0,9% mehr steuerpflichtige Unternehmen als im Vorjahr.

Die höchsten Umsätze wurden von den Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit zusammen 2 730 Mrd. DM (+2,9%) und den Handelsunternehmen mit 2 446 Mrd. DM (+2,3%) gemeldet.

Die meisten steuerpflichtigen Unternehmen gehörten zum Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (740 000). Erstmals lag die Zahl der Unternehmen in diesem Bereich höher als im Handel (739 000).

Angaben über die steuerpflichtigen Unternehmen und deren Umsätze nach Wirtschaftsbereichen können online

im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.statistik-bund.de/shop heruntergeladen werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus-Jürgen Hammer, Telefon (06 11) 75 23 80,
E-Mail: klaus-juergen.hammer@statistik-bund.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

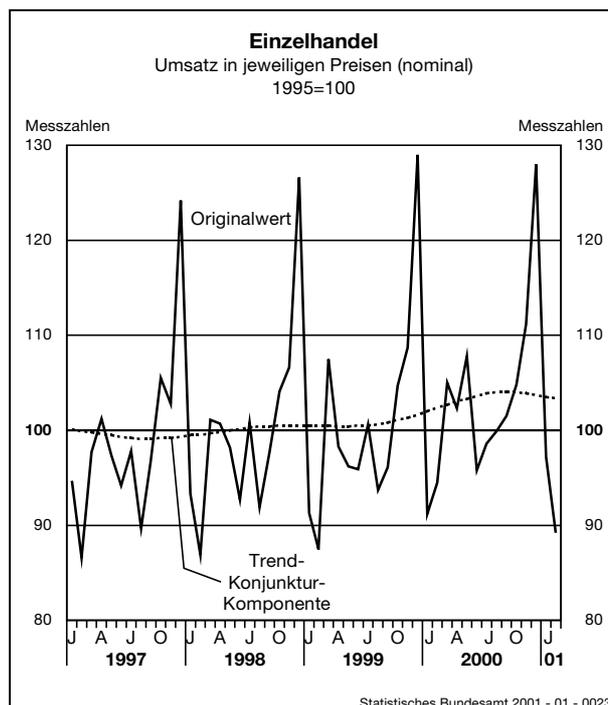
■ Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des produzierenden Gewerbes lag im Februar 2001 nach vorläufigen Ergebnissen mit einem Stand von 108,9 (1995=100) um 3,7% höher als im Februar 2000.

■ Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Februar 2001 nominal 5,6% und real 6,7% weniger als im Februar 2000 um, der einen verkaufsoffenen Tag mehr hatte. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2001 wurde nominal 0,3% und real 0,8% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken erzielte im Februar 2001 nominal höhere Umsätze als im Vorjahresmonat (+0,6%), real wurde 0,2% weniger als im Februar 2000 abgesetzt. Nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats blieben der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwa-



Kurznachrichten

ren (nominal - 3,0%, real - 4,9%), der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal - 4,9%, real - 6,1%), der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen (nominal - 5,7%, real - 9,8%) und der sonstige Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter (u. a. Möbel, Elektrogeräte, Bekleidung) anbietet (nominal - 8,8%, real - 9,0%).

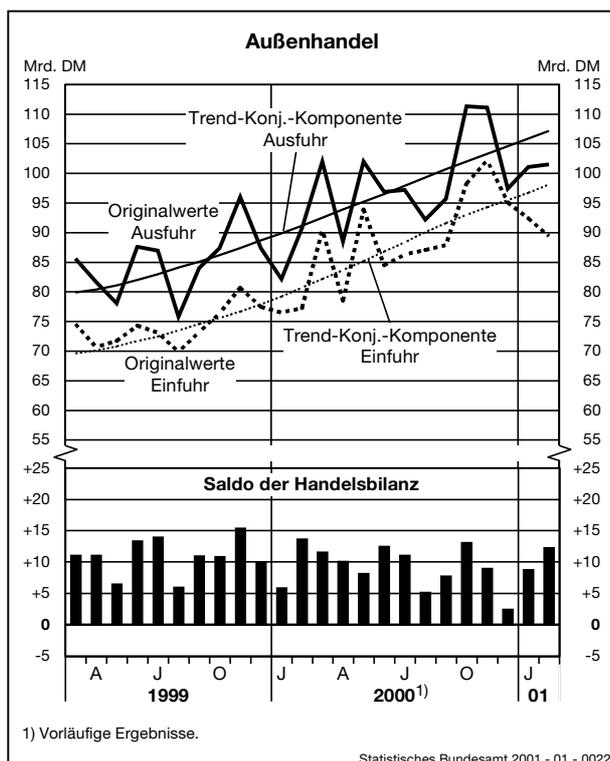
Im Februar 2001 wurde im Vergleich zum Januar 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,7 und real 1,6% weniger abgesetzt.

Gegenüber dem Januar 2001 stieg der Ausfuhrwert im Februar 2001 um 0,4%. Der Einfuhrwert sank im selben Zeitraum um 3,3%. Im Rahmen der nach dem „Berliner Verfahren, Version 4“ durchgeführten Zeitreihenzerlegung ergab sich gegenüber dem Vormonat ein kalender- und saisonbereinigter Zuwachs von 0,4% bei der Ausfuhr und von 2,2% bei der Einfuhr. Die Trend-Konjunktur-Komponente verzeichnete im Februar 2001 gegenüber dem Vormonat einen Anstieg um 1,2% bei der Ausfuhr sowie um 1,4% bei der Einfuhr. Demnach befindet sich der deutsche Außenhandel in langfristiger Betrachtung weiterhin auf Wachstumskurs. ■

■ Außenhandel

Im Februar 2001 wurden von Deutschland Waren im Wert von 101,5 Mrd. DM ausgeführt und Waren im Wert von 89,4 Mrd. DM eingeführt. Die deutschen Ausfuhren lagen damit im Februar 2001 um 11,8% und die Einfuhren um 15,6% über den Werten des Februar 2000. Der Ausfuhrüberschuss in Höhe von 12,2 Mrd. DM reichte aus, um die anderen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Bilanzen der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Laufende Übertragungen) auszugleichen. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank schloss die Leistungsbilanz im Februar mit einem Überschuss von 3,6 Mrd. DM ab. Im Februar 2000 lag ein Aktivsaldo in Höhe von 2,7 Mrd. DM vor.

Der Index der Ausfuhrpreise stieg binnen Jahresfrist um 2,5% und der Index der Einfuhrpreise – maßgeblich beeinflusst durch die Verteuerung von Erdöl und Mineralölprodukten – um 5,4%.



Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin

Dieser Beitrag präsentiert und analysiert die Ergebnisse einer im zweiten Halbjahr 2000 durchgeführten Kundenbefragung im Eurostat Data Shop Berlin (EDS-Berlin). Für das Ausmaß der Kundenzufriedenheit ist insbesondere die Erfüllung der Kundenerwartungen ausschlaggebend. Um den Erfüllungsgrad abschätzen zu können, wurden die Kunden gefragt, welche Bedeutung sie einzelnen Servicekomponenten des EDS-Berlin bzw. bestimmten Eigenschaften der Eurostat-Produkte beimessen (Wichtigkeit) und inwieweit die gewonnenen Erfahrungen ihren Erwartungen entsprechen (Zufriedenheit). Mit Hilfe des erlangten Wissens über die Bedürfnisse der Kunden wurden die Voraussetzungen geschaffen, Maßstäbe für Service- und Produktqualitäten festzulegen sowie Verbesserungen abzuleiten.

Dipl.-Betriebswirtin (FH) Mareike Daum

Vorbemerkung

Der im Statistischen Bundesamt eingerichtete EDS-Berlin richtet sich an alle Nutzer in Deutschland, die harmonisierte statistische Daten über die Europäische Union und ihre 15 Mitgliedstaaten sowie deren Beitritts- und Partnerländer benötigen. Der EDS-Berlin ist eingebunden in ein Netz von europaweit 17 eingerichteten Data Shops unter dem Dach des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Neben der Anfertigung maßgeschneiderter Auszüge aus den Datenbanken Eurostats, können beim EDS-Berlin Veröffentlichungen in gedruckter und elektronischer Version bestellt oder in der Präsenzbibliothek eingesehen werden. Der EDS-Berlin gehört seit September 1999 zum *t*-Punkt Berlin des Statistischen Bundesamtes und bildet mit seinem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsangebot eine sinnvolle Ergänzung zum Angebot der deutschen amtlichen Statistik.

Ziel der Untersuchung

Der EDS-Berlin konnte in den drei Jahren seines Bestehens einen breiten Kundenkreis aufbauen. Ein großer Teil stammt aus der Wirtschaft sowie aus den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur. Zunehmend stellen auch Politik und Verwaltung ihren Datenbedarf in den europäischen Kontext. Neben der Gewinnung von neuen Kunden liegt eine weitere bedeutende Aufgabe im Erhalt bestehender Kundenbeziehungen bzw. in einer Maximierung der Kundenbindung, die durch das Ausmaß der Kundenzufriedenheit bestimmt wird.

Die Kundenzufriedenheitsanalyse soll Aufschluss geben über :

- die Erwartungen, die der Kunde an den Service des EDS-Berlin und die Produkte Eurostats hat bzw. welche Bedeutung er den einzelnen Servicekomponenten bzw. Produkteigenschaften beimisst (*Wichtigkeit*) sowie
- die Erfahrungen, die der Kunde mit dem Service des EDS-Berlin und den Produkten Eurostats gemacht hat und wie zufrieden er damit war (*Zufriedenheit*).

Die Kenntnis über den Grad der Übereinstimmung zwischen Anspruch und Zufriedenheit, differenziert nach den verschiedenen Produkt- und Servicekomponenten, ist eine hilfreiche Basis für künftige Verbesserungen.

Durchführung der Kundenzufriedenheitsuntersuchung

2.1 Auswahl der Untersuchungsmethode

Als Erhebungsmethode wurde die schriftliche Befragung gewählt, da hierbei keine Beeinflussung durch den Interviewer gegeben und eine überlegtere Beantwortung der Fragen möglich ist. Der Nachteil dieser Befragungsform liegt erfahrungsgemäß in einer geringeren Rücklaufquote im Vergleich zur mündlichen Befragung. Es wird angenommen, dass sich an einer schriftlichen Befragung mehr Personen beteiligen, die Kritik üben wollen, da sie aus dem Aufwand positive Konsequenzen erwarten. Von einer negativen Beeinflussung der Befragungsergebnisse ist jedoch nicht zwingend auszugehen.

2.2 Umfang und Ablauf der Befragung

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach sachlogischen und organisatorischen Kriterien. Es sollte einerseits der wichtigste Kundenkreis erreicht werden, andererseits die Arbeitsbelastung durch Befragung und Auswertung in Grenzen gehalten werden. Folgende Kunden wurden in die Auswahl einbezogen:

- alle Abonnenten (wichtige Stammkunden insbesondere aus der Wirtschaft),
- alle anderen Kunden, die Datenextraktionen bzw. Standardprodukte im ersten Halbjahr 2000 bestellt haben (Erinnerung der Kunden an den Vorgang),
- nur Kunden mit einer registrierten E-Mail-Adresse (aus organisatorischen Gründen).

Privatkunden wurden – da es sich hierbei um viele zersplitterte Einzelanfragen handelt – nicht berücksichtigt. Daraus ergab sich ein zu befragender Kundenkreis von 534 Kunden. Die Befragung erfolgte in der Zeit vom 31. August bis zum 7. September 2000. Von 534 zu befragenden Kunden wurden 509 erreicht. 112 Kunden sandten den Fragebogen ausgefüllt zurück, was einer Rücklaufquote von 22% entspricht. Trotz dieser nicht allzu hohen Antwortquote lassen sich wichtige Schlüsse

für die Arbeit des EDS-Berlin aus den Befragungsergebnissen ableiten.

2.3 Beschreibung des Fragenspiegels

Um den Aufwand für die Befragten zu minimieren, wurde ein kurzer Erhebungsbogen mit sieben Fragen konzipiert. Durch vorgegebene Antwortoptionen waren eine hohe Vergleichbarkeit und bessere Auswertungsmöglichkeit gegeben. Schwerpunkt der Befragung war die Beurteilung der unterschiedlichen Service- und Produktkomponenten, zwei Fragenkomplexe, die nach dem Grad der Wichtigkeit (Skalierung von A bis E) und der Zufriedenheit (Skalierung von 1 bis 5) zu bewerten waren. Die Fragenkomplexe wurden eingeleitet durch Fragen zur Bestellhäufigkeit, zur Produktwahl und zur Unternehmensgröße des Befragten. Eine einzige nicht standardisierte Frage ermöglichte dem Kunden eine direkte Äußerung von Verbesserungsvorschlägen.

3 Präsentation der Befragungsergebnisse

3.1 Allgemeines zum Unternehmen und dessen Nutzungsgewohnheiten

Frage 1: Wie viele Mitarbeiter sind in Ihrem Unternehmen beschäftigt? (Der Begriff Unternehmen steht hier auch für Organisation/Einrichtung.)

41% der Befragten sind in Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern tätig, weitere 33% gehören Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten an. Etwa ein Viertel der Befragten arbeitet in mittelgroßen Unternehmen mit 51 bis 500 Mitarbeitern.

Frage 2: Wie oft bestellen Sie durchschnittlich Daten beim EDS-Berlin?

Von den Befragten haben 15% ein Abonnement (monatlich, quartalsweise, jährlich). Der überwiegende Anteil (76%) der befragten Kunden bestellt einmal jährlich (28%) oder mehrmals jährlich (48%) statistische Daten. Nur wenige der Befragten geben einmal bis mehrmals monatlich eine Bestellung auf; keiner gab an, wöchentlich Daten beim EDS-Berlin anzufordern.

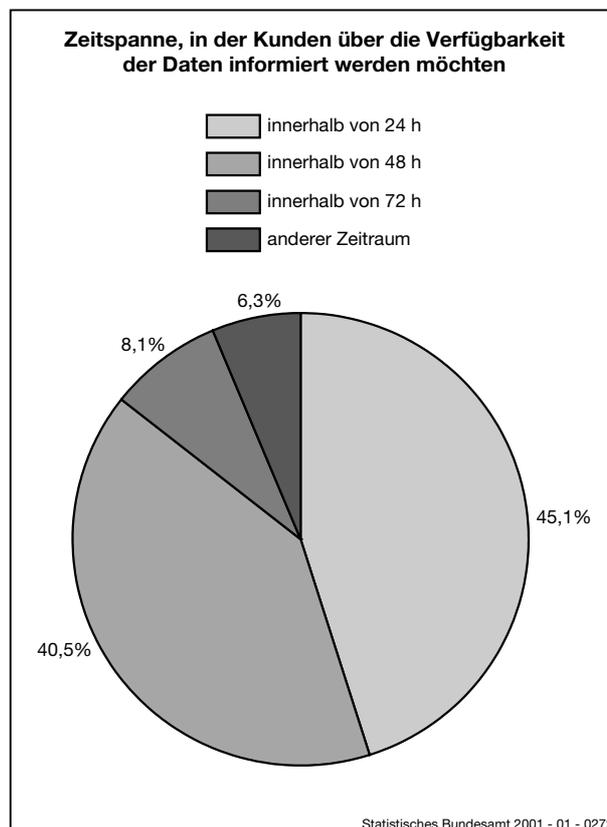
Große Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern bestellen häufiger Daten als Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten. Bei den monatlichen Bestellungen liegt der Anteil der großen Unternehmen doppelt so hoch wie bei den Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern. Das Wissen über Unternehmensgröße und Bestellhäufigkeit hilft bei der Auswahl von angemessenen Marketingmaßnahmen.

Frage 3: Innerhalb welcher Zeitspanne würde es Ihnen ausreichen, eine Information über die Verfügbarkeit der Daten zu erhalten?

Den Kunden ist es wichtig, innerhalb einer kurzen Zeitspanne eine Information über die Verfügbarkeit der Daten

zu erhalten. Fast die Hälfte der Befragten möchte innerhalb von 24 Stunden über die Verfügbarkeit von Daten informiert werden und etwa 41% der befragten Kunden gaben eine maximale Zeitspanne von 48 Stunden an (siehe Schaubild 1). Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Information des EDS-Berlin zur Datenverfügbarkeit beantworteten 60% der befragten Kunden mit außerordentlich bis sehr zufrieden, 34% sind zufrieden und nur ein geringer Anteil ist weniger zufrieden bis unzufrieden.

Schaubild 1



Frage 4: Benötigen Sie für Ihre Arbeit vorzugsweise Datenextrakte und/oder Printpublikationen?

Bei der überwiegenden Mehrheit (80%) der Befragten besteht ein Bedarf an Datenextrakten. Publikationen sind nur für wenige der befragten Kunden bedeutend für ihre Arbeit. Die Verteilung der Antworten lässt annehmen, dass sich die nachfolgenden Antworten zum Service des EDS-Berlin und den Produkten Eurostats vornehmlich auf die Datenbankextrakte beziehen.

3.2 Bewertung einzelner Service- und Produktleistungen

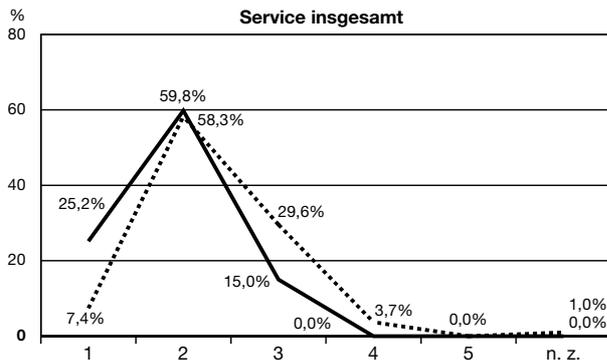
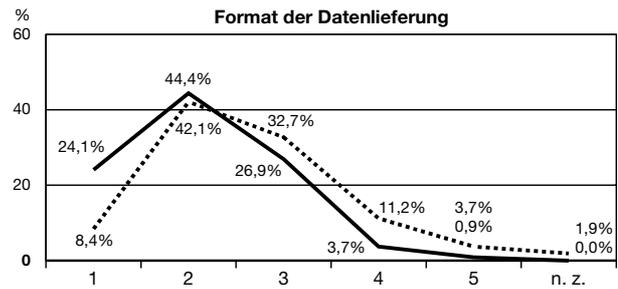
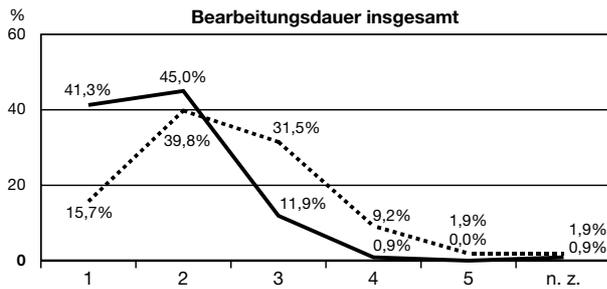
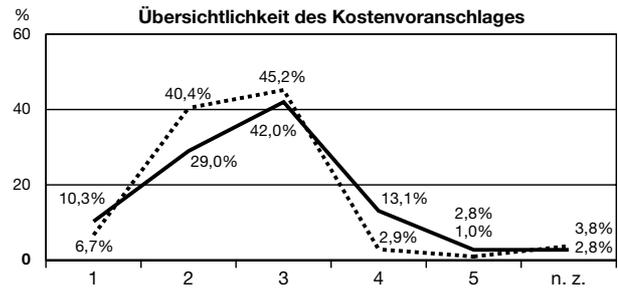
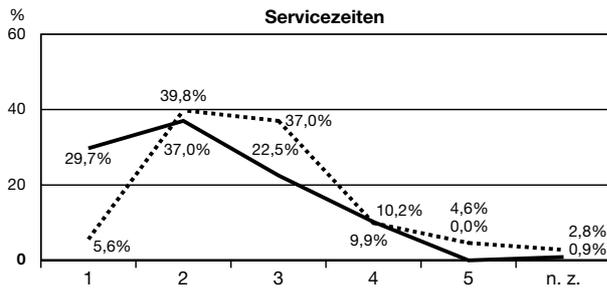
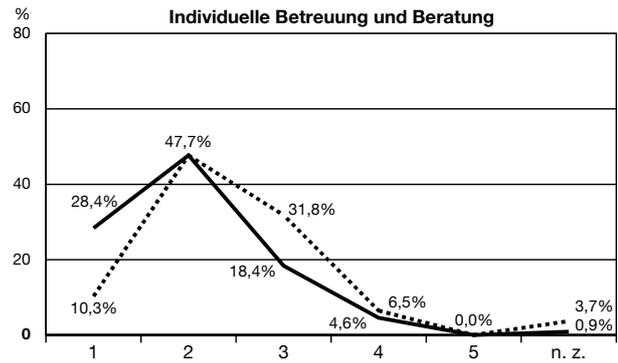
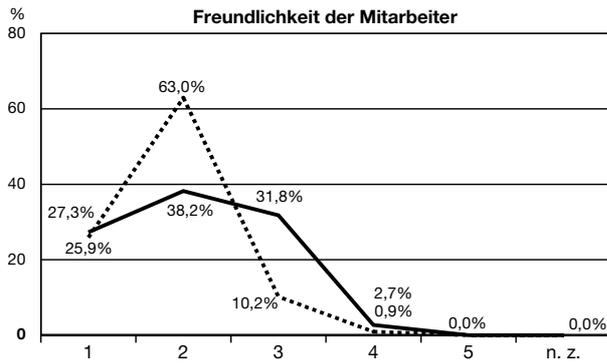
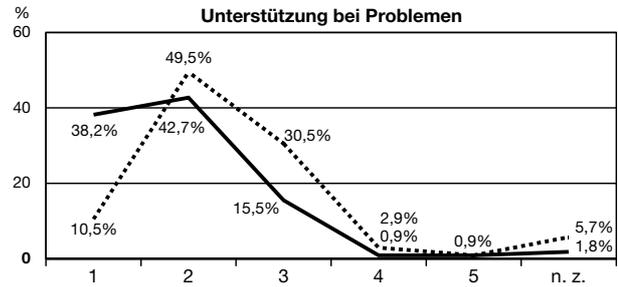
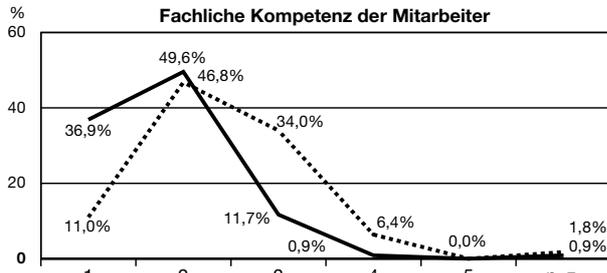
Die Ergebnisse der Fragenkomplexe 5 und 6 werden vorrangig nach dem Grad der Übereinstimmung der Angaben zur Wichtigkeit mit den Angaben zur Zufriedenheit betrachtet. In der textlichen Präsentation wird nur auf die wichtigsten Leistungen eingegangen. Für die Gesamtbewertung am Schluss des Artikels wurden Durchschnittswerte¹⁾ für alle einzelnen Leistungen errechnet und in

1) Note 1 = außerordentlich wichtig/außerordentlich zufrieden, Note 2 = sehr wichtig/sehr zufrieden, Note 3 = wichtig/zufrieden, Note 4 = weniger wichtig/weniger zufrieden, Note 5 = nicht wichtig/unzufrieden.

Schaubild 2

Graphische Darstellung der einzelnen Servicekomponenten

— Wichtigkeit - - - - Zufriedenheit



Bewertungsskala

1	außerordentlich wichtig/außerordentlich zufrieden
2	sehr wichtig/sehr zufrieden
3	wichtig/zufrieden
4	weniger wichtig/weniger zufrieden
5	nicht wichtig/unzufrieden
n. z.	nicht zutreffend

jeweils einer gemeinsamen Graphik für den Service- bzw. Produktbereich veranschaulicht.

Fragekomplex 5: Bewerten Sie folgende Serviceleistungen des EDS-Berlin nach dem Grad der Wichtigkeit und Zufriedenheit:

Die Ergebnisse der Auswertung dieses Fragekomplexes sind im vorstehenden Schaubild 2 dargestellt.

Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter

Für außerordentlich bis sehr wichtig erachten 87% der Befragten die fachliche Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter allen Servicekomponenten hat diese die höchste Einstufung bei der Wichtigkeit erhalten. Erfreulich ist, dass 58% außerordentlich bis sehr zufrieden und 34% zufrieden mit der Kompetenz der Mitarbeiter sind. Die Bandbreite der amtlichen Statistiken ist groß und das Wissen, in welchen Veröffentlichungen (etwa 800 Titel), Datenbanken (insgesamt mehr als 180 Mill. Daten) oder Webseiten die gesuchten Daten zu finden sind, setzt langjährige Erfahrung des Personals voraus. Darüber hinaus unterliegt die Produktpalette Eurostats starken Veränderungen, die im Service bekannt sein müssen. Es ist daher weiterhin wichtig, die Mitarbeiter zu qualifizieren, was von Eurostat unterstützt wird. Zusammen mit den anderen 16 europäischen Data Shops wird der EDS-Berlin in regelmäßigen Sitzungen des Eurostat Data Shop Netzwerkes über neue bzw. veränderte Produkte, Methodiken sowie technische und preispolitische Sachverhalte zu den Daten informiert.

Unterstützung bei Problemen

Eine Unterstützung bei Problemen ist für 81% der befragten Kunden außerordentlich bis sehr wichtig. 60% der Befragten sind mit der Unterstützung bei Problemen außerordentlich bis sehr zufrieden, weitere 31% sind zufrieden und nur ein geringer Anteil ist weniger zufrieden und unzufrieden. Die Unterstützung geht oftmals über die fachliche Beratung zu den statistischen Daten hinaus. Häufig benötigen die Kunden Hintergrundinformationen, die aus den reinen Datenextrakten nicht hervorgehen, oder haben zum Beispiel technische Probleme, Dateien zu lesen, CD-ROMs zu bedienen und Schwierigkeiten, auf der Homepage Eurostats zur gewünschten Information zu gelangen.

Freundlichkeit der Mitarbeiter

Nahezu der gesamte Kundenkreis (annähernd 90%) ist mit der Freundlichkeit der Mitarbeiter außerordentlich bis sehr zufrieden; 66% stuften dieses Kriterium als außerordentlich bis sehr wichtig ein. Damit übersteigt die Zufriedenheit mit 23 Prozentpunkten (positive Differenz) weit die Anforderungen der befragten Kunden.

Individuelle Betreuung und Beratung

Eine individuelle Betreuung und Beratung ist für 76% der Befragten außerordentlich bis sehr wichtig. Mit einer Abweichung von 18 Prozentpunkten bewerteten 58% der befragten Kunden diese Komponente mit außerordentlich bis sehr zufrieden. Etwa ein Drittel der Befragten ist mit der individuellen Betreuung und Beratung zufrieden und keiner der befragten Kunden gab an, unzufrieden zu

sein. In den meisten Fällen hat der Kunde keine genaue Vorstellung darüber, welche Daten und Produkte verfügbar bzw. für ihn die geeigneten sind. Der Service weiß auf der anderen Seite nicht, wie tief die Recherche gehen soll und welche Verwendung der Kunde anstrebt. Hier ist vor allem das Fachwissen in Kombination mit dem Geschick der Servicemitarbeiter gefragt, den Kunden in seinem Anliegen zu begleiten.

Servicezeiten

Für zwei Drittel der Befragten sind die Servicezeiten, die den allgemeinen Servicezeiten der Informationsdienste im Statistischen Bundesamt entsprechen, außerordentlich bis sehr wichtig. Knapp die Hälfte (45%) der Befragten sind damit außerordentlich bis sehr zufrieden, zufrieden sind 37% der befragten Kunden und 15% sind weniger zufrieden bis unzufrieden. Da die meisten Kunden aus der Wirtschaft kommen und an die Servicezeiten von Call-Centern gewohnt sind, besteht oftmals der Wunsch nach längeren telefonischen Servicezeiten. Insbesondere die schlechte telefonische Erreichbarkeit (Überlastung der Leitungen) wurde bemängelt. Der im EDS-Berlin außerhalb der Servicezeiten und bei Besetzzeichen eingeschaltete Anrufbeantworter weist auf die Möglichkeit hin, Anfragen zu jeder Zeit per E-Mail oder Fax an den EDS-Berlin zu versenden, worauf generell innerhalb von 48 Stunden reagiert wird.

Bearbeitungsdauer insgesamt

Die Einstufung der Wichtigkeit liegt mit 86% (außerordentlich bis sehr wichtig) fast so hoch wie bei der fachlichen Kompetenz. Auffallend hoch (41%) ist der Anteil, der auf die Bewertungsnote außerordentlich wichtig entfiel. Mehr als die Hälfte der Befragten (56%) sind damit außerordentlich bis sehr zufrieden, zufrieden sind immerhin noch 32% der befragten Kunden und nur eine Minderheit ist weniger zufrieden bzw. unzufrieden.

In diesem Ergebnis spiegelt sich insbesondere die hohe Erwartung der Kunden wider, sofort beliefert zu werden. Die Bearbeitung einer Datenanfrage erfordert jedoch bestimmte formale Abläufe. Zunächst bedarf es einer schriftlichen Auftragserteilung und einer genauen Bestimmung des Bedarfsprofils. Daraufhin erhalten die Kunden innerhalb von 48 Stunden einen Kostenvoranschlag, dem eine Recherche in den Datenbanken vorausgeht, um die Kosten auf Basis der verfügbaren Daten berechnen zu können. Die Datenlieferung erfolgt innerhalb eines Tages nach Bestätigung des Kostenvoranschlages. Verzögerungen treten meist nur bei notwendigen Rückfragen bei den Fachabteilungen Eurostats oder bei sehr komplexen Anfragen auf.

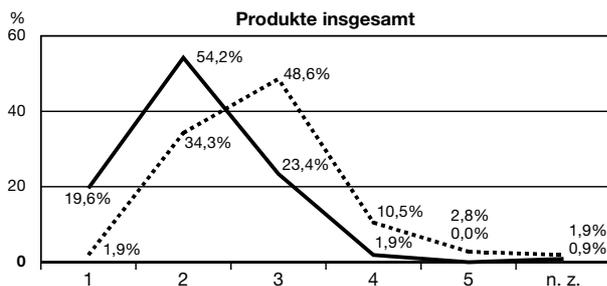
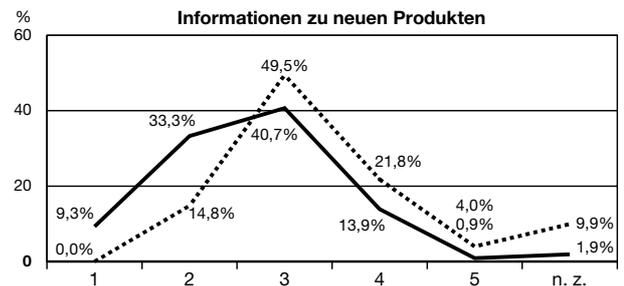
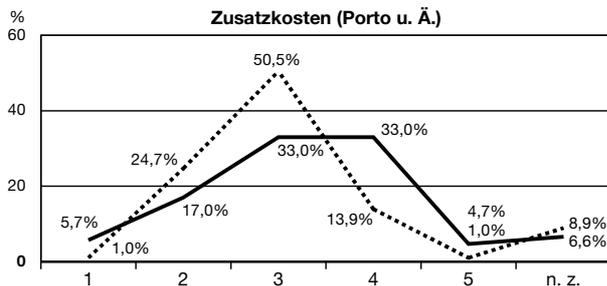
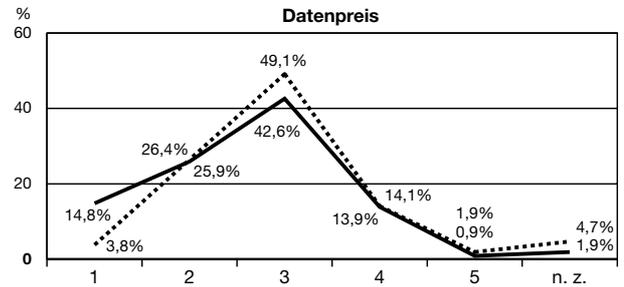
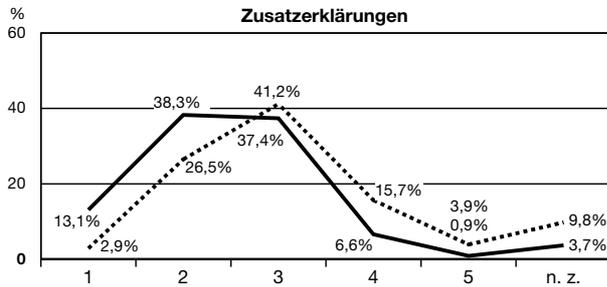
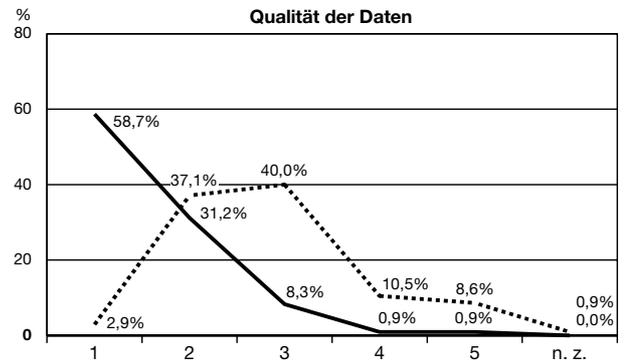
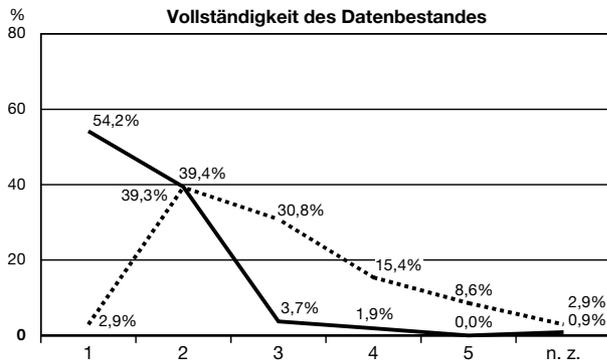
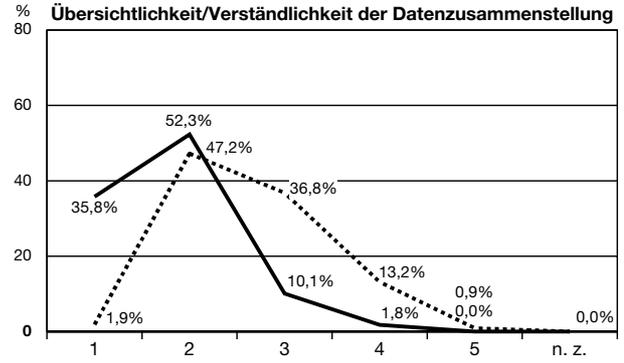
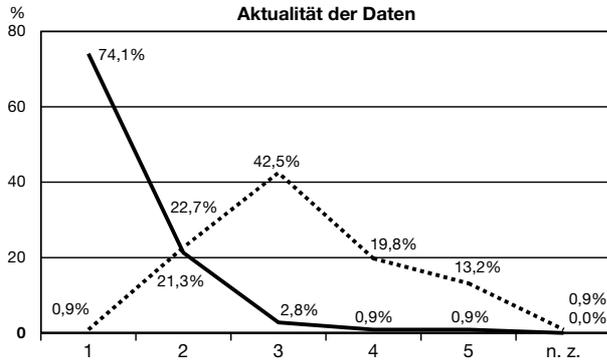
Service insgesamt

Zusätzlich zur Aufgliederung des Service in einzelne Komponenten wurden die Kunden gebeten, den Service insgesamt zu bewerten. Dieser ist für 85% der befragten Kunden außerordentlich bis sehr wichtig und für keinen der Befragten weniger wichtig oder unwichtig. Demgegenüber sind zwei Drittel der befragten Kunden außerordentlich bis sehr zufrieden, zufrieden sind etwa 30% der Befragten und keiner ist mit dem Service insgesamt unzufrieden.

Schaubild 3

Graphische Darstellung der einzelnen Produkteigenschaften

— Wichtigkeit - - - - Zufriedenheit



Bewertungsskala

1	außerordentlich wichtig/außerordentlich zufrieden
2	sehr wichtig/sehr zufrieden
3	wichtig/zufrieden
4	weniger wichtig/weniger zufrieden
5	nicht wichtig/unzufrieden
n. z.	nicht zutreffend

Fragekomplex 6: Bewerten Sie die Produkte Eurostats nach dem Grad der Wichtigkeit und Zufriedenheit:

Das vorstehende Schaubild 3 zeigt, wie die einzelnen Komponenten dieses Fragekomplexes von den Kunden bewertet werden.

Aktualität der Daten

Fast alle befragten Kunden sehen die Aktualität der Daten als außerordentlich bis sehr wichtig an und diese erhält damit die höchste Einstufung der Wichtigkeit innerhalb der Produktkriterien. Dagegen erzielte der entsprechende Zufriedenheitsgrad den niedrigsten Wert. Nur etwa 24% sind mit der Aktualität der Daten außerordentlich bis sehr zufrieden. Die Schere zwischen Zufriedenheit und Wichtigkeit ist hier besonders ausgeprägt. Zufrieden mit der Aktualität zeigten sich aber noch 43% der Befragten. Ein Drittel der befragten Kunden ist weniger zufrieden bis unzufrieden. Die Aktualität statistischer Daten ist ein viel diskutiertes Thema. Eurostat und die EU-Mitgliedstaaten sind in einem ständigen Prozess, verfügbare Daten möglichst schnell bereitzustellen. Jüngstes Eurostat-Produkt ist das so genannte Prime-up-Abonnement für Konjunkturindikatoren, bei dem die Kunden nach Erscheinen der Pressemitteilung per E-Mail die von ihnen gewünschten Daten zugesandt bekommen. Weiter ist eine Online-Datenbank „Euro-Indikatoren“ im Aufbau, für die sich die Kunden registrieren lassen können. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Aktualität in der amtlichen Statistik finden aber dort ihre Grenze, wo sich die Zuverlässigkeit der Daten verschlechtern würde.

Vollständigkeit des Datenbestandes

Für die überwiegende Mehrheit der befragten Kunden (94%) ist die Vollständigkeit des Datenbestandes außerordentlich bis sehr wichtig und somit das zweitwichtigste Kriterium der Produktbewertung. Der entsprechende Zufriedenheitsgrad liegt bei 42%, was eine Negativabweichung von 51 Prozentpunkten darstellt. Weniger zufrieden bis unzufrieden sind etwa ein Viertel der befragten Kunden. Auf die Lückenhaftigkeit der Daten in den Datenbanken wird auch häufiger im direkten Kundenkontakt hingewiesen. Eurostat bemüht sich in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern intensiv, vorhandene Datenlücken zu füllen. Insbesondere bei Ergebnissen für EU-15 oder die Eurozone ergeben sich Schwierigkeiten, eine Gesamtzahl zu publizieren, wenn einige EU-Mitgliedstaaten ihre Daten nicht geliefert haben.

Qualität der Daten

Nach der Aktualität und der Vollständigkeit ist die Qualität der Daten das drittwichtigste Kriterium; von 90% der Befragten wurde die Qualität der Daten mit außerordentlich bis sehr wichtig bewertet. Für mehr als die Hälfte aller befragten Kunden ist die Qualität der Daten dabei sogar außerordentlich wichtig. Demgegenüber sind nur 40% der Befragten mit der Datenqualität außerordentlich bis sehr zufrieden, von denen sich nur ein sehr geringer Anteil außerordentlich zufrieden zeigt. Mit 50 Prozentpunkten liegt in diesem Bereich im Vergleich zur Einstufung der Wichtigkeit eine hohe Abweichung vor. 40% der Befragten sind mit der Qualität der Daten zufrieden und

fast 20% der Kunden sind weniger zufrieden bis unzufrieden.

Datenpreis

Bei der Bewertung von Wichtigkeit und Zufriedenheit in Bezug auf den Datenpreis ist eine annähernde Übereinstimmung festzustellen. Für 41% der Befragten ist der Datenpreis außerordentlich bis sehr wichtig; im Vergleich dazu sind 30% außerordentlich bis sehr zufrieden. Am häufigsten, und zwar von 43% der Befragten, wurde der Datenpreis als wichtig eingestuft, entsprechend dazu ist die Hälfte der Befragten damit zufrieden. Weniger zufrieden sind 14% der Kunden. Die Praxis im EDS-Berlin zeigt, dass die Höhe des Datenpreises kaum Anlass zur Kritik gibt, insbesondere bei den Kunden aus der Wirtschaft, die den Schwerpunkt des Kundenkreises bilden.

Datenangebot insgesamt

Zusätzlich zur Beurteilung einzelner Produktmerkmale wurde den Kunden die Frage nach der Bewertung der Produkte insgesamt gestellt. Etwa 74% der Befragten ist das Datenangebot insgesamt außerordentlich bis sehr wichtig. Dagegen sind lediglich 36% der befragten Kunden damit außerordentlich bis sehr zufrieden. Etwa die Hälfte der Befragten gab darüber hinaus an, zufrieden mit dem Datenangebot zu sein.

4 Gesamtbewertung

Mit dem Service des EDS-Berlin insgesamt sind die befragten Kunden im Durchschnitt sehr zufrieden (2,3). Dieses Ergebnis fällt positiver aus als das der Zufriedenheit mit den Produkten Eurostats insgesamt (2,8).

4.1 Service

Die Betrachtung des zusammenfassenden Schaubildes 4 zeigt, dass bezüglich des Service und seiner Komponenten die Erwartungen (*Wichtigkeit*) der Kunden auf der einen und die gewonnenen Erfahrungen (*Zufriedenheit*) auf der anderen Seite nahe beieinander liegen. Bezüglich der Zufriedenheit variieren die Durchschnittsnoten von 1,9 (Freundlichkeit der Mitarbeiter) bis 2,7 (Servicezeiten). Dieses positive Ergebnis zeigt, dass die Kundenbetreuung des EDS-Berlin im Allgemeinen als recht erfolgreich bezeichnet werden kann. Den höchsten Stellenwert für die befragten Kunden bezüglich der Wichtigkeit hat die Bearbeitungsdauer insgesamt (1,7), bei der zugleich die Abweichung zur Zufriedenheit (2,4) die größte bei der Bewertung aller Servicekomponenten ist. Die Bedürfnisse der Kunden sind vielfältig und orientieren sich stark an den Tendenzen der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, bei der der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle einnimmt. Der formale Bestellvorgang (Anruf, schriftliche Auftragserteilung, Kostenvoranschlag, schriftliche Kostenbestätigung) wird von den Kunden oft als zu lang empfunden. Als zweitwichtigste Servicekomponente wird die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter (1,8) angesehen; die Zufriedenheit mit dieser Komponente wurde nur 0,6 Punkte schlechter beurteilt (2,4). Der Kunde erwartet, dass sein Problem erkannt und er fachlich gut beraten wird. Daher ist es wichtig, dass die Mitarbeiter des EDS-Teams weiterhin regelmäßig an Schulungen bei Eurostat

Schaubild 4

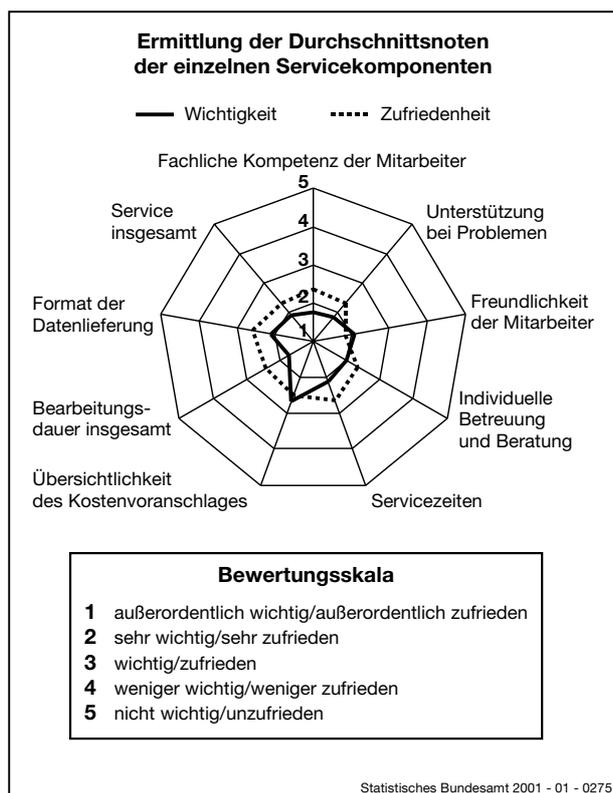
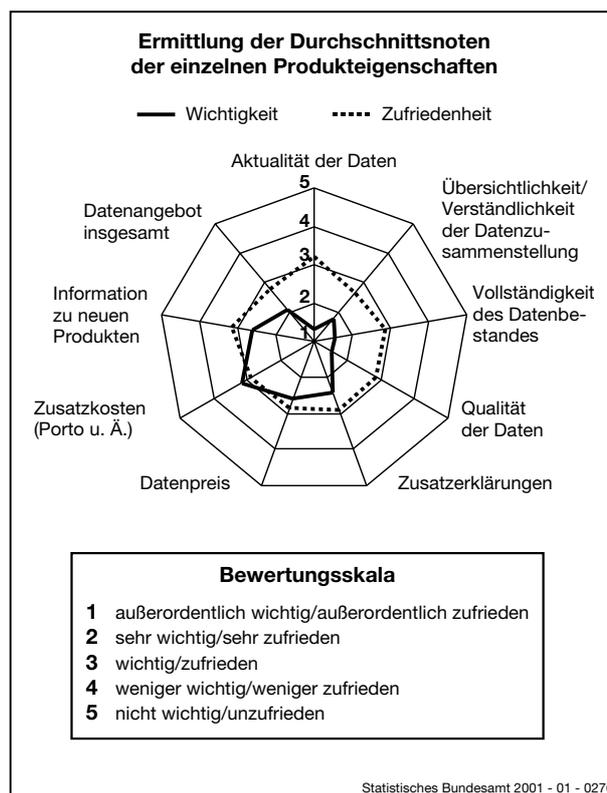


Schaubild 5



teilnehmen und sie über Veränderungen und Neuerungen der Produkte informiert werden.

Interessant ist das Ergebnis, dass der Service insgesamt (1,9) von den Kunden in puncto Wichtigkeit höher eingeschätzt wurde als die Produkteigenschaften insgesamt (2,1). Der Service stellt einen bedeutenden Faktor zur Entwicklung einer langfristigen Kundenbindung dar und bietet die Möglichkeit, sich von anderen Anbietern vergleichbarer Produkte abzuheben. Zukünftig wird der Service immer mehr zum Schlüsselfaktor für eine Kaufentscheidung werden. Insbesondere der erste Kontakt, der den Beginn einer Kundenbeziehung bildet, entscheidet oftmals über Zufriedenheit oder Unzufriedenheit des Kunden. Erfreulich ist, dass die Zufriedenheit mit der Freundlichkeit des EDS-Teams die Erwartungen der Kunden übertrifft und dass die Zufriedenheit mit der individuellen Beratung und Betreuung nur eine sehr geringe negative Abweichung von der Erwartungshaltung aufweist. Entscheidend ist, dass die Festsetzung von Normen für Service- und Produktqualitäten immer von den Bedürfnissen der Kunden ausgehen muss.

4.2 Produkteigenschaften

Die Diskrepanz zwischen Erwartung und Zufriedenheit ist bei der Bewertung der einzelnen Produkteigenschaften zumeist deutlich größer als beim Service, wenn auch die Betrachtung des Datenangebotes insgesamt nur eine geringe Differenz zwischen der Wichtigkeit (2,1) und der Zufriedenheit (2,8) zeigt (siehe Schaubild 5).

Den höchsten Stellenwert – auch im Vergleich zum Service – besitzt die Aktualität der Daten, die für die Befragten von außerordentlicher Wichtigkeit ist und die Durchschnittsnote 1,3 erhielt. Zwischen den Erwartungen und

dem realen Kundenerlebnis (3,2) besteht eine negative Spanne von etwa zwei Noten. Weiter sind den Kunden die Vollständigkeit (1,5) und Qualität der Daten (1,5) sowie die Übersichtlichkeit und Verständlichkeit der Datenzusammenstellung (1,8) sehr wichtig. Hier sind ebenfalls größere negative Abweichungen zwischen 0,7 und 1,4 gegenüber der Zufriedenheit gegeben. Mit zunehmender Kenntnis und häufigerer Nutzung der Produkte steigen auch die Ansprüche an das Produkt. Hier besteht Handlungsbedarf. Da Eurostat die Daten aus den Ergebnissen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zusammenstellt, resultieren die Probleme oftmals aus verspäteten Lieferungen einiger Mitgliedstaaten.

Der Preis ist im Gegensatz zu den anderen Produktmerkmalen für die befragten Kunden von geringerer Bedeutung. Datenpreis und Zusatzkosten sind für die Kunden – wie auch die Informationen zu neuen Produkten – vergleichsweise nachrangig (3,0), der Zufriedenheitsgrad ist hier nahezu übereinstimmend. Die Preise werden möglicherweise als angemessen empfunden, da der Produktpreis in Verbindung mit dem Service betrachtet wird, der vom Kunden als positiv wahrgenommen wird.

Bei den Befragten besteht im Allgemeinen ein größeres Interesse an Datenextrakten und weniger an Publikationen. Der vorwiegende Bedarf an maßgeschneiderten Produkten ist kennzeichnend für die Entwicklung hin zu einem hohen Grad an Individualität bezogen auf die Produkterstellung und demzufolge auf den Service. Die bedarfsgerechte Anfertigung garantiert den Kunden einen geringen Aufwand bei der Weiterverwendung. Die Möglichkeit, kostenlose Informationsmaterialien (Minikatalog und Statistische Referenzen) zu erhalten, nutzten 77% der befragten Kunden, was das Interesse am Produkt- und Dienstleistungsangebot deutlich macht.

Der Anspruch, den der Kunde an die erwartete Leistung stellt, ist folglich der eines auf seinen individuellen Bedarf zugeschnittenen Produktes, verbunden mit einem minimalen Aufwand für den Kunden sowie einer kurzen Bearbeitungszeit. Daneben legt der Kunde Wert auf ein flexibles Servicesystem, welches ihm bei Auftreten eines Problems alternative Lösungen bietet. Aufbauend auf den im Rahmen der Kundenbefragung ermittelten Erwartungen der Kunden werden zukünftige Servicestrategien entwickelt in Zusammenhang mit einer Optimierung des Produktangebotes. So wird der EDS-Berlin seinen Kunden in naher Zukunft als zusätzlichen Service eine eigene Homepage zur Verfügung stellen, die einen Überblick über das Produkt- und Leistungsangebot gibt sowie über Neuheiten informiert. ■

Ehescheidungen 1999

Im Jahr 1999 registrierte die amtliche Statistik sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands einen leichten Rückgang der Scheidungen. Gegenüber dem Jahr 1998 fiel die Zahl der Ehescheidungen im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin um 1,0% auf 161 790 (1998: 163 390). In den neuen Bundesländern wurden 1999 28 800 Ehescheidungen gezählt, was einem Rückgang gegenüber 1998 um 0,8% entspricht. Für Deutschland insgesamt ergab sich damit gegenüber 1998 eine Abnahme der Ehescheidungen um 0,9% auf 190 590 im Jahr 1999. Von 1 000 bestehenden Ehen wurden 1999 9,9 geschieden.

Die Mehrzahl der Scheidungsanträge wurde auch 1999 von den Frauen gestellt (60,1%). Der ganz überwiegende Teil der Scheidungen erfolgte dabei einverständlich nach einjähriger Trennung (71,1%).

Die Zahl der von Ehescheidungen betroffenen minderjährigen Kinder ist bundesweit gegenüber 1999 um 8,3% weiter gesunken. Insgesamt waren im Jahr 1999 in Deutschland 143 730 Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen (118 660 im Westen und 25 070 im Osten).

Auch in regionaler Hinsicht gab es Niveauunterschiede. Im Osten Deutschlands variierte die auf 10 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer zwischen 19,3 Ehescheidungen in Mecklenburg-Vorpommern und 22,8 Ehescheidungen in Sachsen-Anhalt. Im Westen wiesen die drei Stadtstaaten zusammengenommen mit 28,2 Scheidungen je 10 000 Einwohner eine höhere Scheidungsrate als die Flächenländer auf. Dort gab es 23,3 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner.

Dipl.-Sozialwissenschaftler Dieter Emmerling

Vorbemerkung

Im Jahr 1999 wurden in Deutschland insgesamt 531 590 Ehen durch den Tod des Partners, durch gerichtliche Ehescheidung oder durch gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe¹⁾ gelöst. Bevor nun mit dem vorliegenden Beitrag über das „Scheidungs-geschehen“ im Jahr 1999 berichtet wird, soll hier vorweg auf diese wesentlichen Unterscheidungen bei Nachweisen von Ehelösungen kurz eingegangen werden. Denn wie ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, sind für die Auflösung von Ehen insgesamt die Ehelösungen durch den Tod eines Ehepartners nach wie vor von besonderer zahlenmäßiger Bedeutung.

Ehelösungsfälle aus. Im Schaubild 1 auf S. 254 ist die Entwicklung des Anteils der gerichtlichen Ehelösungen an allen Ehelösungen seit 1950 dargestellt. Aus dem Haupttrend der Entwicklung des Anteils der Ehescheidungen, der durch kurzfristige Sondereinflüsse durchbrochen ist, ist aber abzulesen, dass die gerichtlichen Ehescheidungen ein sich seit langem verstärkendes Gewicht im Hinblick auf alle Ehelösungen haben. Bei zunehmender gesellschaftlicher Akzeptanz von Ehescheidungen und einem gleichzeitigen Anstieg der Lebenserwartung werden insgesamt gesehen mehr Ehen gerichtlich geschieden und weniger Ehen durch den Tod des Partners gelöst.²⁾

Im Gegensatz zu den Ehescheidungen und zum Tod eines Ehepartners sind die Aufhebungen von Ehen durch Gerichtsentscheid für die Ehelösungen insgesamt eine quantitativ zu vernachlässigende Größe.

Der vorliegende Beitrag zeigt im Einzelnen auf, wie sich die gerichtlichen Ehescheidungen im Berichtsjahr 1999 entwickelt haben. Da sich im Scheidungsverhalten der Bevölkerung im Westen und Osten Deutschlands weiterhin Unterschiede zeigen, werden die zentralen Ergebnisse auch getrennt für diese Teilgebiete dargestellt.

Allerdings ist es seit dem Berichtsjahr 1995 durch veränderte Zuständigkeiten bei den Familiengerichten im Bundesland Berlin nicht mehr möglich, die Angaben aus der Scheidungsstatistik zwischen Berlin-West und Berlin-Ost aufzuteilen. Die für Berlin ermittelten Ehescheidungen werden seitdem insgesamt dem früheren Bundesgebiet zugeordnet. Bis 1995 wurden – wie auch sonst in der Bundesstatistik üblich – der Westteil Berlins dem früheren Bundesgebiet und der Ostteil den neuen Bundesländern zugeordnet und die Angaben aus der Scheidungsstatistik entsprechend aufbereitet. Um aber im vorliegenden Beitrag einen Vergleich der Entwicklung des Scheidungsgeschehens seit 1990 – ohne Bruch in der Zeitreihe – zu ermöglichen, werden die für die Jahre 1990 bis 1994 für Berlin-Ost registrierten Scheidungen nachträglich in die Ergebnisse des früheren Bundesgebietes einbezogen.

Tabelle 1: Ehelösungen seit 1990

Jahr	Ehelösungen	Davon		
		durch gerichtliche Ehescheidung	durch gerichtliche Aufhebung (oder Nichtigkeitserklärung der Ehe) ¹⁾	durch Tod eines Ehepartners
1990 ²⁾	527 134	154 786	172	372 176
1991	504 679	136 317	167	368 195
1992	494 163	135 010	169	358 984
1993	519 692	156 425	221	363 046
1994	524 068	166 052	444	357 572
1995	528 378	169 425	575	358 378
1996	531 975	175 550	653	355 772
1997	536 748	187 802	681	348 265
1998	537 543	192 416	538	344 589
1999	531 587	190 590	170	340 827

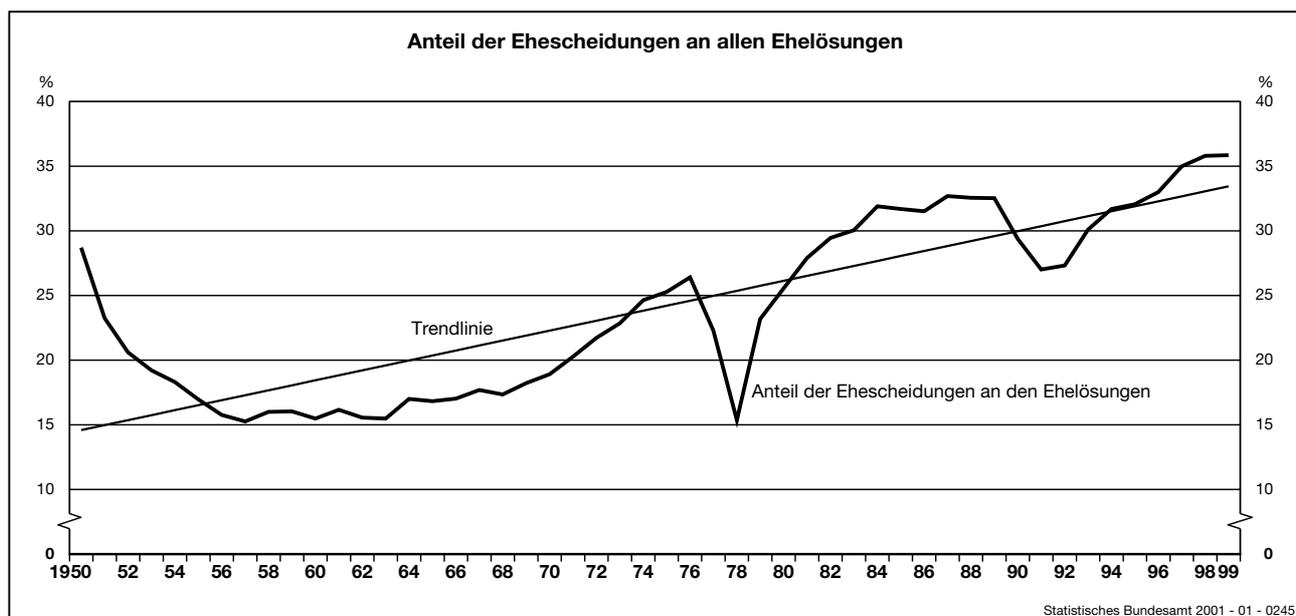
1) Seit dem 1. Juli 1998 gibt es nur noch die gerichtlichen Aufhebungen. – 2) Ohne Aufhebungen und Nichtigkeitserklärungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Mit 340 830 Fällen entfiel auf die Ehelösungen durch den Tod des Ehepartners – wie schon im Vorjahr – im Jahr 1999 ein Anteil von 64,1% aller Ehelösungen. Die gerichtlichen Ehescheidungen machten dagegen nur 35,9% der

1) Seit dem 1. Juli 1998 gibt es nur noch die gerichtliche Entscheidung auf Aufhebung der Ehe. Davor wurde noch zwischen der Aufhebung und der Nichtigkeitserklärung unterschieden.

2) Siehe auch Dorbritz, J./Gärtner, K.: „Bericht 1998 über die demographische Lage in Deutschland mit dem Teil B „Ehescheidungen – Trends in Deutschland und im internationalen Vergleich““ in Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 4/1998, S. 431 f.

Schaubild 1



Ergebnisse

Überblick

Im Jahr 1999 wurden 190 590 Ehen in Deutschland geschieden; das waren 1 830 geschiedene Ehen weniger als 1998 (-0,9%). Die Zahl der 1999 bundesweit geschiedenen Ehen entspricht 23,2 Ehescheidungen je 10 000 Einwohner bzw. 99,0 Ehescheidungen je 10 000 bestehende Ehen.

161 790 Scheidungen entfielen auf das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin. Das entspricht – wie schon im Vorjahr – einer Quote von 84,9% aller Scheidungsfälle. Die Zahl der Scheidungen im Westen Deutschlands sank gegenüber dem Jahr 1998 (163 390) um 1,0%. Auch in den neuen Bundesländern ging die absolute Zahl der Scheidungen 1999 mit 28 800 Fällen um 0,8% gegenüber dem Vorjahr (29 030) geringfügig zurück. In Tabelle 2 ist die Entwicklung der Ehescheidungen seit 1960 dargestellt.

Tabelle 2: Ehescheidungen in Deutschland

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder ²⁾
	Anzahl			je 10 000 Einwohner ³⁾		je 10 000 bestehende Ehen ⁴⁾	
1960	73 418	48 878	24 540	8,8	14,2	35,7	.
1965	85 304	58 728	26 576	10,0	15,6	39,2	60,9
1970	103 927	76 520	27 407	12,6	16,1	50,9	63,9
1975	148 461	106 829	41 632	17,3	24,7	67,4	98,8
1976	153 061	108 258	44 803	17,5	26,7	68,8	106,5
1977	117 795	74 658	43 137	12,2	25,7	47,7	102,6
davon (1977):							
altes Recht	X	72 959	X	X	X	X	X
neues Recht	X	1 699	X	X	X	X	X
1978	75 758	32 462	43 296	5,3	25,8	20,8	102,8
1979	124 225	79 490	44 735	13,0	26,7	51,0	106,3
1980	141 016	96 222	44 794	15,6	26,8	61,3	106,6
1981	158 087	109 520	48 567	17,8	29,0	72,3	115,9
1982	168 348	118 483	49 865	19,2	29,9	78,4	120,2
1983	170 941	121 317	49 624	19,8	29,7	80,6	120,3
1984	181 064	130 744	50 320	21,3	30,2	87,1	122,4
1985	179 364	128 124	51 240	21,0	30,8	86,1	125,1
1986	174 882	122 443	52 439	20,1	31,5	82,6	128,5
1987	180 490	129 850	50 640	21,2	30,4	87,6	124,3
1988	178 109	128 729	49 380	20,9	29,6	86,6	121,1
1989	176 691	126 628	50 063	20,4	30,1	84,6	122,8
1990	154 786	125 308	29 478	19,4	19,9	81,1	78,4
1991	136 317	128 187	8 130	19,6	5,6	81,9	22,1
1992	135 010	125 907	9 103	19,0	6,3	79,7	25,1
1993	156 425	139 157	17 268	20,8	12,0	87,3	48,3
1994	166 052	145 060	20 992	21,6	14,7	90,6	59,4
1995	169 425	147 945	21 480	21,9	15,1	92,3	61,5
1996	175 550	152 798	22 752	22,5	16,0	95,2	65,8
1997	187 802	161 265	26 537	23,7	18,8	103,7	77,5
1998	192 416	163 386	29 030	24,0	20,7	105,7	85,7
1999	190 590	161 787	28 803	23,8	20,6	101,8	85,9

1) Ab 1990: einschl. Berlin-Ost. – 2) Ab 1990: ohne Berlin-Ost. Würden die Ehescheidungen des Jahres 1990, die für Berlin-Ost festgestellt worden waren, in die Ergebnisse für die neuen Länder einbezogen, so ergäbe sich eine Zahl von 31 917 Ehescheidungen. – 3) Ab 1992: durchschnittliche Einwohnerzahl, sonst jeweils 30. Juni. – 4) Ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am Jahresbeginn; 1990 Berlin-Ost: ausgehend von der Zahl der verheirateten Frauen am 31. Dezember 1990.

Abzulesen ist, dass die Zahl der Scheidungen im früheren Bundesgebiet und Berlin-West erstmals 1975 mit 106 830 Fällen die Marke von 100 000 Ehen, die jährlich geschieden werden, überschritten hatte. Unterbrochen von einem kurzzeitigen, aber erheblichen Rückgang der Scheidungszahlen als Folge der 1977 wirksam gewordenen Reform des Scheidungsrechts war aber bereits Mitte der achtziger bis zu Beginn der neunziger Jahre ein Stand zwischen 120 000 und 130 000 jährlich geschiedener Ehen erreicht worden. Nachdem die Zahl der Ehescheidungen im Westen Deutschlands seit 1993 auf hohem Niveau ständig weiter gestiegen ist, scheint diese Entwicklung im aktuellen Berichtsjahr 1999 zunächst zum Stillstand gekommen zu sein. Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden im früheren Bundesgebiet 1999 23,8 Ehen geschieden. Im Vorjahr lag der Wert dieser Ziffer bei 24,0. Nominell etwas stärker fiel der Rückgang bei der auf 10 000 bestehende Ehen bezogenen Ziffer aus. Wurden im Westen Deutschlands im Jahr 1998 105,7 Ehescheidungen je 10 000 bestehende Ehen gezählt, so fiel der Wert dieser Ziffer im Jahr 1999 auf 101,8. Es dürfte allerdings verfrüht sein, aus diesen Ergebnissen auf eine durchgreifende Veränderung im generellen Scheidungsverhalten zu schließen.

Für den Osten Deutschlands ist im Hinblick auf die Scheidungshäufigkeit von einer Sonderentwicklung auszugehen. In der ehemaligen DDR hatte sich das Niveau der Zahl der geschiedenen Ehen im Schnitt zuletzt bei jährlich 50 000 Fällen bewegt. Davor waren schon seit Mitte der siebziger Jahre – mit steigender Tendenz – jährlich mehr als 40 000 Ehen gerichtlich durch Scheidung gelöst worden. Nach der deutschen Vereinigung war die Zahl der Scheidungen in den Jahren 1990 und 1991 dann bis auf 8 130 Ehescheidungen stark abgesunken. Bis zum Jahr 1998 ist sie in mehreren Sprüngen wieder auf 29 030 Fälle angewachsen und im Jahr 1999 kaum zurückgegangen. Im aktuellen Berichtsjahr haben sich weder die auf 10 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer mit 20,6 (1998: 20,7), noch die auf 10 000 bestehende Ehen bezogene Ziffer mit einem Wert von 85,9 (1998: 85,7) in den neuen Ländern merklich verändert.

Diese schwankende Entwicklung der Scheidungshäufigkeit im Osten Deutschlands seit 1990 hatte ihre Gründe wohl einerseits in der Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsverfahren und -recht mit seinen Vorgaben bestimmter Fristen und finanziellen Folgen. Andererseits wird davon auszugehen sein, dass die Umbrüche in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensverhältnissen im Osten Deutschlands, die mit der deutschen Vereinigung einhergegangen sind, auch zu einer zeitlichen Verschiebung beabsichtigter Scheidungen geführt haben. Da auch die Heiratsneigung in den neuen Ländern nach 1990 stark zurückgegangen ist (siehe Tabelle 3) und Ehen, die in „unsicherer“ Zeit geschlossen worden sind, möglicherweise stabiler sein könnten, ist derzeit nicht abzusehen, ob sich der seit 1992/93 zu beobachtende Angleichungsprozess der relativen Scheidungshäufigkeit an die Verhältnisse im Westen, nachdem diese im Jahr 1999 nahezu stagnierte, mittelfristig fortsetzen wird.

Tabelle 3: Eheschließungen

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾	Neue Länder
1985	496 175	375 345	120 830
1986	509 320	383 774	125 546
1987	523 847	395 220	128 627
1988	534 903	410 280	124 623
1989	529 597	410 645	118 952
1990	516 388	423 143	93 245
1991	454 291	409 160	45 131
1992	453 428	410 644	42 784
1993	442 605	398 629	43 976
1994	440 244	393 325	46 919
1995	430 534	381 724	48 810
1996	427 297	378 469	48 828
1997	422 776	374 577	48 199
1998	417 420	367 527	49 893
1999	430 674	375 318	55 356

1) Einschl. Berlin-Ost.

Scheidungsrisiko im Westen Deutschlands nach fünf Ehejahren, im Osten nach sechs Ehejahren am höchsten

Aus statistischer Sicht kommt der Ehedauer im Hinblick auf die „Scheidungsanfälligkeit“ von Ehen eine besondere Bedeutung zu. Die Analyse der Scheidungsfälle des Jahres 1999 nach der Ehedauer³⁾ zeigt dabei zunächst, dass im früheren Bundesgebiet und Berlin die absolute Häufigkeit der Ehescheidungen nach einer Ehedauer von sechs Jahren am höchsten war. In den neuen Bundesländern lag der höchste Wert bei einer Ehedauer von zehn Jahren, während der zweithöchste Wert sogar für eine Ehedauer von elf Jahren ermittelt worden ist (siehe Tabelle 4). Für diese augenfällige Differenz zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands ist das seit der deutschen Vereinigung in den neuen Bundesländern erheblich veränderte Heiratsverhalten der bestimmende Grund. War der Eheschließungsjahrgang 1989, aus dem nun die im Osten geschiedenen Ehen mit einer Ehedauer von zehn Jahren stammen, mit 118 950 geschlossenen Ehen noch relativ stark besetzt, so weisen die Eheschließungsjahrgänge nach 1989 wesentlich niedrigere Werte auf (siehe Tabelle 3). Schon im Jahr 1990 war die Zahl der Eheschließungen in den neuen Ländern auf 93 250 gesunken, und in den folgenden Jahren waren nur noch zwischen 40 000 und 50 000 Ehen geschlossen worden. Erst 1999 ließen sich mit 55 360 Eheschließungen wieder deutlich mehr Paare im Osten Deutschlands trauen. Dass daher die absolute Zahl der Scheidungen nach kürzerer Ehedauer im Osten Deutschlands auch 1999 entsprechend gering ausgefallen ist, war zu erwarten.

Die Analyse veranschaulicht aber auch, wie wenig zweckmäßig es ist, sich bei dem Versuch, das Scheidungsrisiko für Ehen in Abhängigkeit von der Ehedauer abzuschätzen, allein auf die Betrachtung der absoluten Scheidungszahlen zu stützen. Aussagefähiger für diesen Zweck ist die Verwendung der ehedauerspezifischen Scheidungsziffer. Diese bezieht die im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines bestimmten Eheschließungsjahrgangs auf 10 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs. Durch diese „Normierung“ werden Schwankungen im Altersaufbau und im Heiratsverhalten, die sich dann auch in den absoluten Scheidungszahlen niederschlagen, statistisch aus-

3) Berechnet als Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung.

Tabelle 4: Ehescheidungen 1999 nach der Ehedauer

Ehedauer ¹⁾	Ehescheidungen						Ehedauerspezifische Scheidungsziffer ²⁾					
	1999			1998			1999			1998		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ³⁾	Neue Länder
0 Jahre	134	129	5	94	91	3	3,1	3,4	0,9	2,3	2,5	0,6
1 Jahr	1 481	1 404	77	1 553	1 483	70	35,5	38,2	15,4	36,7	39,6	14,5
2 Jahre	5 684	5 318	366	5 700	5 366	334	134,4	142,0	75,9	133,4	141,8	68,4
3 Jahre	8 225	7 617	608	8 590	7 955	635	192,5	201,3	124,5	199,5	208,4	130,1
4 Jahre	10 405	9 482	923	10 863	9 979	884	241,7	248,4	189,1	246,8	253,7	188,4
0 bis 4 Jahre ...	25 929	23 950	1 979	26 800	24 874	1 926	607,2	633,3	405,9	618,7	646,0	402,0
5 Jahre	11 989	10 899	1 090	12 210	11 175	1 035	272,3	277,1	232,3	275,9	280,3	235,4
6 Jahre	11 995	10 918	1 077	12 704	11 692	1 012	271,0	273,9	244,9	280,2	284,7	236,5
7 Jahre	11 645	10 613	1 032	11 569	10 442	1 127	256,8	258,4	241,2	254,7	255,2	249,7
8 Jahre	10 402	9 404	998	12 473	10 268	2 205	229,0	229,8	221,1	241,5	242,7	236,5
9 Jahre	11 139	9 145	1 994	11 499	9 236	2 263	215,7	216,1	213,8	217,1	224,9	190,2
5 bis 9 Jahre ...	57 170	50 979	6 191	60 455	52 813	7 642	1 244,8	1 255,4	1 153,4	1 269,4	1 287,8	1 148,3
10 Jahre	10 898	8 608	2 290	10 614	8 405	2 209	205,8	209,6	192,5	198,4	204,9	177,3
11 Jahre	9 556	7 529	2 027	9 410	7 348	2 062	178,6	183,5	162,7	179,6	185,9	160,3
12 Jahre	8 431	6 619	1 812	8 135	6 432	1 703	160,9	167,5	140,9	159,7	167,6	135,6
13 Jahre	7 622	5 971	1 651	7 112	5 639	1 473	149,7	155,6	131,5	143,3	150,2	121,9
14 Jahre	6 825	5 437	1 388	6 619	5 307	1 312	137,6	144,9	114,9	132,9	141,6	106,4
10 bis 14 Jahre ...	43 332	34 164	9 168	41 890	33 131	8 759	832,6	861,1	742,4	814,0	850,3	701,5
15 bis 19 Jahre	26 422	21 139	5 283	26 001	21 090	4 911	535,8	567,0	439,3	530,7	571,8	406,4
20 bis 25 Jahre	20 007	16 087	3 920	19 879	16 135	3 744	401,0	439,7	294,6	392,0	431,9	279,8
0 bis 25 Jahre ...	172 860	146 319	26 541	175 025	148 043	26 982	3 621,4	3 756,4	3 035,6	3 624,7	3 787,8	2 938,1
26 Jahre und länger	17 730	15 468	2 262	17 391	15 343	2 048
Insgesamt ...	190 590	161 787	28 803	192 416	163 386	29 030

1) Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung. – 2) Geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 10 000 geschlossene Ehen des gleichen Jahrgangs. – 3) Einschl. Berlin-Ost.

geschaltet, sodass sich unmittelbar vergleichbare Maßzahlen für die Abschätzung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer ergeben. Die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für die Jahre 1998 und 1999 sind ebenfalls in Tabelle 4 wiedergegeben. Die ehedauerspezifische Scheidungsziffer erreichte im Jahr 1999 für Deutschland insgesamt und auch für das frühere Bundesgebiet und Berlin nach fünfjähriger Ehedauer den höchsten Wert. Das Scheidungsrisiko in den neuen Bundesländern war dagegen nach sechs Ehejahren am größten. Insgesamt lässt sich im Hinblick auf das ehedauerspezifische Scheidungsrisiko sagen, dass nach wie vor Ehen in den ersten Jahren nach der Heirat einem besonders hohen Scheidungsrisiko unterliegen.

Mehr als jede dritte Ehe wird in Deutschland früher oder später geschieden

Während mit dem Bezug der jährlichen Scheidungsfälle auf 10 000 Einwohner oder 10 000 bestehende Ehen Aussagen über die Veränderung der relativen Scheidungs-

häufigkeit im Zeitverlauf getroffen werden können, lässt sich die Frage, die in den Medien und in der sonstigen Öffentlichkeit besonders oft thematisiert wird, nämlich wie hoch der Gesamtanteil der Ehen ist, die früher oder später geschieden werden, nur in Näherung beantworten.

Trotz bestimmter methodischer Probleme⁴⁾ ist es üblich, mit der Zusammenfassung der einzelnen ehedauerspezifischen Scheidungsziffern die Scheidungsneigung zu berechnen⁵⁾, um zu einem für praktische Zwecke verwendbaren, wenn auch nur groben Schätzwert des Gesamtanteils der Ehen zu gelangen, die in einer Scheidung enden. Mittels der Summe der einzelnen ehedauerspezifischen Scheidungsziffern über 25 Eheschließungsjahrgänge⁶⁾ (siehe Tabelle 4) hinweg lässt sich approximativ der Anteil der geschlossenen Ehen bestimmen, die bei Konstanz der derzeitigen Scheidungshäufigkeit während des gewählten Zeitraums von 25 Jahren geschieden würden⁷⁾. Allerdings ist der Wert der aus dieser Querschnittsbetrachtung gewonnenen Maßzahl – die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer (auch zusammengefasste Ehescheidungszif-

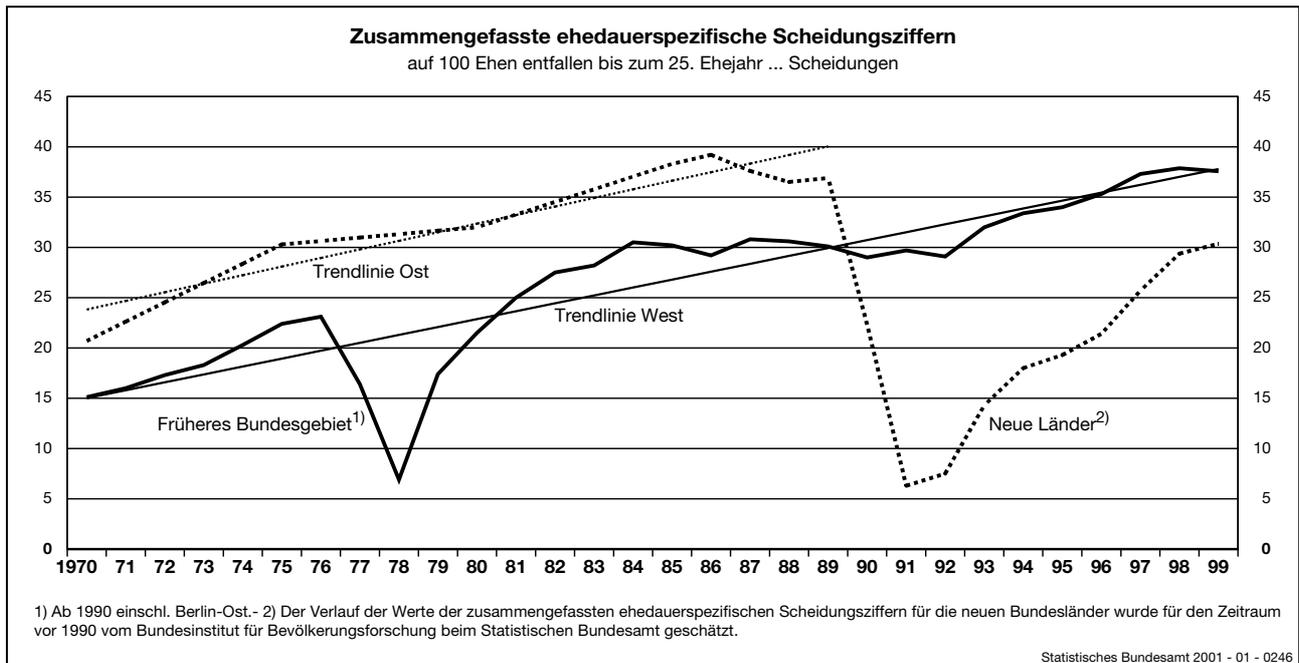
4) So interessant die Frage nach dem Gesamtanteil der Ehen, die in einer Scheidung enden, auch ist, so schwierig ist es, hierfür aus statistisch-methodischer Sicht eine befriedigende Antwort zu geben (siehe hierzu z. B. Braun, W.: „Ehescheidungen 1986/87“ in WiSta 10/1988, S. 682 ff. sowie ders.: „Ehescheidungen 1982“ in WiSta 2/1984, S. 102 ff. und aus jüngerer Zeit Gröner, G.: „Zur Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen in Bayern“ in Bayern in Zahlen 4/1999, S. 133 ff.). Um die sich stellenden Probleme zumindest anzureißen, soll auf die eingeschränkte Datenlage hingewiesen werden, die bei dem Versuch, eine vertretbare Antwort zur Frage der „Gesamt-Scheidungsrate“ zu finden, zu beachten ist. Die amtliche Statistik erhält jährlich über die Familiengerichte lediglich Angaben zur Gesamtzahl der Scheidungen, unabhängig davon, wo die jeweilige Ehe geschlossen wurde. Die Gesamtzahl ist nur nach wenigen weiteren Merkmalen, wie etwa der Ehedauer bis zur Scheidung, aufgeschlüsselt. Individualdaten, die den weiteren Lebenslauf der Ehepaare nach ihrer Heirat beschreiben würden und aus denen dann auch der Ort der Eheschließung in Verbindung mit dem möglichen Ereignis einer Ehescheidung ersichtlich wäre, sind nicht vorhanden. Ebenso wenig kann auf vollständige und zuverlässige Angaben zur Zahl der nach ihrem Eheschließungsjahr gegliederten bestehenden Ehen, auf die die entsprechenden Scheidungen bezogen werden könnten, zurückgegriffen werden. Es ist zwar möglich, die im jeweiligen Kalenderjahr geschlossenen Ehen nachzuweisen. Wie viele der Ehepartner im jeweiligen Kalenderjahr der registrierten Scheidungen noch in Deutschland lebten bzw. wie viele Ehepartner mit gleichem Eheschließungsjahr inzwischen zugezogen sind, ist aber nicht bekannt. Insofern ist ein Bezug von Ehescheidungen mit bestimmtem Eheschließungsjahr auf die Zahl der im gleichen Jahr geschlossenen Ehen auch nur bedingt aussagefähig.

5) Siehe hierzu Dorbritz, J./Gärtner, K., a. a. O., S. 417 ff.

6) Die Betrachtung von 25 Jahren hat sich eingebürgert, da die Scheidungshäufigkeit von Ehen mit längerer Dauer relativ gering ist. Außerdem ergeben sich im Hinblick auf die Heranziehung des Ausgangsbestandes der entsprechenden Eheschließungsjahrgänge bei Jahrgängen, die älter als 25 Jahre sind, vermehrt methodische Probleme.

7) Da jedoch im Zeitablauf Änderungen in der ehedauerspezifischen Scheidungshäufigkeit eintreten, wäre eine sicherere Aussage nur möglich, wenn die Scheidungshäufigkeit jeweils einzelner Eheschließungsjahrgänge über einen längeren Zeitraum beobachtet und die hierbei ermittelten Scheidungsziffern für jeden Eheschließungsjahrgang gesondert addiert würden. Das Ergebnis einer solchen Betrachtung liegt jedoch erst nach mehreren Jahrzehnten ex post vor.

Schaubild 2



fer genannt) – als Periodenmaß stark abhängig von Sondereinflüssen in einzelnen Berichtsjahren. Dies lässt sich deutlich aus dem Schaubild 2 ablesen, in dem die Entwicklung der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer, bezogen auf je 100 geschlossene Ehen und berechnet bis zu einer Ehedauer von 25 Jahren, für den Westen und den Osten Deutschlands getrennt für den Zeitraum von 1970 bis 1999 dargestellt ist.

So wurde der Haupttrend einer im Westen Deutschlands beständig steigenden Scheidungsneigung zwischen 1976 und 1979 aufgrund der Veränderungen im Scheidungsrecht – mit dem Wechsel vom Schuld- zum Zerrüttungsprinzip – abrupt unterbrochen. Die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer sank von 23,1 im Jahr 1976 auf 6,9 von 100 Ehen, die bis zum 25. Ehejahr geschieden würden, im Jahr 1978 und damit auf den tiefsten Stand des Beobachtungszeitraums. Im Osten Deutschlands ergab sich im Beobachtungszeitraum ein noch stärkerer Einbruch bei der in Rede stehenden Ziffer. Bis vor der deutschen Vereinigung wies der Haupttrend der Scheidungsneigung – auf deutlich höherem Niveau als im Westen Deutschlands – in Richtung wachsender Anteile geschiedener Ehen. Mit der Einführung des bundesdeutschen Scheidungsrechts und den mit der deutschen Vereinigung einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen im Osten Deutschlands fiel der Wert der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer von 36,9 im Jahr 1989 auf 6,3 von 100 Ehen, die bis zum 25. Ehejahr geschieden würden, im Jahr 1991. Danach ist der Wert der ehedauerspezifischen Scheidungsziffer im Osten Deutschlands über mehrere Zwischenschritte wieder deutlich angestiegen.

Im aktuellen Berichtsjahr 1999 wies die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer einen Wert von 30,4 auf (1998: 29,4). Das heißt, nach den Verhältnissen des Jahres 1999 läge die Scheidungsneigung in den neuen Bundesländern bei etwa 30%. Im Westen Deutschlands wies die über 25 Eheschließungsjahrgänge

zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer einen Wert von 37,6 je 100 Ehen (1998: 37,9) auf. Bei konstanter Scheidungshäufigkeit würden also im früheren Bundesgebiet und Berlin etwa 38% aller Ehen in einer Scheidung enden. Auch wenn das Niveau der zusammengefassten ehedauerspezifischen Scheidungsziffer im Westen und im Osten noch etwas auseinander liegt, so lässt sich im Hinblick auf die Scheidungsneigung in Deutschland insgesamt (Wert der Ziffer: 36,2 je 100 Ehen) doch vorsichtig sagen, dass nach den derzeitigen Verhältnissen – und dem hier gewählten Ansatz zur Messung der Scheidungsneigung – damit zu rechnen ist, dass mehr als jede dritte Ehe in Deutschland früher oder später scheitert.

Überwiegend beantragen die Frauen die Scheidung

Wie in den vorangegangenen Jahren ging die formelle Initiative zur Scheidung auch 1999 in der Mehrzahl der Fälle von den Frauen aus. Waren es im Jahr 1998 bezogen auf ganz Deutschland zu 61,0% die Ehefrauen, die den Scheidungsantrag gestellt hatten, so lag der entsprechende Anteil im Jahr 1999 mit 60,1% (siehe Tabelle 5) nur unwesentlich niedriger. Die Ehemänner beantragten im aktuellen Berichtsjahr in 34,0% der Fälle die gerichtliche Ehelösung (Vorjahr: 33,1%). In 5,9% der Scheidungsfälle traten beide Ehegatten gemeinsam als Antragsteller auf, und in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle, in denen die Scheidung von einem Ehegatten beantragt worden war, erteilte der jeweilige andere Partner seine Zustimmung.

Im Osten Deutschlands ist die Tatsache, dass der Scheidungsantrag überwiegend von der Ehefrau gestellt wird, besonders augenfällig. Waren es im früheren Bundesgebiet und Berlin zu 58,6% die Frauen, die die Scheidung beantragt hatten, so lag der entsprechende Anteil in den neuen Bundesländern sogar bei 68,7%. Im Westen Deutschlands hatten bei 35,0% aller 1999 geschiede-

Tabelle 5: Ehescheidungen nach der Entscheidung in der Ehesache und dem Antragsteller

Jahr Gebiet	Ehescheidungen insgesamt	Entscheidung					Das Verfahren wurde beantragt							
		nach § 1565 Abs. 1 BGB				auf Grund anderer Vorschriften	vom Mann		von der Frau		von beiden Ehegatten			
		i. V. m. § 1565 Abs. 2 BGB (Scheidung vor einjähriger Trennung)	(Scheidung wegen Scheiterns der Ehe allgemein)	i. V. m. § 1566 Abs. 1 BGB (Einverst. Scheidung nach einjähriger Trennung)	i. V. m. § 1566 Abs. 2 BGB (Scheidung nach dreijähriger Trennung)		zusammen	ohne Zustimmung der Frau	mit	zusammen		ohne Zustimmung des Mannes	mit	
Anzahl														
1999														
Deutschland	190 590	2 916	33 226	135 415	18 112	921	64 792	5 698	59 094	114 596	11 872	102 724	11 202	
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	161 787	2 655	27 962	114 360	15 912	898	56 684	4 469	52 215	94 798	8 918	85 880	10 305	
Neue Länder	28 803	261	5 264	21 055	2 200	23	8 108	1 229	6 879	19 798	2 954	16 844	897	
1998														
Deutschland	192 416	2 976	35 548	135 585	17 358	949	63 729	5 930	57 799	117 446	12 675	104 771	11 241	
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	163 386	2 772	30 247	114 316	15 125	926	55 810	4 724	51 086	97 096	9 461	87 635	10 480	
Neue Länder	29 030	204	5 301	21 269	2 233	23	7 919	1 206	6 713	20 350	3 214	17 136	761	
%														
1999														
Deutschland	100	1,5	17,4	71,1	9,5	0,5	34,0	3,0	31,0	60,1	6,2	53,9	5,9	
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	100	1,6	17,3	70,7	9,8	0,6	35,0	2,8	32,3	58,6	5,5	53,1	6,4	
Neue Länder	100	0,9	18,3	73,1	7,6	0,1	28,1	4,3	23,9	68,7	10,3	58,5	3,1	
1998														
Deutschland	100	1,5	18,5	70,5	9,0	0,5	33,1	3,1	30,0	61,0	6,6	54,5	5,8	
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	100	1,7	18,5	70,0	9,3	0,6	34,2	2,9	31,3	59,4	5,8	53,6	6,4	
Neue Länder	100	0,7	18,3	73,3	7,7	0,1	27,3	4,2	23,1	70,1	11,1	59,0	2,6	

1) Einschl. Berlin-Ost.

nen Ehen die Männer die Scheidung beantragt. Im Osten Deutschlands betrug der Anteil der Scheidungen, die auf der Grundlage der formellen Initiative der Ehemänner ausgesprochen wurden, 28,1%. Hierbei ergaben sich nur unwesentliche Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

Scheidungen erfolgen zumeist einverständlich nach einjähriger Trennung der Partner

Die Feststellung, nach welcher Ehedauer eine Ehe geschieden wird, lässt für sich genommen noch keine Aussage darüber zu, wann eine Ehe „sozial“ gescheitert ist. Aus der Statistik der gerichtlichen Ehelösungen können aber gewisse Hinweise auf den Zeitpunkt des Scheiterns einer Ehe in diesem Sinne gewonnen werden, wenn betrachtet wird, welche Rechtsvorschriften bei der Scheidung vom jeweiligen Familiengericht angewendet worden sind.

Wie aus Tabelle 5 ersichtlich wird, wurde im Jahr 1999 die Mehrzahl der Ehen in Deutschland (135 420) mit dem Einverständnis beider Partner nach (mindestens) einjähriger Trennung geschieden (einverständliche Scheidung). Dies traf für 71,1% aller Scheidungsfälle zu (1998: 70,5%). Im Westen betrug der Anteil einverständlicher Scheidungen 1999 70,7%, im Osten Deutschlands lag er bei 73,1%. Die meisten Ehen dürften demnach mehr als ein Jahr vor dem Zeitpunkt der formellen Scheidung „sozial“ gescheitert sein. Der Anteil der Scheidungen, bei denen die Ehepartner ausdrücklich erst nach dreijähriger Trennung geschieden wurden, lag bundesweit bei 9,5%. Während im Westen Deutschlands 9,8% der Ehen nach dreijäh-

riger Trennung geschieden wurden, fiel dieser Anteil im Osten mit 7,6% etwas geringer aus.

Die Scheidungsfälle vor einjähriger Trennung, die Fälle wegen des Scheiterns der Ehe allgemein und die aufgrund anderer Rechtsvorschriften geschiedenen Ehen machten im Jahr 1999 zusammengenommen einen Anteil von 19,4% aller geschiedenen Ehen aus.

Weniger Kinder sind von der Scheidung ihrer Eltern betroffen

Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, waren 1999 in Deutschland insgesamt 143 730 Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, 13 010 weniger als 1998 (156 740). Im Westen wurden 118 660 und im Osten 25 070 „Scheidungskinder“ gezählt (gegenüber 129 000 bzw. 27 740 im Vorjahr). Auf 1 000 Ehescheidungen entfielen im Westen Deutschlands durchschnittlich 733 (1998: 790) und im Osten Deutschlands 870 betroffene Kinder (1998: 956).

Zwischen 1992 und 1997 wurde bundesweit ein kontinuierlicher Anstieg des Anteils der geschiedenen Ehen mit Kindern beobachtet. Nachdem dieser Anteil bereits 1998 rückläufig gewesen war, ist er auch im Jahr 1999 weiter gesunken (siehe Schaubild 3). Wurde für den Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern 1998 bundesweit noch ein Wert von 52,4% ermittelt, so sank der entsprechende Wert im Jahr 1999 auf 48,2%. Hinsichtlich dieses Rückganges dürften insgesamt gesehen die Anfang der neunziger Jahre abnehmenden Geburtenzahlen jetzt zeitversetzt ihren Niederschlag finden.

Schaubild 3

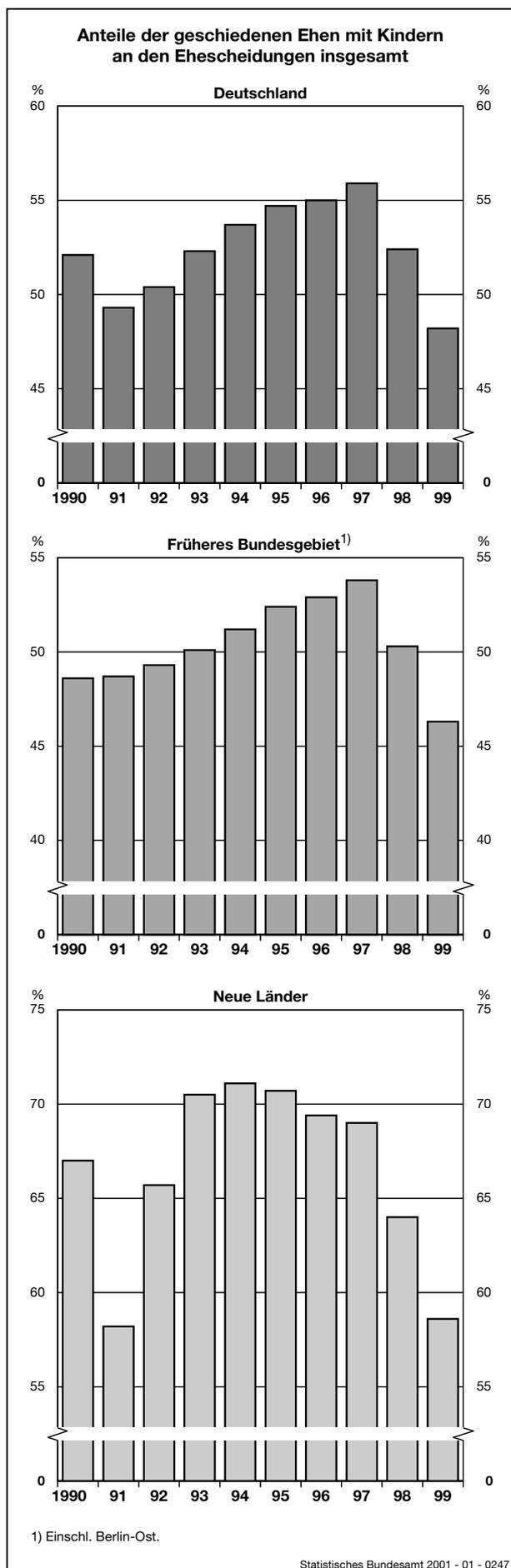


Tabelle 6: Ehescheidungen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

Jahr	Ehescheidungen					Betroffene Kinder	
	ins-gesamt	darunter mit Kindern					
		zu-sammen	davon mit ... Kind(ern)			Anzahl	je 1 000 Ehescheidungen
	1		2	3 und mehr			
Anzahl	% von Spalte 1	% von Spalte 2			Anzahl	je 1 000 Ehescheidungen	
Deutschland							
1975	148 461	62,3	55,5	30,0	14,5	154 316	1 039
1980	141 016	58,5	60,9	30,0	9,1	125 047	887
1985	179 364	57,5	63,7	30,3	5,9	148 424	828
1986	174 882	55,9	63,4	30,7	5,9	140 604	804
1987	180 490	56,3	63,3	30,8	5,9	146 516	812
1988	178 109	54,8	62,6	31,2	6,2	141 696	796
1989	176 691	54,0	61,7	31,8	6,5	139 746	791
1990	154 786	52,1	61,6	31,9	6,5	118 340	765
1991	136 317	49,3	61,1	31,8	7,2	99 268	728
1992	135 010	50,4	60,3	32,2	7,4	101 377	751
1993	156 425	52,3	58,9	33,4	7,8	123 541	790
1994	166 052	53,7	58,4	33,6	8,0	135 318	815
1995	169 425	54,7	57,2	34,3	8,5	142 292	840
1996	175 550	55,0	56,8	34,6	8,6	148 782	848
1997	187 802	55,9	55,9	35,1	9,0	163 112	869
1998	192 416	52,4	55,8	35,2	9,0	156 735	815
1999	190 590	48,2	55,2	35,5	9,3	143 728	754
Früheres Bundesgebiet¹⁾							
1975	106 829	58,9	53,8	30,8	15,4	107 216	1 004
1980	96 222	52,9	59,0	30,7	10,3	78 972	821
1985	128 124	52,5	64,1	29,3	6,6	96 991	757
1986	122 443	50,0	64,3	29,2	6,5	87 986	719
1987	129 850	51,3	64,3	29,3	6,4	95 740	737
1988	128 729	49,7	63,4	29,8	6,7	92 785	721
1989	126 628	48,5	62,7	30,3	6,9	89 552	707
1990	125 308	48,6	62,0	31,2	6,9	89 393	713
1991	128 187	48,7	61,1	31,6	7,3	92 298	720
1992	125 907	49,3	60,2	32,2	7,6	92 662	736
1993	139 157	50,1	58,8	33,3	8,0	105 431	758
1994	145 060	51,2	58,1	33,7	8,3	113 148	780
1995	147 945	52,4	56,9	34,3	8,8	119 348	807
1996	152 798	52,9	56,3	34,7	9,0	125 187	819
1997	161 265	53,8	55,4	35,2	9,4	135 520	840
1998	163 386	50,3	54,9	35,6	9,4	128 996	790
1999	161 787	46,3	53,9	36,3	9,8	118 661	733
Neue Länder und Berlin-Ost²⁾							
1975	41 632	71,0	59,3	28,2	12,5	47 100	1 131
1980	44 794	70,4	63,9	28,8	7,3	46 075	1 029
1985	51 240	70,2	63,0	32,3	4,7	51 433	1 004
1986	52 439	69,5	61,9	33,3	4,9	52 618	1 003
1987	50 640	69,0	61,4	33,6	5,1	50 776	1 003
1988	49 380	68,2	61,1	33,8	5,1	48 911	991
1989	50 063	68,1	59,8	34,5	5,6	50 194	1 003
1990	29 478	67,0	60,5	34,0	5,5	28 947	982
1991	8 130	58,2	60,4	33,5	6,0	6 970	857
1992	9 103	65,7	61,7	32,7	5,6	8 715	957
1993	17 268	70,5	59,6	33,9	6,5	18 110	1 049
1994	20 992	71,1	60,0	33,4	6,6	22 170	1 056
1995	21 480	70,7	58,4	34,5	7,1	22 944	1 068
1996	22 752	69,4	59,4	33,8	6,9	23 595	1 037
1997	26 537	69,0	58,6	34,2	7,1	27 592	1 040
1998	29 030	64,0	59,8	33,3	7,0	27 739	956
1999	28 803	58,6	60,9	32,0	7,1	25 067	870

1) Ab 1990: einschl. Berlin-Ost. - 2) Ab 1990: ohne Berlin-Ost.

Wenn sich der Rückgang des Anteils der geschiedenen Ehen mit Kindern auch auf beide Gebietsteile erstreckt hat, so ist vom Niveau her im West-Ost-Vergleich doch ein deutlicher Unterschied festzustellen. Lag der Anteil im früheren Bundesgebiet und Berlin bei 46,3% (1998: 50,3%), so wurde für die neuen Bundesländer ein deutlich höherer Anteil von 58,6% geschiedener Ehen mit Kindern festgestellt (1998: 64,0%).

Im Hinblick auf diesen Unterschied ist die Erklärung naheliegend, dass sich die im Osten Deutschlands regis-

Tabelle 7: Ehescheidungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten

Staatsangehörigkeit des Mannes	Insgesamt	Darunter mit deutscher Frau	Staatsangehörigkeit der Frau	Insgesamt	Darunter mit deutschem Mann	Beide Ehegatten mit ausgewählter gleicher ausländischer Staatsangehörigkeit	Insgesamt
1999							
Deutsch	171 072	164 006	Deutsch	176 556	164 006	–	–
Griechisch	524	182	Griechisch	426	85	Griechisch	304
Italienisch	1 357	719	Italienisch	807	210	Italienisch	529
Jugoslawisch ¹⁾	1 541	1 033	Jugoslawisch ¹⁾	899	397	Jugoslawisch ¹⁾	435
Spanisch	248	153	Spanisch	243	128	Spanisch	70
Türkisch	4 590	2 409	Türkisch	2 650	513	Türkisch	2 084
Sonstige ²⁾	11 258	8 054	Sonstige ²⁾	9 009	5 733	–	–
Insgesamt ...	190 590	176 556	Insgesamt ...	190 590	171 072	Insgesamt ...	3 422
1998							
Deutsch	173 971	167 470	Deutsch	179 569	167 470	–	–
Griechisch	464	179	Griechisch	375	93	Griechisch	251
Italienisch	1 331	774	Italienisch	733	223	Italienisch	449
Jugoslawisch ¹⁾	1 266	797	Jugoslawisch ¹⁾	826	348	Jugoslawisch ¹⁾	420
Spanisch	248	160	Spanisch	240	127	Spanisch	69
Türkisch	4 424	2 410	Türkisch	2 397	427	Türkisch	1 923
Sonstige ²⁾	10 712	7 779	Sonstige ²⁾	8 276	5 283	–	–
Insgesamt ...	192 416	179 569	Insgesamt ...	192 416	173 971	Insgesamt ...	3 112

1) Alle Personen, die zum Zeitpunkt der Scheidung die jugoslawische Staatsangehörigkeit besaßen. – 2) Einschl. Staatenlose.

trierte höhere Geburtenrate der Jahre bis 1990 auch noch immer hinsichtlich des vergleichsweise höheren Anteils der geschiedenen Ehen mit Kindern auswirkt, da relativ viele im Berichtsjahr im Osten geschiedene Ehen eine Ehedauer von mehr als zehn Jahren aufweisen.

Anteil der Ehescheidungen zwischen deutschen Ehepartnern weiter gesunken

Von den im Jahr 1999 geschiedenen Ehen entfielen 164010 Scheidungen auf Paare, bei denen beide Ehegatten die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (siehe Tabelle 7). Dies entspricht einem Anteil von 86,1% aller Scheidungsfälle. Gegenüber den Vorjahren (1998: 87,0%, 1997: 87,8%) ist damit der Anteil der Scheidungen von Ehepaaren mit deutscher Staatsangehörigkeit weiter leicht gesunken.

Bei 10,3% der 1999 geschiedenen Ehen hatte ein Partner die deutsche und der andere Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit (19620). Hierunter waren zahlenmäßig die geschiedenen Ehen von deutsch/türkischen Paaren am bedeutsamsten. 2.920 dieser ehelichen Lebensgemeinschaften wurden 1999 durch Scheidung gelöst.

In 6970 Fällen wurden Ehen geschieden, bei denen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen. Bezogen auf alle durch Scheidung gelösten Ehen waren dies 3,7% der Fälle.

In der überwiegenden Mehrzahl aller Scheidungsfälle ist der Mann älter als die Frau

In knapp zwei Drittel aller Scheidungsfälle wurden in Deutschland im Jahr 1999 – wie bereits in den Vorjahren – ältere Ehemänner von ihren jüngeren Ehefrauen geschieden. Bei rund 17% der Fälle waren die Frauen älter als ihre Ehegatten (siehe Tabelle 8), und einen Altersunter-

schied von weniger als einem Jahr wiesen bundesweit 18% der geschiedenen Paare auf.

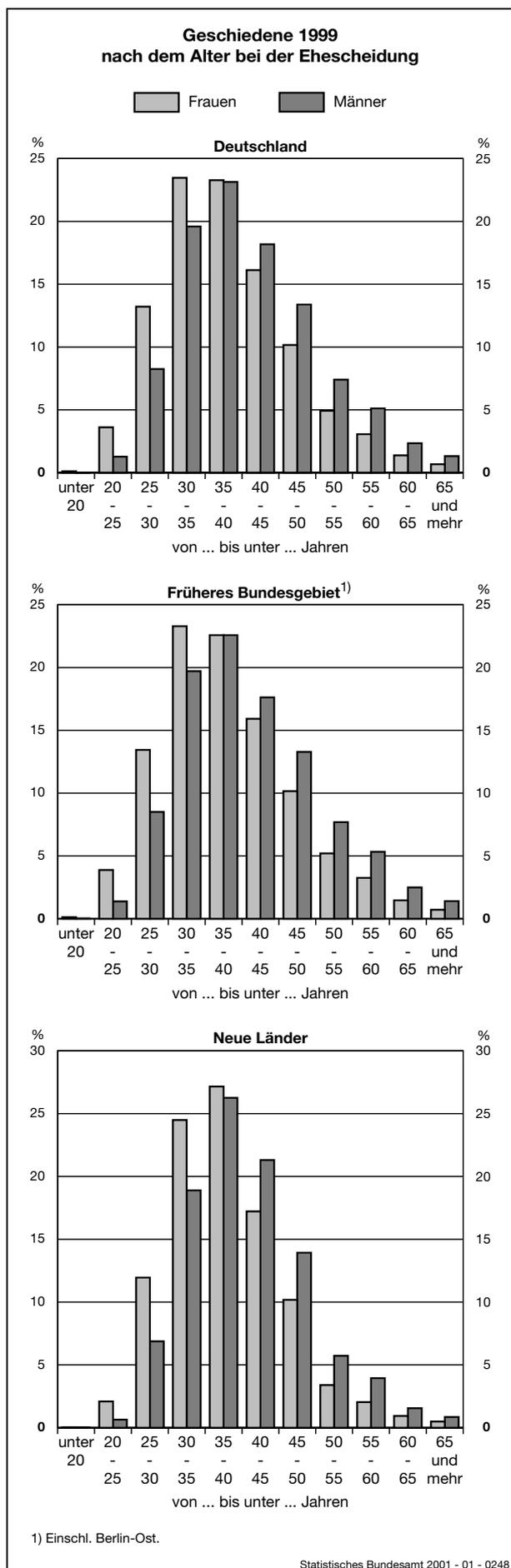
Das durchschnittliche Alter der geschiedenen Personen ist bundesweit im Jahr 1999 bei den Frauen auf 38,2 und bei den Männern auf 40,9 Jahre angestiegen. Im Vorjahr war bei den Männern ein Durchschnittsalter von 40,5 und bei den Frauen von 37,8 Jahren ermittelt worden. Damit setzte sich im aktuellen Berichtsjahr ein seit länge-

Tabelle 8: Ehescheidungen 1999 nach dem Altersunterschied der Ehegatten

Altersunterschied der Ehegatten	Deutschland		Früheres Bundesgebiet ¹⁾		Neue Länder	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Weniger als 1 Jahr	34 306	18,0	28 149	17,4	6 157	21,4
Mann älter	124 715	65,4	105 949	65,5	18 766	65,2
davon um:						
1 Jahr	22 257	11,7	18 500	11,4	3 757	13,0
2 Jahre	21 253	11,2	17 711	10,9	3 542	12,3
3 Jahre	18 118	9,5	15 199	9,4	2 919	10,1
4 Jahre	14 107	7,4	11 952	7,4	2 155	7,5
5 Jahre	10 935	5,7	9 306	5,8	1 629	5,7
6 Jahre	8 415	4,4	7 220	4,5	1 195	4,1
7 Jahre	6 261	3,3	5 350	3,3	911	3,2
8 Jahre	4 852	2,5	4 202	2,6	650	2,3
9 Jahre	3 885	2,0	3 418	2,1	467	1,6
10 Jahre	2 890	1,5	2 543	1,6	347	1,2
11 bis 15 Jahre	7 598	4,0	6 796	4,2	802	2,8
16 Jahre und mehr	4 144	2,2	3 752	2,3	392	1,4
Frau älter	31 569	16,6	27 689	17,1	3 880	13,5
davon um:						
1 Jahr	8 623	4,5	7 403	4,6	1 220	4,2
2 Jahre	5 560	2,9	4 803	3,0	757	2,6
3 Jahre	4 038	2,1	3 519	2,2	519	1,8
4 Jahre	3 026	1,6	2 690	1,7	336	1,2
5 Jahre	2 177	1,1	1 926	1,2	251	0,9
6 Jahre	1 690	0,9	1 527	0,9	163	0,6
7 Jahre	1 256	0,7	1 121	0,7	135	0,5
8 Jahre	1 016	0,5	902	0,6	114	0,4
9 Jahre	806	0,4	724	0,4	82	0,3
10 Jahre	600	0,3	543	0,3	57	0,2
11 bis 15 Jahre	1 710	0,9	1 560	1,0	150	0,5
16 Jahre und mehr	1 067	0,6	971	0,6	96	0,3
Insgesamt ...	190 590	100	161 787	100	28 803	100

1) Einschl. Berlin-Ost.

Schaubild 4



rer Zeit zu beobachtender Trend fort. Im Einzelnen ist die Altersverteilung der geschiedenen Männer und Frauen aus dem Schaubild 4 abzulesen. Die Schwerpunkte der Altersverteilung der Geschiedenen liegen demnach bundesweit sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern auf den Altersgruppen 30 bis unter 35 und 35 bis unter 40 Jahre. Hierbei ist das Gewicht der Altersgruppe 35 bis unter 40 Jahre in den neuen Ländern größer als im früheren Bundesgebiet mit Berlin. Deutlich erkennbar ist insbesondere aber, dass auch die Geschiedenen mit höherem Lebensalter – und damit mit einer im Durchschnitt längeren Ehedauer – für das gesamte Scheidungsgeschehen eine erhebliche Bedeutung haben.

Ehescheidungen nach Bundesländern

Im Hinblick auf regionale Unterschiede weist Tabelle 9 auf S. 262 die seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 erfassten Scheidungsfälle in den einzelnen Bundesländern nach. Bei dem Vergleich zwischen den im Westen und den im Osten Deutschlands gelegenen Ländern lässt sich für das Jahr 1999 insgesamt auch weiterhin ein signifikanter Unterschied hinsichtlich der auf 10000 Einwohner bezogenen Scheidungsziffer feststellen. Bei einem durchschnittlichen Wert von 23,8 Scheidungen je 10000 Einwohner (1998: 24,0) variierte die Scheidungsziffer im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin im Jahr 1999 zwischen 20,8 in Baden-Württemberg (1998: 21,0) und 29,5 in Berlin (1998: 28,3). In den neuen Ländern lag die Scheidungsziffer im Jahr 1999 mit durchschnittlich 20,6 Scheidungen auf 10000 Einwohner (1998: 20,7) noch spürbar unter dem Niveau der alten Länder. Dabei wurde in Mecklenburg-Vorpommern mit 19,3 (1998: 21,6) der niedrigste und in Sachsen-Anhalt mit 22,8 (1998: 19,6) der höchste Wert dieser Ziffer ermittelt. Anders aber als noch im Jahr 1996, in dem keines der östlichen Bundesländer ziffernmäßig auch nur den Wert des westlichen Bundeslandes mit der niedrigsten Ziffer erreicht hatte, wiesen im Jahr 1999 mit Brandenburg (21,4) und Sachsen-Anhalt (22,8) gleich zwei im Osten gelegene Länder eine höhere relative Scheidungshäufigkeit auf als Baden-Württemberg (20,8) und Bayern (21,0), deren Ziffern unter den westlichen Bundesländern im Hinblick auf die relative Scheidungshäufigkeit am niedrigsten lagen. Die Ost-West-Einstufung verliert damit statistisch gesehen als erklärender Faktor für den Niveauunterschied bei der relativen Scheidungshäufigkeit zwischen den einzelnen Bundesländern etwas an Bedeutung.

Im Hinblick auf das frühere Bundesgebiet ist nach wie vor das unterschiedliche Niveau der relativen Scheidungshäufigkeit im Vergleich der Flächenländer und der Stadtstaaten⁸⁾ – Hamburg, Bremen und Berlin zusammengefasst – augenfällig. Während in den westlichen Flächenländern insgesamt auf je 10000 Einwohner 23,3 Scheidungen entfielen (1998: 23,6), lag die relative Scheidungshäufigkeit im Durchschnitt der drei Stadtstaaten mit 28,2 Scheidungen (1998: 28,8) je 10000 Einwohner dort signifikant höher. Dabei reichte unter den

8) Die Ehescheidungen werden nach den Gerichtszuständigkeiten zugeordnet.

Tabelle 9: Ehescheidungen nach Bundesländern

Land	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	Anzahl									
Baden-Württemberg	16 669	17 193	17 261	19 085	19 910	19 921	20 759	21 572	21 833	21 697
Bayern	19 168	20 521	20 686	23 011	23 087	23 434	24 259	26 046	26 553	25 438
Berlin	7 868	6 113	6 644	6 554	8 108	9 184	9 182	9 782	9 677	10 001
Brandenburg	5 282	1 614	1 687	3 341	3 851	3 949	4 016	5 231	5 540	5 559
Bremen	1 701	1 636	1 437	1 736	1 614	1 799	1 870	2 000	1 996	1 906
Hamburg	4 203	4 361	4 028	4 303	4 545	4 652	4 306	5 092	4 968	4 341
Hessen	11 612	11 712	11 609	12 852	13 697	13 387	13 677	14 830	14 676	15 256
Mecklenburg-Vorpommern	4 250	1 180	1 256	2 126	2 540	3 128	3 595	3 815	3 891	3 456
Niedersachsen	12 876	13 603	12 832	14 674	15 342	15 588	16 761	17 310	18 154	18 106
Nordrhein-Westfalen	36 083	36 753	35 727	39 230	40 523	41 476	42 839	44 580	45 246	45 105
Rheinland-Pfalz	7 329	8 132	7 589	8 555	9 003	9 040	9 385	10 015	10 148	9 860
Saarland	2 442	2 620	2 648	2 907	3 035	2 785	2 938	3 123	2 996	2 902
Sachsen	8 809	2 194	2 010	5 116	6 519	7 043	7 754	8 470	9 337	8 748
Sachsen-Anhalt	5 990	1 519	1 917	4 042	4 287	3 867	3 432	4 494	5 274	6 080
Schleswig-Holstein	5 357	5 543	5 446	6 250	6 196	6 679	6 822	6 915	7 139	7 175
Thüringen	5 147	1 623	2 233	2 643	3 795	3 493	3 955	4 527	4 988	4 960
Deutschland ...	154 786	136 317	135 010	156 425	166 052	169 425	175 550	187 802	192 416	190 590
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	125 308	128 187	125 907	139 157	145 060	147 945	152 798	161 265	163 386	161 787
Neue Länder	29 478	8 130	9 103	17 268	20 992	21 480	22 752	26 537	29 030	28 803
	je 10 000 Einwohner									
Baden-Württemberg	17,1	17,4	17,1	18,7	19,4	19,3	20,1	20,8	21,0	20,8
Bayern	16,9	17,8	17,7	19,5	19,4	19,6	20,2	21,6	22,0	21,0
Berlin	22,9	17,8	19,2	18,9	23,3	26,5	26,5	28,4	28,3	29,5
Brandenburg	20,4	6,3	6,6	13,1	15,2	15,6	15,8	20,4	21,5	21,4
Bremen	25,0	23,9	20,9	25,4	23,7	26,5	27,5	29,6	29,8	28,6
Hamburg	25,6	26,3	24,0	25,3	26,7	27,2	25,2	29,8	29,2	25,5
Hessen	20,3	20,2	19,7	21,6	22,9	22,3	22,7	24,6	24,3	25,2
Mecklenburg-Vorpommern	22,0	6,2	6,7	11,5	13,8	17,1	19,7	21,0	21,6	19,3
Niedersachsen	17,5	18,3	17,0	19,3	20,0	20,1	21,5	22,1	23,1	23,0
Nordrhein-Westfalen	20,9	21,1	20,3	22,1	22,8	23,2	23,9	24,8	25,2	25,1
Rheinland-Pfalz	19,6	21,5	19,6	21,9	22,9	22,8	23,5	25,0	25,2	24,5
Saarland	22,8	24,4	24,5	26,8	28,0	25,7	27,1	28,8	27,8	27,1
Sachsen	18,4	4,6	4,3	11,1	14,2	15,4	17,0	18,7	20,7	19,5
Sachsen-Anhalt	20,7	5,3	6,8	14,5	15,5	14,1	12,6	16,6	19,6	22,8
Schleswig-Holstein	20,5	21,0	20,4	23,3	22,9	24,6	25,0	25,1	25,9	26,0
Thüringen	19,6	6,3	8,7	10,4	15,0	13,9	15,8	18,2	20,2	20,2
Deutschland ...	19,5	17,1	16,7	19,3	20,4	20,7	21,4	22,9	23,5	23,2
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	19,4	19,6	19,0	20,8	21,6	21,9	22,5	23,7	24,0	23,8
Neue Länder	19,9	5,6	6,3	12,0	14,7	15,1	16,0	18,8	20,7	20,6

1) Einschl. Berlin-Ost.

Flächenländern des früheren Bundesgebietes das Saarland mit 27,1 Scheidungen je 10 000 Einwohner relativ nahe an den Durchschnittswert der drei Stadtstaaten heran. Insgesamt hat sich – verglichen mit den Vorjah-

ren – im Berichtsjahr 1999 der „Abstand“ bei der Scheidungshäufigkeit zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern im früheren Bundesgebiet aber weiter etwas verringert. ■

Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000

Der Beitrag berichtet über die konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel in Deutschland im Jahr 2000, auch im Vergleich zu den Vorjahren und in der Gliederung nach Branchen. Ausgewählte zentrale Ergebnisse sind: Der Einzelhandel setzte im Jahr 2000 knapp 600 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer) um; das waren nominal 2,6% und real, also nach Eliminierung von Preisveränderungen (in Preisen von 1995), 1,3% mehr als ein Jahr zuvor und damit das größte Umsatzwachstum seit 1991.

Der Anteil des Einzelhandels an den privaten Konsumausgaben lag im Jahr 2000 wie im Vorjahr bei 25%; die Zahl der Beschäftigten nahm wiederum leicht ab (-0,7%).

Dipl.-Kaufmann Josef E. Lambertz

Vorbemerkung

In dieser Zeitschrift wird regelmäßig im Frühjahr jedes Jahres über die konjunkturelle Entwicklung im deutschen Einzelhandel im abgelaufenen Jahr berichtet. Dabei erfolgt auch eine Differenzierung nach Branchen. Der Bericht bezieht sich in erster Linie auf die Umsatzentwicklung; zur Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel werden im letzten Abschnitt einige kurze Bemerkungen gemacht. Die konjunkturelle Entwicklung im Großhandel wurde bereits in WiSta 3/2001, S. 181 ff. behandelt.

Auch im Jahr 2000 nahmen zwar sowohl das Bruttoinlandsprodukt (nominal +2,7% im Vergleich zu 1999) als auch die privaten Konsumausgaben (nominal +3,0%) wie schon in den Vorjahren wieder stärker zu als der Einzelhandelsumsatz (nominal +2,6%), der Abstand zwischen den einzelnen Werten fiel aber bei weitem geringer aus als noch im Jahr 1999 und in den Jahren zuvor. Damit setzte sich der Trend des abnehmenden Anteils des Ein-

zelhandelsumsatzes an den privaten Konsumausgaben nicht fort [siehe Tabelle 1, letzte Spalte¹⁾]. Die in den letzten Jahren festgestellte Verlagerung der Kaufkraft weg von den physischen Gütern und hin zu Dienstleistungen im weitesten Sinn (Miete, Reisen, Versicherungen, Altersvorsorge, Urlaub, Gesundheit, Sport und Freizeit usw.) scheint damit gebremst.

Im Jahr 2000 größtes Umsatzwachstum seit 1991

Der Einzelhandel²⁾ setzte im Jahr 2000 knapp 600 Mrd. DM (ohne Umsatzsteuer) um³⁾; das waren nominal 2,6% und real, also nach Eliminierung der Preisveränderungen (in Preisen von 1995), 1,3% mehr als im Jahr zuvor (siehe Tabelle 2). Damit setzte sich die positive Entwicklung der beiden Vorjahre fort: Die Umsatzsteigerung betrug 1999 im Vergleich zu 1998 nominal 0,7% und real 0,5% und 1998 im Vergleich zu 1997 nominal 1,0% und real 1,1%. Wie der Großhandel erzielte auch der Einzelhandel im Jahr 2000 die größte Umsatzausweitung seit 1991. Diese positiven Veränderungsdaten sollten jedoch nicht dazu verleiten, schon von einem dauerhaften Konjunkturaufschwung im Einzelhandel zu sprechen. Betrachtet man

Tabelle 1: Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes¹⁾ im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und zu den privaten Konsumausgaben

Jahr	Einzelhandelsumsatz				Bruttoinlandsprodukt		Entwicklung der privaten Konsumausgaben (nominal)	Anteil des Einzelhandelsumsatzes an den privaten Konsumausgaben
	nominal	real	nominal	real	nominal	real		
	Messzahlen 1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1991	97,4	103,7	X	X	X	X	X	32
1992	99,2	103,0	+ 1,8	- 0,7	+ 7,4	+ 2,2	+ 7,2	30
1993	99,1	100,8	- 0,1	- 2,1	+ 2,5	- 1,1	+ 4,0	29
1994	98,8	99,5	- 0,3	- 1,3	+ 4,9	+ 2,3	+ 3,6	30
1995	100	100	+ 1,2	+ 0,6	+ 3,8	+ 1,7	+ 4,0	29
1996	100,3	99,3	+ 0,2	- 0,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 2,7	28
1997	99,0	97,7	- 1,2	- 1,8	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,7	27
1998	100,1	98,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,1	27
1999	110,8	99,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,9	25
2000 ²⁾	103,4	100,4	+ 2,6	+ 1,3	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,0	25

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – 1991 bis 1993: alter Berichtsfirmenkreis; 1994 bis 2000: neuer Berichtsfirmenkreis. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – Ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. – 2) Vorläufiges Ergebnis für den Einzelhandel.

1) Es gibt verschiedene Möglichkeiten, diese Quote zu berechnen. Die angegebenen 25% ergeben sich wie folgt: Die Summe der 12 Monatswerte des Jahres 2000 aus der monatlichen Einzelhandelsstatistik wird auf die Konsumausgaben bezogen. Geht man dagegen von den Ergebnissen der Jahreserhebung im Einzelhandel aus – zu den Unterschieden siehe auch Fußnote 3 –, ergibt sich ein um rund zwei Prozentpunkte höherer Anteilswert. Bezieht man außerdem den Kraftfahrzeughandel mit ein, steigert das die Quote auf über 30%.

2) Nach der NACE Rev. 1, der EU-einheitlichen Wirtschaftszweigklassifikation, werden unter dem Begriff „Einzelhandel“ die Unternehmen zusammengefasst, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Einzelhandel liegt (so genanntes Schwerpunktprinzip), jedoch ohne die Unternehmen, die schwerpunktmäßig mit Kraftfahrzeugen handeln, und ohne Tankstellen. NACE ist die Abkürzung von «Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes» (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft).

3) Berechnet als Summe der zwölf Monatswerte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der monatlichen Erhebung im Einzelhandel eine Abschneidegrenze von 500 000 DM Jahresumsatz (je Unternehmen) angewandt wird. Die Jahreserhebung im Einzelhandel erfolgt dagegen ohne Abschneidegrenze und weist daher höhere Werte aus.

Tabelle 2: Monatliche Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes¹⁾

Berichtszeitraum	Umsatz in jeweiligen Preisen (nominal)		Umsatz in Preisen des Jahres 1995 (real)	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %
1997	99,0	- 1,2	97,5	- 1,8
1. Vierteljahr	93,0	- 1,7	91,5	- 2,5
2. Vierteljahr	97,6	+ 0,1	96,1	- 0,4
3. Vierteljahr	94,8	- 2,5	93,3	- 3,1
4. Vierteljahr	110,8	- 0,9	109,0	- 1,4
Januar	94,7	+ 2,7	92,9	+ 1,2
Februar	86,6	- 4,7	85,2	- 5,4
März	97,7	- 3,0	96,5	- 3,2
April	101,2	+ 0,5	99,8	+ 0,2
Mai	97,3	- 1,7	95,9	- 2,2
Juni	94,2	+ 1,7	92,7	+ 0,9
Juli	97,8	- 0,7	96,4	- 1,3
August	89,7	- 7,0	88,2	- 7,8
September	96,8	+ 0,1	95,3	- 0,3
Oktober	105,5	+ 1,3	103,6	+ 0,9
November	102,8	- 4,7	101,0	- 5,3
Dezember	124,2	+ 0,5	122,3	+ 0,1
1998	100,1	+ 1,0	98,6	+ 1,1
1. Vierteljahr	93,8	+ 0,8	92,4	+ 0,9
2. Vierteljahr	97,2	- 0,4	95,3	- 0,8
3. Vierteljahr	96,8	+ 2,1	95,4	+ 2,3
4. Vierteljahr	112,4	+ 1,4	111,1	+ 2,0
Januar	93,3	- 1,5	91,9	- 1,1
Februar	86,9	+ 0,3	85,5	+ 0,4
März	101,1	+ 3,5	99,7	+ 3,3
April	100,7	- 0,5	98,9	- 0,9
Mai	98,2	+ 0,9	96,2	+ 0,3
Juni	92,7	- 1,6	90,9	- 1,9
Juli	100,8	+ 3,1	99,2	+ 2,9
August	91,9	+ 2,5	90,7	+ 2,8
September	97,7	+ 0,9	96,4	+ 1,2
Oktober	104,1	- 1,3	102,8	- 0,8
November	106,6	+ 3,7	105,3	+ 4,3
Dezember	126,6	+ 1,9	125,2	+ 2,4
1999	100,8	+ 0,7	99,0	+ 0,5
1. Vierteljahr	95,4	+ 1,8	94,1	+ 1,9
2. Vierteljahr	96,8	- 0,4	95,0	- 0,3
3. Vierteljahr	96,8	0,0	95,1	- 0,4
4. Vierteljahr	114,1	+ 1,5	111,9	+ 0,8
Januar	91,3	- 2,1	90,1	- 2,0
Februar	87,5	+ 0,7	86,5	+ 1,2
März	107,5	+ 6,3	105,8	+ 6,1
April	98,3	- 2,4	96,4	- 2,5
Mai	96,2	- 2,0	94,4	- 1,9
Juni	95,9	+ 3,5	94,3	+ 3,7
Juli	100,6	- 0,2	98,8	- 0,4
August	93,7	+ 2,0	92,1	+ 1,5
September	96,1	- 1,6	94,3	- 2,2
Oktober	104,7	+ 0,6	102,7	- 0,1
November	108,7	+ 2,0	106,6	+ 1,2
Dezember	129,0	+ 1,9	126,5	+ 1,0
2000 ²⁾	103,4	+ 2,6	100,4	+ 1,3
1. Vierteljahr	97,0	+ 1,6	94,7	+ 0,6
2. Vierteljahr	102,0	+ 5,3	99,4	+ 4,6
3. Vierteljahr	100,0	+ 3,3	96,8	+ 1,8
4. Vierteljahr	114,5	+ 0,4	110,6	- 1,2
Januar	91,3	0,0	89,4	- 0,8
Februar	94,6	+ 8,1	92,3	+ 6,7
März	105,1	- 2,2	102,4	- 3,2
April	102,3	+ 4,1	99,9	+ 3,6
Mai	107,8	+ 12,1	105,1	+ 11,3
Juni	95,8	- 0,1	93,2	- 1,2
Juli	98,6	- 2,0	95,9	- 2,9
August	99,9	+ 6,6	96,9	+ 5,2
September	101,5	+ 5,6	97,5	+ 3,4
Oktober	104,8	+ 0,1	101,0	- 1,7
November	111,4	+ 2,5	107,5	+ 0,8
Dezember	127,4	- 1,2	123,4	- 2,5

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – Ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

4) Die Trend-Konjunktur-Komponente wird im Rahmen der Zeitreihenanalyse nach dem so genannten BV4-Verfahren berechnet, das im Statistischen Bundesamt für konjunkturanalytische Zwecke angewandt wird. In ihm werden die Original-Umsatzwerte in eine Trend-Konjunktur-Komponente, eine Saison- und Kalenderkomponente und eine Restkomponente zerlegt. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Berliner Verfahrens kann als Indikator für die Grundtendenz der konjunkturellen Entwicklung herangezogen werden. Sie entspringt jedoch immer nur einer reinen ex-post-Betrachtung; für eine Prognose ist sie daher nicht geeignet.

nämlich die mittelfristige Entwicklung im Zeitraum von 1995 bis 2000 anhand der Trend-Konjunktur-Komponente⁴⁾, so fällt auf, dass der Umsatz im Einzelhandel insgesamt nur in einer sehr engen Bandbreite schwankte und dass die Trend-Konjunktur-Komponente der realen Werte in allen Monaten des Jahres 2000 nahezu den Durchschnittswerten des Basisjahres 1995 entsprach (siehe Schaubild 1).

Weihnachtsgeschäft im Jahr 2000 schwächer als im Vorjahr

In kaum einem anderen Wirtschaftsbereich kann über die Jahresentwicklung so sehr erst zum Jahresende Bilanz gezogen werden wie im Einzelhandel. Das Weihnachtsgeschäft in den Monaten November und Dezember eines Jahres kann das Jahresergebnis im Einzelhandel spürbar beeinflussen. Erfahrungsgemäß entfallen etwa 30% des Einzelhandelsumsatzes eines Jahres auf diese beiden Monate. Im Rückblick über die vergangenen Jahre war das Weihnachtsgeschäft ab 1994 bis 1996 zunächst rückläufig, nahm dann aber bis 1999 wieder beständig an Bedeutung zu (siehe die „Dezember-Spitzen“ im Schaubild 2). Im Jahr 2000 lag es nun wieder unter dem Vorjahreswert (wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass der Dezember 2000 zwei verkaufsoffene Tage weniger als der Dezember 1999 hatte): Im Dezember 2000 wurde nominal 1,2% weniger als im Dezember 1999 umgesetzt. Betrachtet man jedoch die beiden Monate November und Dezember zusammen, so stellt man fest, dass im Jahr 2000 die Weihnachtseinkäufe tendenziell wohl relativ früh getätigt wurden, denn das Zweimonats-Umsatzergebnis (November plus Dezember) lag im Jahr 2000 um 0,5% über dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

Schwankungen in den Einzelhandelsergebnissen schwer erklärbar

Von Seiten der Nutzer der Einzelhandelsstatistik wird immer wieder die Frage gestellt, warum es zu solchen Schwankungen kommt. Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Zunächst ist festzuhalten, dass es im Einzelhandel eine Saison-Grundstruktur gibt („Jahresanfanges-Tief“ im Januar/Februar, „Oster-Hoch“ im März/April, „Sommer-Loch“ ab Mai, „Herbst-Belebung“ und „Weihnachts-Hoch“). Von Jahr zu Jahr kann es jedoch zu auffallenden Abweichungen von dieser Grundstruktur und zu zeitlichen Verlagerungen kommen. Erklärungsversuche, wie kalendermäßig bedingte Feiertagsverschiebungen, von der Witterung beeinflusstes Kaufverhalten und Ähnliches, können immer nur unvollständige Teilbegründungen liefern. Der Einzelhandelsumsatz ist abhängig vom gesamten Konsumverhalten einer Bevölkerung; dieses Konsumverhalten unterliegt neben langfristigen Trends auch sehr kurzlebigen Moden, Vorlieben und Abneigungen, spontanen Entscheidungen, psychologischen Einflussfaktoren und ähnlichen schwer begründ-

Schaubild 1

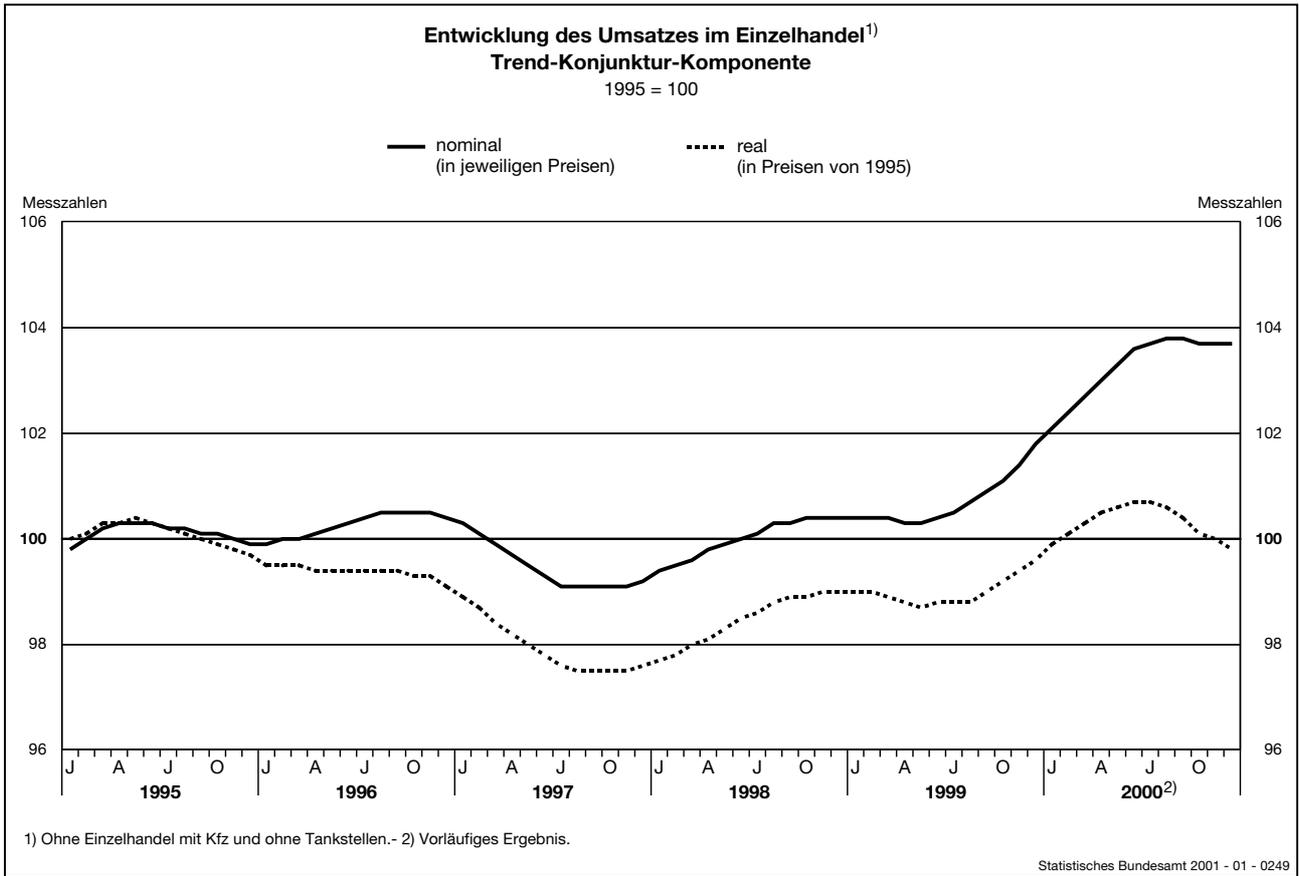


Schaubild 2

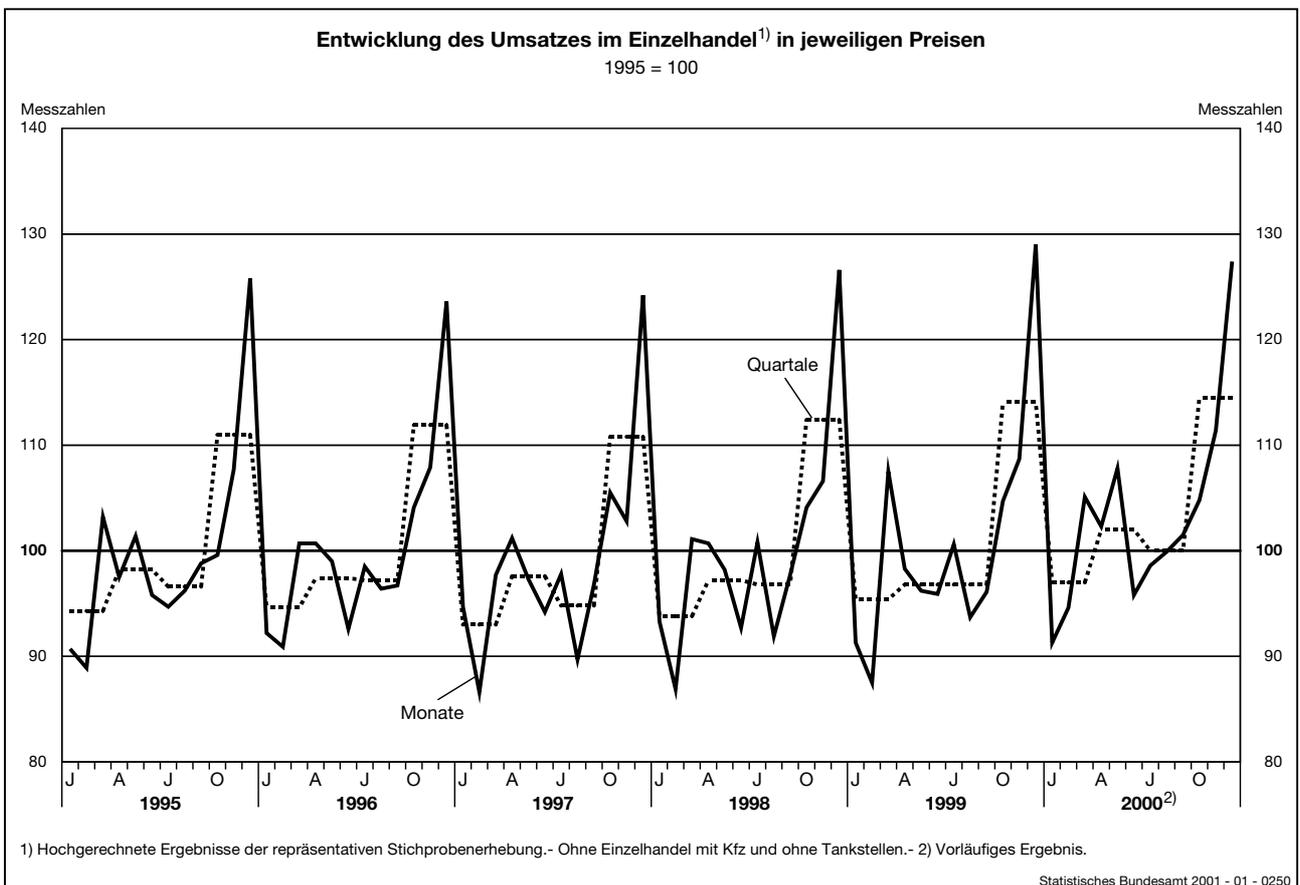


Tabelle 3: Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der Beschäftigten nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹⁾
Veränderung 2000²⁾ gegenüber 1999 in %

Nr. der Klassifikation ³⁾	Wirtschaftszweig (EH = Einzelhandel)	Umsatz		Beschäftigte	
		nominal	real	insgesamt	Teilzeit
52.1	EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	+ 1,1	+ 1,2	- 2,5	- 1,4
52.11	EH mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ..	+ 2,4	+ 2,6	- 1,6	- 1,0
52.11.1	EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren o.a.S. .	+ 3,0	+ 3,4	- 0,7	+ 0,1
52.11.2	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	+ 0,4	+ 0,1	- 4,3	- 4,5
52.12	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	- 5,8	- 5,7	- 6,2	- 3,9
52.12.1	EH mit Waren verschiedener Art (ohne Nahrungsmittel)	- 22,9	- 22,7	- 20,3	- 11,2
52.12.2	EH mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Nahrungsmittel	- 2,0	- 1,8	- 2,1	- 1,9
52.2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	- 0,3	- 0,7	- 3,2	- 3,8
52.3	Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	+ 5,2	+ 4,8	+ 2,7	+ 4,1
52.31	Apotheken	+ 4,0	+ 3,3	+ 0,5	+ 1,1
52.32	EH mit medizinischen und orthopädischen Artikeln	- 1,6	+ 0,2	- 3,2	- 1,7
52.33	EH mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln	+ 8,8	+ 8,9	+ 7,6	+ 9,5
52.4	Sonstiger Fach-EH (in Verkaufsräumen)	+ 2,6	+ 2,6	+ 0,7	- 0,3
52.41	EH mit Textilien	+ 4,8	+ 4,8	+ 1,0	- 0,6
52.42	EH mit Bekleidung	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 1,2
dar.:52.42.1	EH mit Bekleidung o.a.S.	- 1,5	- 1,4	- 1,1	- 0,8
52.43	EH mit Schuhen und Lederwaren	+ 1,4	+ 1,1	- 2,2	- 3,2
dar.:52.43.1	EH mit Schuhen	+ 1,8	+ 1,5	- 2,3	- 3,4
52.44	EH mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a.n.g.	- 0,5	- 1,1	- 1,3	- 1,9
dar.: 52.44.1	EH mit Wohnmöbeln	± 0,0	- 0,7	- 0,7	- 1,3
52.45	EH mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	+ 5,2	+ 7,3	- 0,4	- 6,1
dar.: 52.45.2	EH mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Zubehör	+ 8,3	+ 10,7	+ 3,2	- 1,3
52.46	EH mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	+ 10,9	+ 10,4	+ 10,1	+ 11,5
dar.: 52.46.3	EH mit Bau- und Heimwerkerbedarf	+ 10,9	+ 10,3	+ 11,7	+ 13,9
52.47	EH mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	+ 2,8	+ 1,2	+ 4,1	+ 4,3
dar.: 52.47.2	EH mit Büchern und Fachzeitschriften	+ 3,8	+ 1,7	+ 3,2	+ 4,0
52.48	Fach-EH a.n.g. (in Verkaufsräumen)	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,4
dar.: 52.48.4	EH mit feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen, Computern und Software	+ 4,8	+ 5,3	+ 1,2	+ 0,8
52.48.5	EH mit Uhren, Edelmetallwaren und Schmuck	- 1,9	- 2,4	- 5,9	- 8,5
52.48.7	EH mit Fahrrädern, Fahrradteilen und Zubehör, Sport- und Campingartikeln (ohne Campingmöbel)	+ 3,8	+ 3,9	± 0,0	- 1,3
52.6	EH (nicht in Verkaufsräumen) ..	+ 7,8	- 7,2	- 2,8	- 4,4
dar.: 52.61	Versandhandel	+ 0,5	- 0,6	- 1,2	- 1,2
dar.:52.61.1	Versandhandel mit Waren o.a.S.	+ 7,0	+ 7,1	+ 0,3	+ 0,9
52.63	Sonstiger EH (nicht in Verkaufsräumen)	+ 18,2	- 19,3	- 5,1	- 10,6
52.1 – 52.6	EH insgesamt ...	+ 2,6	+ 1,3	- 0,7	- 0,6

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Vorläufiges Ergebnis. – 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

nachvollzieh- und quantifizierbaren Erscheinungen. Über die im Grunde tautologische Aussage „es wurde mehr oder weniger umgesetzt, weil die Konsumenten mehr oder weniger gekauft haben“ hinaus lässt sich auf die Frage nach dem Warum von solchen Umsatz-Unregelmäßigkeiten, wie sie auch im Jahr 2000 hinsichtlich des Weihnachtsgeschäfts wieder festgestellt wurden, kaum eine fundierte Antwort geben.

Kosmetik boomt

Die einzelnen Branchen des Einzelhandels zeigten im Jahr 2000 sehr unterschiedliche Entwicklungen. Der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (NACE-Position 52.1), zu dem die meisten Großformen des Einzelhandels wie Warenhäuser, Kaufhäuser, Verbrauchermärkte, Supermärkte usw. gehören, konnte seinen Umsatz im Vergleich zu 1999 nominal um 1,1% ausweiten (siehe Tabelle 3). Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (NACE-Position 52.2), der schon seit Jahren Umsatzrückgänge verzeichnet, musste auch im Jahr 2000 wieder eine Umsatzeinbuße von 0,3% hinnehmen. Offenbar verliert der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln langsam, aber beständig Kunden an die Einzelhandels-Großformen, die ihrerseits ihr Angebot so diversifizieren, dass sie auch den Ansprüchen von anspruchsvollen Kunden in zunehmendem Maße genügen können. Die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (NACE-Position 52.3) gehören dagegen zu den Branchen mit einer fast stetigen Umsatzausweitung: Dieser Bereich setzte im Jahr 2000 5,2% mehr als 1999 um, wozu insbesondere der Einzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln (NACE-Position 52.33) mit einem Plus von 8,8% beitrug. Ursächlich dafür dürfte auch sein, dass diese Branche zunehmend ihr Randsortiment um Produkte wie Tiernahrung, Süßwaren, Frotteewaren und Ähnliches ausweitet. Der sonstige Facheinzelhandel steigerte seinen Umsatz um 2,6%. Der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem insbesondere der Versandhandel zählt, weitete seinen Umsatz im Jahr 2000 nominal um 7,8% aus, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass dieses Ergebnis stark durch die Preissteigerungen für Heizöl im Laufe des Jahres 2000 im Einzelhandel mit Brennstoffen vom Lager (WZ-Position 52.63.1) bedingt war. Real, also nach Abzug der Preissteigerungen, setzte der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen dagegen 7,2% weniger ab. Im klassischen Versandhandel, der Waren über Katalog – auch im Internet – anbietet und auf den im Jahr 2000 4,5% des Einzelhandelsumsatzes entfielen, stieg der Umsatz nominal um 0,5%, real fiel er um 0,6%.

Verschiebung der Umsatzanteile im Einzelhandel zugunsten der Einzelhandels-Großformen setzte sich nicht fort

In den vergangenen Jahren war eine allmähliche Verschiebung der Umsatzanteile zugunsten der Branchen, in denen vorwiegend die Großformen des Einzelhandels und die großen filialisierten Einzelhandelsunternehmen

vertreten sind, feststellbar. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2000 jedoch nicht weiter fort. Der Anteil des Einzelhandels mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.1) ging von 41,7% (1999) auf 41,0% zurück (siehe Tabelle 4). Der Umsatzanteil des Facheinzelhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.2) ging geringfügig von 3,6% (1999) auf 3,5% (2000) zurück; der schon seit Jahren zu beobachtende Anteilsschwund setzte sich damit weiter fort. Die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.3), zu dem auch die großen Drogerieketten gehören, konnten – entsprechend ihrem überdurchschnittlichen Umsatzzuwachs (siehe das vorherige Kapitel „Kosmetik boomt“) – ihren Umsatzanteil von 10,8% (1999) auf 11,1% (2000) ausweiten. Unverändert blieb die Umsatzbedeutung des sonstigen Facheinzelhandels (in Verkaufsräumen) (NACE-Position 52.4) mit 35,3%. Der Umsatzanteil des Einzelhandels mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (NACE-Position 52.5) bewegte sich weiterhin auf einem minimalem Niveau von 0,1%. Der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen weitete dagegen seinen Anteil am Gesamtumsatz von 8,5% (1999) auf 9,0% (2000) aus; diese Ausweitung kann allerdings im Wesentlichen durch Preissteigerungen im Einzelhandel mit Heizöl vom Lager erklärt werden.

Tabelle 4: Umsatzgewicht der einzelnen Einzelhandelsbereiche
Prozent

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Einzelhandelsbereich (EH = Einzelhandel)	Anteil am Einzelhandel insgesamt	
		2000	1999
52.1	EH mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	41,0	41,7
52.11	EH mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	34,9	35,0
52.12	Sonstiger EH mit Waren verschiedener Art	6,1	6,7
52.2	Fach-EH mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	3,5	3,6
52.3	Apotheken; Fach-EH mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	11,1	10,8
52.4	Sonstiger Fach-EH (in Verkaufsräumen)	35,3	35,3
52.5	EH mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	0,1	0,1
52.6	EH (nicht in Verkaufsräumen)	9,0	8,5
darunter: 52.61	Versandhandel	4,5	4,6
52.1 – 52.6	EH insgesamt ...	100	100

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

Beschäftigtenzahl im Einzelhandel weiter rückläufig

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel nahm im Durchschnitt des Jahres 2000, wie schon in den vorangegangenen vier Jahren, weiter leicht ab (– 0,7% gegenüber 1999, siehe Tabelle 5). Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Schaubild 3

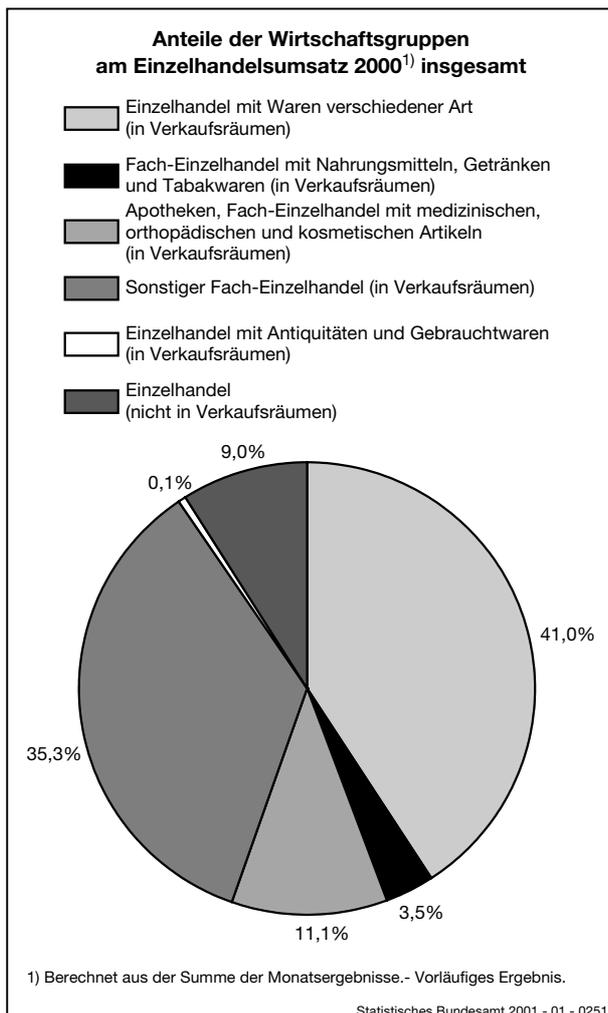


Tabelle 5: Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel¹⁾

Jahr	Beschäftigte insgesamt		Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1994	99,9	X	103,6	X	95,6	X
1995	100	+ 0,1	100	- 3,4	100	+ 4,6
1996	99,9	- 1,0	96,5	- 3,5	101,8	+ 1,9
1997	97,6	- 1,4	92,6	- 4,0	103,8	+ 1,9
1998	97,3	- 0,2	90,2	- 2,6	105,6	+ 1,7
1999	95,8	- 1,6	89,4	- 0,9	103,3	- 2,2
2000 ²⁾	95,2	- 0,7	88,7	- 0,7	102,7	- 0,6

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

waren in etwa gleichem Umfang vom Personalabbau betroffen: Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging um 0,7% zurück, die der Teilzeitbeschäftigten um 0,6%. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Beschäftigten insgesamt im Einzelhandel änderte sich damit gegenüber 1999 nicht; er lag weiterhin bei 50,0%. ■

Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO

Ergebnisse der Beherbergungsstatistik

Mit 108,3 Mill. Gästeankünften (+6,5% gegenüber 1999) und 326,3 Mill. Übernachtungen (+5,9%) erzielten die Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten in Deutschland im Jahr 2000 neue Rekordergebnisse. Dies waren gleichzeitig die höchsten Zuwächse seit 1992, dem ersten Jahr, für das Ergebnisse der Beherbergungsstatistik für ganz Deutschland vorliegen. Wie schon in den Vorjahren war die Zunahme sowohl bei den Gästen (+8,5% gegenüber 1999) als auch bei den Übernachtungen (+10,1%) in den neuen Bundesländern größer als im früheren Bundesgebiet (Gäste: +6,1%, Übernachtungen: +5,1%). An der Spitze aller Bundesländer lag Berlin mit einer Steigerungsrate von 20,4% bei den Übernachtungen, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (+16,9%) und Niedersachsen (+8,6%), dem Gastgeberland der EXPO 2000. Mit 74,0 Mill. ist Bayern das Bundesland mit den absolut meisten Übernachtungen, die Tourismusintensität (Übernachtungen je 1 000 Einwohner) ist dagegen mit 10 199 in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten.

Hotels und Hotels garnis konnten im Vergleich zu den anderen Betriebsarten überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielen. Eine positive Tendenz beim Urlaubstourismus lässt sich sowohl aus den Ergebnissen für die einzelnen Betriebsarten als auch für die Gemeindegruppen ableiten. Nur der Campingtourismus musste als Folge des verregneten Sommers rückläufige Übernachtungszahlen (-1,4%) hinnehmen.

Bereits im siebenten Jahr hintereinander stieg die Zahl Übernachtungen ausländischer Gäste in deutschen Beherbergungsbetrieben. Mit +10,9% wurde hier die mit Abstand höchste Zuwachsrate der letzten zehn Jahre festgestellt. Die Übernachtungen ausländischer Gäste konzentrieren sich sehr stark auf nur wenige Bundesländer. So entfällt gut die Hälfte aller Übernachtungen dieser Gästegruppe (51,7%) auf die drei Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. In den neuen Bundesländern ist der Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl aller Übernachtungen mit 6,0% nicht einmal halb so hoch wie im früheren Bundesgebiet (13,5%).

Dipl.-Volkswirt Ulrich Spörel

Vorbemerkung

Die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr ist derzeit die wichtigste amtliche Datenquelle für empirische Aussagen über die Entwicklung des Tourismus in Deutschland.¹⁾ Sie informiert monatlich über die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen sowie über die Zahl der im Berichtsmonat angebotenen Gästebetten in Beherbergungsstätten, die mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend beherbergen können.²⁾ Bei Gästen aus dem Ausland wird eine Aufgliederung nach Herkunftsländern vorgenommen. Erfasst werden darüber hinaus auch die Ankünfte und Übernachtungen auf Campingplätzen sowie die dort zur Verfügung stehenden Stellplätze.

Den Daten der Beherbergungsstatistik kommt eine wichtige Indikatorfunktion zu für die Entwicklung des mit Übernachtungen verbundenen Tourismus im Inland. Umfassende Daten über das Angebot des Beherbergungsgewerbes nach Betriebsarten, Ausstattungsklassen und anderen Merkmalen sowie über Campingplätze bietet darüber hinaus in sechsjährlichem Turnus die Kapazitätserhebung im Beherbergungsgewerbe, die zuletzt zum Stichtag 1. Januar 1999 durchgeführt wurde.³⁾

Im November 1995 hat der Rat der Europäischen Union (EU) eine Richtlinie zur Tourismusstatistik verabschiedet, die die Mitgliedsländer zur Bereitstellung statistischer Ergebnisse zu diesem Bereich verpflichtet.⁴⁾ Dabei handelt es sich zum einen um Angaben zur Kapazität der Beherbergungsbetriebe und deren Inanspruchnahme, die in Deutschland aus dem bestehenden Programm der Beherbergungsstatistik abgedeckt werden können. Zum anderen werden Angaben zur touristischen Nachfrage gefordert, die sich auf das Reiseverhalten der Bevölkerung beziehen. Sie beinhalten sowohl Urlaubs- und Erholungsreisen von fünf und mehr Tagen Dauer als auch Kurzreisen (zwei bis vier Tage Dauer) und Geschäftsreisen. Die Ergebnisse dieser Erhebung, die in Deutschland im Auftrag des Statistischen Bundesamtes vom Institut Geoplan erhoben werden, werden jährlich in der Querschnittsveröffentlichung „Tourismus in Zahlen“ veröffentlicht.⁵⁾

Seit der Aufnahme der Beherbergungsstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost zur Mitte des Jahres 1991 zeigen sich in der Entwicklung und den Strukturen der tourismusstatistischen Ergebnisse für die beiden Teilgebiete⁶⁾ große Unterschiede. Zwar ist im Zeitablauf seitdem zu beobachten, dass sich die Strukturen tendenziell einander annähern, doch sind die Unterschiede immer noch so groß, dass eine ausschließliche Betrachtung der Gesamtergebnisse auf Bundesebene wesentliche Divergenzen in Entwicklung und Strukturen der beiden Teilgebiete verschleiern würde. Aus diesem Grund werden die

1) Zum Datenangebot der amtlichen Statistik im Bereich Tourismus siehe Spörel, U.: „Die amtliche deutsche Tourismusstatistik“ in Haedrich, G./Kaspar, C./Klemm, K./Kreilkamp, E. (Hrsg.): „Tourismus-Management“, Berlin, New York 1998, S. 127 ff.

2) Siehe Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 14. Juli 1980 (BGBl. I S. 953).

3) Siehe Fachserie 6 „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, Reihe 7.2 „Beherbergungskapazität 1999“ sowie Linkert, K.: „Ergebnisse der Kapazitätserhebung im Reiseverkehr 1999“ in WiSta 12/2000, S. 945 ff.

4) Richtlinie Nr. 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus; Teil C (Amtsbl. der EG Nr. L 291 vom 6. Dezember 1995, S. 32.).

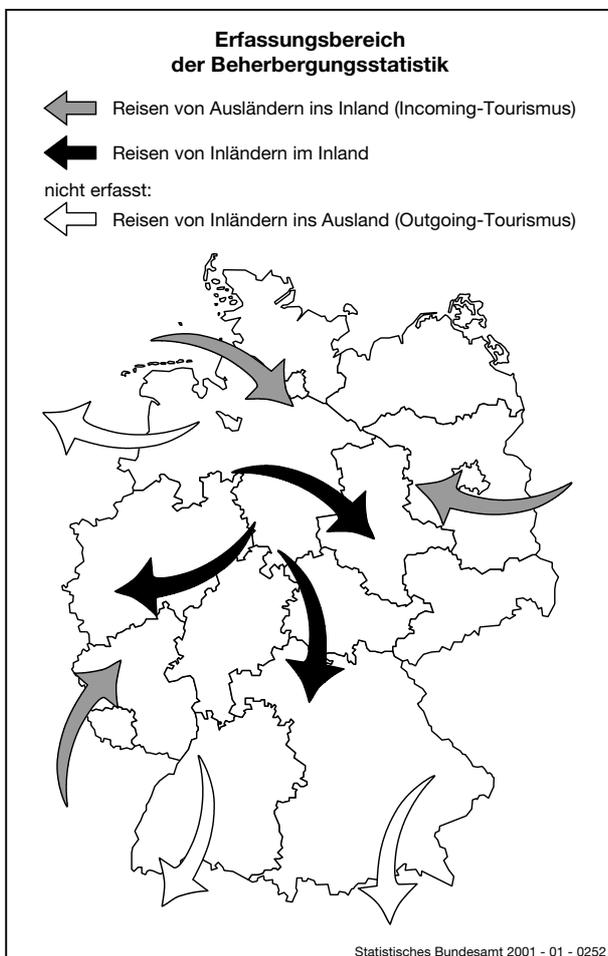
5) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Tourismus in Zahlen 2000/2001“, Stuttgart 2001, S. 220 ff.

6) „Alte“ Bundesländer bzw. früheres Bundesgebiet stets ohne, neue Bundesländer stets einschl. Berlin-Ost.

Ergebnisse der Beherbergungsstatistik in diesem Beitrag wie schon in den Vorjahren häufig auch für die beiden Teilgebiete gesondert dargestellt und kommentiert.

Der Beherbergungsstatistik liegt das Inlandskonzept zugrunde. Sie erfasst die Übernachtungen in inländischen Beherbergungsbetrieben. Diese fallen an bei Reisen von Inländern im Inland oder bei Reisen von Ausländern ins Inland (dem sog. Incoming-Tourismus). Nicht erfasst werden die Übernachtungen von Inländern bei deren Reisen ins Ausland (siehe dazu Schaubild 1). Diese Unterscheidung ist wichtig bei einem Vergleich der Ergebnisse der Beherbergungsstatistik mit Ergebnissen von Erhebungen über das Reiseverhalten der Bevölkerung. Letzteren liegt in der Regel das Inländer-Konzept zugrunde, das heißt sie erfassen die Reisen von Inländern, und zwar sowohl die Reisen von Inländern im Inland als auch deren Reisen ins Ausland. Die Ergebnisse solcher Erhebungen können also durchaus von denen der Beherbergungsstatistik abweichen, ohne dass das in logischem Widerspruch zueinander stehen muss.

Schaubild 1



Rekordergebnisse im Beherbergungsgewerbe – 108,3 Mill. Gästeankünfte und 326,3 Mill. Übernachtungen

Das Jahr 2000 bescherte dem deutschen Beherbergungsgewerbe sowohl bei der Zahl der Gäste als auch

bei den Gästeübernachtungen die höchsten Zuwachsraten seit 1992, dem ersten Jahr, für das Ergebnisse dieser Statistik für ganz Deutschland vorliegen. 108,3 Mill. Gäste konnten die Betriebe des deutschen Beherbergungsgewerbes im Jahr 2000 begrüßen. Das waren 6,5% mehr als im Jahr 1999, das seinerseits bereits mit 101,6 Mill. einen Rekordstand gebracht hatte (siehe Tabelle 1). Auch bei den Übernachtungen wurde mit 326,3 Mill. ein neuer Höchststand erreicht. Es wurden 18,3 Mill. Übernachtungen mehr gezählt als im Jahr 1999. Das war ein Anstieg um 5,9%.

Tabelle 1: Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsstätten

Jahr	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
1992	84 113	X	293 827	X	3,5
1993	82 362	- 2,1	288 930	- 1,7	3,5
1994	84 146	+ 2,2	291 159	+ 0,8	3,5
1995	88 079	+ 4,7	300 411	+ 3,2	3,4
1996	89 916	+ 2,1	298 940	- 0,5	3,3
1997	92 619	+ 3,0	287 170	- 3,9	3,1
1998	96 269	+ 3,9	294 495	+ 2,6	3,1
1999	101 648	+ 5,6	308 039	+ 4,6	3,0
2000	108 284	+ 6,5	326 344	+ 5,9	3,0

Überdurchschnittliche Tourismusedwicklung in den neuen Bundesländern

Wie schon in den Vorjahren entwickelte sich der Tourismus in den neuen Ländern und Berlin-Ost noch expansi-

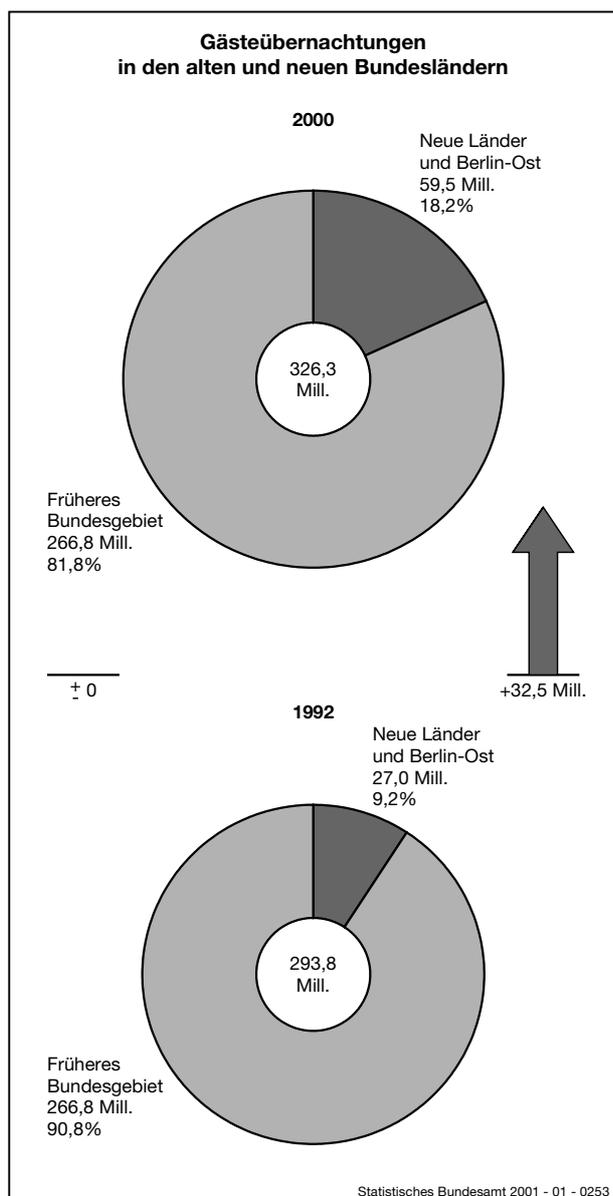
Tabelle 2: Übernachtungen in Beherbergungsstätten 2000 nach Bundesländern

Land	Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
	1 000	Anteil %	Veränderung gegenüber 1999	
Baden-Württemberg	39 234	12,0	+ 3,2	2,9
Bayern	74 044	22,7	+ 4,4	3,2
Berlin	11 413	3,5	+ 20,4	2,3
Brandenburg	8 387	2,6	+ 6,7	2,8
Bremen	1 316	0,4	+ 5,3	1,8
Hamburg	4 844	1,5	+ 4,1	1,8
Hessen	25 655	7,9	+ 6,8	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	18 250	5,6	+ 16,9	4,3
Niedersachsen	35 454	10,9	+ 8,6	3,4
Nordrhein-Westfalen	36 640	11,2	+ 2,8	2,6
Rheinland-Pfalz	19 152	5,9	+ 7,2	3,0
Saarland	2 144	0,7	+ 4,5	3,3
Sachsen	14 574	4,5	+ 8,2	2,8
Sachsen-Anhalt	5 441	1,7	+ 0,8	2,5
Schleswig-Holstein ..	20 860	6,4	+ 1,6	4,8
Thüringen	8 936	2,7	+ 3,2	3,0
Deutschland ...	326 344	100	+ 5,9	3,0
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet ...	266 833	81,7	+ 5,1	3,0
Neue Länder und Berlin-Ost	59 511	18,3	+ 10,1	3,1

ver als im früheren Bundesgebiet. 19,3 Mill. Gäste wurden in den neuen Bundesländern gezählt (+8,5% gegenüber 1999). Sie brachten es auf 59,5 Mill. Übernachtungen. Das entspricht einem Plus von 10,1% (siehe Tabelle 2). Die Beherbergungsbetriebe in den alten Bundesländern kamen auf 89,0 Mill. Gäste (+6,1%) und 266,8 Mill. Übernachtungen (+5,1%).

In der Betrachtung der längerfristigen Entwicklung haben sich damit die Anteilsgewinne der neuen Länder gegenüber dem früheren Bundesgebiet fortgesetzt. So hat sich die Zahl der Übernachtungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 1992 bis 2000 mehr als verdoppelt

Schaubild 2



(+120,0%), während im früheren Bundesgebiet im Jahr 2000 gerade erst der Stand von 1992 wieder erreicht wurde (siehe Schaubild 2). Dementsprechend stieg der Anteil der neuen Bundesländer an der Gesamtzahl der Übernachtungen in Deutschland in dem betrachteten Zeitraum von 9,2 auf 18,2%.

Höchste Zuwächse in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen

Die Tourismusentwicklung in den beiden Teilgebieten ist nicht mehr so homogen wie zu Beginn und in der Mitte der Neunzigerjahre, als noch jeweils alle fünf neuen Länder an der Spitze der Rangliste der Bundesländer mit den höchsten Zuwachsraten bei den Übernachtungen gestanden hatten. Im Jahr 2000 führte Berlin diese Rangliste an. Hier stieg die Zahl der Übernachtungen um gut ein Fünftel gegenüber dem Vorjahr (+20,4%). Berlin erlebt seit dem Umzug von Regierung und Parlament im Sommer 1999 eine ungewöhnlich expansive Tourismusentwicklung mit Zuwachsraten bei den Übernachtungen, die in einzelnen Monaten sogar über 30% lagen. Im Jahr 2000 dürfte Berlin darüber hinaus neben dem Land Niedersachsen in besonderem Maße von der Weltausstellung EXPO 2000 profitiert haben. Mecklenburg-Vorpommern, das in den vergangenen Jahren jeweils an der Spitze der Rangliste gestanden hatte, folgt an zweiter Stelle. Hier wurde ein Plus von 16,9% bei den Übernachtungen registriert. Das war aber zumindest wieder das beste Ergebnis aller Flächenländer. An dritter Stelle folgt mit einer Steigerungsrate von 8,6% Niedersachsen, das natürlich noch mehr als alle anderen Bundesländer von der EXPO 2000 in Hannover profitierte. Wenn auch die Spanne der Veränderungsrate in den Bundesländern von 20,4% (Berlin) bis 0,8% (Sachsen-Anhalt) sehr groß ist, so ist doch als positives Ergebnis festzuhalten, dass im Jahr 2000 anders als in den Vorjahren alle 16 Bundesländer steigende Übernachtungszahlen aufweisen konnten.

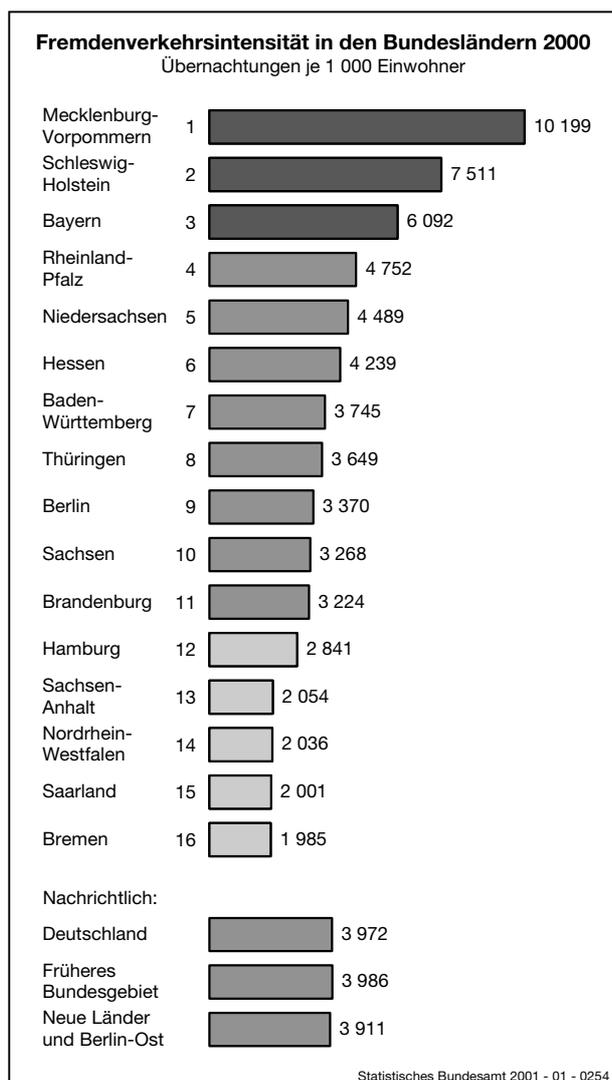
Bayern ist das Bundesland mit den absolut meisten Übernachtungen

Mit 74,0 Mill. – entsprechend einem Anteil von 22,7% – ist Bayern nach wie vor das Bundesland mit den meisten Übernachtungen in Deutschland. Mit deutlichem Abstand folgen dann Baden-Württemberg (39,2 Mill./12,0%), Nordrhein-Westfalen (36,6 Mill./11,2%), Niedersachsen (35,5 Mill./10,9%), Hessen (25,7 Mill./7,9%), Schleswig-Holstein (20,9 Mill./6,4%) und Rheinland-Pfalz (19,2 Mill./5,9%). Erst an achter und neunter Position liegen die ersten der neuen Bundesländer, nämlich Mecklenburg-Vorpommern mit 18,3 Mill. Übernachtungen (5,6%) und Sachsen (14,6 Mill./4,5%).

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über die höchste Tourismusintensität

Eine deutlich andere Rangfolge ergibt sich, wenn man nicht die absolute Bedeutung des Tourismus in den Bundesländern betrachtet, sondern die relative. Die dazu in der Tourismusstatistik gebräuchliche Maßgröße ist die so genannte Fremdenverkehrs- oder Tourismusintensität. Sie ist definiert als die Zahl der Übernachtungen in einem Gebiet (hier: Bundesland) je 1000 Einwohner. Nach diesem Kriterium liegt Mecklenburg-Vorpommern an der

Schaubild 3



Spitze aller Bundesländer mit einer Zahl von 10 199 Übernachtungen je 1 000 Einwohner (siehe Schaubild 3). An zweiter Stelle steht mit einem Wert von 7 511 Schleswig-Holstein, das bis 1998 noch an der Spitze der Rangliste gestanden hatte. An dritter Position folgt dann Bayern mit einer Tourismusintensität von 6 092.

Überdurchschnittliches Wachstum bei Hotels und Hotels garnis

Unter den verschiedenen Betriebsarten des Beherbergungsgewerbes wiesen die Hotels und Hotels garnis in den vergangenen Jahren jeweils eine überdurchschnittliche Entwicklung bei den Übernachtungszahlen auf. Das war auch im Jahr 2000 der Fall. Hotels und Hotels garnis zusammen genommen erreichten ein Plus von 7,1% bei den Übernachtungen (zum Vergleich Beherbergungsgewerbe insgesamt: +5,9%, siehe Tabelle 3). Bei diesen beiden Betriebsarten kann insbesondere in den Städten ein hoher Anteil von Geschäftsreisenden vermutet werden. Demgegenüber wiesen die für den Urlaubstourismus typischen Betriebsarten wie Ferienzentren, -häuser,

Tabelle 3: Übernachtungen in Beherbergungsstätten 2000 nach Betriebsarten

Land	Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
	1 000	Anteil %	Veränderung gegenüber 1999	
Insgesamt	326 344	100	+ 5,9	3,0
Hotels	123 731	37,9	+ 6,6	2,1
Gasthöfe	20 284	6,2	+ 3,1	2,4
Pensionen	14 925	4,6	+ 7,9	3,7
Hotels garnis	39 140	12,0	+ 8,5	2,5
Hotellerie zusammen ...	198 080	60,7	+ 6,7	2,3
Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime .	25 786	7,9	- 1,2	3,7
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	39 410	12,1	+ 6,5	6,6
Hütten, Jugendherbergen u.ä. Einrichtungen ...	14 183	4,3	+ 3,9	2,5
Sonstiges Beherbergungs- gewerbe zusammen ...	79 379	24,3	+ 3,4	4,3
Beherbergungsgewerbe .	277 459	85,0	+ 5,7	2,6
Vorsorge- und Rehabilita- tionskliniken	48 885	15,0	+ 7,2	21,9
nachrichtlich: Hotels, Hotels garnis zusammen	162 871	49,9	+ 7,1	2,2
Gasthöfe, Pensionen sowie Ferienzentren, -häuser, -wohnungen zusammen	74 619	22,9	+ 5,8	4,0

ser, -wohnungen oder auch Gasthöfe und Pensionen in den vergangenen Jahren häufig negative oder zumindest unterdurchschnittliche Veränderungsrate ihrer Übernachtungszahlen auf. Im Jahr 2000 erreichten diese vier Betriebsarten zusammen genommen ein Plus von 5,8%. Das war die höchste Zuwachsrates seit 1992 und kann als Beleg für die schon im Vorjahr gemachte Feststellung⁷⁾ gewertet werden, dass auch der Urlaubstourismus in Deutschland wieder an Gewicht gewinnt, da diese Betriebsarten insbesondere von Urlaubstouristen genutzt werden.

Anzeichen für zunehmend positive Entwicklung des Urlaubstourismus

Eine zunehmend positive Tendenz beim Urlaubstourismus lässt sich auch aus den Ergebnissen für die einzelnen Gemeindegruppen ableiten. Seebäder (+5,7%), Luftkurorte (+4,0%) und Erholungsorte (+4,5%), auf die sich der typische Urlaubstourismus in besonderem Maße konzentriert, verbuchten mehr noch als in den Vorjahren steigende Übernachtungszahlen (siehe Tabelle 4 auf S. 272). Mit einem Plus von 4,6% konnten auch die Heilbäder wieder einen spürbaren Zuwachs erzielen. Das Niveau des Jahres 1995, also der Zeit vor dem massiven Einbruch im Kurbereich der Jahre 1996/97, konnte damit allerdings immer noch nicht wieder erreicht werden. 1995 betrug die Zahl der Übernachtungen in den Heilbädern im früheren Bundesgebiet noch 76,8 Mill., im Jahr 2000 wurden in Deutschland 70,7 Mill. Übernachtungen in Heilbädern verzeichnet.

7) Siehe Spörel, U.: „1999 – Rekordjahr im deutschen Inlandtourismus“ in WiSta 4/2000, S. 245 ff.

Tabelle 4: Übernachtungen in Beherbergungsstätten 2000 nach Gemeindegruppen

Gemeindegruppe	Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Anteil	Veränderung gegenüber 1999	
	1 000	%	Tage	
Mineral- und Moorbäder	41 549	12,7	+ 5,8	6,8
Heilklimatische Kurorte	18 297	5,6	+ 2,4	5,2
Kneippkurorte	10 840	3,3	+ 4,0	5,5
Heilbäder zusammen ...	70 686	21,6	+ 4,6	6,1
Seebäder	33 141	10,2	+ 5,7	6,5
Luftkurorte	25 677	7,9	+ 4,0	4,2
Erholungsorte	33 540	10,3	+ 4,5	3,6
Sonstige Gemeinden	163 300	50,0	+ 7,2	2,1
Insgesamt ...	326 344	100	+ 5,9	3,0

Tabelle 5: Übernachtungen auf Campingplätzen 2000 nach Bundesländern

Land	Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 1999	
		%	Tage	
Baden-Württemberg	2 592	12,3	+ 3,0	3,7
Bayern	4 134	19,7	- 0,4	4,0
Berlin	133	0,6	+ 14,7	3,0
Brandenburg	709	3,4	- 6,6	2,9
Bremen
Hamburg
Hessen	997	4,7	- 1,1	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 092	14,7	- 7,4	3,9
Niedersachsen	3 247	15,4	+ 3,9	4,6
Nordrhein-Westfalen	855	4,1	- 0,2	3,2
Rheinland-Pfalz	1 811	8,6	+ 1,5	3,6
Saarland	77	0,4	- 15,1	2,8
Sachsen	425	2,0	- 2,4	2,8
Sachsen-Anhalt	248	1,2	- 9,7	3,0
Schleswig-Holstein ..	2 337	11,1	- 5,2	5,2
Thüringen	311	1,5	- 8,9	3,0
Deutschland ...	21 036	100	- 1,4	3,9
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet	16 211	77,1	+ 0,4	4,0
Neue Länder und Berlin-Ost	4 825	22,9	- 6,9	3,5

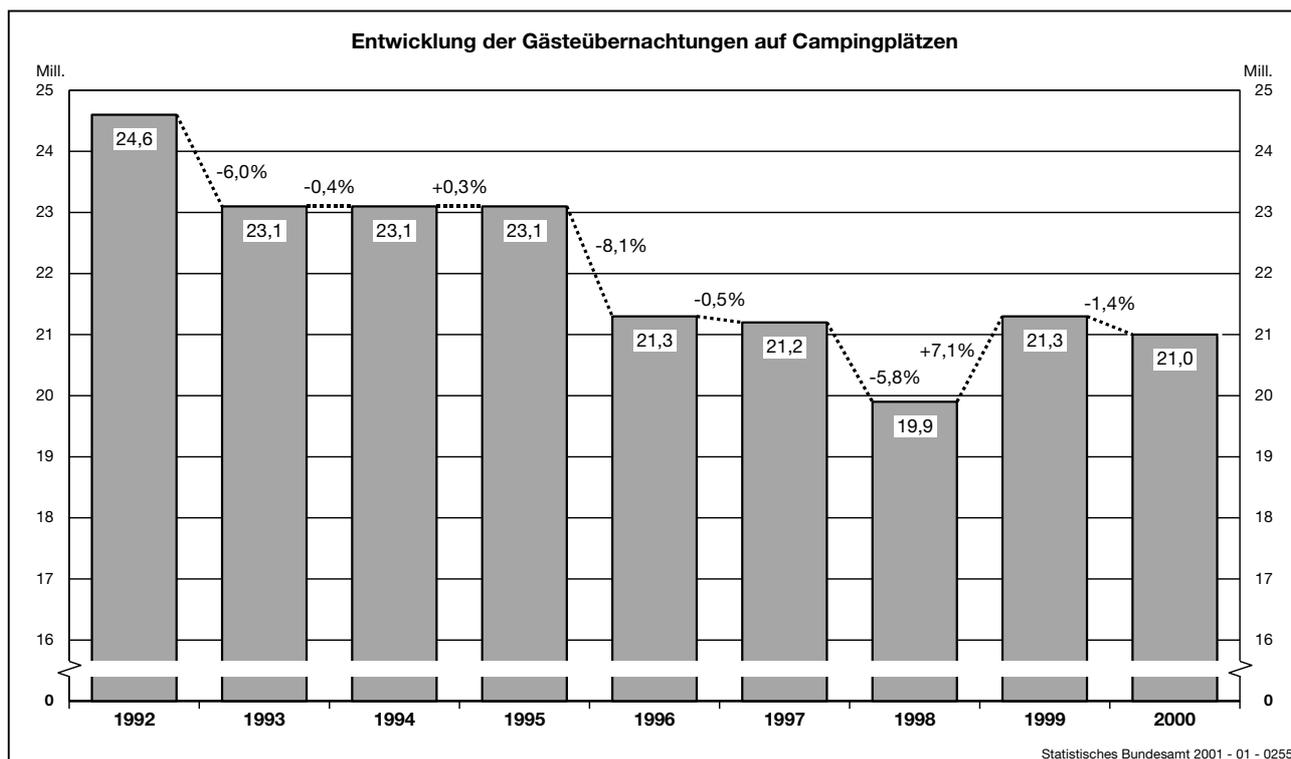
Camping-Tourismus leidet unter dem verregneten Sommer

Einer der wenigen Bereiche, der im Jahr 2000 einen Rückgang hinnehmen musste, war der Campingtourismus in Deutschland. Die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen ging um 1,4% zurück auf 21,0 Mill. (siehe Schaubild 4). Die Beherbergungsstatistik erfasst nur das so genannte Reiseverkehrs- oder Touristik-Camping. Dies ist in hohem Maß wetterabhängig und zudem stark saisonal konzentriert. So fallen mehr als die Hälfte der Übernachtungen auf deutschen Campingplätzen in den beiden Sommermonaten Juli und August an. Wenn sich, wie im abgelaufenen Jahr geschehen, diese beiden Monate eher durch schlechtes Wetter auszeichnen, so sind die hier auftretenden Verluste bei den Übernachtungszahlen in den folgenden Monaten kaum noch wettzumachen. Die Rückgänge konzentrierten sich allerdings

auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Hier verringerten sich die Übernachtungen um 6,9% auf 4,8 Mill. Die Campingplätze im früheren Bundesgebiet konnten dagegen ihr Vorjahresergebnis geringfügig (+0,4%) erhöhen auf 16,2 Mill. (siehe Tabelle 5).

Mehr noch als der übrige Tourismus konzentriert sich der Campingtourismus sehr stark auf wenige Bundeslän-

Schaubild 4

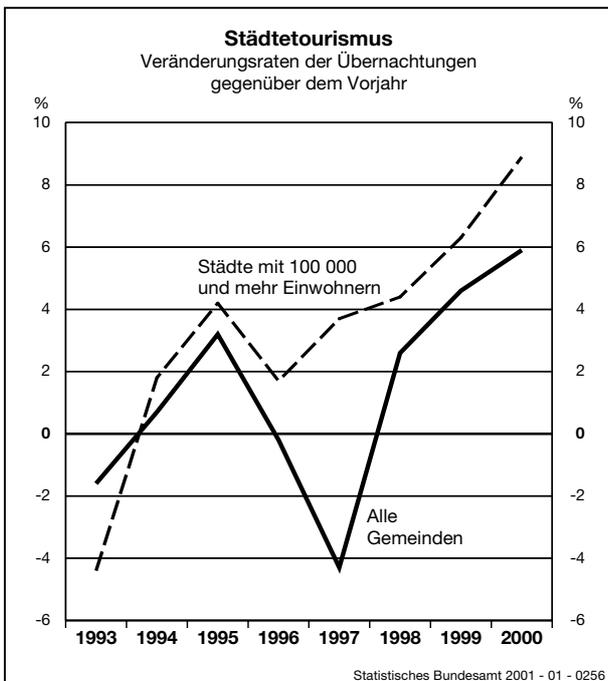


der, und zwar zum einen auf die Flächenländer an der Nord- und Ostseeküste (Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) und zum anderen auf die beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg. Auf diese fünf Bundesländer entfielen knapp drei Viertel (73,2%) aller Campingübernachtungen in Deutschland.

Anhaltend günstige Entwicklung im Städtetourismus

Ein Teilsegment des Tourismusmarktes, das sich in den letzten Jahren zumeist überdurchschnittlich entwickelt hat, ist der Städtetourismus. So stieg auch im Jahr 2000 die Zahl der Übernachtungen in Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern) mit 8,9% wieder deutlich stärker als im Durchschnitt aller Gemeinden (siehe Schaubild 5). Hierbei schlägt sich die Entwicklung sowohl von geschäftlich als auch von privat motivierten Städtereisen nieder.

Schaubild 5

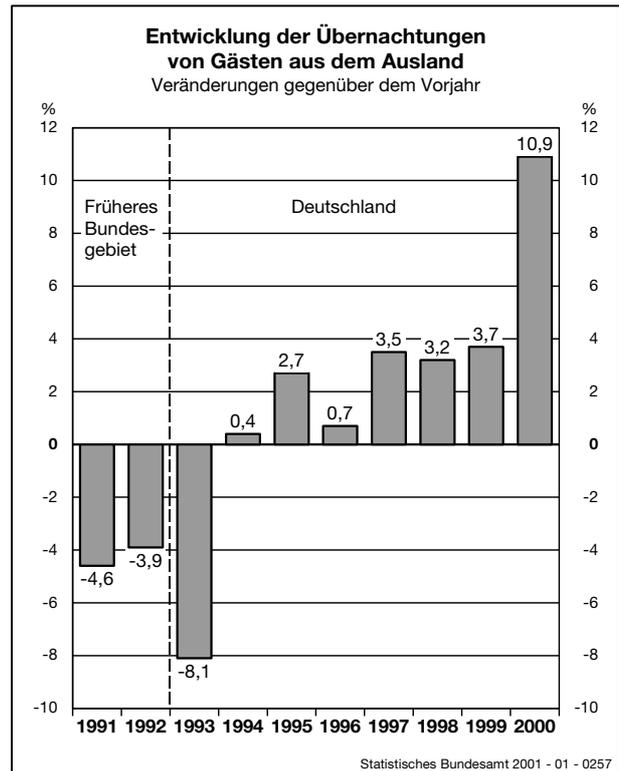


Rekordergebnis beim Incoming-Tourismus

Im Jahr der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover weist die Beherbergungsstatistik neue Rekordergebnisse auch für den Incoming-Tourismus aus. Bereits im siebenten Jahr hintereinander stieg die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste in deutschen Beherbergungsbetrieben an. Dabei wurde auch hier mit 10,9% die mit Abstand höchste Steigerungsrate der letzten zehn Jahre festgestellt (siehe Schaubild 6).

Die Entwicklung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs ist auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten von besonderem Interesse, da er mit Geldströmen in

Schaubild 6



Milliardenhöhe verbunden ist, die sich spürbar in der Zahlungsbilanz niederschlagen. Traditionell weist Deutschland hier ein großes Defizit aus. So haben Deutsche auf ihren Reisen ins Ausland im Jahr 2000 nach Angaben der Deutschen Bundesbank 97,4 Mrd. DM ausgegeben, 7,3% mehr als im Vorjahr. Dem standen Ausgaben ausländischer Touristen in Deutschland in Höhe von 34,4 Mrd. DM gegenüber. Das waren 9,7% mehr als 1999 und damit die höchste Steigerungsrate der letzten zehn Jahre (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Einnahmen und Ausgaben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Saldo	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1990	23 442	X	56 879	X	- 33 437	X
1991	25 416	+ 8,4	61 868	+ 8,8	- 36 451	+ 9,0
1992	25 264	- 0,6	66 582	+ 7,6	- 41 318	+ 13,4
1993	24 970	- 1,2	69 220	+ 4,0	- 44 250	+ 7,1
1994	24 429	- 2,2	76 011	+ 9,8	- 51 582	+ 16,6
1995	25 988	+ 6,4	77 392	+ 1,8	- 51 404	+ 0,3
1996	26 647	+ 2,5	79 672	+ 2,9	- 53 025	+ 3,2
1997	28 951	+ 8,6	83 093	+ 4,3	- 54 142	+ 2,1
1998	29 492	+ 1,9	86 034	+ 3,5	- 56 542	+ 4,4
1999	30 693	+ 4,1	88 967	+ 3,4	- 58 274	+ 3,1
2000	33 685	+ 9,7	95 482	+ 7,3	- 61 796	+ 6,0

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Niedrig bewerteter Euro fördert den Incoming-Tourismus

Im Jahr 2000 sind die Übernachtungszahlen von Gästen aus allen Kontinenten angestiegen. Dennoch sind inte-

Tabelle 7: Ankünfte und Übernachtungen von Auslandsgästen in Beherbergungsstätten 2000

Ständiger Wohnsitz ¹⁾	Ankünfte	Übernachtungen			
		insgesamt	Veränderung 2000 gegenüber 1999		Anteil an allen Übernachtungen von Auslandsgästen
			1 000	%	
Europa	12 448	27 916	+ 2 139	+ 8,3	70,4
darunter:					
Belgien	676	1 619	+ 110	+ 7,3	4,1
Dänemark	667	1 260	+ 41	+ 3,4	3,2
Finnland	176	375	+ 17	+ 4,2	0,9
Frankreich	858	1 718	+ 69	+ 4,2	4,3
Griechenland	107	282	+ 13	+ 4,9	0,7
Irland	65	150	+ 12	+ 8,7	0,4
Italien	1 018	2 155	+ 64	+ 3,0	5,4
Luxemburg	105	272	+ 27	+ 11,2	0,7
Niederlande	2 060	5 516	+ 247	+ 4,7	13,9
Norwegen	252	442	+ 47	+ 12,1	1,1
Österreich	782	1 684	+ 111	+ 7,1	4,2
Polen	340	922	+ 44	+ 4,8	2,3
Portugal	91	246	+ 47	+ 23,8	0,6
Russische Föderation	222	667	+ 65	+ 10,9	1,7
Schweden	761	1 287	+ 147	+ 12,9	3,2
Schweiz	1 057	2 106	+ 200	+ 10,4	5,3
Spanien	435	950	+ 99	+ 11,6	2,4
Tschechische Republik	203	536	+ 63	+ 13,0	1,4
Ungarn	154	407	+ 26	+ 6,5	1,0
Vereinigtes Königreich	1 864	3 888	+ 505	+ 14,9	9,8
Afrika	157	443	+ 50	+ 12,7	1,1
Amerika	2 853	6 106	+ 922	+ 17,8	15,4
dar.: Vereinigte Staaten	2 408	5 050	+ 734	+ 17,0	12,7
Asien	1 851	3 838	+ 537	+ 16,3	9,7
dar.: Japan	914	1 534	+ 188	+ 13,9	3,9
Australien und Ozeanien	160	349	+ 51	+ 16,9	0,9
Nicht näher bezeichnetes Ausland	534	1 004	+ 227	+ 28,7	2,5
Insgesamt ...	18 002	39 655	+ 3 925	+ 10,9	100

1) Grundsätzlich ist der ständige Wohnsitz, nicht die Staatsangehörigkeit (Nationalität) maßgebend.

ressante Unterschiede festzustellen. So fällt auf, dass unter den Herkunftsländern, die es auf eine Mill. oder mehr Übernachtungen in Deutschland bringen, alle die eine zweistellige Zuwachsrate aufzuweisen hatten, die nicht zur Eurozone gehören (siehe Tabelle 7). Die höchste Zunahme der Übernachtungszahlen wurde mit +17,0% für die Vereinigten Staaten festgestellt, gefolgt vom Vereinigten Königreich (+14,9%), Japan (+13,9%), Schweden (+12,9%) und der Schweiz (+10,4%). Der relativ niedrig bewertete Euro dürfte hierbei der entscheidende Faktor gewesen sein, der dazu geführt hat, dass Deutschland als Reiseland für Gäste aus den genannten Herkunftsländern wieder billiger und damit auch attraktiver geworden ist.

Gemessen an der Zahl der Übernachtungen sind die Niederlande nach wie vor das wichtigste Herkunftsland für das deutsche Beherbergungsgewerbe. Die Niederländer brachten es im Jahr 2000 auf 5,5 Mill. Übernachtungen in deutschen Beherbergungsbetrieben. An zweiter Stelle liegen die Vereinigten Staaten (5,0 Mill. Übernachtungen), gefolgt vom Vereinigten Königreich (3,9 Mill. Übernachtungen), Italien (2,2 Mill.) und der Schweiz (2,1 Mill.).

Nach der Zahl der Gästeankünfte liegen die Vereinigten Staaten an der Spitze (2,4 Mill.), vor den Niederlanden (2,1 Mill.), dem Vereinigten Königreich (1,9 Mill.), der Schweiz (1,1 Mill.) sowie Italien (1,0 Mill.).

Starke Konzentration des Incoming-Tourismus auf wenige Bundesländer

Die Übernachtungen ausländischer Gäste konzentrieren sich stark auf nur wenige Bundesländer. So entfiel mit 9,5 Mill. fast ein Viertel (24,0%) der Übernachtungen dieser Gästegruppe auf Bayern (siehe Tabelle 8). Mit einigem Abstand folgen Nordrhein-Westfalen (5,9 Mill.) und Baden-Württemberg (5,1 Mill.). In diesen drei Bundesländern fällt gut die Hälfte (51,7%) aller Übernachtungen ausländischer Gäste an. Rechnet man die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Berlin, Niedersachsen und Hamburg mit dazu, so kommt man zu dem Ergebnis, dass auf diese acht, und damit die Hälfte aller Bundesländer bereits 90% der Übernachtungen ausländischer Gäste entfallen. Es fällt auf, dass darunter keines der neuen Länder ist.

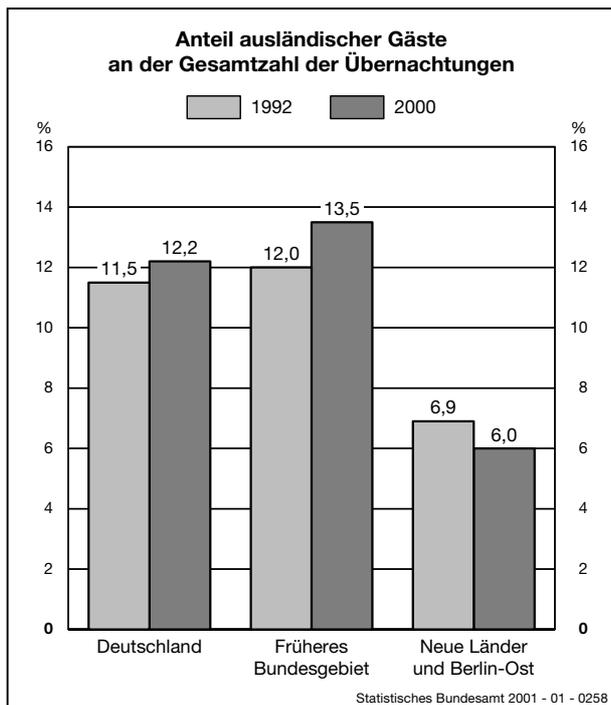
Tabelle 8: Übernachtungen ausländischer Gäste 2000 nach Bundesländern

Bundesland	Übernachtungen		
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Anteil an allen Übernachtungen ausländischer Gäste in %
Bayern	9 537	+ 12,4	24,0
Nordrhein-Westfalen	5 858	+ 3,7	14,8
Baden-Württemberg	5 118	+ 4,7	12,9
Hessen	4 914	+ 10,5	12,4
Rheinland-Pfalz	3 884	+ 9,9	9,8
Berlin	3 120	+ 22,2	7,9
Niedersachsen	2 253	+ 27,3	5,7
Hamburg	1 142	+ 11,5	2,9
Sachsen	877	+ 18,4	2,2
Schleswig-Holstein	799	+ 9,6	2,0
Brandenburg	474	+ 18,1	1,2
Thüringen	443	+ 2,6	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	397	+ 19,2	1,0
Sachsen-Anhalt	313	+ 13,8	0,8
Bremen	310	+ 11,7	0,8
Saarland	216	+ 8,8	0,5
Deutschland ...	39 655	+ 10,9	100
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet	36 107	+ 10,3	91,1
Neue Länder und Berlin-Ost	3 548	+ 17,8	8,9

Neue Bundesländer mit geringerem Incoming-Tourismus

Für die neuen Bundesländer ist nach wie vor kennzeichnend, dass der Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl aller Übernachtungen weit unterdurchschnittlich ist. Während der Anteil dieser Gästegruppe an den Übernachtungen bundesweit bei 12,2% liegt – im früheren Bundesgebiet liegt er mit 13,5% leicht darüber –, ist er in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 6,0% nicht einmal halb so hoch. Und er ist hier, anders als im früheren Bundesgebiet, gegenüber 1992 sogar noch zurückgegangen (siehe Schaubild 7).

Schaubild 7



Aussichten für den Inlandstourismus im Jahr 2001

Nachdem das Jahr 2000 für den Tourismus in Deutschland Rekordergebnisse erbracht hat, die aber sicherlich auch durch die Weltausstellung EXPO 2000 mitbegünstigt wurden, stellt sich zu Beginn des Jahres 2001 die Frage, ob die hohen Zuwachsraten des abgelaufenen Jahres auch in diesem Jahr wieder erzielt werden können oder ob es eher zu einer Konsolidierung auf dem erreichten Niveau kommt.

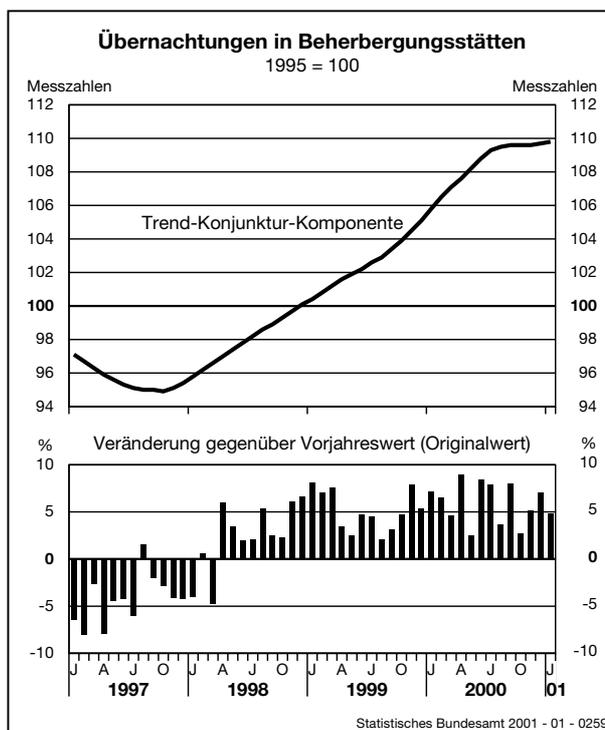
Die ersten für den Berichtsmontat Januar 2001 vorliegenden Ergebnisse weisen durchaus auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin. Die Zahl der Übernachtungen in Deutschland stieg im Januar um 5,0% an, die Übernachtungen ausländischer Gäste sogar um 10,4%. Die Entwicklung wichtiger Rahmenbedingungen für den Tourismus begründet die Erwartung eines weiteren Wachstums auch im Jahr 2001. So wird allgemein mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum in Deutschland gerechnet. Die Bundesregierung geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2¾% aus. Für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die für die private Reisetätigkeit von besonderer Bedeutung sind, wird sogar mit einem gegenüber dem Vorjahr höheren Anstieg um 4½% gerechnet.⁸⁾

Und auch die nach wie vor relativ niedrige Bewertung des Euro, der nach einer kurzen Erholung zu Beginn des Jahres inzwischen wieder auf einen Wert von unter 0,90 US-Dollar abgesunken ist, dürfte sich – sofern sie

anhält – auf die weitere Entwicklung des Incoming-Tourismus günstig auswirken.

Demgegenüber gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber auch einzelne Aspekte, die die im Großen und Ganzen günstigen Erwartungen für den deutschen Inlandstourismus zu dämpfen vermögen. So zeigt die nach dem „Berliner Verfahren“ vorgenommene Saisonbereinigung der Zeitreihe der Übernachtungszahlen für Deutschland für die Trend-Konjunktur-Komponente, die seit Ende 1997 steil nach oben gerichtet war, seit der Mitte des Jahres 2000 nur noch einen wesentlich geringeren Anstieg (siehe Schaubild 8). Auch ist die wirtschaftliche Lage in wichtigen Quellländern für die deutsche Tourismuswirtschaft, wie den Vereinigten Staaten oder Japan, zu Beginn des Jahres 2001 durch größere Unsicherheit charakterisiert als noch vor einem Jahr. Völlig offen ist zurzeit noch die Frage einer möglichen Gefährdung des Inlandstourismus, falls die in einigen Ländern Europas bereits grassierende Maul- und Klauenseuche auch auf Deutschland übergreifen sollte. Sicher dürfte sein, dass der Tourismus davon nicht unbeeinflusst bliebe.

Schaubild 8



2001 ist zum Jahr des Tourismus in Deutschland erklärt worden. Parlament, Bundesregierung, Bundesländer, Verbände und Tourismusunternehmen wollen in einer Gemeinschaftsinitiative, in deren Mittelpunkt eine medien- und kundenwirksame Imagekampagne steht, für Deutschland als Reise- und Urlaubsland werben.⁹⁾ Über das gesamte Jahr verteilte Veranstaltungen und Aktionen verbunden mit intensiven Werbemaßnahmen sollen die weitere Entwicklung des Tourismus in Deutschland fördern. Angesichts der geschilderten Rahmenbedingun-

8) Siehe Bundesministerium der Finanzen: „Reformkurs fortsetzen – Wachstumsdynamik stärken“, Jahresbericht der Bundesregierung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik – Jahreswirtschaftsbericht 2001, S. 104.

9) Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: „Jahr des Tourismus in Deutschland – Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung des Tourismus im Aktionsjahr“, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 1/2001, Berlin, 26. Januar 2001.

gen für die Tourismusedwicklung in Deutschland im Jahr 2001 dürften in diesem Jahr erhebliche Anstrengungen von Seiten der Tourismuspolitik, -werbung und -marketing nötig sein, um noch einmal dieselben Wachstumsraten zu erreichen wie im Vorjahr: Denn einerseits geht die deutsche Tourismuswirtschaft in das Jahr 2001 auf dem im Vorjahr erreichten sehr hohen Niveau der Übernachtungszahlen, und andererseits sind auch die den Tourismus determinierenden Rahmenbedingungen in diesem Jahr durch ein höheres Maß an Unsicherheit gekennzeichnet als im Jahr 2000. ■

Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern

Im Jahr 2000 erlebte der deutsche Außenhandel seine mit Abstand höchsten Wertzuwächse seit Einführung des Europäischen Binnenmarktes im Jahr 1993. Insgesamt wurden von Deutschland Waren im Wert von 1 167,5 Mrd. DM ausgeführt und Waren im Wert von 1 058,5 Mrd. DM eingeführt. Erstmals erreichten damit sowohl die deutschen Exporte als auch die deutschen Importe Werte über 1 Billion DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg von 17,0% bei den Exporten und von 21,7% bei den Importen. Der Ausfuhrüberschuss betrug 109,0 Mrd. DM.

Im Verlauf des Jahres 2000 ist die Entwicklung des deutschen Außenhandels gegenüber 1999 durch besonders starke Zuwächse im ersten und vierten Quartal gekennzeichnet. Im ersten Quartal stiegen die Ausfuhren um 18,0% und die Einfuhren um 21,5%. Im vierten Quartal betrug der Zuwachs 18,1% bei der Ausfuhr und 26,5% bei der Einfuhr.

54% der deutschen Außenhandelsumsätze (Exporte und Importe) im Jahr 2000 wurden im Warenverkehr mit Ländern der Europäischen Union (EU) getätigt, wobei 42% auf die Eurozone entfielen. 18% der deutschen Außenhandelsumsätze wurden im Handel mit anderen europäischen Ländern (außerhalb der EU) erzielt, 13% mit Asien, 11% mit der NAFTA, jeweils 2% mit Afrika und Lateinamerika (ohne Mexiko) und 0,5% mit Australien und Ozeanien.

Das deutsche Exportwachstum im Jahr 2000 war insbesondere durch Zuwächse im Handel mit den NAFTA-Ländern (+19,4%) sowie mit den europäischen Ländern (+16,3%) geprägt. Besonders hohe Zuwächse verzeichneten die Exporte in den asiatischen Raum (China: +35,3%, ASEAN-Länder: +28,5% und Japan: +27,3%).

Dipl.-Volkswirtin Miriam Abdin

Vorbemerkung

Das weltweit sehr günstige Außenhandelsklima wirkte sich auf fast allen regionalen Exportmärkten, in denen Deutschland im Jahr 2000 aktiv war, positiv aus. Dennoch treten Unterschiede in den bilateralen Handelsbeziehungen auf, die das Zusammenspiel heterogener regionaler Wirtschaftsstrukturen und -entwicklungen widerspiegeln, von denen der internationale Warenaustausch letztlich lebt.

Dieser Beitrag widmet sich nach einem kurzen Überblick über die Gesamtentwicklung im Jahr 2000¹⁾ im Folgenden der vertieften Darstellung der regionalen Entwicklungen im deutschen Außenhandel. Grundlage bildet dabei der statistische Nachweis der Außenhandelsbewegungen entsprechend dem Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik. Es wird dabei eine Gliederung nach Ländergruppen zugrunde gelegt, in der die einzelnen Länder nach wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkten zu Regionen zusammengefasst sind. Bei weiteren regionalen Differenzierungen werden je nach der quantitativen Bedeutung einzelner Außenhandelsbeziehungen inhaltliche Schwerpunkte gesetzt.

Beim Vergleich der Zahlenangaben miteinander ist zu beachten, dass es sich bei den Angaben für 1999 und weiter zurückliegende Jahre um endgültige Angaben handelt. Des Weiteren handelt es sich bei den Angaben für das Jahr 2000 generell um vorläufige, nicht-revidierte Angaben. Hiervon abweichend wurden im Text die inzwischen durchgeführten Revisionen von Globalangaben zitiert. Hierdurch kann es zu geringfügigen Abweichungen der Textangaben zu den noch nicht revidierten Angaben der Tabellen und Schaubilder kommen.

Nach dem Blick auf die Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels im Jahr 2000 folgt ein Exkurs über die Entwicklung der Rohölimporte im Jahr 2000 sowie eine Darstellung der Regionalstruktur des deutschen Außenhandels. Der Hauptteil widmet sich der Analyse einer Auswahl der wichtigsten regionalen Ergebnisse. Abschließend wird ein kurzer Ausblick auf das Jahr 2001 gegeben. Eine ergänzende Auswahl von Ergebnissen nach einzelnen Ländern und Ländergruppen befindet sich in den Anhangtabellen zu diesem Aufsatz auf S. 286 ff. Hierin wird insbesondere die unterjährige Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels sowie der Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, aber auch der Asiens und Afrikas näher beleuchtet.

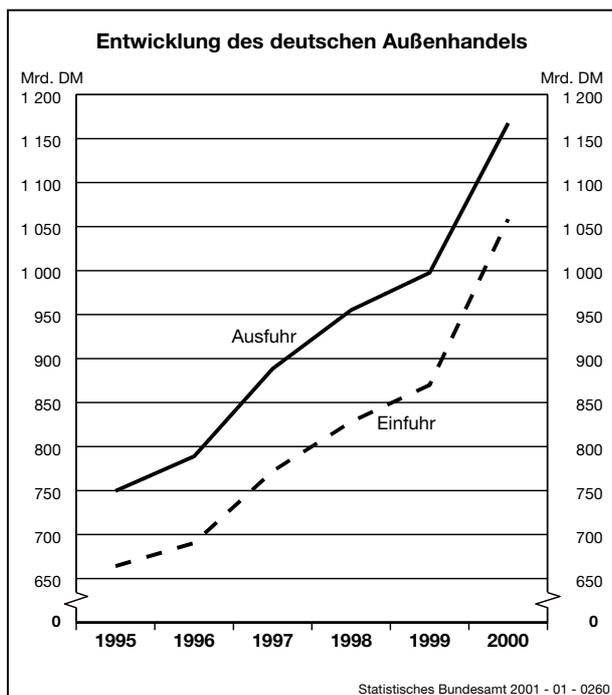
Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels

Im Jahr 2000 erreichten sowohl die deutschen Exporte als auch die deutschen Importe erstmals Werte über 1 Billion DM. Die Exporte stiegen dabei im Vorjahresvergleich um 17,0% auf 1 167,5 Mrd. DM und die Importe um 21,7% auf 1 058,5 Mrd. DM. Dem daraus resultierenden Ausfuhrüberschuss von 109,0 Mrd. DM standen negative Salden der Dienstleistungsbilanz einschließlich der Ergänzungen zum Warenverkehr (-96,2 Mrd. DM), der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-16,9 Mrd. DM) sowie der Übertragungen (-53,3 Mrd. DM) gegenüber. Das Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 57,4 Mrd. DM war damit deutlich höher als das des Jahres 1999 (35,9 Mrd. DM). Dies war insbesondere auf den Anstieg des Defizits der Dienstleistungsbilanz zurückzuführen.

Die unterjährige Entwicklung des deutschen Außenhandels im Jahr 2000 ist gegenüber 1999 durch besonders starke Zuwächse im ersten und vierten Quartal 2000 gekennzeichnet. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausfuhren im ersten Quartal 2000 um 18,0% und die Einfuhren um 21,5%; im vierten Quartal 2000 betrug die

1) Zur Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels siehe Kuhn, A.: „Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000“ in WiSta 2/2001, S. 97 ff.

Schaubild 1



Zunahme 18,1% bei der Ausfuhr und 26,5% bei der Einfuhr. Im zweiten und dritten Quartal 2000 betragen die Zuwächse gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen 16,2 bzw. 15,4% bei der Ausfuhr sowie 19,4 bzw. 21,7% bei der Einfuhr.

Da die Entwicklung der deutschen Importe im Jahr 2000 im Handel mit einigen Ländern entscheidend durch die Entwicklung des internationalen Rohölpreises beeinflusst war, soll auf diese Komponente in dem folgenden Kapitel näher eingegangen werden.

Entwicklung der deutschen Rohölimporte 2000

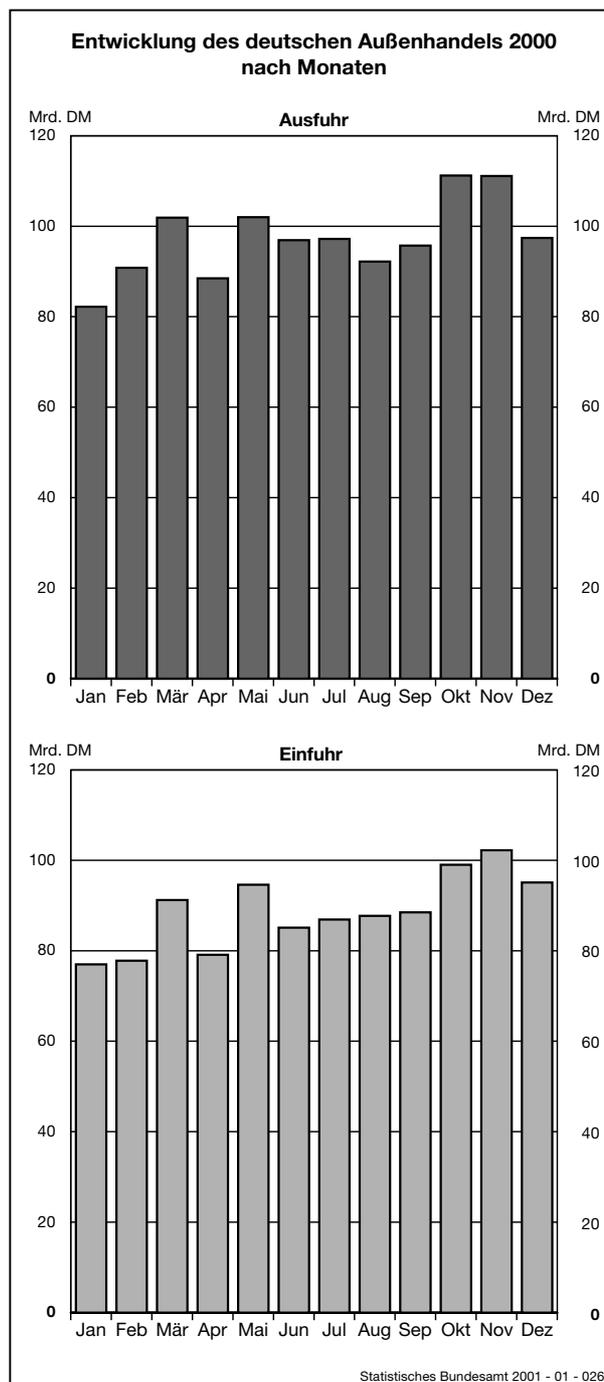
Die Einfuhr von Rohöl erhöhte sich im Jahr 2000 um 22,0 Mrd. DM oder 89,6% auf 46,6 Mrd. DM. Aufgrund dieses starken Anstiegs trugen die Rohölimporte mit 12% überproportional zum Anstieg der gesamten deutschen Einfuhren im Jahr 2000 bei; der Rohölanteil an den gesamten deutschen Importen im Jahr 2000 lag wertmäßig bei 4,4%.

Tabelle 1: Deutsche Rohölimporte 2000¹⁾

Ursprungsland	Mill. t	Mrd. DM	DM/t
Rohöleinfuhr insgesamt	105,2	46,6	443
darunter:			
Russland	29,6	11,9	403
Norwegen	18,5	8,7	471
Vereinigtes Königreich	14,7	6,7	457
Libyen	11,9	5,6	476
Syrien	7,1	3,0	420
Algerien	6,5	3,3	503
Saudi-Arabien	4,5	1,9	424
Kasachstan	3,4	1,6	480
Venezuela	2,0	0,6	321
Nigeria	2,0	1,0	499
Dänemark	1,1	0,5	472

1) Vorläufiges Ergebnis.

Schaubild 2



Auf den deutschen Außenhandel mit einzelnen Ländern hatte die Entwicklung der Rohölimporte aufgrund der spezifischen bilateralen Importstrukturen jedoch einen sehr unterschiedlichen und zum Teil starken Einfluss. Da beispielsweise 42% der deutschen Einfuhren aus Russland aus Rohöl bestanden, trug der Anstieg der Rohölpreise hier im Jahr 2000 wesentlich zum Anstieg der Gesamteinfuhren aus Russland bei. Genauso verhielt es sich gegenüber Norwegen (42% Rohölanteil) und ganz extrem gegenüber Libyen (98% Rohölanteil). Weniger stark war der Einfluss der Rohölpreissteigerungen auf die Entwicklung der deutschen Importe aus dem Vereinigten Königreich, da hier die Rohöleinfuhren nur 9% der gesamten deutschen Importe aus diesem Land ausmachten.

Die bisher genannten Länder waren für Deutschland auch die bedeutendsten Rohöllieferanten. Im Jahr 2000 wurden 28,1% der deutschen Rohöleinfuhren von insgesamt 105,2 Mill. t aus Russland bezogen, 17,6% aus Norwegen, 14,0% aus dem Vereinigten Königreich und 11,3% aus Libyen. Wichtige Rohöllieferländer für Deutschland waren außerdem Syrien (7,1 Mill. t), Algerien (6,5 Mill. t), Saudi-Arabien (4,5 Mill. t), Kasachstan (3,4 Mill. t), Venezuela und Nigeria (jeweils 2,0 Mill. t) sowie Dänemark (1,1 Mill. t).

Tabelle 2: Deutsche Rohölimporte 2000¹⁾
Veränderungen gegenüber 1999 in %

Ursprungsland	Preise	Mengen	Werte
Rohöleinfuhr insgesamt	+ 86,7	+ 1,5	+ 89,6
darunter:			
Russland	+ 83,1	+ 5,6	+ 93,3
Norwegen	+ 87,5	- 10,5	+ 67,8
Vereinigtes Königreich	+ 86,2	+ 12,8	+ 110,1
Libyen	+ 92,5	- 17,4	+ 59,0
Syrien	+ 81,4	+ 17,7	+ 113,5
Algerien	+ 92,1	+ 56,1	+ 199,9
Saudi-Arabien	+ 89,8	+ 0,1	+ 90,0
Kasachstan	+ 87,9	+ 18,2	+ 122,2
Venezuela	+ 70,1	- 13,3	+ 47,5
Nigeria	+ 101,0	+ 70,7	+ 243,2
Dänemark	+ 50,4	+ 428,8	+ 695,2

1) Vorläufiges Ergebnis.

Die Entwicklung der Rohölimporte dürfte im Allgemeinen von der je nach Lieferland unterschiedlichen Entwicklung der Rohölpreise abhängen. Jedoch ließ sich dieser Zusammenhang im Jahr 2000 nicht überall bestätigen, was auf den Einfluss sonstiger Marktfaktoren wie Konkurrenzsituation oder Vertragsbindungen zurückzuführen sein dürfte. Mit 321 DM je Tonne kam das billigste Rohöl aus Venezuela. Hier ging die von Deutschland importierte Menge im Jahr 2000 um 13% zurück. Vermutlich ist hierfür die stärkere Nachfrage nach Rohöl aus Venezuela aus den Vereinigten Staaten verantwortlich. Deutschland konzentrierte die Ausdehnung seiner Rohölimporte vielmehr auf den Handel mit Russland, das mit 403 DM je Tonne das nach Venezuela zweitpreisgünstigste Rohöl anzubieten hatte. Hier kam es im Jahr 2000 gegenüber 1999 zu einem Anstieg der deutschen Importe um 5,6%. Obwohl das saudi-arabische Rohöl mit 424 DM je Tonne nur geringfügig teurer war als das syrische (420 DM je Tonne) fällt auf, dass sich im Jahr 2000 insbesondere die Rohölimporte aus Syrien mengenmäßig erhöhten (+18%), während die Rohölimportmengen aus Saudi-Arabien mit +0,1% gegenüber dem Vorjahr fast stagnierten. Bei einem bereits überdurchschnittlichen Preis in Höhe von 457 DM je Tonne stiegen die Rohölimportmengen aus dem Vereinigten Königreich im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 13%, während die Importe aus Norwegen bei einem Preis von 471 DM je Tonne einen Rückgang der Mengen um 11% zu verzeichnen hatten. Eine ganz enorme Steigerung (+429%) erfuhren die Rohölimportmengen aus dem Nachbarland Dänemark, das mit durchschnittlich 472 DM je Tonne im Jahr 2000 ebenfalls vergleichsweise teures Rohöl anzubieten hatte. Der Anteil des dänischen Rohöls an den

gesamten deutschen Rohölimporten war im Jahr 2000 mit 1,0% jedoch sehr gering. Die Rohöleinfuhren aus Libyen, dem viertgrößten Rohöllieferanten Deutschlands, gingen bei einem Preis von 476 DM je Tonne um 17% auf 11,9 Mill. Tonnen zurück. Dagegen waren im Jahr 2000 gegenüber 1999 starke Zuwächse bei den Importen aus einigen kleineren Lieferländern mit verhältnismäßig hohen Rohölpreisen festzustellen. Hierbei handelt es sich um die deutschen Rohöleinfuhren aus Kasachstan, die bei einem Preis von 480 DM je Tonne mengenmäßig um 18,2% anstiegen, sowie die Rohöleinfuhren aus Nigeria (+71% bei einem Preis von 499 DM je Tonne) und die Rohöleinfuhren aus Algerien (+56% bei einem Preis von 503 DM je Tonne).

Insgesamt belegt der Vergleich der Entwicklungen von Mengen, Preisen und Werten des Jahres 2000 gegenüber 1999, dass der Anstieg der deutschen Importwerte für Rohöl überwiegend auf Preiseffekte zurückzuführen war. Im Jahr 2000 lagen die Rohölpreise um 87% über den Preisen von 1999. Die Mengen des nach Deutschland eingeführten Rohöls stiegen im selben Zeitraum hingegen durchschnittlich nur um 1,5%. Rohöl stellt für die deutsche Industrie, insbesondere die in Deutschland bedeutende Chemische Industrie sowie den Transportsektor, ein bedeutendes Vorleistungsgut dar. Darüber hinaus ist Rohöl in Form von Heizöl und Kraftstoff ein wesentlicher Bestandteil des privaten und öffentlichen Verbrauchs. Wenn man dies bedenkt, so ist ein Anstieg der Importmengen um nur 1,5% im Jahr 2000 gegenüber 1999 im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von +3,0% (preisbereinigt) als eher gering anzusehen.

Regionalstruktur des deutschen Außenhandels

Deutschlands wichtigste Absatz- und Beschaffungsmärkte liegen in *Europa*, welches sich wirtschaftlich gesehen in unterschiedliche Regionen gliedert:

- In der *Europäischen Union* (EU) sind diejenigen europäischen Länder zusammengeschlossen, die entsprechend dem Maastrichter Vertrag ab dem 1. Januar 1993 eine gemeinsame Wirtschaftsunion bilden. In der so genannten „*Eurozone*“ sind hierbei ab dem 1. Januar 1999 die meisten EU-Länder als Währungsunion organisiert. Es handelt sich um die Länder Frankreich, Belgien, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande, Italien, Irland, Portugal, Spanien, Finnland und Österreich. Der Eurozone nicht angeschlossen sind die EU-Länder Dänemark, Schweden, Griechenland²⁾ sowie das Vereinigte Königreich.
- Ganz unabhängig von der EU sind die in der EFTA³⁾ zusammengeschlossenen Länder Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.
- In wirtschaftlicher Hinsicht zu Europa gezählt werden die *Mitteuropäischen Länder* Estland, Lettland, Litauen (Baltische Länder), Polen, die Tschechische

2) Griechenland gehört erst seit dem 1. Januar 2001 zur Eurozone, bei der Betrachtung des Jahres 2000 also noch nicht.

3) European Free Trade Association – Europäische Freihandels-Assoziation.

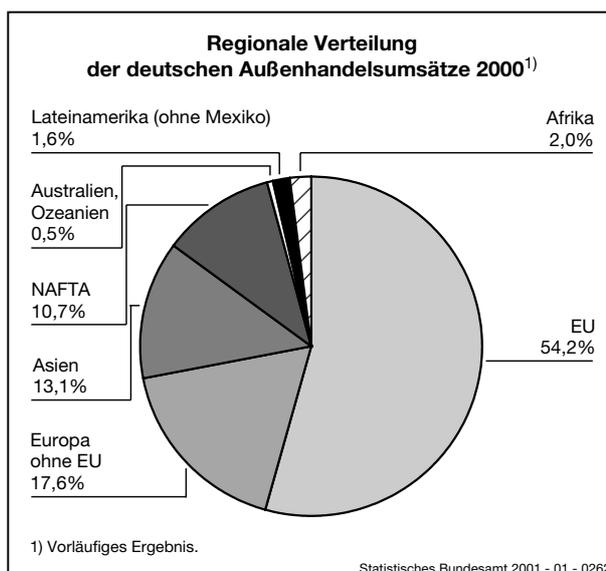
Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, die Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien, die Ukraine, Weißrussland (Belarus), Republik Moldau und Russland.

- Bei den hier angeführten *osteuropäischen* Ländern handelt es sich um die geographisch zu Zentralasien zählenden Länder Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan.

Im Jahr 2000 betrug der Anteil des deutschen Außenhandels mit der EU, Ein- und Ausfuhren zusammen gerechnet, 54,2% und war damit gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt gefallen. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil des deutschen Außenhandels mit den europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union um 0,3 Prozentpunkte auf 17,6%.

Der drittgrößte Anteil des deutschen Außenhandels entfiel im Jahr 2000 mit 13,1% auf den asiatischen Raum, der gegenüber dem Vorjahr 0,8 Prozentpunkte hinzugewann. Wichtigste Handelspartner waren hier Japan, China sowie die ASEAN-Staaten⁴⁾. Zur ASEAN zählten 1999 Brunei Darussalam, Indonesien, die Demokratische

Schaubild 3



Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Am 30. April 1999 wurde die Vollmitgliedschaft Kambodschas beschlossen.

Tabelle 3: Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1997	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		
					1998	1999	2000
					%		
	Mrd. DM				%		
	Ausfuhr						
Ausfuhr insgesamt	888,6	955,2	997,5	1 167,3	+ 7,4	+ 4,4	+ 17,1
Europa	648,6	709,9	736,6	856,3	+ 9,4	+ 3,8	+ 16,3
darunter:							
EU-Länder	493,6	539,8	573,8	659,9	+ 9,4	+ 6,3	+ 15,0
dar.: Eurozone	375,8	414,1	441,4	509,1	+ 9,9	+ 6,9	+ 15,3
EFTA-Länder ²⁾	48,4	52,4	53,2	59,9	+ 8,2	+ 1,7	+ 12,6
Mittel- und osteuropäische Länder ³⁾ ..	92,2	103,4	97,3	119,0	+ 12,1	- 5,9	+ 22,3
Afrika	17,5	18,7	19,5	20,4	+ 6,9	+ 4,7	+ 4,5
Amerika	107,2	124,8	135,0	157,7	+ 16,3	+ 8,2	+ 16,8
dar.: NAFTA-Länder ⁴⁾	88,7	103,8	115,4	137,9	+ 17,0	+ 11,2	+ 19,4
Asien	105,8	92,4	96,7	121,9	- 12,7	+ 4,7	+ 26,0
darunter:							
ASEAN-Länder ⁵⁾	23,8	17,4	16,2	20,9	- 26,8	- 6,7	+ 28,5
China ⁶⁾	10,6	11,9	13,6	18,4	+ 12,0	+ 14,2	+ 35,3
Japan	20,5	18,3	20,4	25,8	- 10,6	+ 10,7	+ 27,3
Australien und Ozeanien	7,0	7,2	7,4	7,8	+ 3,3	+ 2,4	+ 6,1
	Einfuhr						
Einfuhr insgesamt	772,1	828,2	869,9	1 064,3	+ 7,3	+ 5,0	+ 22,3
Europa	556,4	595,7	623,9	748,0	+ 7,1	+ 4,7	+ 19,9
darunter:							
EU-Länder	424,4	452,0	468,7	551,3	+ 6,5	+ 3,7	+ 17,6
dar.: Eurozone	337,4	361,9	374,3	436,9	+ 7,3	+ 3,4	+ 16,7
EFTA-Länder ²⁾	46,3	46,8	48,2	58,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 21,9
Mittel- und osteuropäische Länder ³⁾ ..	75,2	85,6	95,3	125,3	+ 13,8	+ 11,3	+ 31,4
Afrika	16,2	15,2	16,9	23,5	- 6,4	+ 11,7	+ 38,9
Amerika	81,0	90,9	94,2	117,5	+ 12,2	+ 3,6	+ 24,8
dar.: NAFTA-Länder ⁴⁾	65,5	75,7	79,8	100,6	+ 15,7	+ 5,4	+ 26,0
Asien	114,4	121,9	130,7	170,2	+ 6,6	+ 7,2	+ 30,2
darunter:							
ASEAN-Länder ⁵⁾	22,3	23,3	23,4	31,5	+ 4,2	+ 0,4	+ 34,8
China ⁶⁾	21,5	23,2	27,0	36,0	+ 7,6	+ 16,4	+ 33,3
Japan	37,5	41,0	42,6	52,0	+ 9,5	+ 3,8	+ 22,1
Australien und Ozeanien	3,3	3,5	3,3	3,6	+ 6,4	- 5,5	+ 10,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. - 3) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ukraine, Weißrussland, Republik Moldau, Russland, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien. - 4) Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Mexiko. - 5) Myanmar, Thailand, Demokratische Volksrepublik Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei Darussalam, Singapur, Philippinen. - 6) Ohne Taiwan und ohne Hongkong.

4) Association of Southeast Asian Nations - Verband der Südostasiatischen Nationen.

Einen im Jahr 2000 mit 11,2% gegenüber 1999 gleichbleibenden Anteil am deutschen Außenhandel wiesen die NAFTA-Länder⁵⁾ auf. Der 1994 gegründeten NAFTA gehören die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko an. Die Vereinigten Staaten waren im Jahr 2000 der wichtigste außereuropäische Handelspartner Deutschlands: 10,3% der deutschen Exporte gingen in die Vereinigten Staaten, 8,5% der deutschen Importe wurden umgekehrt aus den Vereinigten Staaten bezogen.

Mit insgesamt 0,5% war der deutsche Außenhandel mit Australien und Ozeanien, den geographisch am weitesten entfernten Regionen, im Jahr 2000 eher von geringer Bedeutung. Etwa 79% des deutschen Außenhandels mit Australien und Ozeanien wurden mit Australien getätigt.

Der deutsche Außenhandel mit Afrika hatte im Jahr 2000 einen gegenüber 1999 gleichbleibenden Anteil von 2,0%. Demgegenüber ging der Handel mit Lateinamerika um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6% zurück. Zur Ländergruppe Lateinamerika zählen die mittel- und südamerikanischen Länder ohne das NAFTA-Land Mexiko.

Die einzelnen Ländergruppen

Europäische Union

Im Jahr 2000 wurden von Deutschland Waren im Wert von 659,9 Mrd. DM in die Europäische Union ausgeführt und Waren im Wert von 551,3 Mrd. DM eingeführt. Dies entspricht einem Zuwachs von 15,0% bei der Ausfuhr und von 17,6% bei der Einfuhr. Der Anteil des Außenhandels mit der Europäischen Union am gesamten deutschen Außenhandel betrug 56,5% auf Seiten der Ausfuhr und 51,8% einfuhrseitig. Im Handel mit der EU wurde ein Ausfuhrüberschuss in Höhe von 108,6 Mrd. DM erzielt. Dies entspricht fast genau dem Ausfuhrüberschuss des gesamten deutschen Außenhandels.

Im Laufe des Jahres 2000 übertraf der deutsche Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Union die Vorjahresergebnisse im Jahresverlauf entsprechend der folgenden Veränderungsraten für die Quartalszeiträume, beginnend mit dem ersten Quartal, bei der

– Ausfuhr: +17,6%, +14,1%, +11,8%, +16,5%

und bei der

– Einfuhr: +17,6%, +12,4%, +16,2%, +24,0%.

Es fällt auf, dass es im Jahr 2000 im ersten und im vierten Quartal zu besonders starken Zunahmen gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen kam, während das zweite und dritte Quartal weniger starke Zuwächse zu verzeichnen hatten. Der besonders hohe Anstieg der Importe im vierten Quartal 2000 gegenüber dem vierten Quartal 1999 dürfte dabei größtenteils rohölpreisbedingt gewesen sein.

20% der deutschen Ausfuhren in die EU bestanden im Jahr 2000 aus Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen. Umgekehrt bildeten Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile einen Anteil

Tabelle 4: Außenhandel mit den EU-Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				1999	2000
	Mrd. DM			%	
Ausfuhr					
EU-Länder	539,8	573,8	659,9	+ 6,3	+ 15,0
Eurozone	413,1	441,4	509,1	+ 6,9	+ 15,3
Frankreich	105,9	114,6	133,3	+ 8,2	+ 16,4
Italien	70,5	75,0	88,4	+ 6,3	+ 17,9
Niederlande	66,9	67,2	75,2	+ 0,4	+ 12,0
Belgien und Luxemburg	54,3	56,4	64,1	+ 3,8	+ 13,7
Österreich	51,8	55,3	62,0	+ 6,9	+ 12,1
Spanien	38,5	44,4	53,0	+ 15,4	+ 19,4
Finnland	9,6	11,4	13,5	+ 18,7	+ 19,1
Portugal	10,6	11,5	12,4	+ 8,7	+ 7,7
Irland	5,1	5,7	7,1	+ 13,0	+ 24,8
Nicht-Eurozone	126,7	132,4	150,8	+ 4,5	+ 13,9
Vereinigtes Königreich	81,4	84,3	97,1	+ 3,7	+ 15,1
Schweden	21,9	22,8	26,6	+ 4,2	+ 16,6
Dänemark	16,6	17,1	18,1	+ 3,4	+ 5,9
Griechenland	6,9	8,1	9,0	+ 17,1	+ 10,5
Einfuhr					
EU-Länder	452,0	468,7	551,3	+ 3,7	+ 17,6
Eurozone	361,9	374,3	436,9	+ 3,4	+ 16,7
Frankreich	88,9	89,1	101,7	+ 0,2	+ 14,2
Niederlande	69,4	70,6	93,7	+ 1,7	+ 32,8
Italien	64,5	64,8	70,9	+ 0,4	+ 9,5
Belgien und Luxemburg	46,4	44,7	54,3	- 3,6	+ 21,2
Österreich	33,1	35,8	40,6	+ 8,1	+ 13,5
Spanien	27,8	28,7	32,1	+ 3,2	+ 12,0
Irland	14,2	22,2	21,6	+ 56,7	- 2,7
Portugal	9,1	9,3	11,3	+ 2,6	+ 21,4
Finnland	8,5	9,1	10,7	+ 7,7	+ 16,9
Nicht-Eurozone	90,1	94,4	114,4	+ 4,7	+ 21,2
Vereinigtes Königreich	56,7	60,2	74,2	+ 6,1	+ 23,3
Schweden	16,3	16,2	20,2	- 0,5	+ 24,1
Dänemark	13,9	14,6	16,9	+ 4,9	+ 16,0
Griechenland	3,2	3,4	3,2	+ 7,0	- 6,9

1) Vorläufiges Ergebnis.

von 12% der deutschen Einfuhren aus der EU. Ein reger intraindustrieller Handel fand 2000 des Weiteren insbesondere bei den Chemischen Erzeugnissen statt (13% der deutschen EU-Ausfuhr und 14% der deutschen EU-Einfuhr) sowie bei den Maschinen (13% der deutschen EU-Ausfuhr und 7% der deutschen EU-Einfuhr).

Bei den Eisen- und Stahlerzeugnissen waren im Jahr 2000 auffallende Veränderungen der Verkehrsrichtung im deutschen Außenhandel mit der EU zu beobachten. Während sich hierbei die Einfuhr dieser Güter um 27% auf 19 Mrd. DM verringerte, stieg ihre Ausfuhr um 21% auf 35 Mrd. DM an. Damit erhöhte sich der Anteil der Eisen- und Stahlerzeugnisse am gesamten deutschen EU-Export von 5,1 Prozentpunkten (1999) auf 6,1 Prozentpunkte (2000), während der entsprechende Importanteil von 5,4 auf 4,0 Prozentpunkte sank.

Eurozone

In die *Eurozone*, die das wirtschaftliche Kerngebiet der Europäischen Union darstellt, wurden von Deutschland im Jahr 2000 Waren im Wert von 509,1 Mrd. DM ausgeführt und Waren im Wert von 436,9 Mrd. DM eingeführt. Dies bedeutete gegenüber 1999 einen Zuwachs von 15,3% bei der Ausfuhr und von 16,7% bei der Einfuhr.

5) North American Free Trade Agreement – Nordamerikanische Freihandelszone.

Dabei wurde im Handel mit *Frankreich*, dem wichtigsten deutschen Handelspartner, ein Ausfuhrzuwachs von 16,4% auf 133,3 Mrd. DM festgestellt. Umgekehrt wurden aus Frankreich 14,2% mehr Güter eingeführt, ihr Gesamtwert lag bei 101,7 Mrd. DM. Somit stieg der Ausfuhrüberschuss im Handel mit Frankreich von 25,5 Mrd. DM im Jahr 1999 auf 31,6 Mrd. DM im Jahr 2000. Diese Entwicklung ist auf ein Abflauen der Einfuhren in den Monaten April bis September zurückzuführen, während die Ausfuhr im Jahresverlauf einen stetigen Zuwachs verzeichnete.

Im Jahr 2000 waren die wichtigsten deutschen Exportgüter im Handel mit Frankreich:

- Kraftfahrzeuge, Kfz-Teile; Sonstige Fahrzeuge (26%),
- Chemische Erzeugnisse (12%),
- Maschinen (12%).

Umgekehrt wurden aus Frankreich vor allem Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, Sonstige Fahrzeuge (25%) sowie Chemische Erzeugnisse (11%) eingeführt.

Auffallend ist, dass die deutschen Einfuhren der Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile aus Frankreich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 12% auf 11 Mrd. DM zurückgingen, während die Importe Sonstiger Fahrzeuge aus Frankreich um 46% auf 15 Mrd. DM zunahmen. Des Weiteren ist bei den Einfuhren von Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes ein Rückgang um 12% (auf 7 Mrd. DM) zu beobachten. Demgegenüber blieb der Wert der Ausfuhren dieser Güter nach Frankreich im Jahr 2000 gegenüber 1999 mit 5 Mrd. DM unverändert.

Wie schon im vergangenen Jahr stiegen im Jahr 2000 die deutschen Exporte nach Spanien, Finnland und Irland gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich (Spanien: +19,4%, Finnland: +19,1%, Irland: +24,8%). Deutschland exportierte somit Waren im Wert von 53,0 Mrd. DM nach Spanien; nach Finnland waren es Waren im Wert von 13,5 Mrd. DM und nach Irland betrug der Warenwert 7,1 Mrd. DM. Auch in Italien, Deutschlands zweitgrößter Exportregion innerhalb der Eurozone, war im Jahr 2000 binnen Jahresfrist mit +17,9% auf 88,4 Mrd. DM ein überdurchschnittlicher Anstieg der Exporte aus Deutschland zu verzeichnen. Hingegen war in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg sowie Österreich, den dritt-, viert- und fünftgrößten Exportländern Deutschlands innerhalb der Eurozone, nur ein unterdurchschnittliches Exportwachstum festzustellen (Niederlande: +12,0% auf 75,2 Mrd. DM, Belgien und Luxemburg: +13,7% auf 64,1 Mrd. DM sowie Österreich: +12,1% auf 62,0 Mrd. DM). Der geringste Exportzuwachs innerhalb der Länder der Eurozone trat binnen Jahresfrist im Handel mit Portugal ein (+7,7% auf 12,4 Mrd. DM).

Auf der Importseite waren die Niederlande von allen Ländern der Eurozone Deutschlands bedeutendster Handelspartner. Hier fand auch der stärkste Importanstieg im Handel mit den Ländern der Eurozone statt (+32,8% auf 93,7 Mrd. DM). Hierbei verdoppelte sich der Wert der eingeführten Mineralölzeugnisse preisbedingt auf 12 Mrd. DM.

EU-Länder außerhalb der Eurozone

Die Ausfuhren in Länder der Europäischen Union außerhalb der Eurozone stiegen im Jahr 2000 binnen Jahresfrist um 13,9% auf 150,8 Mrd. DM. Das bedeutendste Land aus dieser Gruppe stellte das Vereinigte Königreich dar. Hier war ein Anstieg der deutschen Ausfuhren um 15,1% auf 97,1 Mrd. DM festzustellen. Auch die Ausfuhren nach Schweden erhöhten sich mit 16,6% auf 26,6 Mrd. DM überdurchschnittlich, während die Ausfuhrzuwächse gegenüber Dänemark und Griechenland moderater ausfielen (Dänemark: +5,9% auf 18,1 Mrd. DM; Griechenland: +10,5% auf 9,0 Mrd. DM).

Vergleichbare Tendenzen waren bei den Einfuhren aus den Ländern der Nicht-Eurozone festzustellen, die im Jahr 2000 gegenüber 1999 insgesamt um 21,2% auf 114,4 Mrd. DM stiegen. Für das Vereinigte Königreich war wiederum ein überdurchschnittlicher Zuwachs festzustellen (+23,3% auf 74,2 Mrd. DM), ebenso für Schweden (+24,1% auf 20,2 Mrd. DM). In Dänemark betrug die Zunahme 16,0% auf 16,9 Mrd. DM, dagegen verzeichnete Griechenland einen Rückgang der Einfuhren um 6,9% auf 3,2 Mrd. DM.

Europa ohne die Europäische Union

EFTA

Seit dem EU-Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden entfallen etwa 98% des deutschen Außenhandels mit den EFTA-Ländern auf die Schweiz und Norwegen. Mit einem Außenhandelsumsatz von 86,8 Mrd. DM war die Schweiz im Jahr 2000 außerhalb der EU der wichtigste europäische Handelspartner Deutschlands. Hierbei stieg sowohl die Ausfuhr (+12,3% auf 50,1 Mrd. DM) als auch die Einfuhr (+9,9% auf 36,7 Mrd. DM) weiter an. Die Schweiz nahm Rang 8 der deutschen Außenhandelspartner ein. Im Warenverkehr mit Norwegen stiegen die Ausfuhren im Jahr 2000 binnen Jahresfrist um 9,9% auf 8,4 Mrd. DM an und die Einfuhren um 51,5% auf 20,7 Mrd. DM. Für die hohe Zuwachsrate bei den Einfuhren aus Norwegen ist, ähnlich wie im Handel mit den Niederlanden, insbesondere der starke Anstieg des internationalen Rohölpreises verantwortlich zu machen, welcher sich bereits zu Beginn des Jahres 2000 auf einem hohen Niveau befand.

Mittel- und osteuropäische Staaten

Die Handelsbeziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten hatten bis 1999 erheblich zugenommen und entwickelten sich auch im Folgejahr dynamischer als mit anderen Regionen. Niedrige Löhne, gut ausgebildete Arbeitskräfte, geringe Transportkosten und eine gegenüber dem Westen offene Politik, die Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Stabilität schuf, waren und sind optimale Rahmenbedingungen für Investitionen deutscher Unternehmen. Mit zunehmender Kaufkraft werden diese Länder auch als Absatzmärkte interessanter. So stiegen die Einfuhren aus den mittel- und osteuropäischen Staaten im Jahr 2000 binnen Jahresfrist um 31,4% auf 125,3 Mrd. DM. Der Anstieg der Ausfuhren um 22,3% auf 118,9 Mrd. DM dokumentiert, dass die Spätfolgen der Schuldenkrise in Russland überwunden sind.

Die Ausfuhren nach Russland nahmen im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 31,7% auf 13,0 Mrd. DM zu; die Einfuhren aus Russland stiegen größtenteils rohölpreisbedingt um 73,7% auf 28,5 Mrd. DM.

Neben Russland zählen die *EU-Beitrittskandidaten* Polen, Tschechische Republik und Ungarn zu den größten Handelspartnern Deutschlands innerhalb der mittel- und osteuropäischen Staaten. Nach Polen exportierte Deutschland im Jahr 2000 Waren im Wert von 28,4 Mrd. DM (+17,5%) und importierte gleichzeitig Waren im Wert von 23,3 Mrd. DM (+29,2%). Im Warenverkehr mit der Tschechischen Republik war bei Export- und Importwerten von jeweils rund 25,1 Mrd. DM im Jahr 2000 eine nahezu ausgeglichene Handelsbilanz festzustellen. Hierbei entwickelte sich der Handel in beiden Verkehrsrichtungen mit Zuwächsen von 27,5% bei der Ausfuhr und 26,7% bei der Einfuhr nahezu parallel. Eine ähnliche Entwicklung fand auch im deutschen Außenhandel mit Ungarn statt. Nach Ungarn führte Deutschland Waren im Wert von 20,1 Mrd. DM aus (+21,5%) und importierte von dort Waren im Wert von 20,7 Mrd. DM (+18,1%).

NAFTA

Die *Vereinigten Staaten* dominieren den deutschen Außenhandel mit der NAFTA zu 87%. Die im Jahr 2000 weiterhin anhaltende Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten wirkte sich auch auf den Außenhandel mit Deutschland positiv aus. So stiegen die deutschen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten gegenüber dem Vorjahr mit 19,1% erneut stark an und erreichten einen Wert von 119,8 Mrd. DM. Begünstigt wurde diese Entwicklung auch durch den im Jahr 2000 gegenüber dem Euro starken US-Dollar. Mit +26,4% war der Zuwachs bei den

zeuge und Kraftfahrzeugteile im Wert von 35 Mrd. DM von Deutschland in die Vereinigten Staaten ausgeführt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 18%. Damit bestanden 29% der gesamten deutschen Exporte in die Vereinigten Staaten aus Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen. Der deutsche Außenhandel mit den Vereinigten Staaten zeichnete sich im Jahr 2000 durch einen besonders regen Handel von Sonstigen Fahrzeugen⁶⁾ aus. So konnte Deutschland seine Ausfuhren dieser Fahrzeuge in die Vereinigten Staaten im Jahr 2000 um 48% auf 10 Mrd. DM erhöhen. Umgekehrt war im Jahr 2000 aber auch ein hoher Anstieg (+38% auf 16 Mrd. DM) der deutschen Importe derselben Warenkategorie festzustellen. Insbesondere stiegen im Handel mit den Vereinigten Staaten auch die deutschen Einfuhren von Maschinen (+30% auf 9 Mrd. DM) sowie die Einfuhren von chemischen Erzeugnissen (+29% auf 11 Mrd. DM). Umgekehrt entwickelten sich die deutschen Exporte dieser Warenkategorien im Handel mit den Vereinigten Staaten weniger stark. So wurden im Jahr 2000 von Deutschland 14% mehr Maschinen (21 Mrd. DM) in die Vereinigten Staaten ausgeführt sowie 2% weniger chemische Erzeugnisse (14 Mrd. DM).

Die deutschen Exporte nach *Kanada* stiegen im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 27,1% auf 8,4 Mrd. DM. 25% der deutschen Exporte nach Kanada bestanden aus Maschinen, 17% aus Chemischen Erzeugnissen und 22% aus Kraftfahrzeugen, Kfz-Teilen und Sonstigen Fahrzeugen. Die größten Zuwächse dieser Hauptexportgüter Deutschlands im Handel mit Kanada waren im Jahr 2000 gegenüber 1999 bei den Sonstigen Fahrzeugen festzustellen (+39%), gefolgt von den Maschinen (+31%), den Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen (+25%) und den Chemischen Erzeugnissen (+16%). Umgekehrt führte Deutschland aus Kanada hauptsächlich Papier ein (20% der deutschen Importe aus Kanada) sowie Sonstige Fahrzeuge (17%), Erze (10%) und Maschinen (8%). Hier waren überdurchschnittliche Zuwächse insbesondere beim Papier (+49%) und bei den Sonstigen Fahrzeugen (+46%) zu beobachten. Insgesamt stiegen die deutschen Importe aus Kanada im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 32,7% auf 6,8 Mrd. DM.

Der deutsche Außenhandel mit *Mexiko* entwickelte sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr nicht ganz so stark wie der mit den übrigen NAFTA-Ländern. Insbesondere die Einfuhren aus Mexiko verzeichneten mit +4,8% auf 2,9 Mrd. DM nur einen eher geringfügigen Zuwachs. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Vorjahr bei einem Zuwachs von 44,8% gegenüber 1998 schon ein recht hohes Niveau der deutschen Einfuhren aus Mexiko erreicht war. Hauptsächlich eingeführt wurden Kraftwagen und Kfz-Teile. Sie machten 42% an der gesamten deutschen Einfuhr aus Mexiko aus. Gegenüber 1999 gingen ihre Importe um 17% zurück. Außergewöhnlich hohe Zunahmen waren hingegen bei Datenverarbeitungsgeräten festzustellen (+146% auf 0,2 Mrd. DM) sowie bei Erzeugnissen der Nachrichtentechnik (+73% auf 0,2 Mrd. DM) und Chemischen Erzeugnissen (+40% auf 0,2 Mrd. DM). Die deutschen Ausfuhren nach Mexiko stiegen im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 17,5% auf 9,7 Mrd. DM und bestanden u. a. zu 29% aus Kraftwagen und Kfz-

Tabelle 5: Außenhandel mit den NAFTA-Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				1999	2000
	Mrd. DM			%	
Ausfuhr					
NAFTA	103,8	115,4	137,9	+ 11,2	+ 19,4
Vereinigte Staaten	89,8	100,6	119,8	+ 12,1	+ 19,1
Mexiko	7,1	8,3	9,7	+ 16,7	+ 17,5
Kanada	7,0	6,6	8,4	- 5,7	+ 27,1
Einfuhr					
NAFTA	75,7	79,8	100,6	+ 5,4	+ 26,0
Vereinigte Staaten	68,3	72,0	90,9	+ 5,3	+ 26,4
Kanada	5,5	5,1	6,8	- 7,8	+ 32,7
Mexiko	1,9	2,7	2,9	+ 44,8	+ 4,8

1) Vorläufiges Ergebnis.

deutschen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten erneut überdurchschnittlich und führte zu einem Einfuhrwert in Höhe von 90,9 Mrd. DM. Der Außenhandelsaldo in Höhe von +28,9 Mrd. DM blieb damit gegenüber 1999 nahezu konstant.

Die größte Exportposition deutscher Produkte im Handel mit den Vereinigten Staaten machten die Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile aus. Im Jahr 2000 wurden Kraftfahr-

6) Beispielsweise: Krafträder, Kfz-Anhänger, Schienen-, Luft- und Wasserfahrzeuge.

Teilen, zu 24% aus Maschinen und zu 11% aus Chemischen Erzeugnissen. Die größten Zuwächse binnen Jahresfrist realisierten dabei die Kraftwagen und Kfz-Teile mit +51% auf 3 Mrd. DM, gefolgt von den Chemischen Erzeugnissen (+38% auf 1 Mrd. DM) und den Maschinen (+12% auf 2 Mrd. DM).

Lateinamerika (ohne Mexiko)

Die deutschen Ausfuhren in die Länder Lateinamerikas stiegen im Jahr 2000 insgesamt um 1,5% auf 19,8 Mrd. DM. Einerseits stehen hinter diesem Ergebnis verhältnismäßig hohe Zuwächse der Exporte nach Brasilien, Argentinien, Chile und Kolumbien, die zu den wichtigsten deutschen Handelspartnern in Lateinamerika zählen, andererseits entsprechende Rückgänge bei der Vielzahl der wirtschaftlich weniger bedeutenden und kleineren lateinamerikanischen Länder.

Tabelle 6: Außenhandel mit ausgewählten Ländern Lateinamerikas

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
				1999	2000
	Mrd. DM			%	
Ausfuhr					
Amerika ohne NAFTA	20,9	19,5	19,8	- 6,8	+ 1,5
darunter:					
Brasilien	9,7	9,0	9,8	- 6,9	+ 9,3
Argentinien	3,4	2,4	2,5	- 28,5	+ 4,4
Chile	1,4	1,1	1,3	- 19,6	+ 13,1
Kolumbien	1,2	0,9	1,1	- 27,5	+ 20,8
Einfuhr					
Amerika ohne NAFTA	15,2	14,4	16,9	- 5,1	+ 17,8
darunter:					
Brasilien	6,8	6,5	7,6	- 4,8	+ 17,4
Argentinien	1,5	1,7	1,8	+ 13,3	+ 5,9
Chile	1,3	1,2	1,7	- 9,1	+ 38,2
Kolumbien	1,5	1,1	1,0	- 27,6	- 1,3

1) Vorläufiges Ergebnis.

Im Jahr 2000 wurden Waren im Wert von 9,8 Mrd. DM (+9,3% gegenüber 1999) von Deutschland nach Brasilien ausgeführt, gefolgt von Argentinien (2,5 Mrd. DM; +4,4%), Chile (1,3 Mrd. DM; +13,1%) und Kolumbien (1,1 Mrd. DM; +20,8%). Ebenso wie bei den Ausfuhren ist Brasilien auch bei den Einfuhren der mit Abstand wichtigste deutsche Handelspartner in Lateinamerika. 45% der deutschen Einfuhren aus Lateinamerika, die im Jahr 2000 einen Gesamtwert von 17 Mrd. DM erreichten, stammten dabei aus Brasilien (7,6 Mrd. DM, +17,4% gegenüber 1999). Außerdem bezog Deutschland Waren im Wert von 1,8 Mrd. DM aus Argentinien (+5,9%) und Waren im Wert von 1,7 Mrd. DM aus Chile (+38,2%). Die Einfuhren aus Kolumbien sanken um 1,3% auf 1,0 Mrd. DM. Aufgrund des stärkeren Wachstums der Einfuhren verglichen mit den Ausfuhren ging der Außenhandelsüberschuss im Handel mit Lateinamerika im Jahr 2000 um 44% auf 2,9 Mrd. DM zurück, was als Folge einer gestiegenen Kaufkraft zu werten ist.

Asien

Im Jahr 2000 exportierte Deutschland Waren im Wert von 121,9 Mrd. DM nach Asien und importierte gleichzeitig Waren im Wert von 170,2 Mrd. DM aus dieser Region.

Im Vergleich zu 1999 war dies auf Seiten der Ausfuhr ein Zuwachs von 26,0% und auf Seiten der Einfuhr ein Zuwachs von 30,2%. Damit vergrößerte sich die negative Handelsbilanz Deutschlands mit Asien von 34 Mrd. DM im Jahr 1999 auf 48 Mrd. DM im Jahr 2000.

Größter asiatischer Handelspartner Deutschlands war Japan. Im Jahr 2000 exportierte Deutschland Waren im Wert von 25,8 Mrd. DM nach Japan, was einem Zuwachs von 27,3% entsprach. Auf der anderen Seite stiegen die deutschen Importe aus Japan um 22,1%, sodass sie im Jahr 2000 mit 52,0 Mrd. DM wertmäßig genau doppelt so hoch ausfielen wie die deutschen Exporte nach Japan.

Deutschland führte im Jahr 2000 vor allem Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile nach Japan aus (+23% gegenüber 1999; Anteil: 32%). Überdurchschnittliche Zuwächse erzielten der deutsche Export von Chemischen Erzeugnissen (+30% auf 5 Mrd. DM), von Erzeugnissen der Nachrichtentechnik (+56% auf 1 Mrd. DM) sowie von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (+36% auf 1 Mrd. DM).

Die Hauptimportgüter der japanischen Industrie für den deutschen Markt kamen hauptsächlich aus dem Bereich der Nachrichtentechnik (19% der von Deutschland aus Japan importierten Güter) sowie der Datenverarbeitungsgeräte (17%). Gegenüber 1999 waren die deutschen Importe japanischer Nachrichtentechnik im Jahr 2000 um über die Hälfte gestiegen (+55% auf 10 Mrd. DM); Importe von Datenverarbeitungsgeräten stiegen um 17% auf 9 Mrd. DM. Ebenso waren hohe Zuwächse bei Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung festzustellen (+48% auf 6 Mrd. DM) sowie bei medizinischen und optischen Erzeugnissen (+30% auf 4 Mrd. DM) und Maschinen (+36% auf 6 Mrd. DM). Japanische Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile verzeichneten im Jahr 2000 hingegen eine rückläufige Nachfrage auf dem deutschen Markt (-11% auf 7 Mrd. DM).

Die deutsche Ausfuhr in die ASEAN-Länder stieg im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 28,5% auf 20,9 Mrd. DM, während die Einfuhren aus dieser Ländergruppe einen Zuwachs von 34,8% auf 31,5 Mrd. DM erfuhrten.

Starke Zuwächse waren auch im *deutsch-chinesischen Handel* zu verzeichnen. Hier kam es im Jahr 2000 zu einer Zunahme der Ausfuhren um 35,3% auf 18,4 Mrd. DM sowie zu einem Anstieg der Einfuhren um 33,3% auf 36,0 Mrd. DM, sodass hier, ebenso wie im Handel mit Japan, ein 100%iger Einfuhrüberschuss chinesischer Waren auf dem deutschen Markt vorlag.

Deutschland importierte im Jahr 2000 aus Taiwan binnen Jahresfrist 30,1% mehr Güter im Gesamtwert von 14,1 Mrd. DM und exportierte nach Taiwan 17,9% mehr Güter im Wert von 9,8 Mrd. DM. Dadurch stieg das deutsche Handelsbilanzdefizit im Jahr 2000 gegenüber Taiwan um 1,7 Mrd. DM auf 4,3 Mrd. DM.

Die deutschen Exporte in die Republik Korea stiegen im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 40,1% auf 8,9 Mrd. DM an und die entsprechenden Importe um 41,8% auf 11,4 Mrd. DM. Deutschland verzeichnete im Handel mit Hongkong im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr ein Exportplus von 25,9% auf 8,1 Mrd. DM und ein Importplus von 18,2% auf 4,9 Mrd. DM.

Afrika

Die deutschen Ausfuhren nach Afrika stiegen im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 4,5% auf 20,4 Mrd. DM. Die wichtigsten deutschen Handelspartner in Afrika waren dabei Südafrika (7,3 Mrd. DM; +19,8%), Ägypten (3,1 Mrd. DM; -18,4%), Tunesien (2,0 Mrd. DM; +9,9%) sowie Marokko (1,4 Mrd. DM; +28,3%).

Die deutschen Einfuhren aus Afrika nahmen im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 38,9% auf 23,5 Mrd. DM zu und kamen hauptsächlich aus Südafrika (6,1 Mrd. DM; +20,6% gegenüber 1999), Libyen (5,7 Mrd. DM; +59,1%) und Algerien (3,4 Mrd. DM; +171,4%). Die hohen Zuwachsraten bei den deutschen Einfuhren aus den nordafrikanischen Staaten sind vor allem auf die Entwicklung des internationalen Rohölpreises zurückzuführen. Etwa ein Drittel der deutschen Importe aus Afrika bestand aus Erdöl.

Australien und Ozeanien

Im Jahr 2000 exportierte Deutschland Waren im Wert von 7,8 Mrd. DM nach Australien und Ozeanien. Dies waren 6,1% mehr als im Vorjahr. Die deutschen Einfuhren aus dieser Region nahmen um 10,7% auf 3,6 Mrd. DM zu.

Ausblick

Laut der im Februar 2001 durchgeführten Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) erwarten die deutschen Exportunternehmen auch für das Jahr 2001 einen anhaltend hohen Export, allerdings mit geringeren Zuwachsraten als im Jahr 2000. Im Rahmen der DIHT-Umfrage äußerten 42 von 100 Unternehmen, dass sie für das laufende Jahr mit höheren Exporten rechnen, 51 Unternehmen erwarteten gleichbleibende Exporte und 7 Unternehmen blickten mit geringeren Exporterwartungen in die Zukunft.

Gegenüber den insgesamt noch positiven Erwartungen des DIHT subsummierte beispielsweise die Wirtschaftswoche⁷⁾ eine etwa Mitte März 2001 einsetzende Trendwende in den wirtschaftlichen Erwartungen der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute⁸⁾. In ihrem so genannten „Frühjahrgutachten“ wurde für das laufende Jahr nur noch ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 2,1% vorausgesagt. Bisher beliefen sich die Prognosen auf Werte zwischen 2,5 und 3,0%. In diesem Zusammenhang werden jetzt die Auswirkungen veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen in einem eher gedämpften Licht gesehen. Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zählen zum einen außenwirtschaftliche Faktoren wie die konjunkturelle Entwicklung der Europäischen Union und der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten und zum anderen insbesondere die Lohnpolitik als bedeutender binnenwirtschaftlicher Faktor.

Am 10. April 2001 korrigierte die OECD⁹⁾ ihre Wachstumsprognose für den Euro-Raum auf 2,7%. Im November

hatte sie noch ein Wirtschaftswachstum von 3,1% vorhergesagt. Grund seien die anhaltend hohen Ölpreise sowie die zunehmende Euroschwäche.¹⁰⁾ Auch das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich nach Aussage der Weltbank mit 2,2% im Jahr 2001 im Vergleich zum Jahr 2000 fast halbieren. Für die Entwicklungsländer rechnet die Weltbank mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 4,2% (1 Prozentpunkt weniger als im Jahr 2000), wobei besonders die Schwellenländer Europas und Zentralasiens betroffen seien.¹¹⁾

Einen negativen Einfluss hatte nach Analyse der Wirtschaftswoche insbesondere der Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland im Januar 2001 gegenüber dem Dezember 2000. In der Tat stellen die Auftragseingänge ein handfestes Indiz für die weitere Entwicklung der deutschen Exporte dar. Allerdings ist es insbesondere sinnvoll, im Rahmen einer Zeitreihenanalyse Saisoneffekte einzubeziehen.

Der Wert der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Auftragseingänge aus dem Ausland lag im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2001 um 18,8% über den Werten des Januar 2000, welcher saisonal betrachtet einen sinnvollen Vergleichsmonat darstellt. Im Februar 2001 betrug der entsprechende Zuwachs allerdings nur noch 3,0%. Aussagefähig sind die kalender- und saisonbereinigten Werte, die für den Januar mit -0,7% und für Februar mit -1,8% eine leicht negative Perspektive geben. Auf die mittelfristige Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland hat dies jedoch noch keine wirklich negativen Auswirkungen. Die Trend-Konjunktur-Komponente bescheinigte mit +1,0% für den Januar 2001 und mit +0,7% für den Februar 2001 einen leicht rückgängigen, jedoch für die Zukunft insgesamt noch positiven Trend.

Eine fundierte Basis für Prognosen bildet in jedem Fall auch die Entwicklung der Ein- und Ausfuhrpreise, für die das Statistische Bundesamt ebenfalls Indizes berechnet. Die Preise wirken sich einerseits unmittelbar auf die Außenhandelswerte aus, andererseits beeinflussen sie mit Verzögerung die Entwicklung der Export- und Importmengen. Im Januar 2001 lag der Einfuhrpreisindex um 6,5% und der Ausfuhrpreisindex um 2,5% über den Werten des Januar 2000. Im Februar 2001 flachte die Einfuhrpreisentwicklung mit einem Anstieg von nur noch 5,4% gegenüber dem Vorjahresmonat etwas ab. Demgegenüber lag der Ausfuhrpreisindex jetzt um 2,8% über dem Vorjahresmonatswert.

Der tatsächliche Verlauf der Außenhandelskonjunktur im laufenden Jahr sowie wichtiger ihn bestimmender Indikatoren (Außenhandelspreise, Auftragseingänge) lässt sich einerseits anhand der entsprechenden monatlichen Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes verfolgen, die auch über das Internet abrufbar sind¹²⁾, andererseits durch die regelmäßigen monatlichen Beiträge in dieser Zeitschrift, die insbesondere Kalender- und Saisoneffekte sowie die konjunkturelle Entwicklung näher beleuchten. ■

7) Wirtschaftswoche Nr. 13 vom 22. März 2001, S. 58 f.

8) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung in Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen.

9) Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

10) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 2001, S. 19.

11) Ebenda.

12) <http://www.statistik-bund.de>.

Anhangtabelle 1:
Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	2000 ¹⁾				Veränderung 2000 gegenüber 1999			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
	Mill. DM				%			
Ausfuhr								
Europa	204 451	212 685	205 477	233 700	+ 17,3	+ 15,5	+ 14,3	+ 17,7
darunter:								
EU-Länder	160 855	165 055	155 713	178 263	+ 17,6	+ 14,1	+ 11,8	+ 16,5
Eurozone	123 917	127 417	119 748	138 014	+ 17,7	+ 13,5	+ 12,7	+ 17,3
Nicht-Eurozone	36 937	37 638	35 965	40 249	+ 17,0	+ 16,1	+ 8,8	+ 13,9
EFTA-Länder ²⁾	14 137	14 407	15 195	16 184	+ 10,8	+ 10,9	+ 16,2	+ 12,3
Afrika	4 530	5 318	5 006	5 572	+ 3,6	+ 11,5	- 5,5	+ 9,0
Amerika	37 174	38 337	39 364	42 780	+ 26,0	+ 16,0	+ 13,2	+ 13,6
dar.: NAFTA-Länder ³⁾	32 676	33 561	34 179	37 440	+ 28,7	+ 18,0	+ 16,1	+ 16,3
darunter:								
Vereinigte Staaten	28 550	29 117	29 440	32 645	+ 30,3	+ 17,0	+ 15,3	+ 15,6
Kanada	2 089	2 207	2 062	2 045	+ 42,5	+ 32,9	+ 23,2	+ 12,9
Asien	26 408	28 398	32 245	34 812	+ 19,2	+ 22,3	+ 31,1	+ 30,1
darunter:								
ASEAN-Länder ⁴⁾	4 443	4 956	5 537	5 928	+ 23,1	+ 32,5	+ 32,9	+ 25,5
China ⁵⁾	3 653	4 225	4 694	5 818	+ 22,1	+ 24,0	+ 31,1	+ 61,1
Japan	5 938	6 111	6 734	7 023	+ 23,1	+ 29,4	+ 33,2	+ 23,8
Australien und Ozeanien	1 823	1 962	2 093	1 930	+ 7,0	+ 11,8	+ 14,1	- 6,8
dar.: Australien	1 593	1 697	1 649	1 652	+ 6,0	+ 10,7	+ 3,3	- 9,0
Einfuhr								
Europa	174 351	181 712	183 777	208 190	+ 19,8	+ 15,8	+ 19,6	+ 24,0
darunter:								
EU-Länder	129 270	134 968	133 634	153 475	+ 17,6	+ 12,4	+ 16,2	+ 24,0
Eurozone	101 995	107 390	105 659	121 886	+ 14,4	+ 12,4	+ 15,3	+ 24,4
Nicht-Eurozone	27 275	27 578	27 975	31 588	+ 31,5	+ 12,5	+ 19,9	+ 22,4
EFTA-Länder ²⁾	13 575	13 552	14 855	16 716	+ 20,1	+ 19,7	+ 29,0	+ 19,3
Afrika	5 051	5 396	6 508	6 574	+ 37,0	+ 38,6	+ 51,2	+ 30,1
Amerika	26 880	29 764	28 382	32 485	+ 20,7	+ 20,9	+ 20,1	+ 37,3
dar.: NAFTA-Länder ³⁾	23 113	25 145	23 899	28 420	+ 21,0	+ 21,8	+ 21,1	+ 39,9
darunter:								
Vereinigte Staaten	20 820	22 635	21 701	25 782	+ 21,6	+ 21,7	+ 22,2	+ 39,6
Kanada	1 564	1 830	1 552	1 829	+ 28,3	+ 40,1	+ 18,9	+ 43,6
Asien	38 631	40 811	43 126	47 596	+ 27,9	+ 34,9	+ 29,0	+ 29,4
darunter:								
ASEAN-Länder ⁴⁾	7 098	7 278	8 154	8 984	+ 34,3	+ 37,3	+ 32,3	+ 35,7
China ⁵⁾	7 979	8 169	9 251	10 561	+ 33,3	+ 42,0	+ 28,8	+ 31,1
Japan	12 676	13 324	12 429	13 600	+ 24,1	+ 26,4	+ 21,6	+ 17,0
Australien und Ozeanien	825	866	980	962	+ 18,8	+ 1,5	+ 12,4	+ 11,6
dar.: Australien	584	554	624	671	+ 29,8	+ 4,2	+ 28,7	+ 37,7

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. – 3) Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Mexiko. – 4) Myanmar, Thailand, Demokratische Volksrepublik Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei Darussalam, Singapur, Philippinen. – 5) Ohne Taiwan und ohne Hongkong.

Anhangtabelle 2:
Außenhandel mit ausgewählten Ländern Europas, die nicht zur Europäischen Union gehören

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1997	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		
					1998	1999	2000
Mill. DM					%		
Ausfuhr							
Europa ohne EU	155 093	170 059	162 815	196 427	+ 9,6	- 4,3	+ 20,6
darunter:							
EFTA-Länder ²⁾	48 368	52 355	53 229	59 922	+ 8,2	+ 1,7	+ 12,6
darunter:							
Norwegen	7 739	8 523	7 635	8 392	+ 10,1	- 10,4	+ 9,9
Schweiz	39 847	42 686	44 608	50 082	+ 7,1	+ 4,5	+ 12,3
Mittel- und osteuropäische Länder ³⁾	92 224	103 420	97 288	118 981	+ 12,1	- 5,9	+ 22,3
darunter:							
Polen	20 666	24 126	24 132	28 367	+ 16,7	+ 0,0	+ 17,5
Tschechische Republik	16 499	18 743	19 632	25 028	+ 13,6	+ 4,7	+ 27,5
Ungarn	11 665	15 269	16 589	20 148	+ 30,9	+ 8,6	+ 21,5
Russland	16 433	14 512	9 891	13 024	- 11,7	- 31,8	+ 31,7
Slowakei	4 565	6 200	5 515	6 502	+ 35,8	- 11,0	+ 17,9
Rumänien	3 147	4 063	3 900	4 894	+ 29,1	- 4,0	+ 25,5
Slowenien	375	3 965	4 052	4 453	+ 10,9	+ 2,2	+ 9,9
Einfuhr							
Europa ohne EU	131 951	143 684	155 138	196 685	+ 8,9	+ 8,0	+ 26,8
darunter:							
EFTA-Länder ²⁾	46 324	46 843	48 157	58 698	+ 1,1	+ 2,8	+ 21,9
darunter:							
Norwegen	15 538	13 182	13 634	20 656	- 15,2	+ 3,4	+ 51,5
Schweiz	29 858	32 550	33 387	36 705	+ 9,0	+ 2,6	+ 9,9
Mittel- und osteuropäische Länder ³⁾	75 246	85 627	95 313	125 276	+ 13,8	+ 11,3	+ 31,4
darunter:							
Russland	17 165	15 062	16 384	28 463	- 12,3	+ 8,8	+ 73,7
Tschechische Republik	13 831	17 182	19 867	25 168	+ 24,2	+ 15,6	+ 26,7
Polen	14 357	16 444	18 030	23 303	+ 14,5	+ 9,6	+ 29,2
Ungarn	10 857	14 588	17 528	20 704	+ 34,4	+ 20,2	+ 18,1
Slowakei	4 181	6 043	6 253	6 690	+ 44,5	+ 3,5	+ 7,0
Slowenien	4 131	4 348	4 723	5 038	+ 5,3	+ 8,6	+ 6,7
Rumänien	2 786	3 193	3 490	4 105	+ 14,6	+ 9,3	+ 17,6

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. – 3) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ukraine, Weißrussland, Republik Moldau, Russland, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien.

Anhangtabelle 3:
Außenhandel mit ausgewählten Ländern Asiens

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1997	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		
					1998	1999	2000
	Mill. DM				%		
	Ausfuhr						
Asien	105 816	92 386	96 738	121 863	- 12,7	+ 4,7	+ 26,0
darunter:							
ASEAN-Länder ²⁾	23 770	17 411	16 240	20 864	- 26,8	- 6,7	+ 28,5
darunter:							
Singapur	6 185	5 239	6 075	8 005	- 15,3	+ 16,0	+ 31,8
Malaysia	4 783	3 438	3 074	4 267	- 28,1	- 10,6	+ 38,8
Thailand	4 535	3 030	2 811	3 632	- 33,2	- 7,2	+ 29,2
Indonesien	5 211	3 339	2 018	2 434	- 35,9	- 39,6	+ 20,6
Japan	20 476	18 310	20 276	25 805	- 10,6	+ 10,7	+ 27,3
China ³⁾	10 629	11 900	13 591	18 390	+ 12,0	+ 14,2	+ 35,3
Taiwan	8 166	8 413	8 302	9 789	+ 3,0	- 1,3	+ 17,9
Republik Korea	9 238	5 030	6 325	8 859	- 45,6	+ 25,7	+ 40,1
Hongkong	7 903	6 575	6 468	8 142	- 16,8	- 1,6	+ 25,9
Israel	4 369	3 897	5 268	5 672	- 10,8	+ 35,2	+ 7,7
Saudi-Arabien	3 675	4 231	4 377	5 159	+ 15,1	+ 3,5	+ 17,9
Indien	4 456	3 873	3 613	4 077	- 13,1	- 6,7	+ 12,8
	Einfuhr						
Asien	114 354	121 924	130 652	170 164	+ 6,6	+ 7,2	+ 30,2
darunter:							
ASEAN-Länder ²⁾	22 336	23 282	23 373	31 515	+ 4,2	+ 0,4	+ 34,8
darunter:							
Singapur	5 555	5 575	5 506	7 591	+ 0,4	- 1,2	+ 37,9
Malaysia	5 223	5 446	5 007	7 394	+ 4,3	- 8,1	+ 47,7
Thailand	3 585	3 939	4 096	5 105	+ 9,9	+ 4,0	+ 24,6
Indonesien	4 080	3 968	3 842	4 898	- 2,7	- 3,2	+ 27,5
Japan	37 478	41 047	42 595	52 029	+ 9,5	+ 3,8	+ 22,1
China ³⁾	21 534	23 181	26 980	35 961	+ 7,6	+ 16,4	+ 33,3
Taiwan	9 096	10 043	10 838	14 098	+ 10,4	+ 7,9	+ 30,1
Republik Korea	6 601	6 812	8 036	11 396	+ 3,2	+ 18,0	+ 41,8
Hongkong	3 678	3 974	4 115	4 864	+ 8,0	+ 3,5	+ 18,2
Indien	4 157	4 249	4 167	4 747	+ 2,2	- 1,9	+ 13,9
Israel	1 867	2 275	2 656	3 751	+ 21,9	+ 16,7	+ 41,2
Saudi-Arabien	1 511	1 021	1 205	2 159	- 32,4	+ 18,0	+ 79,2

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Myanmar, Thailand, Demokratische Volksrepublik Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei Darussalam, Singapur, Philippinen. – 3) Ohne Taiwan und ohne Hongkong.

Anhangtabelle 4:
Außenhandel mit ausgewählten Ländern Afrikas

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1997	1998	1999	2000 ¹⁾	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		
					1998	1999	2000
	Mill. DM				%		
	Ausfuhr						
Afrika	17 457	18 671	19 550	20 426	+ 7,0	+ 4,7	+ 4,5
darunter:							
Südafrika	5 886	6 344	6 104	7 313	+ 7,8	- 3,8	+ 19,8
Ägypten	3 284	3 343	3 836	3 131	+ 1,8	+ 14,7	- 18,4
Tunesien	1 750	2 076	1 827	2 008	+ 18,6	- 12,0	+ 9,9
Algerien	607	989	1 118	1 187	+ 62,9	+ 13,0	+ 6,2
Marokko	1 070	1 096	1 090	1 398	+ 2,4	- 0,5	+ 28,3
Libyen	938	929	907	780	- 1,0	- 2,4	- 14,0
	Einfuhr						
Afrika	16 204	15 159	16 937	23 528	- 6,4	+ 11,7	+ 38,9
darunter:							
Südafrika	3 559	4 219	5 055	6 094	+ 18,5	+ 19,8	+ 20,6
Libyen	3 110	2 378	3 591	5 712	- 23,5	+ 51,0	+ 59,1
Tunesien	1 648	1 799	1 839	1 896	+ 9,2	+ 2,2	+ 3,1
Algerien	1 329	1 205	1 260	3 420	- 9,3	+ 4,6	+ 171,4
Marokko	921	941	1 009	1 027	+ 2,2	+ 7,2	+ 1,8
Ägypten	469	507	466	548	+ 8,1	- 8,1	+ 17,6

1) Vorläufiges Ergebnis.

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die gewerbliche Luftfahrt auf den 17 internationalen Flughäfen in Deutschland, auf denen mehr als 99% aller Passagiere abfliegen. Die in- und ausländischen Fluggesellschaften haben in Verbindung mit den deutschen Flughäfen im Jahr 2000 auf 1,84 Mill. Flügen (+5,2% gegenüber 1999) insgesamt 120,4 Mill. Passagiere befördert; im Vergleich zum Vorjahr hat das Fluggastaufkommen damit um 6,8% zugenommen. Mehr als vier Fünftel der Fluggäste (98,6 Mill.; +7,2%) benutzten das Flugzeug zu Auslandsreisen; Hauptziele blieben die vom Tourismus geprägten Länder Spanien mit 9,0 Mill. (+0,8%) und die Türkei mit 3,7 Mill. (+22,8%) Einsteigern. Auf innerdeutschen Strecken flogen 15,4 Mill. Passagiere (+10,6%) – meist Geschäftsreisende – zu einem innerdeutschen Endziel und weitere 6,1 Mill. Fluggäste (-4,4%) flogen auf innerdeutschen Strecken, um – meist in Frankfurt oder München – von oder nach dem Ausland umzusteigen. Das Luftfrachtaufkommen auf den deutschen Flughäfen nahm im gleichen Zeitraum um 9,7% auf 2,2 Mill. t zu, wobei der überwiegende Teil des Luftfrachtaufkommens auf internationalen Strecken befördert wurde. Die Luftpostbeförderung nahm gleichzeitig um 0,9% auf 168 800 t zu.

Dipl.-Kaufmann Roland Fischer

Vorbemerkung

Im Vordergrund der Luftfahrtstatistik¹⁾ steht der gewerbliche Luftverkehr, auf den sich der folgende Bericht bezieht. Grundlage ist die kontinuierliche Verkehrsleistungserhebung, die sämtliche sowohl von in- als auch von ausländischen Fluggesellschaften in Deutschland durchgeführten Flüge und die damit erbrachten Verkehrsleistungen erfasst.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wurde die Luftfahrtstatistik in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen zum Jahr 2000 methodisch verbessert, ohne die Auskunftslast zu vergrößern. Vom Aufbereitungsmonat Januar 2000 an wurde durch eine Optimierung der weitgehend automatisierten Erhebungssysteme auf den Flughäfen die Möglichkeit geschaffen, im Passagierverkehr die aus dem Umsteigerverkehr resultierenden Doppelzählungen zu erkennen.

Die bisherige Datenbereinigung um Doppelzählungen des Umsteigerverkehrs, die sich bis 1999 nur auf die Inlands-Inlands-Umsteiger (2000: rd. 0,3 Mill.) und die Inlands-Auslands-Umsteiger (2000: rd. 3,0 Mill.) bezog, konnte von Januar 2000 an durch die kontinuierlich verbesserte Erfassung der Auslands-Auslands-Umsteiger (2000: rd. 7,0 Mill.) und der Auslands-Inlands-Umsteiger (2000: rd. 3,0 Mill.) erweitert werden. Aus erhebungsorganisatorischen Gründen war die Umstellung der Erfassung aller Umsteigevorgänge auf den Flughäfen zu einem bestimmten Stichtag nicht möglich, sodass ein wenn auch nur geringer Anteil der Umsteigerverkehre im Jahr 2000 noch nicht erfasst werden konnte und erst im Berichtsjahr 2001 eine vollständige Abdeckung möglich sein wird. Aus diesem Grunde können die neuen Ergebnisse nur als vorläufig angesehen werden und lassen eine Darstellung für einzelne Flughäfen noch nicht zu.

Die verbesserte Erhebungstechnik erlaubt es nunmehr, neben den Ein- und Aussteigern auf deutschen Flughäfen auch die Umsteigerverkehre zu bestimmen und damit erstmals das originär dem deutschen Luftfahrtmarkt zuzurechnende Passagieraufkommen zu erkennen.

Beim Personenverkehr, dem dominanten Tätigkeitsfeld der Luftfahrt, setzte sich 2000 der seit Jahren zu beobachtende Aufwärtstrend weiter fort. So erreichte der Auslandsverkehr auf den 17 ausgewählten Flugplätzen im Berichtsjahr mit 98,6 Mill. an- bzw. abfliegenden Fluggästen ein Plus von 7,2% und damit einen neuen Rekord. Von diesen Fluggästen begannen oder beendeten ihre Reise 84,6 Mill. auf einem deutschen Flughafen und rund 7,0 Mill. Passagiere benutzten deutsche Luftfahrt-Drehkreuze („Hubs“), insbesondere Frankfurt und München, um das Flugzeug zu wechseln.

Auch im Verkehr zwischen den deutschen Flugplätzen wurde im Berichtsjahr wieder ein Plus von 5,9% auf 21,5 Mill. Passagiere (43,0 Mill. ein- und aussteigende Passagiere) registriert; hierbei handelt es sich ausschließlich um die auf den 17 „ausgewählten“ Flughäfen abgefertigten Passagiere.

Die in oder aus Flugzeugen insgesamt ein- und ausgeladene Gütermenge lag im gleichen Zeitraum mit 2,2 Mill. t Fracht um 9,7% über dem Ergebnis von 1999.

Der Personenverkehr in der Luftfahrt konzentrierte sich zu über 99% auf 17 größere deutsche Flughäfen (siehe Tabelle 1); auf diesen „ausgewählten Flugplätzen“²⁾ werden in Zusammenarbeit mit den Flughafenunternehmen detaillierte Befragungen der Luftfahrtgesellschaften zu ihren dort abgewickelten Flügen durchgeführt. Beim Frachtaufkommen ist dieser hohe Anteilswert bedingt durch die auf dem Flughafen Hahn umgeschlagene Tonmenge inzwischen auf 97% gesunken.

Der Flughafen Frankfurt am Main – eines der bedeutenden internationalen Drehkreuze in der europäischen Luftfahrt – konnte seine herausragende Stellung in der deutschen Luftfahrt mit 49,0 Mill. abgefertigten Ein- und Aussteigern behaupten, gefolgt von München mit 22,9

1) Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Luftfahrtstatistik vom 30. Oktober 1967 (BGBl. I S. 1053), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2432) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300).

2) Verordnung zum Gesetz über die Luftverkehrsstatistik vom 30. Oktober 1967 (BGBl. I S. 1056), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2177).

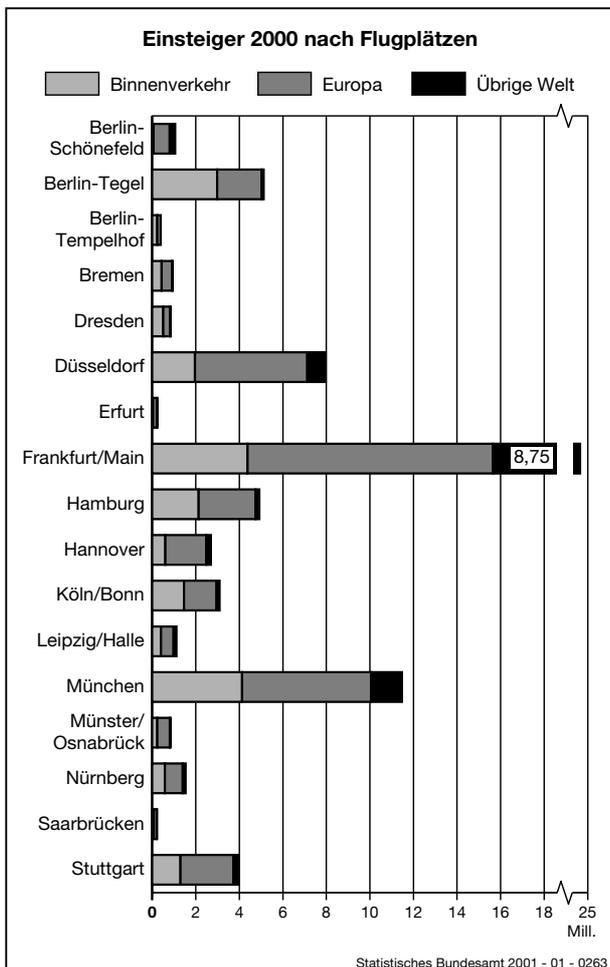
Tabelle 1: Gewerblicher Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen

Flughafen	Starts und Landungen		Ein- und Aussteiger ¹⁾		Fracht Ein- und Ausladung ²⁾	
	2000	2000 gegenüber 1999	2000	2000 gegenüber 1999	2000	2000 gegenüber 1999
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Berlin (Schönefeld)	33,6	+ 16,8	2 090,6	+ 15,0	10,0	- 3,1
Berlin (Tegel)	127,3	+ 8,0	10 238,0	+ 7,6	17,1	+ 12,1
Berlin (Tempelhof)	34,4	- 1,2	786,1	- 6,0	0,5	+ 237,1
Bremen	39,1	+ 3,4	1 887,3	+ 3,5	2,4	- 8,1
Dresden	30,4	- 11,4	1 688,6	+ 0,9	1,3	+ 13,8
Düsseldorf	179,7	+ 0,4	15 911,4	+ 0,6	59,3	- 2,6
Erfurt	10,3	- 3,8	441,7	+ 33,0	0,4	+ 438,2
Frankfurt/Main	446,8	+ 4,9	48 964,6	+ 8,0	1 566,7	+ 12,0
Hamburg	138,1	+ 5,8	9 825,0	+ 5,2	31,2	- 12,1
Hannover	87,4	+ 12,0	5 389,2	+ 8,3	7,7	+ 30,4
Köln/Bonn	134,6	+ 3,3	6 192,4	+ 5,3	419,7	+ 8,4
Leipzig/Halle	35,7	- 9,6	2 158,2	+ 6,0	7,9	+ 26,3
München	300,7	+ 8,7	22 869,4	+ 9,0	125,3	+ 9,0
Münster/Osnabrück ...	39,2	+ 9,6	1 667,2	+ 13,7	0,5	- 29,0
Nürnberg	67,4	+ 9,7	3 052,7	+ 13,9	18,5	+ 4,9
Saarbrücken	15,7	+ 10,7	438,7	+ 8,4	0,2	- 34,5
Stuttgart	124,4	+ 5,7	7 977,7	+ 5,4	19,5	- 3,9
Insgesamt ...	1 844,6	+ 5,2	141 578,9	+ 6,9	2 288,2	+ 10,1

1) Passagiere auf jedem Ein- und Aussteigeflughafen gezählt. - 2) Einschl. Umladungen.

Mill., Düsseldorf mit 15,9 Mill., Berlin (Tegel) mit 10,2 Mill. und Hamburg mit 9,8 Mill. Fluggästen. In der Luftfracht erreichte Frankfurt mit 1,57 Mill. t einen noch höheren Verkehrsanteil als in der Passagierluftfahrt; mehr als zwei

Schaubild 1



Drittel (69%) aller in Deutschland an Bord von Flugzeugen verladene Güter wurden dort umgeschlagen, gefolgt von Köln mit 419 700 t (Anteil: 18%). Der erwähnte nicht zu den „ausgewählten“ Flughäfen gehörende Flugplatz Hahn nähme inzwischen Rang 4 mit rund 70 000 t geflogener Fracht ein.

Ungebrochener Anstieg im Passagierverkehr mit dem Ausland

Wie in den Vorjahren benutzten mehr als vier Fünftel (86%) aller Fluggäste das Flugzeug für Auslandsreisen. Der grenzüberschreitende Luftverkehr insgesamt nahm 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 7,2% auf 98,6 Mill. Passagiere zu, wobei jeweils rund die Hälfte der Fluggäste ein- oder ausreiste.

Zur vereinfachten Darstellung der Verkehrsströme beziehen sich die folgenden Vergleiche nur auf die 49,3 Mill.

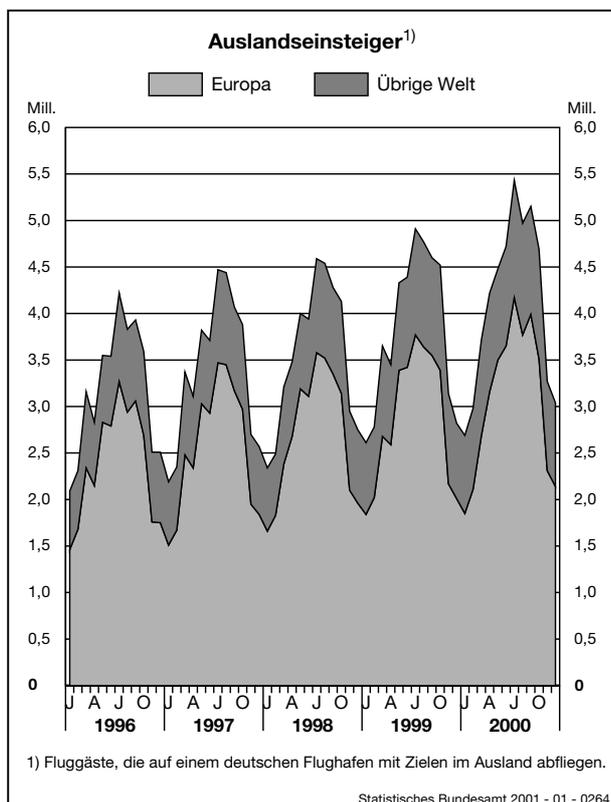
Tabelle 2: Einsteiger nach wichtigen ausländischen Streckenzielländern

Streckenziel	1990	1995	1999	2000	2000 gegenüber 1999
	1 000				%
Europa	17 849	27 320	34 469	36 831	+ 6,9
darunter:					
Europäische Union	13 805	20 285	26 568	27 665	+ 4,1
Belgien	328	532	870	920	+ 5,7
Dänemark	394	566	722	777	+ 7,6
Finnland	231	273	384	415	+ 8,2
Frankreich	1 257	1 666	2 435	2 540	+ 4,3
Griechenland	1 440	2 184	2 561	2 534	- 1,0
Irland	118	215	227	240	+ 5,7
Italien	1 205	1 798	2 516	2 798	+ 11,2
Luxemburg	59	81	108	123	+ 13,9
Niederlande	551	868	1 192	1 312	+ 10,0
Österreich	650	906	1 208	1 332	+ 10,3
Portugal	387	826	986	1 008	+ 2,3
Schweden	252	334	487	535	+ 9,7
Spanien	4 174	6 759	8 938	9 010	+ 0,8
Vereinigtes Königreich ..	2 758	3 278	3 934	4 121	+ 4,8
Norwegen	114	153	249	253	+ 1,6
Schweiz	1 013	1 063	1 544	1 664	+ 7,8
Malta	137	203	247	246	- 0,5
Polen	113	255	364	372	+ 2,4
Russische Föderation	216	508	512	603	+ 17,9
Türkei	1 518	3 231	3 029	3 720	+ 22,8
Ungarn	158	267	384	415	+ 8,0
Zypern	89	244	216	233	+ 8,1
Afrika	1 251	1 850	2 447	2 682	+ 9,6
darunter:					
Ägypten	213	304	623	869	+ 39,6
Marokko	126	195	226	206	- 8,9
Tunesien	498	850	1 048	1 031	- 1,7
Kenia	145	127	54	45	- 15,8
Südafrika	82	162	211	232	+ 9,9
Amerika	3 348	4 418	5 504	5 920	+ 7,6
darunter:					
Kanada	284	438	542	624	+ 15,0
Vereinigte Staaten	2 607	3 064	3 637	3 880	+ 6,7
Dominikanische Republik ..	76	342	461	475	+ 3,2
Argentinien	25	40	59	66	+ 10,9
Brasilien	107	136	216	233	+ 8,0
Asien	1 717	2 736	3 509	3 849	+ 9,7
darunter:					
Israel	182	285	319	329	+ 3,3
Indien	236	263	299	279	- 6,8
China	45	118	236	284	+ 20,3
Hongkong (China)	146	191	230	252	+ 9,4
Japan	228	307	452	513	+ 13,3
Singapur	105	203	300	308	+ 2,8
Thailand	193	319	388	433	+ 11,5
Australien	66	60	48	56	+ 17,0
Welt ...	24 231	36 384	45 976	49 340	+ 7,3

Auslandseinsteiger (+ 7,3%); dies sind Fluggäste, die auf einem deutschen Flughafen mit Zielen im Ausland abfliegen. Von diesen internationalen Passagieren waren rund 7,0 Mill. nicht dem deutschen Markt zuzurechnen, sondern waren Umsteiger, die auf einem deutschen Flughafen aus dem Ausland kommend in das Ausland umstiegen. Die bei den Einsteigern zu beobachtende Entwicklung kann analog auf die Auslandsaussteiger – also aus dem Ausland anfliegende Fluggäste – übertragen werden, da es sich bei Flugreisen fast ausschließlich um Hin- und Rückreisen handelt.

Die bis Anfang der neunziger Jahre vorgenommene Unterteilung des Flugverkehrs nach den Flugarten Linienverkehr und Pauschalflugreiseverkehr ist durch die im Folgenden beschriebenen Entwicklungen überholt: Im Linienverkehr werden immer mehr Urlaubsreisende zu Spezialtarifen befördert, die in ihrer Höhe mit denen des Charterverkehrs konkurrieren, sodass Charterfluggäste seit einigen Jahren vermehrt zum Linienverkehr wechseln. Inzwischen werden außerdem – als Folge von Liberalisierungsmaßnahmen des Luftverkehrs innerhalb der Europäischen Union (EU) – im inhereuropäischen Luftverkehr traditionell im Gelegenheitsverkehr beflogene Strecken von den gleichen Fluggesellschaften nunmehr im Linienverkehr bedient. Weitere Kriterien des Linienverkehrs wie Einzelplatzbuchung oder veröffentlichte Flugpläne sind immer mehr von den "Charter-Carriern" übernommen worden, sodass auch dies eine Unterscheidung nach den traditionellen Flugarten wenig sinnvoll erscheinen lässt. Aus diesen Gründen wird in der amtlichen Luftfahrtstatistik ab 1994 innerhalb der EU nicht mehr nach den Flugarten Linien- und Pauschalflugreiseverkehr unterschieden. Der Pauschalflugreiseverkehr innerhalb der EU wird seitdem dem Linienverkehr zugeordnet.

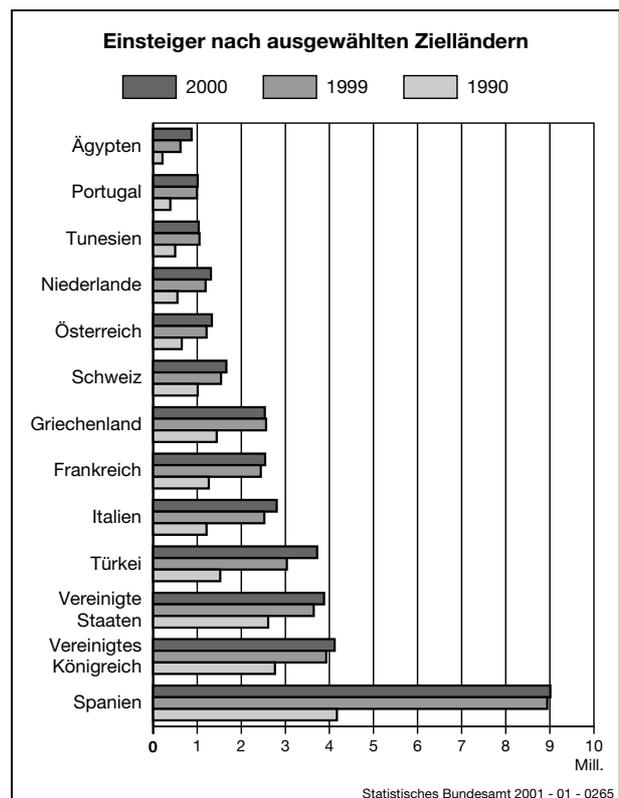
Schaubild 2



Wichtigstes Ziel im Auslandsluftverkehr blieb – vor allem tourismusbedingt – Spanien mit 9,0 Mill. Passagieren aus Deutschland (+ 0,8%), wobei nach über Jahren anhaltendem starken Wachstum des Aufkommens erstmals eine Stagnation der Passagierzahlen festgestellt werden musste. Eines der wichtigsten Ziele waren wieder die Balearen mit 3,8 Mill. Flugpassagieren (–1,7%), wobei allein 3,2 Mill. Urlauber aus Deutschland den Flughafen Palma de Mallorca anfliegen (–3,4%). Auf den Kanarischen Inseln landeten 2,8 Mill. (–4,1%) einfliegende Gäste aus Deutschland, darunter 0,8 Mill. (–6,3%) in Las Palmas Gran Canaria.

Die Türkei hat als gemischte Route, die sowohl von Geschäftsleuten als auch von Touristen sowie von in Deutschland lebenden und arbeitenden türkischen Staatsangehörigen beflogen wird, mit insgesamt 3,7 Mill. Fluggästen ein Plus von 22,8% verbuchen können, womit der Einbruch des Vorjahres (–19,2%), der u. a. auf Grund der Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe entstanden war, sogar mehr als ausgeglichen werden konnte. Italien konnte sein Fluggastaufkommen aus Deutschland um 11,2% auf 2,8 Mill. Passagiere steigern, während Griechenland mit 2,5 Mill. Fluggästen einen Rückgang (–1,0%) seines Fluggastaufkommens aus Deutschland hinnehmen musste.

Schaubild 3



Von den afrikanischen Ländern, bei denen im Luftverkehr der Flugtourismus dominiert, musste Tunesien, mit 1,0 Mill. Fluggästen weiterhin Hauptzielland dieses Kontinentes im deutschen Flugreisetourismus, nach dem hohen Zuwachs des Vorjahres (+ 11,7%) im Jahr 2000 ein Minus von –1,7% hinnehmen. Ägypten konnte dagegen mit 869 000 Passagieren ein Plus von rund 40% verbuchen,

während bei Marokko mit 206 000 Touristen (-8,9%) ein Rückgang festzustellen war. Kenia verlor mit nur noch 45 000 Flugpassagieren (-15,8% gegenüber 1999) innerhalb der letzten fünf Jahre rund zwei Drittel seines Aufkommens. Südafrika erreichte dagegen mit einer Zunahme des Luftverkehrs um 9,9% auf 232 000 Passagiere ein positives Ergebnis.

Auf der Transatlantikroute dominierten als Zielland die Vereinigten Staaten von Amerika mit 3,9 Mill. Passagieren (+6,7%); die am häufigsten angefliegenen Städte waren New York mit 859 000 (+2,0%), Chicago mit 498 000 (+4,6%), Washington mit 388 000 (+17,7%), Atlanta mit 338 000 (-7,4%), San Francisco mit 264 000 (+24,5%) und Los Angeles mit 262 000 (+12,1%) Fluggästen. Weitere wichtige Ziele auf dem amerikanischen Kontinent waren noch Kanada mit 624 000 Passagieren (+15,0%) und die Dominikanische Republik, die mit 475 000 Feriengästen (+3,2%) ebenfalls einen Zuwachs erzielen konnte.

In Nahost blieb Israel mit 329 000 Passagieren (+3,3%) das Hauptziel der auf deutschen Flugplätzen einsteigenden Passagiere; in Fernost waren es die Zielländer Japan mit 513 000 (+13,3%), gefolgt von Thailand mit 433 000 Fluggästen (+11,5%), Indien mit 279 000 (-6,8%) sowie den Metropolen Singapur mit 308 000 (+2,8%) und Hongkong mit 252 000 (+9,4%) Einsteigern.

Innerdeutscher Fluggastverkehr

Die Zahl der Inlandspassagiere stieg auf den 17 ausgewählten deutschen Großflugplätzen im Berichtsjahr 2000 um 5,9% auf insgesamt 21,5 Mill. an; dies waren, wie im Vorjahr, 18% aller Passagiere, die auf den deutschen Flugplätzen abgefertigt wurden. Von diesen Fluggästen hatten rund 15,4 Mill. ein innerdeutsches Endziel; nach Ergebnissen von Fluggastbefragungen von Luftfahrtgesellschaften waren dies meist Geschäftsreisende, die das Flugzeug zu Tagesrandreisen³⁾ nutzten. Zusätzlich flogen 6,1 Mill. Passagiere (-4,4%) auf innerdeutschen Strecken, um auf einem inländischen Flughafen in ein anderes Flugzeug umzusteigen und ihre Reise entweder in das Ausland fortzusetzen oder aus dem Ausland kommend ihr deutsches Endziel anzufliegen. Weitere 0,2 Mill. Fluggäste stiegen zu einem deutschen Endziel um (+8,0%); diese Inlandsumsteiger⁴⁾ gehen entsprechend ihrer Benutzung der Flughäfen viermal – jeweils zweimal als ein- und aussteigende Fluggäste – in die Statistik ein, werden als Passagier allerdings nur einmal gezählt.

Das größte Passagieraufkommen hatte auch im Inlandsverkehr, unter anderem wegen seiner Drehkreuzfunktion, der Flughafen Frankfurt mit 4,4 Mill. Einsteigern (+5,9%), wobei es sich bei rund 2,2 Mill. dieser Inlandseinsteiger um Fluggäste von einem anderen deutschen oder einem ausländischen Flughafen handelte (so genannte Umsteiger).

In München wurden 4,1 Mill. (+9,3%) und in Düsseldorf 2,0 Mill. (+3,9%) Inlandseinsteiger abgefertigt. Auf den drei Berliner Flughäfen wurden insgesamt 3,3 Mill. Inlandseinsteiger gezählt (+4,0%), wobei es zwischen den drei

Flugplätzen zu Verkehrsverlagerungen kam; Berlin (Tegel) wuchs mit 3,0 Mill. Inlandseinsteigern um 5,1%, während gleichzeitig das Inlandspassagieraufkommen auf Berlin (Tempelhof) um 14% auf 233 000 Fluggäste mit Inlandszielen sank. Der Flughafen Berlin (Schönefeld) erzielte unabhängig von den derzeit hier durchgeführten Ausbauarbeiten bei einer Zahl von 64 000 Inlandseinsteigern einen Zuwachs von 46%.

Die wichtigste innerdeutsche Strecke blieb – wie bereits seit Jahrzehnten – die Flugverbindung Frankfurt – Berlin (Tegel) mit insgesamt 872 000 Passagieren (+7,4%). Weitere wichtige Inlandsverbindungen waren die Strecken Frankfurt – Hamburg mit 743 000 (+5,6%), Frankfurt – München mit 748 000 (+6,8%), München – Berlin (Tegel) mit 703 000 (+11,6%) und München – Düsseldorf mit 690 000 Passagieren (+8,9%).

Auch im Jahr 2000 wuchs der innerdeutsche Passagierluftverkehr einschließlich der Umsteiger mit 5,9% geringer als der Auslandsverkehr mit 7,3%. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Steigerung des innerdeutschen Luftverkehrs trotz zunehmender Konkurrenzangebote der Deutschen Bahn AG in Form von Intercity-Express-Verbindungen realisiert werden konnte.

Tabelle 3: Personenbeförderung im Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen

Verkehrsart	1980 ¹⁾	1990 ¹⁾	1999 ²⁾	2000 ²⁾	2000 gegenüber 1999
	1 000				%
Verkehr innerhalb					
Deutschlands	10 069	14 780	20 277	21 479	+ 5,9
Reisende ³⁾	6 739	10 814	13 927	15 408	+ 10,6
Umsteiger ⁴⁾	3 330	3 966	6 350	6 071	- 4,4
Verkehr mit dem Ausland	26 499	48 626	91 933	98 598	+ 7,2
Reisende ³⁾	78 933	84 598	X
Umsteiger ⁴⁾	6 500	7 000	X
Einsteiger	13 136	24 231	45 976	49 340	+ 7,3
Reisende ³⁾	39 476	42 340	X
Umsteiger ⁴⁾	6 500	7 000	X
Aussteiger	13 363	24 395	45 957	49 258	+ 7,2
Reisende ³⁾	39 457	42 258	X
Umsteiger ⁴⁾	6 500	7 000	X
Durchgangsverkehr	722	660	485	333	- 31,3
Insgesamt	37 290	64 066	112 695	120 410 ⁵⁾	+ 6,8
Reisende ³⁾	92 860	100 006	X
Umsteiger ⁴⁾	12 063	12 862	X

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Deutschland. – 3) Passagiere, die ihre Flugreise auf einem deutschen Flughafen beginnen und/oder beenden (vorläufiger Wert). – 4) Passagiere, die im Zuge ihrer Flugreise auf einem deutschen Flughafen umsteigen (vorläufiger Wert). – 5) Bereinigt um Doppelzählungen des innerdeutschen Verkehrs errechnet sich ein Verkehrsvolumen von 114,4 Mill. Passagieren.

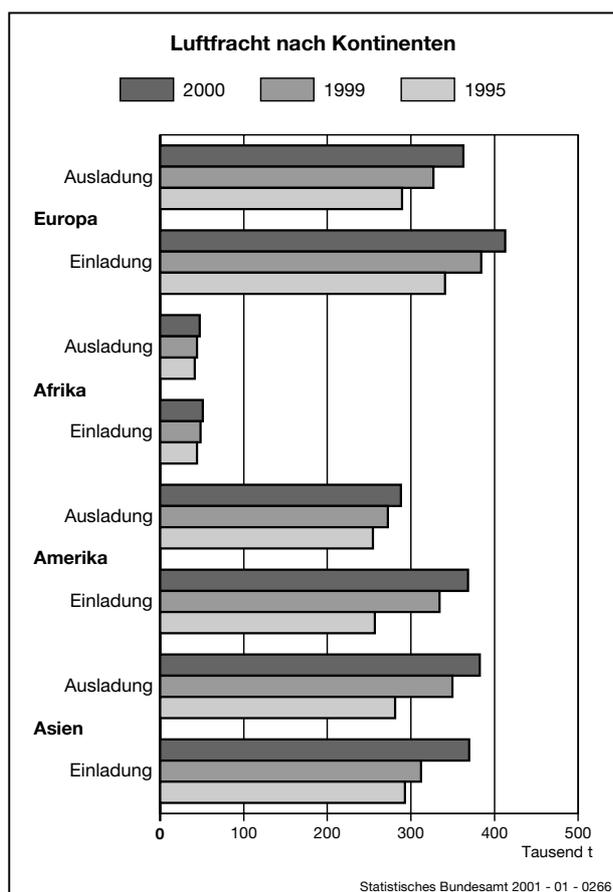
Luftfracht

Der mit Ausnahme des Jahres 1998 kontinuierlich seit dem Jahr 1980 verzeichnete Anstieg des Luftfrachtaufkommens setzte sich im Jahr 2000 fort. Mit insgesamt 2,2 Mill. t wurde im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 9,7% festgestellt. Die Einladungen von Gütern in das Ausland stiegen um 11,8% auf insgesamt 1 114 200 t; die Ausladungen aus dem Ausland nahmen im gleichen Zeitraum um 9,0% auf 990 700 t zu.

3) Hin- und Rückflug am selben Tag.

4) Einsteiger mit Flugzielen im Inland.

Schaubild 4



Die wichtigste Route der Luftfracht blieb weiterhin der Nordatlantik; so wurden im Jahr 2000 insgesamt 285 500 t in die Vereinigten Staaten (+10,4%) eingeladen und 224 500 t Luftfracht aus den Vereinigten Staaten (+4,2%) in Deutschland ausgeladen. In Fernost dominierten Hongkong mit 46 600 t Einladung und 53 500 t Ausladung (+17,1 bzw. +5,0%) und Japan mit 49 800 t Einladung und 56 000 t Ausladung (+9,8 bzw. +6,8%).

Tabelle 4: Frachtbeförderung im Luftverkehr

Verkehrsart	1980 ¹⁾	1990 ¹⁾	1999 ²⁾	2000 ²⁾	2000 gegenüber 1999
	1 000 t				%
Verkehr innerhalb Deutschlands	73,3	88,9	86,1	91,7	+ 6,4
Verkehr mit dem Ausland	642,6	1 270,1	1 906,2	2 104,9	+ 10,4
Einladung	315,7	629,5	996,9	1 114,2	+ 11,8
Ausladung	326,9	640,5	909,3	990,7	+ 9,0
Durchgangsverkehr	38,3	48,7	30,7	23,5	- 23,4
Insgesamt ...	754,2	1 407,7	2 023,0	2 220,1	+ 9,7

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Deutschland.

Der in den Vorjahren zu beobachtende starke Aufwärtstrend im Luftfrachtverkehr mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die über einen Flughafen mit Luftfrachtdrehkreuzfunktion im Europa – Asienverkehr verfügen, setzte sich im Jahr 2000 mit 60 200 t (+ 14,6%) nur bei den Einladungen fort; bei den Ausladungen nahm die Frachtmenge dagegen um 18% auf 50 900 t ab. Die in den Vereinigten Arabischen Emiraten umgeschlagenen Güter-

mengen von und nach Deutschland sind größtenteils dem Frachtmarkt von Fernost zuzurechnen.

Das Frachtaufkommen innerhalb des Bundesgebietes erreichte wegen der luftfahrttechnisch häufig unrentablen kurzen Entfernungen im gleichen Zeitraum nur rund 91 700 t (+6,4%), wobei es sich hier erfahrungsgemäß zum überwiegenden Teil um Sammel- und Verteildienste zu internationalen Luftverkehren handelt. Der größte Teil der Zubringer- und Verteildienste von internationaler Luftfracht über deutsche Flughäfen wird mit Lastkraftwagen abgewickelt (Trucking) und direkt zur deutschen Luftfrachtdrehkreuz Frankfurt am Main gebracht. Diese Gütertransporte werden von der hier besprochenen Luftfahrtstatistik nicht erfasst.

Tabelle 5: Luftfracht nach bzw. von wichtigen ausländischen Streckenziel- und -herkunftsländern

Land	Einladungen		Ausladungen	
	2000	2000 gegenüber 1999	2000	2000 gegenüber 1999
	t	%	t	%
Europa	321 118	+ 7,8	271 114	+ 12,6
Europäische Union	245 791	+ 7,2	215 294	+ 12,3
darunter:				
Belgien	24 050	- 1,9	17 399	+ 2,0
Dänemark	10 639	- 12,6	9 807	- 0,4
Frankreich	28 715	+ 6,3	31 801	+ 19,7
Griechenland	8 663	- 24,6	4 862	+ 7,9
Italien	22 723	- 3,8	23 496	+ 12,9
Österreich	13 554	+ 10,7	7 724	- 4,1
Schweden	15 174	+ 48,4	16 605	+ 25,1
Spanien	34 081	+ 14,8	18 360	+ 10,0
Vereinigtes Königreich ..	62 481	+ 9,5	57 237	+ 3,1
Schweiz	12 980	+ 19,9	11 783	+ 14,1
Türkei	22 555	+ 8,2	20 650	+ 11,1
Übriges Europa	39 792	+ 7,2	23 387	+ 15,1
Afrika	50 976	+ 5,7	47 430	+ 7,7
Ägypten	9 010	- 17,6	5 933	+ 23,5
Südafrika	25 363	+ 44,5	16 936	+ 34,6
Übriges Afrika	16 603	- 15,9	24 561	- 7,8
Amerika	368 243	+ 10,2	288 087	+ 5,7
Kanada	32 453	+ 17,2	25 418	+ 10,6
Vereinigte Staaten	285 527	+ 10,4	224 479	+ 4,2
Mexiko	8 327	- 26,8	5 684	- 15,3
Brasilien	29 389	+ 17,6	22 908	+ 36,1
Übriges Amerika	12 547	+ 8,5	9 598	- 8,2
Asien	369 643	+ 18,4	382 251	+ 9,3
Israel	13 631	- 6,5	10 089	- 5,5
Saudi-Arabien	9 471	- 11,9	2 127	+ 5,5
Vereinigte Arabische				
Emirate	60 249	+ 14,6	50 931	- 18,0
Pakistan	2 598	+ 185,2	14 531	X
Indien	38 629	+ 94,8	29 897	+ 6,5
Hongkong (China)	46 594	+ 17,1	53 549	+ 5,0
China	31 225	+ 36,0	29 145	+ 5,9
Japan	49 801	+ 9,8	56 040	+ 6,8
Republik Korea	33 318	+ 2,5	30 180	- 3,6
Singapur	20 661	+ 6,1	19 171	+ 4,8
Thailand	12 071	- 19,3	26 303	+ 4,8
Übriges Asien	51 395	+ 33,5	60 288	+ 51,0
Australien	4 192	- 1,6	1 864	- 18,0
Welt ...	1 114 171	+ 11,8	990 745	+ 9,0

in den zuvor genannten Gütermengen sind die auf deutschen Flughäfen von Flugzeug zu Flugzeug umgeladenen Güter sowohl als Ausladungen als auch als Einladungen enthalten. Die in der amtlichen deutschen Luftfahrtstatistik erfassten Mengen an Luftfracht entsprechen damit nicht dem Luftfrachtaufkommen mit Bestimmungs- bzw. Ursprungsland Deutschland, sondern den von und zu den deutschen Verkehrsflughäfen mit Flugzeugen beförderten Gütermengen. Während einerseits der internationale

Durchgangsverkehr mit Umladung und die innerdeutschen Umladungen (nach Schätzungen der Flughäfen waren vom o.a. Güteraufkommen, das auf deutschen Flughäfen umgeschlagen wurde, rund ein Drittel Umladungen) die Umschlagsmengen erhöhen, bleibt andererseits – wie bereits zuvor ausgeführt – der Zu- und Ablauf von transkontinentaler Luftfracht mit Lastkraftwagen von und zu den im benachbarten Ausland gelegenen Flughäfen wie zum Beispiel Amsterdam, Brüssel oder Zürich in der deutschen Luftfahrtstatistik unberücksichtigt.

Luftpost

Das Luftpostaufkommen auf den deutschen Flughäfen erreichte insgesamt 168 800 t und lag damit um 0,9% über dem Vorjahresergebnis. Die Inlandsluftpost, die mit 97 200 t einen Anteil von 58% des Gesamtvolumens stellte, konnte an diesem Verkehrsgewinn nicht partizipieren, sie musste einen Rückgang um 3,1% hinnehmen.

Tabelle 6: Luftpostbeförderung

Verkehrsart	1980 ¹⁾	1990 ¹⁾	1999 ²⁾	2000 ²⁾	2000 gegenüber 1999
	1 000 t				%
Verkehr innerhalb Deutschlands	47,8	83,5	100,3	97,2	- 3,1
Verkehr mit dem Ausland	56,7	85,6	66,3	71,1	+ 7,1
Einladung	29,6	43,9	32,8	35,9	+ 9,6
Ausladung	27,1	41,6	33,5	35,1	+ 4,8
Durchgangsverkehr	2,4	1,7	0,6	0,6	- 8,6
Insgesamt ...	106,8	170,8	167,2	168,8	+ 0,9

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Deutschland.

Deutliche Steigerungen konnten dagegen im grenzüberschreitenden Verkehr registriert werden; die Einladungen in das Ausland nahmen um 9,6% auf 35 900 t und die Auslandsausladungen mit 35 100 t um 4,8% zu. In diesen Luftpostzahlen sind nur die durch die nationalen Postdienste aufgegebenen Mengen enthalten. Diejenigen „Postmengen“, die für Express- und Kurierdienste mit Flugzeugen befördert wurden, werden bei den Fluggesellschaften als Fracht erfasst und sind in den bereits genannten Luftfrachtzahlen enthalten.

Flugtätigkeit

Die Anzahl der gewerblichen Flüge in Verbindung mit Starts und Landungen auf den 17 „ausgewählten deutschen Flugplätzen“ nahm im Jahr 2000 um 5,5% auf ins-

Tabelle 7: Flugtätigkeit

Verkehrsart	1980 ¹⁾	1990 ¹⁾	1999 ²⁾	2000 ²⁾	2000 gegenüber 1999
	1 000 Flüge				%
Gewerblicher Verkehr					
innerhalb Deutschlands	209	320	382	390	+ 2,1
mit dem Ausland	324	604	1 074	1 147	+ 6,8
Abgang	162	302	537	574	+ 6,8
Ankunft	162	302	537	573	+ 6,7
Insgesamt ...	533	924	1 456	1 537	+ 5,5

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) Deutschland.

gesamt 1,54 Mill. Flüge zu; in dieser Zahl nicht enthalten sind die zahlreichen, das Bundesgebiet nur überfliegenden Flugzeuge (nach Aussage der deutschen Flugsicherung rd. 0,9 Mill. Flüge) und die gewerblichen Starts auf den rund 250 deutschen „Sonstigen Flugplätzen“ (rd. 0,6 Mill.).

Das Ergebnis zur Flugtätigkeit repräsentiert etwa drei Viertel aller gewerblichen Flüge in Deutschland; es deckt – wie bereits erwähnt – gleichzeitig den Transport von mehr als 99% aller Passagiere ab. Im Inlandsverkehr blieb die Zahl der Flüge mit 390 000 im Vergleich zum Vorjahr annähernd unverändert (+2,1%), im grenzüberschreitenden Verkehr nahm ihre Zahl um 6,8% auf insgesamt 1,15 Mill. Starts und Landungen zu.

Beförderungsleistungen und Ladekapazitäten

Im gewerblichen Luftverkehr haben die in- und ausländischen Luftfahrtgesellschaften, die die 17 ausgewählten deutschen Verkehrsflughäfen anfliegen, in Deutschland eine Beförderungskapazität von insgesamt 8,2 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) angeboten; das Kapazitätsangebot lag damit um 7,0% höher als im Vorjahr. In dieser Zahl enthalten sind 62,7 Mrd. Sitzplatzkilometer (ein Sitzplatzkilometer = 0,1 tkm). Die tatsächliche Beförderungsleistung erreichte in der Passagierluftfahrt 42,7 Mrd. Personenkilometer (+7,1%), im Frachttransport 706 Mill. tkm (+10,5%) und bei der Postbeförderung 57,8 Mill. tkm (+0,6%). Der durchschnittliche Auslastungsgrad aller Flugzeuge stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 61,5% und bei der Passagierbeförderung um 0,6 Prozentpunkte auf 68,2%.

Die Beförderungsleistungen in Verbindung mit den 17 „ausgewählten Flugplätzen“ werden ab dem Berichtsjahr 1999 nach einem veränderten Verfahren errechnet; zur Berechnung der Teilstreckenleistungen bis zum nächsten Landehafen bzw. vom vorherigen Starthafen im

Tabelle 8: Personenkilometrische Leistungen im Luftverkehr in Verbindung mit deutschen Flughäfen
Mrd. Pkm

Jahr	Binnenverkehr	Grenzüberschreitender Verkehr		Zusammen	
	Inland – Inland	Inland – Ausland	Ausland – Inland	über gesamte Teilstrecke	dar.: über Deutschland
1991	5,83	64,87	65,00	135,70	22,55
1992	6,21	76,38	76,62	159,21	25,64
1993	6,56	83,79	84,12	174,47	27,72
1994	6,71	91,63	92,34	190,68	29,97
1995	7,30	99,22	99,71	206,23	32,51
1996	7,20	103,53	104,19	214,92	33,63
1997	7,77	109,43	110,46	227,66	35,84
1998	8,50	114,45	115,08	238,03	37,50
1999	8,91	123,42	124,40	256,73	39,89
2000	9,50	132,19	132,98	274,67	42,73

In- oder Ausland werden nun die Entfernungen nach einem auf den geographischen Koordinaten der Flughäfen basierenden Rechenverfahren durchgeführt. Die entsprechenden Verkehrsleistungen über Deutschland werden anhand einer den deutschen „Luftstraßen“ angepassten Kilometrierungsdatei berechnet; bei der Verkehrsleistung über dem Bundesgebiet ergeben sich größere Differenzen zum bisherigen System. Es wurde eine Rückrechnung bis 1991 durchgeführt, deren Ergebnisse in Tabelle 8 wiedergegeben werden. ■

Die Gewerbeanzeigenstatistik in ihrer heutigen Form besteht seit 1996. In diesen fünf Jahren wurden von den Statistischen Ämtern der Länder 8,3 Mill. Anzeigen statistisch ausgewertet; im Jahr 2000 waren es 1,6 Mill. Bei den von den Gewerbeämtern übermittelten Anzeigen handelte es sich um 755 000 Anmeldungen, 663 000 Abmeldungen und 181 000 Ummeldungen eines Gewerbebetriebes. Gewerbemeldungen sind aus einer Vielzahl von Anlässen vorzunehmen. Deshalb sollte beispielsweise die Zahl der Anmeldungen eines Gewerbes nicht mit der Zahl der Existenzgründungen gleichgesetzt werden. Vorgeschieden ist laut Gewerbeordnung eine Anmeldung außer bei Neuerrichtungen auch bei Verlegung und Übernahme. Als Neuerrichtungen gelten aber nicht nur Gründungen, sondern auch Auslagerungen und Fusionen. Über die Hälfte aller Anmeldungen waren Neuerrichtungen von Kleingewerbetreibenden oder von Nebenerwerbstätigkeiten. Bei mehr als einem Viertel aller Anmeldungen darf die Gründung eines Betriebes mit größerer wirtschaftlicher Substanz vermutet werden. Bei 15% wurde als Anlass für die Anmeldung eine Übernahme, sei es durch Kauf, Pacht oder Eintritt der Erbfolge genannt. Dazu werden auch Gesellschaftereintritte und Rechtsformwechsel gerechnet. Bei den restlichen 5% handelt es sich um Betriebe, die ihren Standort verlegten.

Mit Hilfe von 181 000 Ummeldungen teilten Gewerbetreibende mit, dass sie eine neue oder zusätzliche Tätigkeit ausüben würden oder dass sie innerhalb des Meldebezirkes umgezogen sind.

Mehr als die Hälfte (54%) aller Abmeldungen entfielen auf Kleingewerbetreibende, die sich dafür entschieden haben, ihren Betrieb zu schließen. Bei 22% der Abmeldungen wird von der Aufgabe eines Betriebes mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung ausgegangen. In 17% wurde als Anlass für die Abmeldung die Übergabe des Betriebes oder Gesellschafteraustritte oder ein Rechtsformwechsel mitgeteilt. Bei den restlichen Abmeldungen (8%) handelte es sich um Gewerbetreibende, die angaben, ihren Betrieb in diesem Meldebezirk einzustellen, aber vorhatten, an anderer Stelle neu zu beginnen.

Die aufgeführten Anlässe für eine Gewerbemeldung werden in diesem Beitrag auch in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen, Rechtsformen, Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden, Ursachen für die Abmeldung sowie nach Beschäftigtengrößenklassen dargestellt.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

Vorbemerkung

Die deutsche Gewerbeordnung ist zwar vom Grundsatz der Gewerbefreiheit geprägt, es besteht aber die Pflicht, den Behörden jede erlaubte selbständige Tätigkeit, die mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird, anzuzeigen. Kopien dieser Anzeigen werden für die Durchführung der Gewerbeanzeigenstatistik verwendet.

§14 der Gewerbeordnung bestimmt:

„Wer den selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes oder den Betrieb einer Zweigniederlassung oder einer unselbständigen Zweigstelle anfängt, muß dies für den betreffenden Ort zuständigen Behörde gleichzeitig anzeigen. Das gleiche gilt, wenn

1. der Betrieb verlegt wird,
2. der Gegenstand des Gewerbes gewechselt oder auf Waren oder Leistungen ausgedehnt wird, die bei Gewerbebetrieben der angemeldeten Art nicht geschäftsüblich sind, oder
3. der Betrieb aufgegeben wird.“

Anzeigepflichtig sind auch Neubeginn oder Aufgabe eines Betriebes bei der Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Als Beginn gilt nicht nur der erstmalige Beginn einer Geschäftstätigkeit, sondern ebenso die Übernahme eines Betriebes, sei es durch Kauf, Pacht oder Erbfolge

sowie die Änderung der Rechtsform, Eintritt eines Gesellschafters, genauso aber die Verschmelzung, Spaltung oder Vermögensübertragung. Entsprechendes gilt bei der Aufgabe bzw. Übergabe eines Betriebes. Ausgenommen von der Meldepflicht sind die Freien Berufe (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte), die Urproduktion (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Bergbau), Versicherungsunternehmen sowie wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeiten.

Die Bestimmungen über die Anzeigepflicht verfolgen primär den Zweck, den Gewerbeämtern Aufschluss über die in ihrem Bezirk ansässigen Gewerbebetriebe zu geben, um eine wirksame Überwachung der Gewerbeausübung nach bestehenden Vorschriften zu ermöglichen. Gewerbetreibende kommen dieser Pflicht nach, indem sie entsprechende Formulare ausfüllen oder dadurch, dass Bearbeiter in den Gewerbeämtern ihre mündliche Angaben PC-gestützt erfassen. Kopien dieser Meldung gehen an zehn weitere Nutzer, darunter auch an die Statistischen Ämter der Länder. Die gesetzliche Grundlage, die es erlaubt, die Gewerbeanzeigen statistisch auszuwerten, ist 1996 in Kraft getreten¹⁾, sodass nunmehr seit fünf Jahren eine bundeseinheitliche Gewerbeanzeigenstatistik besteht.

Die Begründung für den gesetzlichen Auftrag, die Gewerbeanzeigen statistisch auszuwerten, verband mehrere Ziele: Zum einen sollten die Anschriften für den Aufbau und die Pflege des umfassenden Unternehmensregisters für statistische Zwecke genutzt werden, zum anderen sollte das Meldegeschehen in seiner Gesamtheit u. a. gegliedert nach Rechtsformen und Wirtschaftszweigen dargestellt werden. Außerdem versprach sich der Gesetzgeber gesicherte Informationen über das Exis-

¹⁾ Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften vom 23. November 1994 (BGBl. I S. 3475).

tenzgründungsgeschehen. Nicht alle der vom Gesetzgeber vorgesehenen Aufgaben können erfüllt werden. Die umfassende Darstellung des Meldegeschehens nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgt seit fünf Jahren problemlos und aktuell. Auch werden die Anschriften der Gewerbetreibenden für die Aktualisierung des Berichtskreises einzelner Fachstatistiken genutzt. Die Pflege und der Aufbau der Unternehmensregister mit Hilfe der Gewerbeanzeigenstatistik ist jedoch vorerst zurückgestellt worden. Problematisch ist die Darstellung der Existenzgründungen mit Hilfe der Gewerbeanzeigen. Vom Ansatz her eignet sich deren Auswertung vorzüglich für die Ermittlung des Gründungsgeschehens: Sie könnte über das Geschehen zu einem Zeitpunkt informieren, zu dem der Gewerbetreibende seine Tätigkeit aufnimmt, sie könnte Auskunft geben, in welchen Branchen wie viele neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, und sie könnte Aufschluss geben über den Niederlassungsort, und zwar nicht nur für Hauptniederlassungen, sondern auch für Zweigniederlassungen und Filialen. Zudem bedeutet sie für die auskunftspflichtigen Gewerbetreibenden keinerlei zusätzliche Belastung durch die Statistik.

Die Praxis widerlegt jedoch diese Überlegungen. Die Gewerbeanzeige dient – wie erwähnt – vorrangig wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Erfordernissen. Statistische Bedürfnisse sind in den Formularen kaum berücksichtigt. Zudem entspricht die Ausfüllqualität nicht den statistischen Notwendigkeiten, sodass dem Auftrag des Gesetzgebers, die Gründungen zu ermitteln, nur unzureichend nachgekommen werden kann. Zwar wird die Frage gestellt, ob der Anlass für die Meldung die „Neuerrichtung“ eines Betriebs sei, jedoch schließen die Antworten nicht nur das originäre Gründungsgeschehen ein. Wenn beispielsweise ein Unternehmen einen Betriebsteil auslagert und ihn verselbständigt, eine Verschmelzung zweier Unternehmen zu einem neuen stattfindet oder ein Unternehmen sich in mehrere neue Unternehmen aufteilt, handelt es sich jeweils um eine so genannte „Neuerrichtung“. Diese gelten aber als so genannte derivative Gründungen, bei denen weder neue Arbeitsplätze noch eine zusätzliche Wertschöpfung entstehen muss. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass in den Tabellen zwar die so genannten „Neuerrichtungen“ nachgewiesen werden, aber es sich bei diesen – auch wenn es der Begriff suggeriert – nicht notwendigerweise um die Anmeldung eines neugegründeten Unternehmens handelt.

Ein weiteres Manko ist, dass aus den Gewerbeanzeigen nicht zu erkennen ist, welche Absichten mit den Anzeigen verfolgt werden. Viele Gewerbetreibende melden sich beim Gewerbeamt nur deswegen an, um günstig, beispielsweise zu Großhandelspreisen, einkaufen zu können. In vielen anderen Fällen werden diese Gewerbe im Nebenerwerb betrieben, das heißt zusätzlich zur Berufstätigkeit. Außerdem melden sich auch so genannte Scheinselbstständige an, die nur für einen Auftraggeber tätig sind, bei dem sie möglicherweise zuvor beschäftigt waren. Auch nach Einführung des Gesetzes zur Förderung der Selbständigkeit vom 22. Dezember 1999²⁾, das die so genannte Scheinselbständigkeit beseitigen sollte, dürfte diese Form der Selbständigkeit weiter bestehen. Fraglich bleibt letztlich auch, ob die Tätigkeit jemals

tatsächlich aufgenommen wird, selbst wenn dazu die erklärte Bereitschaft besteht.

Um die vermutete wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbebeanmeldungen abzuschätzen, werden deshalb bei der Ergebnisdarstellung verschiedene Angaben der Gewerbetreibenden verknüpft. So wird in den Tabellen differenziert nach so genannten „Betriebsgründungen“, bei denen die Angaben zur Rechtsform und die Beschäftigtenzahl sowie die Registereintragung größere wirtschaftliche Substanz erwarten lassen (frühere Bezeichnung: „echte Neuerrichtung“), und solchen Neuerrichtungen von Einzelunternehmern/-innen, die weder eine Registereintragung aufweisen, noch Arbeitnehmer beschäftigen und daher als Kleingewerbetreibende oder Nebenerwerbsbetriebe anzusehen sind.

Von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder wurden die aufgeführten Unzulänglichkeiten schon frühzeitig erkannt und Überlegungen angestellt, wie sich durch veränderte Fragestellungen und verbesserte Ausfüllverfahren die Gewerbeanzeigenstatistik zu einer Existenzgründungsstatistik entwickeln ließe. Diese Wünsche der Statistik können aber nur durch eine Änderung der Gewerbeordnung umgesetzt werden. Daher hat das Statistische Bundesamt den Gewerbeberechtigten, das sind die Wirtschaftsministerien des Bundes und der Länder, Vorschläge für modifizierte Angaben über den Anlass der Meldung unterbreitet. Weiterhin wurde eine Empfehlung ausgesprochen, wie die Beschäftigtenzahl, die als Grundlage für die Differenzierung nach der wirtschaftlichen Bedeutung dient, vollständiger erfasst werden könnte. Außerdem verspricht sich das Statistische Bundesamt durch die zur Zeit geführten Gespräche mit Herstellern von Gewerbe-Software für Gemeinden, deren Programme nach den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes zertifiziert sind, eine bessere Qualität der von den Gewerbetreibenden gemachten Auskünfte. Derartige Programme können so gestaltet werden, dass Fragestellungen nicht unbeantwortet bleiben dürfen.

Gesamtbild

Im Jahr 2000 wurden von den deutschen Gewerbeämtern rund 1 611 000 Gewerbeanzeigen entgegengenommen; das sind 4,5% weniger als 1999. Bei den erstatteten Anzeigen handelt es sich um 755 000 Anmeldungen, 663 000 Abmeldungen und 181 000 Ummeldungen. Weitere 12 000 Anzeigen betrafen Automatenaufsteller oder das Reisegewerbe. Das Aufstellen von Automaten ist nur dann ein meldepflichtiger Vorgang, wenn es sich um ein selbständiges Gewerbe handelt. Kein meldepflichtiger Vorgang ist zum Beispiel die Aufstellung eines Automaten in der eigenen Gaststätte. Bei den 7 000 Meldungen von Reisegewerbetreibenden handelt es sich um Tätigkeiten, die *keiner* Reisegewerbekarte bedürfen, wie beispielsweise das öffentliche Feilbieten von Druckerzeugnissen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, wobei aber dieser Tatbestand trotzdem der zuständigen Behörde angezeigt werden muss. Werden die Druckerzeugnisse dagegen an der Haustür angeboten, ist dafür eine Reisegewerbekarte, aber keine Gewerbebeanmeldung erforder-

2) BGBl. I (2000) S. 2.

Tabelle 1: Entwicklung der Gewerbeanzeigen

Jahr	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeummeldungen	Gewerbeabmeldungen	Meldungen von Automaten-aufstellern und des Reisegewerbes	Gesamtzahl der Meldungen
Früheres Bundesgebiet ¹⁾					
1996	646 431	129 053	536 606	13 014	1 325 104
1997	669 004	137 665	568 006	13 336	1 388 011
1998	675 720	141 393	579 261	11 278	1 407 652
1999	653 383	141 899	590 863	9 932	1 396 077
2000	637 722	140 393	549 812	8 859	1 336 786
Neue Länder					
1996	133 582	40 951	111 283	5 273	291 089
1997	133 931	40 730	113 858	4 327	292 846
1998	135 657	43 425	116 953	3 788	299 823
1999	127 552	43 431	115 900	3 448	290 331
2000	117 450	40 739	112 931	3 068	274 188
Deutschland					
1996	780 013	170 004	647 889	18 287	1 616 193
1997	802 935	178 395	681 864	17 663	1 680 857
1998	811 377	184 818	696 214	15 066	1 707 475
1999	780 935	185 330	706 763	13 380	1 686 408
2000	755 172	181 132	662 743	11 927	1 610 974

1) Einschl. Berlin-Ost.

lich. Dies dürfte für den größten Teil des Reisegewerbes zutreffen.

Der Rückgang der Gewerbeummeldungen betraf alle Formen des Meldewesens: Zwar verringerte sich im Jahr 2000 die Zahl der Anmeldungen um 3,3%, jedoch wurden auch über 6% weniger Gewerbe abgemeldet. Auch die Zahl der Ummeldungen fiel um 2,1% niedriger aus als vor Jahresfrist.

Nachdem die Gewerbeanzeigenstatistik nunmehr fünf Jahre bundeseinheitlich durchgeführt wird, zeigt die längerfristige Entwicklung, dass bis 1998 die Zahl der Anmeldungen zugenommen hat, in den beiden letzten Jahren es jedoch zu weniger Anmeldungen gekommen ist. Die Zahl der Abmeldungen war – mit Ausnahme des Jahres 1999 – verhältnismäßig konstant. Die höhere Zahl an Gewerbeabmeldungen im Jahr 1999 dürfte zum einen auf das Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit, das die so genannte Scheinselbständigkeit unterbinden sollte, zurückzuführen sein. Zum anderen sehen die neueren Verwaltungsvorschriften zur Gewerbeordnung die Möglichkeit vor, eine Abmeldung von Amts wegen vorzunehmen.

Gewerbeummeldungen in den neuen Ländern¹⁾

	Anmeldungen	Abmeldungen
1990	257 406	24 853
1991	270 565	93 530
1992	195 747	111 370
1993	169 235	109 381
1994	152 734	107 211
1995	151 789	116 921
1996	133 582	111 283
1997	133 931	113 858
1998	135 657	116 953
1999	127 552	115 900
2000	117 450	112 931

1) Ohne Berlin-Ost.

Eine noch längerfristige Betrachtung des Meldegeschehens ist für die neuen Länder möglich. Im ersten Jahr nach der deutschen Vereinigung, 1991, wurden mehr als 270 000 Betriebe angemeldet. Danach ging die Zahl der Anmeldungen rapide zurück bis auf 117 000 im Jahr 2000 – nicht einmal mehr die Hälfte des Ausgangswertes. Die Zahl der Abmeldungen hat sich dagegen seit 1992 nicht wesentlich verändert.

Anmeldungen

Bei der Erstattung ihrer Gewerbeanmeldung haben die Gewerbetreibenden anzugeben, ob die „Neuerrichtung“ oder „Übernahme“ eines Betriebes geplant ist. Auch wird die Frage gestellt, ob der Betrieb bereits in einem anderen Meldebezirk tätig gewesen ist. Aufgrund dieser Angaben lassen sich drei Anlässe unterscheiden:

1. Neuerrichtung

Zu Neuerrichtungen zählen alle Neugründungen sowie die Betriebe oder Unternehmen, die sich auf- oder abspalten, die ausgegliedert und verselbständigt werden (outsourcing), oder wenn bestehende Betriebe oder Unternehmen zu einem neuen verschmolzen werden. Um näherungsweise aus der Vielzahl der Meldungen diejenigen mit einer gewissen wirtschaftlichen Bedeutung herauszufinden, werden als „Betriebsgründungen“ diejenigen Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen bezeichnet, die die Rechtsform einer Kapital- oder Personengesellschaft besitzen. Hierunter fallen auch Einzelunternehmen, sofern sie eine Eintragung in das Handelsregister oder den Besitz einer Handwerkskarte vorweisen oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigen. Die Einzelunternehmen, die keine dieser drei Merkmale aufweisen – und das ist der überwiegende Teil –, gelten als Neuerrichtung mit geringer wirtschaftlicher Substanz, auch wenn sie einmal später größere wirtschaftliche Aktivitäten entfalten sollten. Diese vorgenommene Klassifizierung kann deshalb nur den Sachverhalt zum Zeitpunkt der Anmeldung widerspiegeln.

2. Übernahmen

- Kauf/Pacht von Unternehmen/Betrieben
- Eintritt der Erbfolge
- Änderung der Rechtsform, das heißt Abmeldung der bisherigen und Anmeldung der neuen Rechtsform, wobei der Rechtsträger derselbe bleibt
- Eintritt neuer Gesellschafter

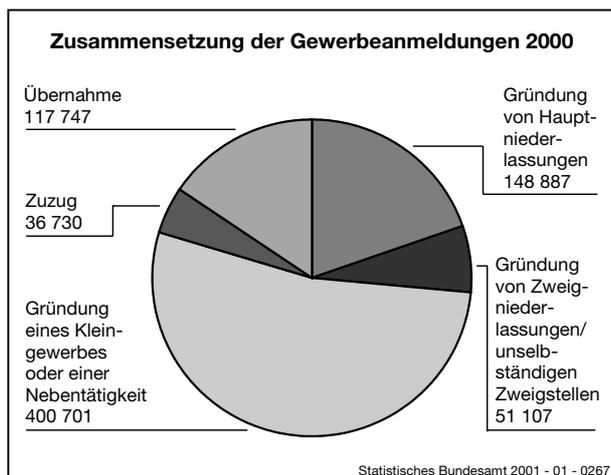
3. Verlagerungen

Der Betrieb hat bereits in einem anderen Meldebezirk bestanden, meldet sich dort ab und in einem neuen Meldebezirk wieder an.

Die Anmeldungen im Jahr 2000 setzen sich wie folgt zusammen:

149 000 Gründungen von Hauptniederlassungen
 51 000 Gründungen von Zweigniederlassungen und
 unselbständigen Zweigstellen
 200 000 Betriebsgründungen zusammen
 400 000 Neuerrichtungen von Kleingewerbe,
 Nebenerwerb
 118 000 Übernahmen
 37 000 Zuzüge aus einem anderen Meldebezirk
 755 000 Anmeldungen insgesamt

Schaubild 1



Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Betriebsgründungen, also solcher neu entstandener Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung, um über 6% abgenommen, während Kleingewerbetreibende usw. nur 2,2% weniger Anmeldungen getätigt haben. Zurückgegangen ist auch die Zahl so genannter Übernahmen (-5,8%), wobei nicht feststellbar ist, welcher der möglichen Anlässe dafür verantwortlich ist. Dagegen haben im Jahr 2000 12% mehr Betriebe als 1999 ihren Standort gewechselt.

Ummeldungen

Die Anlässe für eine Ummeldung sind Veränderungen in der ausgeübten Tätigkeit oder Verlegung des Firmensitzes, aber nur innerhalb des Meldebezirkes. Nicht meldepflichtig nach der Gewerbeordnung ist, wenn ein Unternehmen einen Betriebsteil aufgibt, beispielsweise eine Tankstelle, aber die Werkstatt weiterführt. Sollte eine derartige Meldung freiwillig erfolgen, kann das mit Hilfe einer Abmeldung geschehen.

Zu den 181 000 Ummeldungen teilten die Gewerbeämter mit, dass

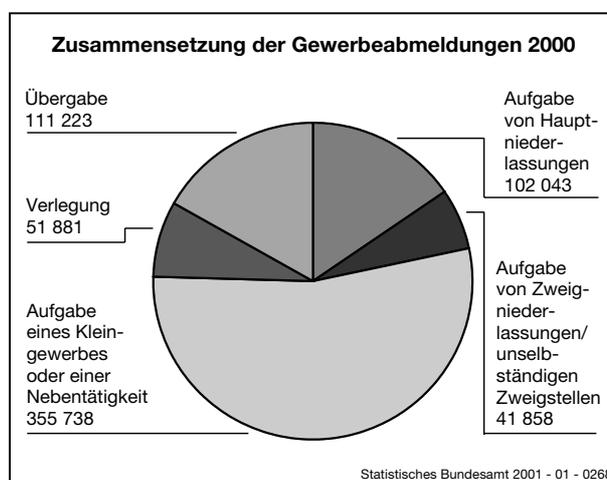
- in 88 000 Fällen eine Verlegung des Betriebes innerhalb des Meldebezirkes stattgefunden hat,
- in 77 000 Fällen die Tätigkeit geändert oder erweitert wurde und
- in 16 000 Fällen beides zutraf.

Abmeldungen

Für die Abmeldungen gelten hinsichtlich der weitergehenden Klassifizierung dieselben Unterscheidungskriterien wie für die Anmeldungen. Danach ergeben sich für 2000:

102 000 Aufgaben von Hauptniederlassungen
 42 000 Aufgaben von Zweigniederlassungen und
 unselbständigen Zweigstellen
 144 000 Betriebsaufgaben zusammen
 356 000 Aufgaben von Kleingewerbe, Nebenerwerb
 111 000 Übergaben, Abmeldungen der Rechtsform,
 Austritte von Gesellschaftern
 52 000 Wegzüge in einen anderen Bezirk
 663 000 Abmeldungen insgesamt

Schaubild 2



Der Rückgang der Gewerbeabmeldungen um über 6% gegenüber 1999 ist vor allem auf die um 10,1% niedrigere Zahl an Aufgaben von Kleingewerbetreibenden usw. zurückzuführen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Abmeldungen von Kleingewerbetreibenden 1999 im Zusammenhang mit dem erwähnten Inkrafttreten des Gesetzes zur Förderung der Selbständigkeit und der geschaffenen Möglichkeit, eine Abmeldung von Amts wegen vorzunehmen, deutlich höher waren als in den Vorjahren (siehe Tabelle 2). Auch die Zahl der Betriebsübergaben sowie Rechtsformänderungen und Gesellschafteraustritte war zuletzt um 5% niedriger als im Vorjahr. Die Abmeldungen, bei denen die Absicht geäußert wurde, an einem anderen Ort wieder neu zu beginnen, haben – wie bei den Anmeldungen die Zuzüge – um fast 8% zugenommen.

Die Zahl der Betriebsgründungen war mit 200 000 deutlich höher als die der Betriebsaufgaben (144 000). Die erste Vermutung, dass damit der Bestand um 56 000 Betriebe zugenommen hat, entspricht jedoch nicht der Realität. Nach den Erfahrungen der Gewerbeämter haben viele Unternehmen ihren Betrieb eingestellt, ohne die Gewerbeabmeldung anzuzeigen. Bei der Eröffnung eines neuen Betriebes kann hingegen davon ausgegangen

Tabelle 2: Gewerbean- und -abmeldungen¹⁾ seit 1996

Jahr	Gewerbeanmeldungen					Gewerbeabmeldungen				
	insgesamt	Betriebsgründung	Gründung eines Kleingewerbes oder einer Nebentätigkeit	Zuzug	Übernahme	insgesamt	Betriebsaufgabe ²⁾	Aufgabe eines Kleingewerbes oder einer Nebentätigkeit	Verlegung	Übergabe
Anzahl										
1996	780 013	217 210	411 962	24 307	126 534	647 889	132 403	369 496	37 635	108 355
1997	802 935	210 091	432 505	30 701	129 638	681 864	141 129	376 036	46 208	118 491
1998	811 377	215 207	432 587	33 038	130 545	696 214	147 352	380 493	48 093	120 276
1999	780 935	213 305	409 779	32 796	125 055	706 763	146 148	395 524	48 276	116 815
2000	755 172	199 994	400 701	36 730	117 747	662 743	143 901	355 738	51 881	111 223
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
1997	+ 2,9	- 3,3	+ 5,0	+ 26,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 6,6	+ 1,8	+ 22,8	+ 9,4
1998	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 7,6	+ 0,7	+ 2,1	+ 4,4	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,5
1999	- 3,8	- 0,9	- 5,3	- 0,7	- 4,2	+ 1,5	- 0,8	+ 4,0	+ 0,4	- 2,9
2000	- 3,3	- 6,2	- 2,2	+ 12,0	- 5,8	- 6,2	- 1,5	- 10,1	+ 7,5	- 4,8

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird.

werden, dass die Anmeldung auch vorgenommen wird. Zudem stehen hinter diesen Zahlen – wie ausgeführt – auch verschiedene andere Anlässe, wie Aufspaltungen und Verschmelzungen usw., die eine Saldierung nicht zulassen.

Eine Diskrepanz gibt es auch bei den Verlagerungen. Während in fast 52 000 Fällen Gewerbetreibende erklärten, an anderer Stelle neu beginnen zu wollen, gaben nur 37 000 an, zuvor in einem anderen Bezirk tätig gewesen zu sein. Es ist anzunehmen, dass die angekündigten Umzüge teilweise nur Absichtserklärungen waren, aber auch, dass mehr Unternehmen im Ausland geplant waren.

Gewerbemeldungen nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Zur Anzeigepflicht zählt auch die Beschreibung der Tätigkeit. Bei mehreren Tätigkeiten ist der Schwerpunkt zu kennzeichnen. In der Praxis ist die Beantwortung dieser Frage oftmals schwierig, da insbesondere neu am Markt auftretende Betriebe mehrere Tätigkeiten angeben, ohne sich festzulegen, welche der Schwerpunkt sein wird. Zudem sind die Angaben oft ganz allgemein gehalten, was die Zuordnung zu einem Wirtschaftszweig erschwert. Daher können die Meldungen auch nur nach dem 2-stel-

Tabelle 3: Gewerbemeldungen¹⁾ 2000 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Wirtschaftszweig Rechtsform	Gewerbeanmeldungen					Gewerbeabmeldungen		Gewerbeabmeldungen				
	insgesamt	Neuerrichtung	dar.: Betriebsgründung	Zuzug	Übernahme ²⁾	insgesamt	dar.: Veränderung der Betriebs-tätigkeit	insgesamt	Aufgabe ³⁾	dar.: Betriebsaufgabe ³⁾	Verlegung	Übergabe ⁴⁾
nach Wirtschaftszweigen												
Land- und Forstwirtschaft	10 274	8 975	1 992	504	795	2 234	1 074	8 049	6 420	1 287	719	910
Verarbeitendes Gewerbe	33 852	23 913	13 146	2 546	7 393	8 662	3 058	34 002	23 175	9 739	3 369	7 458
Baugewerbe	64 337	54 074	28 821	3 904	6 359	21 555	9 116	62 473	49 026	18 273	5 230	8 217
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	226 978	175 878	60 338	9 870	41 230	54 648	24 244	228 209	174 543	54 596	14 345	39 321
Gastgewerbe	66 062	27 836	10 966	407	37 819	4 959	3 770	68 263	39 755	12 544	602	27 906
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37 067	31 034	9 667	2 061	3 972	11 805	4 608	35 600	28 426	8 012	2 783	4 391
Kredit- und Versicherungsgewerbe	45 232	40 592	5 120	2 974	1 666	16 442	7 696	35 641	29 084	3 718	4 461	2 096
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	198 311	176 469	52 986	11 901	9 941	45 810	17 564	138 566	109 365	26 257	16 574	12 627
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	56 348	47 424	12 515	1 978	6 946	11 777	5 072	42 037	32 383	7 528	2 912	6 742
Übrige Wirtschaftszweige	16 711	14 500	4 443	585	1 626	3 240	1 070	9 903	7 462	1 947	886	1 555
nach Rechtsformen												
Einzelunternehmen	574 360	472 509	71 937	25 453	76 398	136 573	63 099	518 524	412 189	56 738	36 964	69 371
OHG, KG	5 173	3 016	3 016	226	1 931	1 199	484	5 709	2 831	2 831	274	2 604
GmbH & Co. KG	16 667	10 290	10 290	753	5 624	3 041	934	10 411	5 995	5 995	896	3 520
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	42 026	32 585	32 456	1 445	7 996	7 875	3 089	40 261	23 654	23 367	1 889	14 718
GmbH	103 400	73 469	73 469	8 351	21 580	29 850	8 718	76 383	48 562	48 562	11 293	16 528
AG	6 572	4 326	4 326	254	1 992	1 009	280	4 222	2 577	2 577	249	1 396
Sonstige Rechtsformen	6 974	4 500	4 500	248	2 226	1 585	668	7 233	3 831	3 831	316	3 086
Insgesamt	755 172	600 695	199 994	36 730	117 747	181 132	77 272	662 743	499 639	143 901	51 881	111 223

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Z.B. Kauf, Pacht, Erbe, Rechtsformänderung. – 3) Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird. – 4) Z.B. Verkauf, Verpachtung, Erfolge, Rechtsformänderung.

ligen Schlüssel der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93) den Wirtschaftsabteilungen zugeordnet werden. Bei 30% aller Anmeldungen wurde angeführt, dass eine Tätigkeit im Handel und bei 9% im Gastgewerbe geplant sei. 8% entfielen auf das Baugewerbe, 5% jeweils auf das Verarbeitende Gewerbe und Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung. Alle übrigen Meldungen bezogen sich auf die übrigen Dienstleistungen (siehe Tabelle 3). Die Anlässe für eine Gewerbeanmeldung (Neuerrichtung, Übernahme, Zuzug) sind je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich verteilt. Während in den meisten Wirtschaftszweigen bei 80 bis 90% als Anzeigegrund die Neuerrichtung eines Betriebes angegeben wurde, sind es im Verarbeitenden Gewerbe nur 71% und im Gastgewerbe sogar nur 42%. Im Gastgewerbe wurden 57% aller angemeldeten Betriebe übernommen, im Verarbeitenden Gewerbe waren es 22%. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe kam es nur in 4% der Fälle zur Übernahme. In allen übrigen Branchen lag die Übernahmequote bei etwa 10%. Bei 55% der neuerrichteten Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe und bei 53% im Baugewerbe kann eine größere wirtschaftliche Substanz vermutet werden, da diese entweder als Personen- oder Kapitalgesellschaft firmierten oder in ein Register eingetragen waren oder Arbeitnehmer beschäftigten. Den neuen Betrieben im Kredit- und Versicherungsgewerbe, genauer den damit verbundenen Vermittlungstätigkeiten, kann nur bei 11% eine größere wirtschaftliche Bedeutung zugemessen werden, vielfach dürfte es sich um Nebenerwerbstätigkeiten handeln.

Die Rechtsformen der meldenden Betriebe sind im Formular nicht gesondert angegeben, sie müssen daher aus dem Namen bzw. Firmennamen bestimmt werden. Über drei Viertel der 755 000 Anmeldungen stammten von Einzelunternehmen. Bei weiteren 14% konnte als Rechtsform die einer GmbH ermittelt werden. Als dritthäufigste Rechtsform (6%) meldeten sich Gesellschaften bürgerlichen Rechts an. Von Aktiengesellschaften stammten 6 600 Anmeldungen (knapp 1%). Mehr als die Hälfte davon betraf Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen. Die rund 2 000 Meldungen von Hauptniederlassungen von Aktiengesellschaften, die den Betriebsgründungen zugerechnet werden, sind sicherlich mehrheitlich Veränderungen in der Firmenstruktur, also zum Beispiel Umwandlungen, und keine Existenzgründungen.

Die Ab- und Ummeldungen weisen hinsichtlich der Gliederung nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen keine signifikanten Unterschiede zu den Anmeldungen auf.

Arbeitnehmer

In den Anzeigeformularen gibt es auch eine Frage nach den „voraussichtlich“ beschäftigten Arbeitnehmern. Leider ist diese Frage unpräzise formuliert, denn sie bezieht sich auf einen nicht näher definierten künftigen Zeitpunkt. Außerdem lässt sie die Antwort offen, wer zu den „beschäftigten Arbeitnehmern“ zählt, das heißt ob auch Teilzeitbeschäftigte, freie Mitarbeiter oder tätige Inhaber anzugeben sind. Daher sehen sich viele Gewerbetreibende außerstande, entsprechende Angaben zu machen. Zudem muss in manchen Gemeinden auch mangelndes Interesse an derartigen Informationen vorliegen, sodass bei 58% der Anmeldungen keine Angaben zu den Beschäftigten enthalten sind. Entgegen den Erwartungen hat der verstärkte Einsatz von zertifizierter Gewerbesoftware noch zu keiner Verbesserung der Ausfüllqualität in dieser Hinsicht geführt.

Von den 318 000 Gewerbetreibenden, die bei Neuerrichtung, Übernahme sowie Zuzug diese Frage beantwortet haben, gaben 59% an, keine Arbeitnehmer beschäftigen zu wollen. Es ist davon auszugehen, dass auch diejenigen, die keine Angaben dazu gemacht haben, ebenfalls bei Betriebsbeginn mehrheitlich ohne Beschäftigte auskommen. Bei 15% wurde mitgeteilt, 1 Person zu beschäftigen, 16% hatten 2 bis 4 Arbeitnehmer und 8% zwischen 5 und 19. In knapp 1 000 Fällen lag die Zahl der Beschäftigten bei über 100. Nur bei einem Fünftel der Anmeldungen eines solchen größeren Betriebes war als Anlass eine Neuerrichtung angegeben worden, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Unternehmen in anderer Form schon existiert hat. Wenn bei Anmeldung eines Unternehmens unsicher ist, wie viele Personen künftig in diesem Betrieb arbeiten werden, so ist eine fehlende Angabe hierzu bei Ummeldung oder Abmeldung von Betrieben nicht verständlich. Da ebenfalls 50 bzw. 60% keine Informationen über die zur Zeit oder früher Beschäftigten bereitgestellt haben, lässt dies auf eine mangelnde Sorgfaltspflicht bei den Meldebehörden schließen.

Bei den 270 000 Abmeldungen, die Angaben zu den Beschäftigten enthalten, hatten 62% der Betriebe keine

Tabelle 4: Gewerbeanmeldungen¹⁾ 2000 nach Größe und Grad der Selbständigkeit des Betriebes

Betriebe mit ... bis ... Arbeitnehmer/-innen	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeummeldungen			Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung	unselbständige Zweigstelle	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung bzw. unselbständige Zweigstelle	insgesamt	Hauptniederlassung	Zweigniederlassung	unselbständige Zweigstelle
0	186 292	173 162	2 707	10 423	49 932	47 914	2 018	167 566	155 361	2 884	9 321
1	48 076	40 733	2 108	5 235	12 289	11 257	1 032	39 485	33 046	1 798	4 641
2 – 4	51 753	38 376	3 214	10 163	13 772	12 018	1 754	40 137	30 627	2 393	7 117
5 – 19	24 229	17 791	1 375	5 063	8 128	7 012	1 116	18 238	13 609	1 066	3 563
20 – 99	6 215	3 849	591	1 775	2 350	1 915	435	4 286	2 883	385	1 018
100 und mehr	936	594	90	252	345	286	59	679	442	72	165
Keine Angaben	437 671	405 465	8 195	24 011	94 316	90 289	4 027	392 352	364 457	7 976	19 919
Insgesamt ...	755 172	679 970	18 280	56 922	181 132	170 691	10 441	662 743	600 425	16 574	45 744

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Arbeitnehmer bei Abmeldung mehr beschäftigt, bei 15% war noch eine Person angestellt und etwa ebenso viele beschäftigten 2 bis 4 Personen. In 679 Fällen waren 100 und mehr Arbeitnehmer von der Abmeldung betroffen. Aber nur bei 150 solcher Abmeldungen wurde über die Schließung eines großen Unternehmens informiert, wobei offen bleibt, ob es nicht auf andere Art fortgeführt wurde.

Tabelle 5: Anzeigepflichtige Personen 2000 nach Staatsangehörigkeiten¹⁾

Staatsangehörigkeit	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeummeldungen	Gewerbeabmeldungen
Insgesamt	838 292	197 653	719 283
darunter:			
Deutsch	744 547	180 435	638 540
Europäische Union ²⁾	32 048	5 529	27 878
darunter:			
Britisch	2 238	469	1 800
Französisch	1 747	355	1 434
Griechisch	5 733	820	5 651
Italienisch	10 093	1 509	9 077
Niederländisch	3 726	622	3 179
Österreichisch	4 347	1 010	3 581
Spanisch	1 081	203	896
Kroatisch	2 477	532	1 691
Polnisch	1 998	506	1 439
Türkisch	22 961	3 875	20 281
Afrikanische Staatsangehörigkeiten	1 827	331	1 398
Amerikanische Staatsangehörigkeiten	2 284	393	1 700
Asiatische Staatsangehörigkeiten ..	10 741	1 938	7 692

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Ohne Deutschland.

Staatsangehörigkeit der Gewerbetreibenden

Der Nachweis der Staatsangehörigkeit erfolgt jährlich nicht nur für Einzelunternehmer und -unternehmerinnen, sondern auch für alle gemeldeten geschäftsführenden Gesellschafter von Personengesellschaften sowie die gesetzlichen Vertreter von juristischen Personen. Im Falle einer GmbH sind dies die Geschäftsführer. Bei Aktiengesellschaften wird auf die Angaben über den Vorstand

verzichtet. Es ist nur eine vertretungsberechtigte Person anzugeben, aber nicht deren Nationalität.

Von den 838 000 Personen, die im Jahr 2000 in einer Gewerbeanmeldung aufgeführt waren, besaßen, wie im Vorjahr, 89% die deutsche Staatsangehörigkeit. Rund 4% waren Staatsangehörige aus den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Union, davon allein 10 000 italienische Staatsangehörige. Der Anteil der Personen mit türkischem Pass lag bei knapp 3%. Bei den Ab- und Ummeldungen entspricht die Zusammensetzung nach der Staatsangehörigkeit weitgehend den Anmeldungen.

Ursachen für die Abmeldung

Bei 62% der Abmeldungen war eine Begründung angegeben. Von den rund 412 000 Abmeldungen mit Angabe nannten 17% wirtschaftliche Schwierigkeiten als Ursache, 14% wollten ihren Betrieb in einen anderen Meldebezirk verlegen. Bei 7% erfolgte die Abmeldung von Amts wegen, das heißt die Gewerbeämter wurden darauf aufmerksam, dass der Betrieb eingestellt war. Die übrigen Ursachen (62%) waren insbesondere familiäre oder persönliche Gründe, die Übergabe des Betriebes oder unzureichende Rentabilität, ohne dass diese Gründe im Einzelnen quantifizierbar sind. Verschiedentlich wurde auch mitgeteilt, dass der Betrieb nie ausgeübt wurde.

Gewerbemeldungen in den Ländern

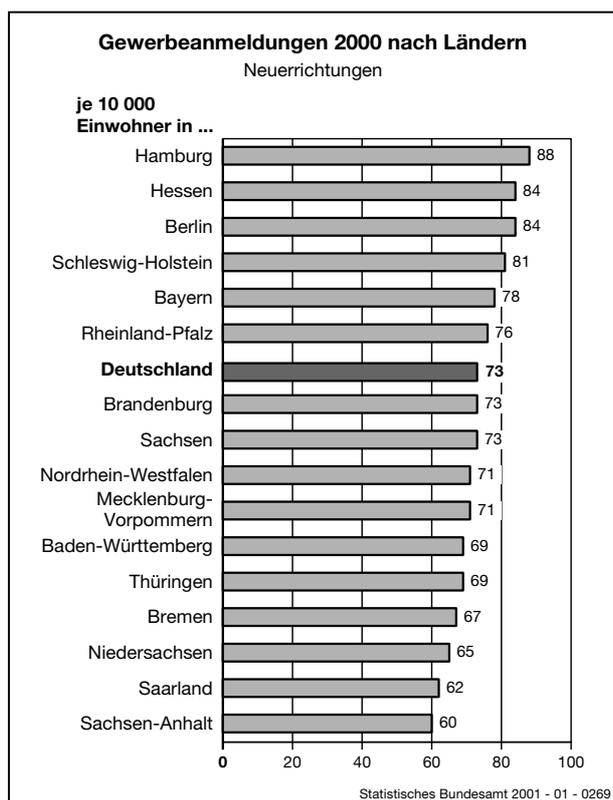
Für einen Vergleich über die Aktivitäten im Gewerbebewesen zwischen den Bundesländern wäre ein Bezug auf die Zahl aller bestehenden Unternehmen sinnvoll. Da aber in der Umsatzsteuerstatistik keine vollständigen Unternehmens- bzw. Betriebsbestände enthalten sind, können die Meldungen nur zu den Einwohnerzahlen in Beziehung gesetzt werden. In Tabelle 6 wurde die Neuerrichtung bzw. Aufgabe größerer und kleinerer Betriebe verglichen. Auf 10 000 Einwohner kommen in Hamburg,

Tabelle 6: Gewerbemeldungen¹⁾ 2000 nach Ländern

Land	Gewerbeanmeldungen			Gewerbeummeldungen		Gewerbeabmeldungen			Gesamtzahl der Meldungen
	insgesamt	dar.: Neuerrichtung		insgesamt	Veränderung der Betriebs-tätigkeit	insgesamt	dar.: Aufgabe ²⁾		
		zusammen	je 10 000 Einwohner				zusammen	je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	94 109	71 954	69	20 072	8 423	84 972	62 261	59	199 153
Bayern	124 351	94 523	78	26 689	12 372	104 628	69 356	57	255 668
Berlin	34 155	28 344	84	11 285	3 555	30 789	24 177	71	76 229
Brandenburg	22 407	18 964	73	6 785	3 408	19 882	16 126	62	49 074
Bremen	5 482	4 466	67	1 352	556	4 616	3 805	57	11 450
Hamburg	18 705	15 016	88	5 102	2 232	14 287	10 853	64	38 094
Hessen	64 330	50 756	84	13 480	5 285	57 398	44 482	74	135 208
Mecklenburg-Vorpommern	14 813	12 595	71	4 262	2 031	15 220	12 864	72	34 295
Niedersachsen	64 700	51 656	65	13 237	5 056	55 376	42 221	53	133 313
Nordrhein-Westfalen	157 819	127 556	71	35 270	13 871	134 605	102 493	57	327 694
Rheinland-Pfalz	37 795	30 585	76	7 514	3 793	31 832	24 090	60	77 141
Saarland	8 252	6 671	62	1 621	759	7 385	5 644	53	17 258
Sachsen	39 433	32 355	73	14 972	6 695	36 981	30 319	68	91 386
Sachsen-Anhalt	19 892	15 851	60	7 222	3 578	20 866	17 134	65	47 980
Schleswig-Holstein	28 024	22 620	81	4 771	2 174	23 924	17 980	65	56 719
Thüringen	20 905	16 783	69	7 498	3 484	19 982	15 834	65	48 385
Deutschland ...	755 172	600 695	73	181 132	77 272	662 743	499 639	61	1 599 047

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Einschl. der Aufgabe von Betriebsteilen, sofern diese angezeigt wird.

Schaubild 3



Hessen und Berlin (88 bzw. jeweils 84) die meisten Neuerrichtungen, in Sachsen-Anhalt mit 60 die wenigsten. Die relativ meisten Schließungen eines Betriebes erfolgten in Hessen und Mecklenburg-Vorpommern (74 bzw. 72), im Saarland und in Niedersachsen war die Zahl der Abmeldungen mit jeweils 53 je 10 000 Einwohner am niedrigsten. ■

Öffentliche Finanzen 2000

Die Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte bilden eine wichtige Grundlage für die Geld-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, da sie frühzeitig und aktuell über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte berichten. Zugleich sind sie Basis für die Berechnung des Staatssektors in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ermöglichen damit den internationalen Vergleich der öffentlichen Finanzen.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte beliefen sich im Jahr 2000 auf 1 871,8 Mrd. DM und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um nur 0,8%.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte im Jahr 2000 erhöhten sich mit 5,3% auf 1 908,2 Mrd. DM stärker, sodass sich ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 36,8 Mrd. DM ergab. Er ist jedoch ausschließlich auf den Sondereffekt der Versteigerung der Mobilfunklizenzen zurückzuführen. Ohne die einmaligen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen hätte sich ein Defizit in Höhe von 62,6 Mrd. DM ergeben, das damit um 19,2 Mrd. DM höher gewesen wäre als 1999.

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte war am 31. Dezember 2000 um 1,7% höher als im Vorjahr und erreichte damit 2 329,3 Mrd. DM. Darin berücksichtigt ist die Schuldentilgung aus den Mitteln der Mobilfunk-Versteigerungserlöse allerdings nicht in der Gesamthöhe von 99,4 Mrd. DM, sondern nur zu 34,7 Mrd. DM. Der größere Teilbetrag (64,7 Mrd. DM) steht erst im ersten Quartal 2001 zur Schuldentilgung zur Verfügung.

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm und Mitarbeiter

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik sind eine wichtige Grundlage für wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen, da sie einen aktuellen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen (Ausgaben, Einnahmen, Schulden) vermitteln. Zum Berichtskreis der vierteljährlichen Kassenstatistik der öffentlichen Haushalte gehören der Bund und seine Sondervermögen sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile), die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) und die Sozialversicherung. Als Sondervermögen des Bundes werden der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen, der Fonds „Deutsche Einheit“, der Erblastentilgungsfonds, der Entschädigungsfonds, der Ausgleichsfonds „Steinkohle“, die Versorgungsrücklage und das Bundeseisenbahnvermögen erfasst. In den Berichtskreis der Sozialversicherung einbezogen sind die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Pflegeversicherung, die gesetzliche Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter, die knappschaftliche Rentenversicherung, die Altershilfe für Landwirte sowie die Bundesanstalt für Arbeit.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Die finanzwirtschaftliche Entwicklung im Berichtszeitraum wurde u. a. durch die zweite Stufe der Einkommensteuer- und der Ökosteuerreform beeinflusst. Beide Reformen traten jeweils zum 1. Januar 2000 in Kraft und führten bei der Einkommensteuer u. a.

- zur Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind von 250 auf 270 DM,
- zur Anhebung des Grundfreibetrages von 13 067 auf 13 499 DM und
- zur Senkung des Eingangsteuersatzes um einen Prozentpunkt auf 22,9% und des Spitzensteuersatzes um zwei Prozentpunkte auf 51%,

bei der Ökosteuer

- zur Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter und
- zur Anhebung der Stromsteuer um 0,5 Pfennig auf 2,5 Pfennig je Kilowattstunde.

Das Aufkommen aus der Ökosteuer wird zur Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung (am 1. April 1999 von 20,3 auf 19,5% und ab 1. Januar 2000 auf 19,3%) eingesetzt und dient damit der Absenkung der Lohnnebenkosten.

Besonders stark wurde die finanzwirtschaftliche Entwicklung durch die einmaligen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen geprägt, die 99,4 Mrd. DM erbrachte.

Die *Ausgaben* der öffentlichen Haushalte erhöhten sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr mit 0,8% auf 1 871,8 Mrd. DM nur wenig. Moderate Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst sowie die Verschiebung der Anhebung der Beamtenbezüge auf das Jahr 2001 trugen dazu bei, dass die Personalausgaben nur um 0,3% auf 350,4 Mrd. DM anstiegen. Die positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt ließen die Sozialausgaben nur um 0,8% auf 645,4 Mrd. DM steigen. Die Zinsbelastung sank um 3,4% auf 131,9 Mrd. DM und auch die Bauausgaben waren leicht rückläufig (– 0,5% auf 59,5 Mrd. DM). Zugenommen haben die laufenden Sachausgaben (+2,5% auf 416,3 Mrd. DM).

An *Einnahmen* flossen den öffentlichen Haushalten im Jahr 2000 mit 1 908,2 Mrd. DM 5,3% mehr zu als im Vorjahr. Dieser kräftige Zuwachs resultierte insbesondere aus den einmaligen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM. Das Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben stieg um 2,1% auf 1 617,9 Mrd. DM. Deutlich rückläufig waren dagegen die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (– 21,9% auf 34,1 Mrd. DM) aufgrund des stark gesunkenen Bundesbankgewinns (– 52,9% auf 7,6 Mrd. DM), die Privatisierungserlöse (– 50,1% auf 11,6

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	2000	1999	Veränderung
	Mill. DM		%
Bereinigte Ausgaben	1 871 775	1 856 799	+ 0,8
darunter:			
Personalausgaben	350 356	349 400	+ 0,3
Laufender Sachaufwand	416 299	406 183	+ 2,5
Zinsausgaben	131 927	136 545	- 3,4
Renten, Unterstützungen u. Ä.	645 420	640 076	+ 0,8
Baumaßnahmen	59 465	59 760	- 0,5
Erwerb von Sachvermögen	19 830	20 166	- 1,7
Darlehensgewährungen	23 608	23 340	+ 1,1
Bereinigte Einnahmen	1 908 181	1 812 737	+ 5,3
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben ..	1 617 885	1 585 224	+ 2,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher			
Tätigkeit	34 057	43 597	- 21,9
Gebühren u. ä. Entgelte	49 435	50 090	- 1,3
Veräußerung von Beteiligungen	11 580	23 136	- 50,1
Finanzierungssaldo ²⁾	36 820	- 43 440	X
Nettokreditaufnahme	21 369	49 452	X
Schuldenaufnahme	403 957	387 283	+ 4,3
Schuldentilgung	382 588	337 831	+ 13,2
Stand der Kreditmarktschulden			
am 31. Dezember	2 329 264	2 290 750	+ 1,7

1) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Mrd. DM) und die Darlehensrückflüsse (- 40,8% auf 14,2 Mrd. DM).

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen (einschl. interner Verrechnungen) errechnet sich in finanzstatistischer Abgrenzung im Jahr 2000 ein *Finanzierungsüberschuss* von 36,8 Mrd. DM. Ohne die einmaligen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen hätte sich ein Defizit von 62,6 Mrd. DM ergeben, das damit um 19,2 Mrd. DM höher gewesen wäre als im Vorjahr.

Der *Schuldenstand* der öffentlichen Haushalte betrug am 31. Dezember 2000 2 329,3 Mrd. DM, + 1,7% gegenüber dem Vorjahr. Darin berücksichtigt ist die Schuldentilgung aus den Mitteln der Mobilfunk-Versteigerungserlöse allerdings nicht in der Gesamthöhe von 99,4 Mrd. DM, sondern nur zu 34,7 Mrd. DM. Der größere Teilbetrag (64,7 Mrd. DM) steht erst im ersten Quartal 2001 zur Schuldentilgung zur Verfügung.

Bund

Die *Ausgaben* des Bundes verringerten sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 2,2% auf 518,2 Mrd. DM. Im Einzelnen ergab sich folgende Entwicklung bei den Bundesausgaben:

Für sein Personal (einschl. Versorgungsempfänger) gab der Bund im Jahr 2000 aufgrund der moderaten Entwicklung bei den Dienstbezügen und anderen Vergütungen sowie aufgrund des weiteren Rückgangs beim Personalbestand mit 51,9 Mrd. DM 1,7% weniger aus als im Jahr 1999. Die Zinsausgaben gingen sogar um 4,7% auf 76,6 Mrd. DM zurück. Trotz der Mehraufwendungen des Bundes für die im Juni 1999 von ihm übernommenen Beiträge für Kindererziehungszeiten und trotz der Erstattungen einigungsbedingter Leistungen an die Rentenversicherung waren seine laufenden Zuweisungen und Schuldendiensthilfen an den öffentlichen Bereich eben-

falls rückläufig (- 2,4% auf 213,7 Mrd. DM). Maßgeblich trug dazu der starke Rückgang der Schuldendiensthilfen an den Erblastentilgungsfonds (von 9,5 Mrd. DM im Vorjahr auf 0,9 Mrd. DM) bei, weil der Teil des im Jahr 1999 erzielten Bundesbankgewinns, der dem Erblastentilgungsfonds zur Erfüllung seines Schuldendienstes im Jahr 2000 zur Verfügung gestellt wurde, um 8,6 auf 633,6 Mill. DM zurückgegangen ist. Die Schuldendiensthilfen des Bundes an den Fonds „Deutsche Einheit“ blieben dagegen unverändert bei knapp 6,5 Mrd. DM.

Bei den Ausgaben für Sozialleistungen (Renten, Unterstützungen u. Ä.) war im Jahr 2000 ein kräftiger Rückgang von 11,7% auf 42,0 Mrd. DM zu verzeichnen. Rückläufig waren vor allem die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe – trotz des weiterhin hohen Anteils von Arbeitslosenhilfempfangern an der Gesamtzahl der Arbeitslosen – aufgrund des Wegfalls der so genannten originären Arbeitslosenhilfe (d.h. der Arbeitslosenhilfe ohne vorherigen Bezug von Arbeitslosengeld) zum 1. Januar 2000. Deutlich geringer als im Vorjahr fiel auch der Zuschuss des Bundes zur Abdeckung des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit aus (1,7 gegenüber 7,3 Mrd. DM 1999). Die Ausgaben des Bundes für Baumaßnahmen und den Erwerb von Sachvermögen (Sachinvestitionen) gingen im Berichtszeitraum ebenfalls kräftig um 5,3% auf 13,2 Mrd. DM zurück.

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand stiegen um 1,9% auf 40,7 Mrd. DM.

Die *Einnahmen* des Bundes beliefen sich im Jahr 2000 auf 570,9 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 19,3% mehr. Dieser kräftige Zuwachs resultierte insbesondere aus den einmaligen Einnahmen des Bundes aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM. Das Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben stieg um 3,5% auf 428,4 Mrd. DM. Am 1. Januar 2000 trat die zweite Stufe der Ökosteuereform in Kraft. Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe und die Anhebung der Stromsteuer wurde die Absenkung des Rentenversicherungsbeitragsatzes finanziert. Aus der Mineralölsteuer flossen dem Bund im Berichtszeitraum 74,0 Mrd. DM (+ 3,8%) zu. Die Stromsteuer erbrachte dem Bund 6,6 Mrd. DM (+ 84,8%).

Die Entwicklung der Einnahmen des Bundes aus wirtschaftlicher Tätigkeit (- 48,1% auf 10,4 Mrd. DM) war geprägt durch den Rückgang des Bundesbankgewinns aus dem Jahr 1999 auf 7,6 Mrd. DM. Hiervon werden jährlich 7,0 Mrd. DM zur allgemeinen Finanzierung von Bundesaufgaben verwendet, der verbleibende Betrag fließt dem Erblastentilgungsfonds zum Abbau der Schulden zu.

Aus der Veräußerung von Beteiligungen erzielte der Bund im Jahr 2000 mit 7,2 Mrd. DM deutlich weniger als im Vorjahr (- 55,6%).

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) ergab sich für den Bund im Jahr 2000 einmalig ein *Finanzierungsüberschuss* in Höhe von 52,7 Mrd. DM. Ohne die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen, die in voller Höhe zur Schuldentilgung verwendet werden (2000: 34,7 Mrd. DM, 2001: 64,7 Mrd. DM), hätte sich ein Finanzierungs-

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes ¹⁾ und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder ²⁾		
	2000	1999	Veränderung	2000	1999	Veränderung	2000	1999	Veränderung	2000	1999	Veränderung
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Bereinigte Ausgaben	518 241	529 765	- 2,2	82 697	84 808	- 2,5	846 330	829 014	+ 2,1	487 623	479 633	+ 1,7
darunter:												
Personalausgaben	51 862	52 735	- 1,7	15 216	15 467	- 1,6	22 586	22 385	+ 0,9	183 470	181 918	+ 0,9
Laufender Sachaufwand	40 724	39 962	+ 1,9	304	855	- 64,2	273 335	265 664	+ 2,9	47 192	45 887	+ 2,8
Zinsausgaben	76 568	80 360	- 4,7	8 097	8 413	- 3,8	258	421	- 38,7	37 065	37 132	- 0,2
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	213 700	218 969	- 2,4	1 721	2 875	- 40,1	31 264	25 782	+ 21,3	103 141	98 707	+ 4,5
Renten, Unterstützungen u. Ä.	41 963	47 537	- 11,7	260	298	- 12,8	534 897	524 537	+ 2,0	16 177	16 661	- 2,9
Baumaßnahmen	10 913	11 689	- 6,6	-	0	0,0	575	516	+ 11,4	11 097	10 724	+ 3,5
Erwerb von Sachvermögen	2 253	2 217	+ 1,6	4	7	- 42,9	1 507	1 607	- 6,2	4 898	4 770	+ 2,7
Darlehensgewährungen	7 839	6 209	+ 26,3	11 127	11 743	- 5,2	145	160	- 9,4	3 613	3 952	- 8,6
Bereinigte Einnahmen	570 903	478 472	+ 19,3	79 429	95 368	- 16,7	849 773	840 176	+ 1,1	467 370	460 636	+ 1,5
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben .	428 362	414 055	+ 3,5	42 738	39 742	+ 7,5	700 371	696 092	+ 0,6	344 832	335 527	+ 2,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	10 392	20 036	- 48,1	185	113	+ 63,7	39	39	0,0	8 484	7 984	+ 6,3
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	5 434	6 271	- 13,3	20 449	29 654	- 31,0	170 854	160 654	+ 6,3	74 141	70 875	+ 4,6
Veräußerung von Beteiligungen	7 186	16 186	- 55,6	75	63	+ 19,0	2	2	0,0	1 505	4 634	- 67,5
Finanzierungssaldo ⁴⁾	52 696	- 51 262	X	- 3 269	10 560	X	3 789	11 713	X	- 20 223	- 18 963	X
Nettokreditaufnahme	11 769	51 067	X	2 377	- 12 507	X	-	-	-	8 012	10 507	X
Schuldenaufnahme	292 778	281 759	+ 3,9	24 597	15 846	+ 55,2	-	-	-	71 715	73 024	- 1,8
Schuldentilgung	281 009	230 692	+ 21,8	22 220	28 353	- 21,6	-	-	-	63 703	62 517	+ 1,9
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	1 399 644	1 385 341	+ 1,0	113 967	110 040	+ 3,6	-	-	-	651 660	631 135	+ 3,3

1) Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds „Steinkohle“, „Versorgungsrücklage des Bundes“. – 2) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

defizit in Höhe von 46,7 Mrd. DM ergeben (Vorjahr: 51,3 Mrd. DM).

Der Bund nahm im Jahr 2000 netto (nach Abzug der Schuldentilgung) Kredite in Höhe von 11,8 Mrd. DM auf. Sein Schuldenstand erreichte dadurch am 31. Dezember 2000 1 399,6 Mrd. DM und war um 1,0% höher als am 31. Dezember 1999.

Sondervermögen des Bundes

Die *Ausgaben* der Sondervermögen des Bundes (einschl. EU-Anteile) gingen im Jahr 2000 um 2,5% auf 82,7 Mrd. DM zurück. Mit der teilweisen Übernahme der Schulden der Sondervermögen durch den Bund zum 1. Juli 1999 sind auch Zins- und Tilgungsverpflichtungen übergegangen. Dementsprechend schlagen die Zinsausgaben der Sondervermögen mit 8,1 Mrd. DM im Jahr 2000 um 3,8% niedriger zu Buche als im Jahr zuvor.

Stärker als die Ausgaben sanken die *Einnahmen* der Sondervermögen (- 16,7% auf 79,4 Mrd. DM) – insbesondere wegen des erwähnten Rückgangs des Bundesbankgewinns. Für das Jahr 2000 ergab sich ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 3,3 Mrd. DM, nachdem im Vorjahr noch ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 10,6 Mrd. DM zu verzeichnen war.

Sozialversicherung

Die Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung erhöhten sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf 846,3 Mrd. DM und damit stärker als die Einnahmen (+ 1,1% auf 849,8 Mrd. DM). Dennoch ergibt sich unter

Berücksichtigung der internen Verrechnungen ein Finanzierungsüberschuss von 3,8 Mrd. DM (Vorjahr: 11,7 Mrd. DM). Die Entwicklung verlief in den bedeutendsten Sozialversicherungssparten sehr unterschiedlich. Die Ausgaben der gesetzlichen *Rentenversicherung* sind um 3,6% auf 410,3 Mrd. DM gestiegen. Ursächlich hierfür sind vor allem die höhere Anzahl an Rentenernehmerinnen und -empfängern sowie die regelmäßigen Rentenanpassungen. Die Einnahmen erhöhten sich geringer als die Ausgaben (+ 1,7% auf 412,3 Mrd. DM). Die höheren Einnahmen resultierten insbesondere aus den Zahlungen des Bundes für die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten. Einnahmesteigernd wirkte sich ferner der zusätzliche Bundeszuschuss aus, der aus der Anhebung des Umsatzsteuersatzes um einen Prozentpunkt (seit April 1998) sowie aus dem Ökosteueraufkommen (seit April 1999) finanziert wird. Die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung sind dagegen im Jahr 2000 um 1,0% gesunken. Hier wirkten sich insbesondere die Senkung des Beitragssatzes aus (am 1. April 1999 von 20,3 auf 19,5% und ab 1. Januar 2000 auf 19,3%). Sie werden zur Entlastung des Faktors Arbeit (Senkung der Lohnnebenkosten) aus dem Aufkommen der Ökosteuer finanziert. Der Finanzierungsüberschuss der gesetzlichen Rentenversicherung war im Jahr 2000 mit 1,5 Mrd. DM um 7,5 Mrd. DM niedriger als im Vorjahr.

Bei der gesetzlichen *Krankenversicherung* erreichten die Ausgaben 259,0 Mrd. DM und überstiegen das Vorjahresniveau um 2,1%. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken (+ 4,4%). Die Einnahmen wiesen mit + 1,9% auf 258,9 Mrd. DM einen etwas geringeren Zuwachs auf als die Ausgaben. Positiv auf die Einnahmentwicklung wirkte sich insbesondere die seit April 1999 beste-

hende Beitragspflicht geringfügig Beschäftigter aus. Der Finanzierungsüberschuss der gesetzlichen Krankenkassen betrug 0,6 Mrd. DM und war damit um 0,3 Mrd. DM niedriger als im Vorjahr.

Die Ausgaben der *Pflegeversicherung* beliefen sich im Jahr 2000 auf 32,6 Mrd. DM, das sind 2,0% mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs der Einnahmen fiel mit +1,4% auf 32,4 Mrd. DM etwas geringer aus, sodass sich ein negativer Finanzierungssaldo von 0,2 Mrd. DM ergab.

Die *Bundesanstalt für Arbeit* hat im Jahr 2000 mit 98,7 Mrd. DM 2,4% weniger ausgegeben als im Vorjahr. Wegen des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen sind insbesondere die Ausgaben für Arbeitslosengeld gegenüber 1999 stark gesunken. Die Einnahmen verringerten sich ebenfalls um 2,4% auf 98,7 Mrd. DM. Die Differenz zwischen eigenen Einnahmen und Ausgaben wurde, wie vorgesehen, durch einen Bundeszuschuss in Höhe von 1,7 Mrd. DM ausgeglichen.

Länder

Die *Ausgaben* der Länder erhöhten sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 1,7% auf 487,6 Mrd. DM.

Die Personalausgaben stiegen insgesamt um 0,9% auf 183,5 Mrd. DM, vor allem bedingt durch die Zunahme der Ausgaben für Versorgungsbezüge (+5,3% auf 28,9 Mrd. DM). Die Ausgaben für das aktive Personal verzeichneten dagegen einen leichten Rückgang um 0,2% auf 145,1 Mrd. DM (-0,1% in den alten Ländern und -0,5% in den neuen Ländern).

Stärker war der Zuwachs beim laufenden Sachaufwand (+2,8% auf 47,2 Mrd. DM). Er war allerdings ausschließlich durch die alten Länder (+4,5% auf 39,6 Mrd. DM) bestimmt. Die neuen Länder wiesen eine deutliche Abnahme (-4,9% auf 7,6 Mrd. DM) auf.

Die Zinsausgaben für Kreditmarktschulden nahmen in den neuen Ländern (+2,7% auf 5,7 Mrd. DM) zu, während sie in den alten Ländern aufgrund der Rückführung der Schulden abnahmen (-0,8% auf 31,6 Mrd. DM). Insgesamt blieben die Zinsausgaben leicht unter dem Vorjahresbetrag.

Die laufenden Zuweisungen (einschl. Schuldendiensthilfen) der Länder an den öffentlichen Bereich lagen mit 103,1 Mrd. DM um 4,5% über dem Niveau des Vorjahres. Besonders geprägt wurde die Entwicklung durch die kräftige Zunahme der allgemeinen Finanzzuweisungen an die Gemeinden (+4,8% auf 57,0 Mrd. DM).

Die *Einnahmen* der Länder stiegen um 1,5% auf 467,4 Mrd. DM. In den alten Ländern war die Zuwachsrate mit 1,9% um einen Prozentpunkt höher als in den neuen Ländern (+0,9%). Hier wirkte sich der 2,8%ige Zuwachs bei den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben auf 344,8 Mrd. DM aus. Diese Einnahmen machen 73,8% der Gesamteinnahmen aus, wobei in den alten Ländern (76,4%) der Anteil nach wie vor höher ist als in den neuen (51,0%).

Aus der Differenz zwischen den Ausgaben und Einnahmen der Länder errechnet sich (einschl. interner Verrech-

nungen) für das Jahr 2000 ein *Finanzierungsdefizit* von 20,2 Mrd. DM, das sind 1,3 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. In den alten Ländern erhöhte sich das Finanzierungsdefizit um 1,4 auf 14,5 Mrd. DM, während es sich in den neuen Ländern leicht um 0,2 auf 5,7 Mrd. DM verringerte.

Die Nettokreditaufnahme der Länder lag mit 8 Mrd. DM um 2,5 Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau. Die Schulden der Länder erreichten Ende Dezember 2000 einen Stand von 651,7 Mrd. DM, das waren 3,3% mehr als ein Jahr zuvor.

Kommunale Haushalte

Die Gemeinden/Gv. gaben in Deutschland im Jahr 2000 insgesamt 283,9 Mrd. DM aus, nur 0,7% mehr als 1999. Da gleichzeitig ihre Einnahmen mit 0,5% auf 287,7 Mrd. DM fast ebenso stark stiegen, errechnet sich ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 3,8 Mrd. DM (Vorjahresüberschuss: 4,5 Mrd. DM). In den neuen Ländern ergab sich für 2000 ein Ausgabenüberhang von 0,3 Mrd. DM, der sich gegenüber dem Vorjahr leicht reduzierte.

Aufgrund der insgesamt positiven Finanzentwicklung lagen die Tilgungszahlungen der Kommunen um 0,8 Mrd. DM über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. am Kreditmarkt lag mit insgesamt 164,0 Mrd. DM zum Jahresende 2000 etwas unter dem Vorjahresbetrag.

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte¹⁾

Ausgaben/Einnahmen	2000	1999	Veränderung
	Mill. DM		
Bereinigte Ausgaben	283 879	281 822	+ 0,7
darunter:			
Personalausgaben	77 222	76 896	+ 0,4
Laufender Sachaufwand	54 742	53 813	+ 1,7
Zinsausgaben	9 939	10 220	- 2,7
Laufende Zuweisungen an			
öffentlichen Bereich	68 368	65 654	+ 4,1
Renten, Unterstützungen u. Ä.	52 123	51 044	+ 2,1
Baumaßnahmen	36 880	36 831	+ 0,1
Erwerb von Sachvermögen	11 168	11 564	- 3,4
Bereinigte Einnahmen	287 705	286 330	+ 0,5
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben ..	101 582	99 808	+ 1,8
Laufende Zuweisungen vom			
öffentlichen Bereich	138 377	132 810	+ 4,2
Gebühren u.ä. Entgelte	33 134	33 362	- 0,7
Veräußerung von Beteiligungen	2 812	2 253	+ 24,8
Finanzierungssaldo ²⁾	3 830	4 514	X
Nettokreditaufnahme	- 789	386	X
Schuldenaufnahme	14 867	16 655	- 10,7
Schuldentilgung	15 656	16 269	- 3,8
Stand der Kreditmarktschulden			
am 31. Dezember	163 993	164 234	- 0,1

1) Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen. - 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Auf der Ausgabenseite erhöhten sich die laufenden Zuweisungen an den kommunalen Bereich mit 4,1% auf 68,4 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr am stärksten. Auch die sozialen Leistungen der Gemeinden/Gv. nahmen mit 2,1% auf 52,1 Mrd. DM ebenso spürbar zu wie ihre laufenden Sachaufwendungen mit 1,7% auf 54,7 Mrd. DM. Die Personalaufwendungen stiegen dagegen

nur um 0,4% auf 77,2 Mrd. DM. In den neuen Ländern waren sie infolge des weiteren Personalabbaus sogar um 2,6% rückläufig. Die Zinsausgaben in Höhe von 9,9 Mrd. DM lagen aufgrund der positiven Schuldenentwicklung um 2,7% unter dem Betrag des Jahres 1999.

Nahezu auf dem Niveau des Vorjahres verharrten mit 36,9 Mrd. DM die kommunalen Bauausgaben, wobei sich die Entwicklung im früheren Bundesgebiet (+3,8%) und in den neuen Ländern (-9,0%) stark gegenläufig darstellt. Rückläufig entwickelte sich mit 3,4% auf 11,2 Mrd. DM der Erwerb von Sachvermögen.

Auf der Einnahmenseite ergab sich im Jahr 2000 bei den laufenden Zuweisungen vom öffentlichen Bereich mit 4,2% auf 138,4 Mrd. DM ein kräftiger Zuwachs. Dabei handelt es sich insbesondere um Schlüsselzuweisungen vom Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und Einnahmen der Gemeindeverbände aus allgemeinen Umlagen der Mitglieder.

Die kommunalen Steuereinnahmen erhöhten sich 2000 um 1,8% auf 101,6 Mrd. DM. Von den Steuerarten nahm der Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer um 3,9% zu und die Grundsteuereinnahmen stiegen um 2,5%. Dagegen blieben die kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) um 0,7% unter dem Vorjahresbetrag.

Unter dem Vorjahresniveau blieb mit 33,1 Mrd. DM auch das Aufkommen aus Gebühren und Entgelten (-0,7%). Dies war auf das geringe Gebührenwachstum, aber auch auf weitere Ausgliederungen von Einrichtungen aus den kommunalen Etats zurückzuführen.

Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Landeszuweisungen blieben im Jahr 2000 mit insgesamt 15,8 Mrd. DM um 1,2% unter dem Vorjahresbetrag. Die Kommunen der neuen Länder bezogen sogar um 7,5% niedrigere Zuweisungsmittel als 1999.

Auffallend war – bei einem allerdings vergleichsweise geringen Volumen – die Entwicklung bei der Veräußerung von Beteiligungen durch die Kommunen: Die entsprechenden Einnahmen stiegen gegenüber 1999 um ein Viertel auf 2,8 Mrd. DM. Insbesondere in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen ergaben sich hohe Zuwächse.

Der Strukturvergleich zwischen den Gemeinden/Gv. der alten und der neuen Länder weist sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen noch große Unterschiede aus. Nach wie vor liegt der Anteil der öffentlichen Zuweisungen bei den ostdeutschen Kommunen mit 74,4% der gesamten Einnahmen erheblich über dem entsprechenden Wert der westdeutschen Länder (50,1%). Umgekehrt standen bei den Steuereinnahmen einem Anteil von 39,2% der westdeutschen Gemeinden lediglich 16,5% im Osten gegenüber. Auf der Ausgabenseite ergab sich der größte Unterschied bei den Bauinvestitionen, die im Osten des Bundesgebiets 19,2%, im Westen 11,7% erreichten. ■

Preise im März 2001

Im Vergleich zum Vormonat stiegen im März 2001 der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um + 0,2%, der Index der Großhandelsverkaufspreise um + 0,4%, der Index der Einzelhandelspreise um + 0,3% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um + 0,1%. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhten sich die Preise im März 2001 um + 4,9% (Erzeugerpreise), + 3,3% (Großhandelsverkaufspreise), + 1,3% (Einzelhandelspreise) und + 2,5% (Verbraucherpreise). Im Gegensatz zu den Vormonaten hat die Preisentwicklung bei den Mineralölprodukten im Berichtsmont die allgemeine Preisentwicklung nicht erhöht. In der Berechnung ohne Mineralölzeugnisse ergibt sich auf allen Wirtschaftsstufen fast die gleiche Jahresteuersatzrate wie in der Betrachtung einschließlich der Mineralölprodukte.

Dipl.-Kaufmann Günther Elbel

Im Vergleich zum Vormonat hat sich im März 2001 der Preisauftrieb etwas entspannt. So stiegen innerhalb Monatsfrist der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um +0,2% (gegenüber +0,3% im Februar), der Index der Großhandelsverkaufspreise um +0,4% (+0,9% im Februar), der Index der Einzelhandelspreise um 0,3% (wie im Vormonat) und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,1% (nach 0,6% im Vormonat).

Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Erzeugerpreise um 4,9% (nach 4,7% im Februar), die Großhandelsverkaufspreise um 3,3% (nach 3,7%), die Einzelhandelspreise um 1,3% (nach 1,1%) und die Verbraucherpreise um 2,5% (nach 2,6% im Februar).

Die Preisentwicklung für Mineralölzeugnisse war im März 2001 – im Gegensatz zu den Vormonaten – nicht mehr ausschlaggebend für die gesamte Preisentwicklung. So haben sich die Mineralölzeugnisse auf allen Handelsstufen im Vergleich zum Februar 2001 verbilligt (Erzeugerpreise: -1,9%, Großhandelsverkaufspreise: -2,6%, Verbraucherpreise: -0,8%). Auch im Vorjahresvergleich sind die entsprechenden Preissteigerungen inzwischen moderat (Erzeugerpreise: +3,5%, Großhandelsverkaufspreise: +2,7%, Verbraucherpreise: +2,7%).

Die Preise für Saisonwaren lagen im Berichtsmont im Großhandel um 3,1% über den Preisen des Vormonats, bei der Lebenshaltung der privaten Haushalte um 2,3%. Im Jahresvergleich verteuerten sich Saisonwaren im März 2001 um +15,6% bei den Großhandelspreisen und um +5,1% bei der Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

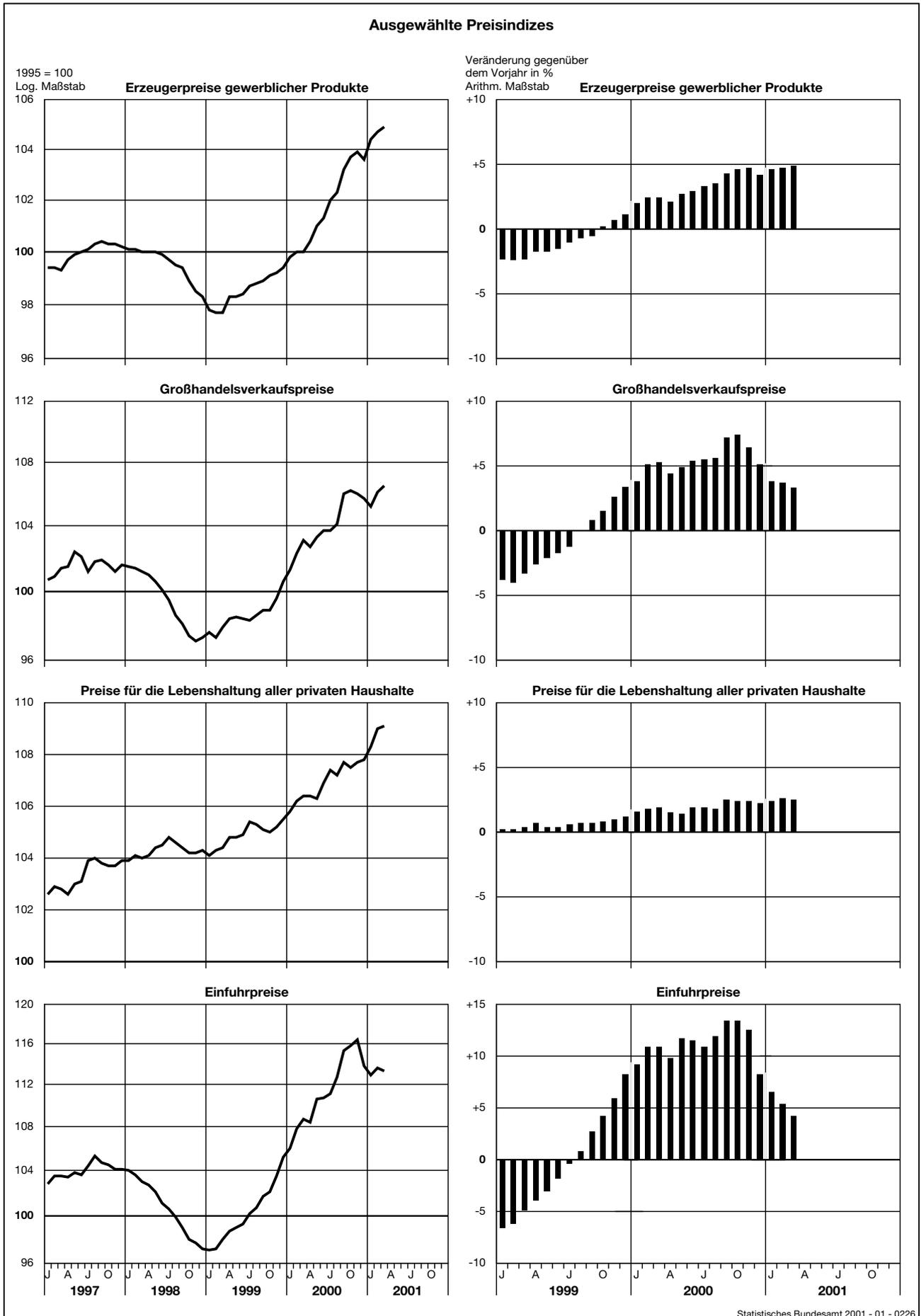
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland lag im März 2001 um 4,9% höher als im März 2000. Im Februar 2001 hatte die Jahresteuersatzrate +4,7% und im Januar 2001 +4,6% betragen. Starke Preiserhöhungen wurden im März gegenüber dem Vorjahresmonat vor allem bei Erdgas (+50,0%), frischem Schweinefleisch (+43,7%), Düngemitteln (+26,5%), Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+21,4%), synthetischem Kautschuk (+21,3%), Spanplatten (+16,0%), Bitumen (+14,3%), Geflügelfleisch (+12,7%) und Fernwärme (+11,9%) ermittelt. Deutliche Verbilligungen innerhalb Jahresfrist wurden u.a. bei Betonstahlmatten (-21,9%), nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen (-7,3%), Mauerziegeln (-6,9%) und oberflächenveredelten Blechen (-5,2%) festgestellt.

Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland		Früheres Bundes- gebiet
1996 D	98,8	99,6	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2000 Jan. ...	99,8	101,3	102,3	105,8	105,7	106,4
Febr. ...	100,0	102,3	102,6	106,2	106,1	106,9
März ...	100,0	103,1	102,7	106,4	106,3	107,0
April ...	100,4	102,7	102,6	106,4	106,3	107,0
Mai ...	101,0	103,3	102,7	106,3	106,2	107,0
Juni ...	101,3	103,7	102,8	106,9	106,8	107,5
Juli ...	102,0	103,7	102,8	107,4	107,3	107,9
Aug. ...	102,3	104,1	102,8	107,2	107,2	107,8
Sept. ...	103,2	106,0	103,7	107,7	107,6	108,0
Okt. ...	103,7	106,2	103,5	107,5	107,4	107,8
Nov. ...	103,9	106,0	103,6	107,7	107,7	108,3
Dez. ...	103,6	105,7	103,5	107,8	107,7	108,3
2001 Jan. ...	104,4	105,2	103,4	108,3	108,2	109,1
Febr. ...	104,7	106,1	103,7	109,0	108,9	109,8
März ...	104,9	106,5	104,0	109,1	109,0	110,0
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2000 Jan. ...	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4
Febr. ...	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
März ...	-	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
April ...	+ 0,4	- 0,4	- 0,1	-	-	-
Mai ...	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	-
Juni ...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Juli ...	+ 0,7	-	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Aug. ...	+ 0,3	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept. ...	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Okt. ...	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov. ...	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5
Dez. ...	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	-	-
2001 Jan. ...	+ 0,8	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
März ...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1996 D	- 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2000 Jan. ...	+ 2,0	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3
Febr. ...	+ 2,4	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5
März ...	+ 2,4	+ 5,3	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6
April ...	+ 2,1	+ 4,4	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3
Mai ...	+ 2,7	+ 4,9	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Juni ...	+ 2,9	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Juli ...	+ 3,3	+ 5,5	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Aug. ...	+ 3,5	+ 5,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Sept. ...	+ 4,3	+ 7,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1
Okt. ...	+ 4,6	+ 7,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
Nov. ...	+ 4,7	+ 6,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Dez. ...	+ 4,2	+ 5,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
2001 Jan. ...	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
Febr. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
März ...	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Schaubild 1



	Veränderungen März 2001 gegenüber	
	Februar 2001	März 2000
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,2	+ 4,9
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,3	+ 4,9
Mineralölzeugnisse	- 1,9	+ 3,5
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,4	+ 3,3
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,9	+ 3,4
Mineralölzeugnisse	- 2,6	+ 2,7
ohne Saisonwaren	+ 0,3	+ 2,8
Saisonwaren	+ 3,1	+ 15,6
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,3	+ 1,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,1	+ 2,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 2,6
Heizöl und Kraftstoffe	- 0,8	+ 2,7
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 2,5
Saisonwaren	+ 2,3	+ 5,1

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* erhöhte sich von März 2000 auf März 2001 nur noch um 3,3%, nachdem er im Februar 2001 noch um 3,7% und im Januar um 3,8% höher als im entsprechenden Vorjahresmonat gelegen hatte. Der Gesamtindex ohne Mineralölzeugnisse lag im März 2001 um 3,4% über dem Vorjahresniveau. Die Preisentwicklung der Mineralölzeugnisse (+2,7% gegenüber März 2000, -2,6% gegenüber Februar 2001) hat im aktuellen Monat die gesamte Preisentwicklung im Großhandel gebremst. Die Saisonwaren (+15,6% gegenüber März 2000, +3,1% gegenüber Februar 2001) haben dagegen erheblich zu der Teuerung im Großhandel beigetragen; ohne Saisonwaren hätte sich hier nur eine Erhöhung um 2,8% (gegenüber März 2000) ergeben.

Im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (+8,1%) und beim Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+5,0%) stiegen die Preise binnen Jahresfrist besonders stark. Dazu haben vor allem die Preise für lebende Schweine (+68,0%), für Schweinefleisch (+58,1%) und für Geflügelfleisch (+36,7%) beigetragen, im Gegenzug gingen die Preise für lebende Rinder um 31,6% zurück. Auch die Preise für Äpfel (+20,6%), Bananen (+20,9%) und Zitrusfrüchte (+17,6%) sind spürbar gestiegen, dagegen haben sich Rohkaffee (-27,2%) und Kartoffeln (-16,3%) deutlich verbilligt.

Im Einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

	Veränderungen März 2001 gegenüber	
	Februar 2001	März 2000
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	+ 4,8	+ 8,1
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+ 1,6	+ 5,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,1	+ 1,9
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	- 0,9	+ 3,0
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 0,1	+ 0,1
Sonstiger Großhandel	+ 0,5	+ 3,6

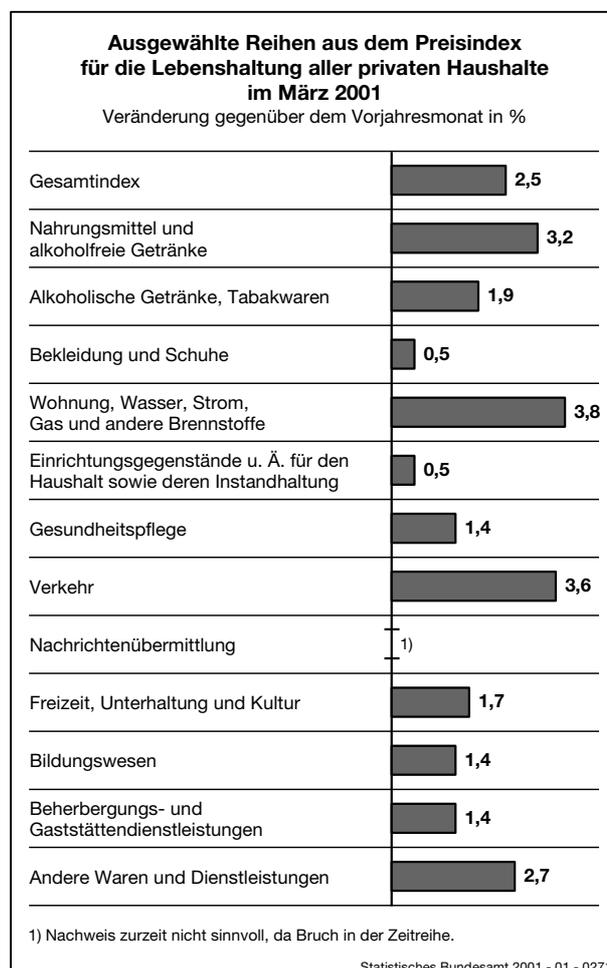
Der *Index der Einzelhandelspreise* stieg im März gegenüber dem Vormonat um 0,3% und hat damit wieder

eine Jahresrate von +1,3% erreicht. Im Januar und Februar hatte die Jahresveränderungsrate bei jeweils +1,1% gelegen.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland* stieg von März 2000 auf März 2001 um 2,5%. Im Februar lag diese Rate bei 2,6%, im Januar bei 2,4%. Erstmals seit März 1999 ergibt sich in der Berechnung ohne Heizöl und Kraftstoffe kein wesentlich anderes Bild; Heizöl und Kraftstoffe verteuerten sich binnen Jahresfrist um 2,7% und damit nur geringfügig stärker als die übrigen Ausgabekategorien der privaten Haushalte.

Auffallende Teuerungsraten gegenüber dem Vorjahr weisen im März 2001 die Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke auf (+3,2%), dabei sind die Preissteigerungen bei Fleisch und Fleischwaren (+6,2%) und Obst (+7,7%) besonders bemerkenswert. In der Teuerungsraten für Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe (+3,8%) spiegeln sich erhebliche Verteuerungen bei Gas (+33,7%) und bei Zentralheizung, Fernwärme u. a. (+30,3%) wider. Auch der Verkehr (+3,6%) hat sich überproportional verteuert, neben Preissteigerungen für die Personenbeförderung im Straßenverkehr (+5,6%) und im See- und Binnenschiffsverkehr (+7,3%) wirken sich hier besonders die Erhöhungen bei der Kfz-Steuer (+28,9%) und bei den Kfz-Versicherungen (+10,9%) aus.

Schaubild 2



Unterdurchschnittlich haben sich im März 2001 unter anderem die Preise für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+ 1,7% gegenüber März 2000) entwickelt, hier fallen vor allem die starken Preisrückgänge bei PC (-16,2%) auf. Traditionell niedrig sind die Teuerungsraten für Bekleidung und Schuhe (+0,5%), sowie für Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt (+0,5%). Auch die Gesundheitspflege (+1,4%) trägt zu den moderaten Teuerungsraten für die Lebenshaltung der privaten Haushalte bei.

Die nachstehende Übersicht stellt die Veränderungen der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100	Veränderungen März 2001 gegenüber	
	Februar 2001	März 2000
	%	
Gesamtindex	+ 0,1	+ 2,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 1,0	+ 3,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 1,9
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-	+ 3,8
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+ 0,3	+ 0,5
Gesundheitspflege	+ 0,2	+ 1,4
Verkehr	+ 0,1	+ 3,6
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	.1)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 0,7	+ 1,7
Bildungswesen	-	+ 1,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	- 0,2	+ 1,4
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	+ 2,7

1) Wegen der Erweiterung des Erfassungsbereichs um Internetdienstleistungen ab Januar 2001 ist ein Vorjahresvergleich nicht sinnvoll.

Im *früheren Bundesgebiet* lag der Verbraucherpreisindex im März 2001 ebenfalls um 2,5% über dem Vorjahresstand. In den *neuen Ländern und Berlin-Ost* ergab sich eine Teuerungsrate von +2,8%. Die etwas höhere Teuerungsrate in den neuen Ländern ist in erster Linie darauf

zurückzuführen, dass Gas und insbesondere Zentralheizung, Fernwärme in den neuen Ländern einen höheren Anteil an den Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben als im früheren Bundesgebiet.

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im März 2001 binnen Jahresfrist ebenfalls um 2,5% gestiegen.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen März 2001 gegenüber	
	Februar 2001	März 2000
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Erdgas	+ 1,7	+ 50,0
Frisches Schweinefleisch	+ 12,5	+ 43,7
Düngemittel	+ 4,1	+ 26,5
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+ 1,3	+ 21,4
Synthetischer Kautschuk	+ 0,9	+ 21,3
Spanplatten	- 0,7	+ 16,0
Bitumen	-	+ 14,3
Geflügelfleisch	+ 1,8	+ 12,7
Fernwärme	+ 0,1	+ 11,9
Papier, Karton und Pappe	- 0,2	+ 10,7
Unlegiertes kaltgewalztes Blech	+ 0,6	+ 9,2
Aluminium	- 1,2	+ 8,9
Chemiefasern	+ 2,0	+ 7,4
Oberflächenveredelte Bleche	- 1,4	- 5,2
Mauerziegel	- 0,1	- 6,9
Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen	- 0,2	- 7,3
Betonstahlmatten	-	- 21,9
Großhandelsverkaufspreise		
Lebende Schweine	+ 18,3	+ 68,0
Schweinefleisch	+ 25,5	+ 58,1
Geflügelfleisch	+ 4,5	+ 36,7
Bananen	+ 15,6	+ 20,9
Äpfel	+ 2,2	+ 20,6
Zitrusfrüchte	+ 2,1	+ 17,6
Futtermittel	+ 1,5	+ 14,4
Kunststoffe in Primärformen	+ 1,1	+ 9,2
Kupfer in Rohform	+ 0,4	+ 7,5
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Pappe und Karton	- 0,3	+ 5,7
Leichtes Heizöl	+ 6,4	+ 0,2
Rindfleisch	+ 1,3	- 9,5
Kartoffeln	- 4,4	- 16,3
Rohkaffee	+ 2,4	- 27,2
Lebende Rinder	+ 2,7	- 31,6

Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung ?

Nachdem mit dem Beitrag „Konsistente empirische Modelle der Geldnachfrage“ von Dr. Klaus Eberl in Heft 3/2001 dieser Zeitschrift die erste der im Jahr 2000 mit dem Gerhard-Fürst-Preis ausgezeichneten Dissertationen vorgestellt wurde, folgt nun ein Auszug aus der gleichfalls prämierten Dissertation „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“ von Dr. Werner Bönnte, Universität Hamburg.

Der Autor untersucht darin, welchen Einfluss Forschung und Entwicklung (F&E), die er als eigenständige Produktionsverfahren ansieht, auf das Outputwachstum und die Produktivitätsentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet im Zeitraum 1979 bis 1993 hatten und inwieweit die Ergebnisse hinsichtlich der verwendeten Schätzmethoden und ökonomischen Spezifikationen robust sind.

Im nachfolgenden Beitrag werden wesentliche Ergebnisse des fünften Kapitels der Dissertation, einer ökonomischen Schätzung der Produktivitätseffekte industrieller Forschung und Entwicklung, dargestellt. Hierfür wurden die gepoolten Daten von 23 Wirtschaftsbereichen des Verarbeitenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet in den Jahren von 1980 bis 1993 genutzt. Dem Ansatz von Griliches¹⁾ folgend, geht dabei der F&E-Kapitalstock als eigenständiger Produktionsfaktor in die Untersuchung ein. Die Schätzwerte der Produktionselastizität des F&E-Kapitals liegen zwischen 0,031 und 0,042. Demnach führt eine Erhöhung des F&E-Kapitals um 1% zu einer Erhöhung des Outputs um 0,031 bis 0,042%. Eine direkte Schätzung der Grenzproduktivität des F&E-Kapitals liefert Werte zwischen 0,2 und 0,3. Aus diesen vergleichsweise niedrigen Werten ergeben sich keine Anhaltspunkte für die Existenz intraindustrieller F&E-Spillover.

Dr. Werner Bönnte

1 Einleitung

Das aus Forschung und Entwicklung (F&E) resultierende technische Wissen ist eine wichtige Determinante wirtschaftlichen Wachstums. Zu diesem Schluss kommt mittlerweile eine Vielzahl theoretischer und empirischer Arbeiten.²⁾ Während für andere Industrieländer die Ergebnisse zahlreicher Studien zu den Produktivitäts- bzw. Wachstumseffekten industrieller Forschung und Entwicklung vorliegen – dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten – steht die empirische Forschung in Deutschland noch am Anfang. In jüngster Zeit wurden für Deutschland die Produktivitätseffekte industrieller F&E von Harhoff³⁾ auf der Unternehmensebene und von Bönnte⁴⁾ auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche untersucht.

Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Produktivitätseffekte von F&E-Aktivitäten ergibt sich aus den Eigenschaften des technischen Wissens. Das durch die F&E eines Unternehmens „produzierte“ technische Wissen steht zum Teil auch anderen Unternehmen kostenlos oder zu einem sehr niedrigen Preis zur Verfügung, da nicht das gesamte technische Wissen geschützt werden kann. Die anderen Unternehmen können dieses Wissen folglich für Produkt- und Prozessinnovation nutzen, ohne hierfür ein Entgelt an den Produzenten entrichten zu müssen.

Die Höhe der F&E-Investitionen der innovativen Unternehmen richtet sich freilich nach den privaten (appropriierbaren) Erträgen und folglich investieren die Unternehmen ceteris paribus aus gesamtwirtschaftlicher Sicht in zu geringem Umfang. Die Existenz solcher F&E-Externalitäten verursacht demnach Marktversagen und der Staat hat die Möglichkeit, durch eine geeignete F&E-Politik die soziale Wohlfahrt zu erhöhen.⁵⁾

Für die Produktivitätsmessung bedeutet die Existenz von F&E-Externalitäten, dass die Grenzproduktivität des Produktionsfaktors F&E auf höheren Aggregationsebenen, wie zum Beispiel auf Branchenebene oder nationaler Ebene, nicht nur die privaten Erträge widerspiegelt, sondern auch die sozialen Erträge. Umgekehrt lassen die gemessenen Produktivitätseffekte des Produktionsfaktors F&E Rückschlüsse auf die Existenz von F&E-Spillover zu: Falls die geschätzten Produktivitätseffekte wegen der internalisierten externen Effekte auf der Branchenebene deutlich höher sind als auf Unternehmensebene, kann dies als Hinweis auf die Existenz von F&E-Spillover zwischen den Unternehmen einer Branche (Industrie), so genannten intraindustriellen F&E-Spillover, gesehen werden.⁶⁾

In diesem Beitrag werden die Produktivitätseffekte industrieller Forschung und Entwicklung für die Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet im Zeitraum von 1980 bis 1993 untersucht. Die Ergebnisse anderer empirischer Untersuchungen deuten

1) Siehe Griliches, Z.: "Issues in Assessing the Contribution of Research and Development to Productivity Growth" in The Bell Journal of Economics, Vol. 10, 1979, S. 92 ff.

2) Siehe z.B. die Überblicksartikel über die Ergebnisse empirischer Studien von Helpman, E.: "R&D and Productivity: The International Connection", NBER Working Paper No. 6101, 1997, Mohnen, P. A.: "The relationship between R&D and productivity growth in Canada and other major industrialized countries", Ottawa 1992 und Nadiri, I. M.: "Innovations and technological spillovers", NBER Working Paper No. 4423, 1993. Zu den theoretischen Arbeiten siehe z.B. Romer, P. M.: "Increasing Returns and Long-Run Growth" in Journal of Political Economy, Vol. 94, 1986, S. 1002 ff., und "Endogenous Technological Change" in Journal of Political Economy, Vol. 98, 1990, part II, S. S71 ff., Jones, C. I./Williams, J. C.: "Too Much of a Good Thing? The Economics of Investment in R&D" in Journal of Economic Growth, Vol. 5, 2000, S. 65 ff.

3) Siehe Harhoff, D.: "R&D and Productivity in German Manufacturing Firms" in Economics of Innovation and New Technology, Vol. 6, 1998, S. 29 ff. und "R&D Spillovers, Technological Proximity, and Productivity Growth - Evidence from German Panel Data" in Schmalenbach Business Review, Vol. 52, 2000, S. 238 ff.

4) Siehe Bönnte, W.: "F&E-Spillover und ihre Auswirkungen auf die Kosten der Produktion", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216/2, 1997, S. 209 ff.

5) Zu den Informationsproblemen einer solchen Politik siehe Pfähler, W./Bönnte, W.: "F&E-Spillover und F&E-Politik. Zur theoretischen und empirischen Fundierung der deutschen F&E-Politik" in Kruse, J./Meyer O. G. (Hrsg.): „Aktuelle Probleme der Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik“, Baden-Baden, 1996, S. 58 ff.

6) Siehe Fußnote 1.

darauf hin, dass die Höhe der geschätzten Produktivitätseffekte in hohem Maße von den Schätzmethoden und der gewählten ökonometrischen Spezifikation abhängt.⁷⁾ Deshalb werden hier verschiedene Ansätze genutzt, um die Robustheit der Ergebnisse hinsichtlich solcher Variationen zu überprüfen.

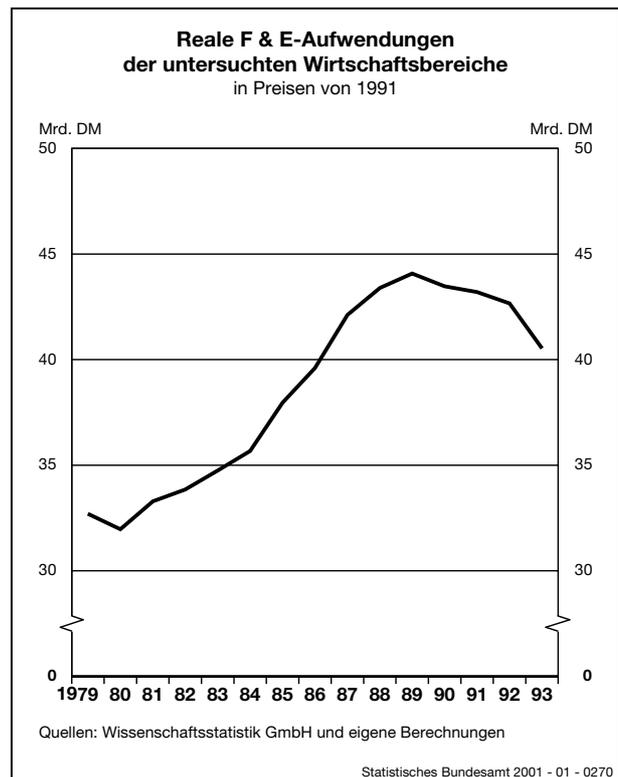
Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Im nächsten Abschnitt wird kurz die Entwicklung der F&E-Aktivitäten in den untersuchten Wirtschaftsbereichen beschrieben sowie das Konzept des F&E-Kapitals vorgestellt. Daran schließt eine Erläuterung der theoretischen Grundlagen an. Die Diskussion der ökonometrischen Spezifikationen sowie der Schätzergebnisse sind Gegenstand der Abschnitte vier bis sechs. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und einigen Anmerkungen.

Die Datenbasis für die vorliegende Untersuchung von 23 Wirtschaftsbereichen bilden hauptsächlich die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18, Reihe S. 19). Die zweite wichtige Datengrundlage sind die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen der Wissenschaftsstatistik GmbH, einer Tochtergesellschaft des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, in denen die F&E-Aktivitäten der Unternehmen erfragt werden.⁸⁾ Der Output der Wirtschaftsbereiche wird gemessen durch den realen Produktionswert, der Vorleistungsinput durch die realen Vorleistungen, der Arbeitsinput durch die geleisteten Arbeitsstunden⁹⁾ und der physische Kapitalinput durch den physischen Kapitalstock (Ausrüstungen und Bauten). Alle „traditionellen“ Inputs sind um F&E korrigiert. Eine ausführliche Beschreibung der Datenquellen und der Konstruktion der Datenbasis (insbesondere der F&E-Daten) findet sich in der diesem Aufsatz zugrunde liegenden Dissertation „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“.

Der Autor dankt der Wissenschaftsstatistik GmbH, einer Tochtergesellschaft des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, für die Bereitstellung der Daten aus Forschung und Entwicklung, insbesondere Frau Christa Revermann, die ihn beim Aufbau der F&E-Datenbasis unterstützt hat.

2 Forschung und Entwicklung in der deutschen Industrie

Die realen F&E-Aufwendungen dienen in diesem Beitrag als Indikator für die F&E-Aktivitäten. Aus dem Schaubild geht die Entwicklung der realen F&E-Aufwendungen in den Jahren von 1979 bis 1993 für die untersuchten Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes hervor.¹⁰⁾ Die realen F&E-Aufwendungen zeigen von Beginn der



80er Jahre bis zum Jahr 1989 einen deutlichen Anstieg von rund 32 Mrd. DM auf 44 Mrd. DM. Nach dem Jahr 1989 ist dagegen ein stetiger Rückgang der realen F&E-Aufwendungen zu verzeichnen.

Die F&E-Aktivitäten tragen zur Erweiterung des Bestandes an technischem Wissen bei. Da sich technisches Wissen über viele Jahre akkumuliert, sind die F&E-Aufwendungen eines Jahres kein geeigneter Indikator für den Stand des technischen Wissens. Deshalb wird in diesem Beitrag – dem Ansatz von Griliches¹¹⁾ folgend – der F&E-Kapitalstock als Indikator für den Stand des technischen Wissens betrachtet. Nach der Perpetual-Inventory-Methode lässt sich der F&E-Kapitalstock (FE) eines Wirtschaftsbereiches (i) zum Zeitpunkt t aus den realen F&E-Aufwendungen (I_{Fi}) der Vorperioden berechnen:

$$FE_{it} = \sum_{\tau=0}^{\infty} (1 - \delta_F) I_{F_{it-\tau}}, \quad (1)$$

wobei δ_F die Abschreibungsrate des F&E-Kapitals bezeichnet. Der F&E-Kapitalstock ist allerdings nur unter bestimmten Annahmen ein geeigneter Indikator für den Stand des technischen Wissens. Insbesondere die fehlende Kenntnis der Abschreibungsrate des F&E-Kapitals und der Lags zwischen Wissensentstehung und den Produktivitätseffekten des Wissenskapitals stellen ein Problem dar.¹²⁾

7) Siehe Mohnen, P. A.: "The relationship between R&D and productivity growth in Canada and other major industrialized countries", Ottawa 1992.

8) Die F&E-Daten wurden auf die Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umgerechnet, wodurch die Kompatibilität der Daten der F&E-Statistik mit den Daten des Statistischen Bundesamtes gewährleistet ist.

9) Für die Berechnung des Arbeitsinputs werden die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veröffentlichten Zahlen der jährlich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen geleisteten Arbeitsstunden genutzt.

10) Ohne Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau, Ledergewerbe und Getränkeherstellung.

11) Siehe Fußnote 1.

12) Siehe hierzu Griliches, Z.: "R&D and Productivity: Econometric Results and Measurement Issues" in Stoneman, P. (Hrsg.): "Handbook of the Economics of Innovation and Technical Change", Oxford 1995 und Bönnte, W.: „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“, Dissertation, Universität Hamburg 1999.

3 Theoretische Grundlagen

Der Output (Y) eines Unternehmens j in dem Wirtschaftsbereich i sei eine Funktion der Inputs Vorleistungen (Z), Arbeit (L), physisches Kapital (K) und F&E-Kapital (FE). Zusätzlich wird exogener technischer Wandel durch den Zeitindex t berücksichtigt. Es wird unterstellt, dass die F&E eines Unternehmens nicht nur den eigenen Wissensstand erweitert, sondern über intraindustrielle F&E-Spillover auch das aggregierte Wissen des entsprechenden Wirtschaftsbereichs. In die Produktionsfunktion eines Unternehmens gehen der F&E-Kapitalstock des betreffenden Unternehmens (FE_i) und der – aus Sicht des Unternehmens – externe (öffentliche) F&E-Kapitalstock des Wirtschaftsbereichs (FE_i) ein:

$$Y_{jit} = F(Z_{jit}, L_{jit}, K_{jit}, FE_{jit}, FE_{it}, t). \quad (2)$$

Es wird vereinfachend angenommen, dass FE_{it} der Summe der F&E-Kapitalstöcke aller Unternehmen des Wirtschaftsbereichs i entspricht ($FE_i = \sum_j FE_{ji}$). Damit wird implizit ein vollständiger Spillover unterstellt, sodass das aggregierte F&E-Kapital ein öffentliches Gut darstellt.¹³⁾

Es wird eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion angenommen. Liegt Hicks-neutraler technischer Fortschritt vor, lässt sich die Produktionsfunktion eines Unternehmens wie folgt beschreiben:

$$Y_{jit} = A_j e^{\lambda t} Z_{jit}^{\beta_Z} L_{jit}^{\beta_L} K_{jit}^{\beta_K} FE_{jit}^{\beta_F} FE_{it}^{\beta_S}, \quad (3)$$

wobei β_Z , β_L , β_K und β_F die partiellen Outputelastizitäten der Kapital-, Arbeits-, Vorleistungs- und der privaten F&E-Inputs bezeichnen. Der Produktivitätseffekt intraindustrieller Spillover wird durch β_S erfasst. Liegen konstante Skalenerträge in den privaten Produktionsfaktoren vor, dann ist die Summe ihrer partiellen Produktionselastizitäten gleich eins ($1 = \beta_Z + \beta_L + \beta_K + \beta_F$). Falls alle Unternehmen des Wirtschaftsbereichs i Gewinnmaximierer sind und auf Produkt- und Faktormärkten vollkommener Wettbewerb herrscht, das heißt alle Unternehmen zahlen die gleichen relativen Faktorpreise, dann lassen sich die Faktoreinsatzverhältnisse von F&E-Kapital zu den traditionellen Inputs (V), dies sind die Vorleistungs-, Arbeits- und physischen Kapitalinputs, wie folgt darstellen:¹⁴⁾

$$\frac{FE_{jit}}{V_{jit}} = \frac{\beta_F}{\beta_V} \frac{q_{V_{jit}}}{q_{FE_{jit}}} = \chi_{it}, \quad (4)$$

wobei $q_{FE_{it}}$ den Faktorpreis des F&E-Kapitals bezeichnet und $q_{V_{it}}$ den Faktorpreis der traditionellen Inputs. Die Produktionselastizität der traditionellen Inputs wird durch ($\beta_V = 1 - \beta_F$) repräsentiert. Das Faktoreinsatzverhältnis ist in diesem Fall für alle Unternehmen gleich. Die ag-

gregierte Produktionsfunktion eines Wirtschaftsbereichs (i) lässt sich wie folgt beschreiben:¹⁵⁾

$$Y_{it} = \sum_j Y_{jit} = \sum_j V_{jit} \left(\frac{FE_{jit}}{V_{jit}} \right)^{\beta_F} FE_{it}^{\beta_S} \\ = \chi_{it}^{\beta_F} FE_{it}^{\beta_S} \sum_j V_{jit}, \quad (5)$$

$$Y_{it} = \left(\frac{FE_{it}}{V_{it}} \right)^{\beta_F} FE_{it}^{\beta_S} V_{it} = V_{it}^{(1-\beta_F)} FE_{it}^{(\beta_F + \beta_S)}.$$

Auf Grund dieser Überlegungen lässt sich die Cobb-Douglas-Produktionsfunktion eines Wirtschaftsbereichs i wie folgt beschreiben:

$$Y_{it} = A_i e^{\lambda t} Z_{it}^{\beta_Z} L_{it}^{\beta_L} K_{it}^{\beta_K} FE_{it}^{(\beta_F + \beta_S)}. \quad (6)$$

Falls (positive) intraindustrielle F&E-Spillover vorliegen, ist die Produktionselastizität des F&E-Kapitals des Wirtschaftsbereichs höher als die der einzelnen Unternehmen des entsprechenden Wirtschaftsbereichs ($\beta_F + \beta_S > \beta_F$). Die ökonomischen Schätzgleichungen des nächsten Abschnitts basieren auf der Gleichung (6).

Die Totale Faktorproduktivität (TFP) ist für die Cobb-Douglas-Produktionsfunktion [Gleichung (6)] und unter Vernachlässigung externer Effekte ($\beta_S = 0$) wie folgt definiert:

$$TFP_{it} = \frac{Y_{it}}{Z_{it}^{\beta_Z} L_{it}^{\beta_L} K_{it}^{\beta_K} FE_{it}^{\beta_F}}. \quad (7)$$

Durch Einsetzen der Gleichung (7) in die Gleichung (6) ergibt sich die Totale Faktorproduktivität, die nur eine Funktion der Zeit bzw. des exogenen technischen Wandels ist:

$$TFP_{it} = A_i e^{\lambda t}. \quad (8)$$

Falls Grenzproduktivitäten und Einsatzmengen der Produktionsfaktoren bekannt sind, können TFP-Indizes der Wirtschaftsbereiche berechnet werden. Für die Indexberechnung wird in der Regel angenommen, dass die Bedingungen erster Ordnung für ein langfristiges Produktionsgleichgewicht erfüllt sind.¹⁶⁾ Diese besagen, dass für linearhomogene Produktionsfunktionen die partiellen Outputelastizitäten (β_X) der Produktionsfaktoren den jeweiligen Erlösanteilen (θ_X) entsprechen:

$$\beta_X = \theta_X = (q_X X) / (P_Y Y), \quad X = Z, L, K, FE, \quad (9)$$

wobei P_Y den Outputpreis und q_X die nominalen Faktorpreise bezeichnen. Die nominalen Faktorpreise ent-

13) Auf die Implikationen, welche sich daraus für die Bereitstellung des technischen Wissens ergeben, soll hier nicht eingegangen werden.

14) Siehe Griliches, Z.: "R&D and Productivity: Econometric Results and Measurement Issues" in Stoneman, P. (Hrsg.): "Handbook of the Economics of Innovation and Technical Change", Oxford 1995, S. 64.

15) Der Effizienzparameter und der exogene technische Wandel werden aus Gründen der Übersichtlichkeit vernachlässigt.

16) Siehe z.B. Jorgenson, D. W./Gollop, F./Fraumeni, B.: "Productivity and U.S. Economic Growth", Amsterdam, Oxford 1987.

sprechen dabei dem Wertgrenzprodukt der Inputs. Die Erlösanteile und Produktionselastizitäten weichen jedoch voneinander ab ($\beta_x \neq \theta_x$), falls die Annahme eines langfristigen Produktionsgleichgewichts verletzt ist. Ist beispielsweise die Anpassung des F&E-Kapitals an exogene Schocks mit Kosten verbunden, entspricht der Schattenpreis des F&E-Kapitals nicht dessen Faktorpreis (Nutzungskosten). Es liegt ein kurzfristiges Produktionsgleichgewicht vor.¹⁷⁾ Die *gemessene* TFP eines Wirtschaftsbereichs i ist dann eine Funktion seines F&E-Kapitals:¹⁸⁾

$$TFP_{it} = A_i e^{\lambda t} FE_{it}^{(\beta_F - \theta_F)}, \quad (10)$$

wobei θ_F den *gemessenen* Erlösanteil des F&E-Kapitals bezeichnet: $\theta_F = (q_F FE)/(P_Y Y)$. Weist das F&E-Kapital externe Effekte auf, dann stimmen Schattenpreis und Faktorpreis ebenfalls nicht mehr überein: $\partial Y / \partial FE = (\beta_F + \beta_S)(Y/FE) \neq q_F / P_Y$. Die *gemessene* TFP entspricht dann folgendem Ausdruck:

$$TFP_{it} = A_i e^{\lambda t} FE_{it}^{(\beta_F - \theta_F + \beta_S)}. \quad (11)$$

Falls $\beta_F = \theta_F$ gilt, so verbleibt als Exponent des F&E-Kapitals lediglich der Parameter β_S . In diesem Fall kommen in dem geschätzten Koeffizienten des F&E-Kapitals, der sich aus der Regression der TFP auf das F&E-Kapital ergibt, die sozialen Erträge des F&E-Kapitals zum Ausdruck.

Wenn die traditionellen Inputs und deren Erlösanteile nicht um die F&E-Anteile korrigiert werden, dann tritt zusätzlich das Problem der Doppelzählung der F&E-Inputs auf.¹⁹⁾ Der geschätzte Koeffizient des F&E-Kapitals wird dann häufig als „excess returns“ des F&E-Kapitals interpretiert. Diese „excess returns“ bezeichnen diejenigen Erträge des F&E-Kapitals, die über die „normalen“ Faktorpreise der traditionellen Faktoren hinausgehen.²⁰⁾ Für die vorliegende Untersuchung stellt sich dieses Problem jedoch nicht, da die traditionellen Inputs bzw. die TFP-Indizes der Wirtschaftsbereiche um F&E korrigiert sind.

4 Schätzung einer Produktionsfunktion

Die Gleichung (6) lässt sich in logarithmischer Form und unter Berücksichtigung eines Störterms u_{it} wie folgt schreiben:²¹⁾

$$\ln Y_{it} = \mu + \lambda t + \beta_Z \ln Z_{it} + \beta_L \ln L_{it} + \beta_K \ln K_{it-1} + \beta_{FE} \ln FE_{it-1} + u_{it}, \quad (12)$$

wobei der Parameter β_{FE} die partielle Produktionselastizität des F&E-Kapitals bezeichnet, die sich aus den privaten Produktivitätseffekten des F&E-Kapitals und den Produktivitätseffekten intraindustrieller Spillover ergibt ($\beta_{FE} = \beta_F + \beta_S$). Eine einfache Umformung der Gleichung (12) ermöglicht einen direkten Test der Hypothese, dass die geschätzte Produktionsfunktion konstante Skalenerträge aufweist. Hierfür wird auf beiden Seiten der Gleichung der Faktor Arbeit subtrahiert. Die abhängige Variable ist dann die logarithmierte durchschnittliche Arbeitsproduktivität:

$$\ln Y_{it} - \ln L_{it} = \mu + \lambda t + \beta_Z (\ln Z_{it} - \ln L_{it}) + (\kappa - 1) \ln L_{it} + \beta_K (\ln K_{it-1} - \ln L_{it}) + \beta_{FE} (\ln FE_{it-1} - \ln L_{it}) + u_{it}, \quad (13)$$

wobei $\kappa = \beta_Z + \beta_L + \beta_K + \beta_{FE}$. Folglich misst $(\kappa - 1)$ die Abweichung von einer Skaleneinheit mit dem Wert eins. Ist der geschätzte Koeffizient signifikant von null verschieden, dann kann die Hypothese konstanter Skalenerträge abgelehnt werden.

Da die Gleichung mit den gepoolten Daten der untersuchten Wirtschaftsbereiche geschätzt wird, muss die Heterogenität der Wirtschaftsbereiche berücksichtigt werden. Die spezifischen Effekte der einzelnen Wirtschaftsbereiche μ_i , die nicht beobachtet werden können, werden als ein Teil des Störterms u_{it} modelliert: $u_{it} = \mu_i + \varepsilon_{it}$.²²⁾ Für die Störgröße ε_{it} werden die üblichen Standardannahmen getroffen: $\varepsilon_{it} \sim i.i.d.(0, \sigma_\varepsilon^2)$. Falls keine branchenspezifischen Effekte vorliegen, das heißt $\mu_1 = \mu_2 = \dots = \mu_N = 0$, können die Parameter der Produktionsfunktion konsistent unter Verwendung der OLS-Methode geschätzt werden.²³⁾ Sind die branchenspezifischen Effekte μ_i hingegen fixe Parameter, dann sind die Regressoren und der Störterm u_{it} nicht unabhängig. Der OLS-Schätzer ist in diesem Fall verzerrt. Allerdings kann die Gleichung als LSDV-*(least squares dummy variable)* Modell bzw. *fixed-effects*-Modell (FE-Modell) unter Verwendung der OLS-Methode geschätzt werden. Die durch Fehlspezifikationen verursachte Störgröße bzw. alle nicht durch das Modell erfassten branchenspezifischen Charakteristika (μ_i) werden als zeitlich fix angenommen. Sind die branchenspezifischen Effekte hingegen zufällig, können auch für μ_i die Standardannahmen getroffen werden: $\mu_i \sim i.i.d.(0, \sigma_\mu^2)$, wobei μ_i und ε_i unabhängig sind. Die Regressoren sind in diesem Fall unabhängig von μ_i und ε_i . Das *random-effects*-Modell (RE-Modell) kann mit Hilfe

17) Siehe hierzu Berndt, E. R./Fuss, M. A.: "Productivity Measurement with Adjustments for Variations in Capacity Utilization and Other Forms of Temporary Equilibrium" in Journal of Econometrics, Vol. 33, 1986, S. 7 ff.

18) Es wird unterstellt, dass für die traditionellen Inputs die notwendigen Bedingungen für die korrekte Berechnung der TFP erfüllt sind.

19) Schankerman hat auf dieses Problem hingewiesen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass der Beitrag der F&E wegen der Doppelzählung deutlich unterschätzt wird. Siehe Schankerman, M.: "The effects of double-counting and expensing on the measured returns to R&D" in The Review of Economics and Statistics, Vol. 63, 1981, No. 3, S. 454 ff.

20) Siehe hierzu Schankerman, M.: "The effects of double-counting and expensing on the measured returns to R&D" in The Review of Economics and Statistics, Vol. 63, 1981, No. 3, S. 454 ff. und Cuneo, P./Mairesse, J.: "Productivity and R&D at the Firm Level in French Manufacturing" in Griliches, Z. (Hrsg.): "R&D, Patents and Productivity", Chicago 1984.

21) Die physischen und die F&E-Kapitalstöcke gehen um eine Periode verzögert in die Schätzung ein. Der F&E-Kapitalstock wird anhand der realen internen F&E-Aufwendungen und mit einer Abschreibungsrate von 15% berechnet. Üblicherweise werden in empirischen Studien Abschreibungsraten zwischen 10 und 25% angenommen.

22) Siehe Baltagi, B. H.: "Econometric Analysis of Panel Data", New York 1995, S. 9 ff.

23) Die Parameter einer Produktionsfunktion lassen sich konsistent mit Hilfe der OLS-Methode schätzen, wenn die Störgröße nur zufällige Einflüsse reflektiert. Siehe hierzu Zellner, A./Kmenta, J./Drèze, J.: "Specification and Estimation of Cobb-Douglas Production Function Models" in Econometrica, Vol. 34, 1966, S. 784 ff.

der GLS-Methode geschätzt werden. Bei Vorliegen fixer Effekte, das heißt bei Korrelation der Regressoren mit dem Störterm, ist der OLS-Schätzer des Dummy-Modells konsistent, und der GLS-Schätzer ist verzerrt. Im Fall stochastischer Effekte sind beide Schätzer konsistent, allerdings ist der GLS-Schätzer auch effizient.

Bisher wurde unterstellt, dass die Leistungsabgabe der Produktionsfaktoren proportional zu ihrem Einsatz ist. Dies impliziert eine sofortige Anpassung der Faktoreinsätze an exogene Schocks. Da diese Annahme wenig realistisch ist, wird in die Schätzgleichung zusätzlich eine Variable (cu) aufgenommen, welche die branchenspezifischen Auslastungsschwankungen repräsentiert.²⁴⁾ Als Indikator für die Auslastungsschwankungen dienen die Auslastungsgrade, welche vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für einzelne Wirtschaftsbereiche ausgewiesen werden.²⁵⁾ Es wird angenommen, dass diese Größe die Auslastungsschwankungen hinreichend kontrolliert.²⁶⁾

Die Schätzergebnisse für die Gleichung (12), die auf den Daten von 23 Wirtschaftsbereichen beruhen, gibt Tabelle 1 wieder.²⁷⁾ In der ersten Spalte sind die Ergebnisse der einfachen OLS-Schätzung ohne Berücksichtigung branchenspezifischer Effekte dargestellt. Die geschätzten

Koeffizienten der Inputs weisen plausible Werte auf und sind statistisch signifikant. Die Hypothese, dass keine branchenspezifischen Effekte vorliegen, lässt sich durch einen einfachen F-Test überprüfen. Die Nullhypothese wird deutlich abgelehnt (siehe Tabelle 1). Die geschätzten Koeffizienten der Inputs Vorleistungen, Arbeit und physisches Kapital sind sowohl beim FE-Modell als auch beim RE-Modell mindestens auf einem Signifikanzniveau von 5% von null verschieden. Der Auslastungsgrad hat für das FE- und das RE-Modell einen signifikanten positiven Einfluss. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch für den geschätzten Koeffizienten des F&E-Kapitals. Im FE-Modell ist er negativ und statistisch nicht signifikant. Der Hausman-Test spricht jedoch nicht gegen das RE-Modell. Das RE-Modell wird deshalb als das relevante Modell betrachtet. Der anhand des RE-Modells geschätzte Koeffizient des F&E-Kapitals ist positiv und signifikant von null verschieden. Der geschätzte Wert impliziert eine partielle Produktionselastizität des F&E-Kapitals in Höhe von 0,031, das heißt eine Erhöhung des F&E-Kapitals um 1% erhöht den realen Produktionswert um 0,031%.

In den Spalten 4 und 5 der Tabelle 1 sind die Ergebnisse der Between-Schätzung der Gleichung (13) aufgeführt. Die Between-Schätzung entspricht der OLS-Schätzung unter Verwendung der Mittelwerte (über die Zeit) der

Tabelle 1: Ergebnisse der Schätzung der Produktionsfunktion mit den Daten von 23 Wirtschaftsbereichen

Parameter	Abhängige Variable				
	Ln Y	ln Y	ln Y	ln (Y/L)	ln (Y/L)
	OLS	FE-Modell	RE-Modell	Between	Between
	1	2	3	4	5
β_Z	0,547** (36,1)	0,467** (10,77)	0,515** (16,97)	0,549** (10,63)	0,573** (14,60)
β_L	0,322** (28,23)	0,441** (7,90)	0,353** (13,06)	-	-
β_K	0,107** (8,18)	0,086* (2,09)	0,122** (4,67)	0,107** (2,39)	0,085* (2,56)
β_{FE}	0,038** (12,66)	-0,001 (-0,11)	0,031** (4,39)	0,038** (3,8)	0,042** (4,85)
λ	0,005** (6,22)	0,010** (5,23)	0,006** (5,97)	-	-
μ	-11,66** (6,51)		-13,84** (-6,16)	2,09 (2,06)	2,14 (2,14)
cu	0,060 (1,28)	0,143** (2,77)	0,140** (3,13)	-0,029 (-0,12)	-0,047 (-0,21)
$(\kappa-1)$				0,012 (0,75)	-
R^2_{koriert}	0,997	0,999	0,999	0,965	0,965
Standardfehler	[0,056]	[0,036]	[0,038]	[0,049]	[0,049]
F-Test	$H_0: \mu_i = 0$	$H_1: \mu_i \neq 0$	F(23,293) = 19,9**		
Hausman-Test	$H_0: RE$	$H_1: FE$	$\chi^2(5) = 7,92$		

Anmerkungen: Signifikanzniveau für die Ablehnung der Nullhypothese: * = 5%, ** = 1%. Die Zahlen in den runden Klammern sind die t-Werte. Die Zahlen in eckigen Klammern sind die Standardfehler der Regression. Zahl der Wirtschaftsbereiche: 23. Zahl der Beobachtungen: 322. Die F&E-Kapitalstöcke wurden mit einer Abschreibungsrate von 15% berechnet.

24) Eine andere Möglichkeit, Auslastungsschwankungen zu berücksichtigen, ist die Berücksichtigung fixer Zeiteffekte. Eine Trennung zwischen den Effekten des exogenen technischen Wandels und Auslastungsschwankungen ist bei dieser Vorgehensweise nicht mehr möglich.

25) Diese beruhen auf subjektiven Einschätzungen der Unternehmen. Siehe hierzu Oppenländer, K. H./Poser, G., Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): „Handbuch der IFO-Umfragen: 40 Jahre Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts“, Berlin; München 1989, S. 135.

26) Im Rahmen dieses einfachen produktionstheoretischen Ansatzes ist die Implementierung eines theoretisch fundierten Auslastungskonzepts nicht möglich.

27) Einige Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes wurden wegen fehlender oder problembehafteter Daten von der Analyse ausgeschlossen. Siehe hierzu Bönnte, W.: „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“, Dissertation, Universität Hamburg 1999.

Variablen der einzelnen Wirtschaftsbereiche.²⁸⁾ Hierdurch wird der Querschnittscharakter der Daten betont. Die Ergebnisse von Between-Schätzungen spiegeln eher langfristige Zusammenhänge wider.²⁹⁾ Mit einem Wert von 0,038 liefert die Between-Schätzung einen etwas höheren Schätzer für die Produktionselastizität des F&E-Kapitals und einen etwas niedrigeren für die des physischen Kapitals als die Schätzung des RE-Modells. Der geschätzte Koeffizient, der die Abweichung von den konstanten Skalenerträgen misst, weist einen niedrigen Wert auf und ist statistisch nicht signifikant von null verschieden.³⁰⁾ Der Koeffizient der branchenspezifischen Auslastungsgrade ist ebenfalls statistisch nicht signifikant von null verschieden. Da zu erwarten ist, dass sich die Auslastungsschwankungen längerfristig ausgleichen und somit keinen Einfluss haben, entspricht dieses Ergebnis den Erwartungen. In Spalte 5 der Tabelle 1 sind die Ergebnisse der Between-Schätzung angegeben, die sich unter der Annahme konstanter Skalenerträge ergeben. Die geschätzte Produktionselastizität des F&E-Kapitals liegt mit einem Wert von 0,042 etwas über derjenigen, welche sich für die Between-Schätzung ohne diese Restriktion ergibt.

5 Schätzung eines Fehlerkorrekturmodells

Die in dieser Untersuchung verwendeten Daten weisen in den meisten Fällen einen Trend auf. Die übliche Interpretation der Schätzergebnisse und Teststatistiken ist nicht ohne weiteres zulässig, falls die Zeitreihen nichtstationär sind.³¹⁾ Der Nachteil der Verwendung nichtstationärer Daten besteht darin, dass bei der traditionellen Interpretation der t-Werte fälschlicherweise die Nullhypothese abgelehnt wird, obwohl sie richtig ist. Dieses Problem ist zwar insbesondere für reine Zeitreihenanalysen relevant, jedoch zeigen neuere Studien, dass auch Panelanalysen von diesem Problem betroffen sein können.³²⁾ Es können dennoch langfristige Gleichgewichtsbeziehungen bestimmt werden, wenn die verwendeten Variablen vom gleichen Grade integriert sind. Falls eine Linearkombination von nichtstationären Variablen stationär ist, dann sind diese kointegriert. Stock³³⁾ zeigt, dass die Schätzer der statischen Regression dann superkonsistent sind, das heißt sie konvergieren schneller gegen die wahren Parameter als dies bei stationären Daten der Fall ist.³⁴⁾ Tests auf die Stationarität der einzelnen Zeitreihen werden in diesem Beitrag nicht ausgewiesen.

Es wird hier ein Modell geschätzt, welches die gleichzeitige Schätzung von kurz- und langfristigen Produktionselastizitäten erlaubt.³⁵⁾ Hierfür wird zunächst ein autoregressives distributed lag-Modell mit einer Verzögerung von einer Periode unterstellt:

$$\ln Y_{it} = \alpha_0 + \alpha_1 \ln Y_{t-1} + \beta_{Z0} \ln Z_{it} + \beta_{Z1} \ln Z_{it-1} + \beta_{L0} \ln L_{it} + \beta_{L1} \ln L_{it-1} + \beta_{K0} \ln K_{it-1} + \beta_{K1} \ln K_{it-2} + \beta_{FE0} \ln FE_{it-1} + \beta_{FE1} \ln FE_{it-2} + \beta_t^* t + u_{it} \quad (14)$$

Durch Erweitern der Gleichung (14) mit $(\beta_{X0} + \beta_{X1}) \ln X_{it-1} - (\beta_{X0} + \beta_{X1}) \ln X_{it-1}$, ($X = Z, L, K, FE$) und Subtrahieren von $\ln Y_{it-1}$ auf beiden Seiten der Gleichung ergibt sich folgendes Fehlerkorrekturmodell:

$$\Delta_1 \ln Y_{it} = \alpha_0 + (\alpha_1 - 1) [\ln Y_{t-1} + \tilde{\beta}_Z \ln Z_{it-1} + \tilde{\beta}_L \ln L_{it-1} + \tilde{\beta}_K \ln K_{it-2} + \tilde{\beta}_{FE} \ln FE_{it-2} + \tilde{\beta}_t^* t] + \beta_{Z0} \Delta_1 \ln Z_{it} + \beta_{L0} \Delta_1 \ln L_{it} + \beta_{K0} \Delta_1 \ln K_{it-1} + \beta_{FE0} \Delta_1 \ln FE_{it-1} + u_{it} \quad (15)$$

wobei die Parameter $\tilde{\beta}_X$ ($\tilde{\beta}_X = (\beta_{X0} + \beta_{X1}) / (1 - \alpha_1)$) die langfristigen Produktionselastizitäten bezeichnen und $\tilde{\beta}_t = \beta_t / (1 - \alpha_1)$ für den exogenen technischen Wandel steht. Die Parameter der differenzierten Variablen β_{X0} stehen für die kurzfristigen Produktionselastizitäten. Der Ausdruck in eckigen Klammern entspricht den Abweichungen vom Gleichgewicht in der Vorperiode. Falls $0 < \alpha_1 < 1$, dann werden diese Abweichungen mit dem Fehlerkorrekturparameter $(\alpha_1 - 1)$ korrigiert.³⁶⁾ Es wird angenommen, dass $\ln Y$ integriert ist vom Grade 1. Falls dieses so ist, dann ist $\Delta \ln Y$ stationär.³⁷⁾ Demzufolge müssen auch alle Variablen auf der rechten Seite der Gleichung (15) stationär sein, was wiederum nur gegeben ist, wenn der Ausdruck in den eckigen Klammern eine Kointegrationsbeziehung darstellt.³⁸⁾ Durch Ausmultiplizieren der Klammer ergibt sich die folgende Schätzgleichung:

$$\Delta_1 \ln Y_{it} = \alpha_0 + \varphi_0 \ln Y_{t-1} + \varphi_Z \ln Z_{it-1} + \varphi_L \ln L_{it-1} + \varphi_K \ln K_{it-2} + \varphi_{FE} \ln FE_{it-2} + \varphi_t^* t + \beta_{Z0} \Delta_1 \ln Z_{it} + \beta_{L0} \Delta_1 \ln L_{it} + \beta_{K0} \Delta_1 \ln K_{it-1} + \beta_{FE0} \Delta_1 \ln FE_{it-1} + u_{it} \quad (16)$$

Bei Nichtkointegration sollte der Fehlerkorrekturparameter gleich bzw. nahe null sein: $\varphi_0 \approx 0$. Kremers und andere³⁹⁾ schlagen vor, anhand des t-Wertes auf Kointe-

28) Aus der Between-Schätzung ergeben sich konsistente Schätzer für die Parameter der Produktionsfunktion, wenn die Nullhypothese des Hausman-Tests nicht verworfen werden kann.

29) Siehe Baltagi, B. H./Griffin J. M.: "Short and long run effects in pooled models" in International Economic Review, Vol. 25, 1984, S. 631 ff. und Baltagi, B. H.: "Econometric Analysis of Panel Data", New York 1995, S. 193 f.

30) Die Ergebnisse der GLS-Schätzung der Gleichung (13) werden nicht ausgewiesen, da die geschätzten partiellen Produktionselastizitäten identisch mit denen der Spalte 3 sind. Der geschätzte Koeffizient, der die Abweichung von den konstanten Skalenerträgen repräsentiert, deutet auf leicht steigende Skalenerträge hin. Er ist jedoch lediglich auf einem Signifikanzniveau von 5% von 0 verschieden.

31) Nelson, C. R./Plosser, C. I.: "Trends and Random Walks in Macroeconomic Time Series" in Journal of Monetary Economics, Vol. 10, 1982, S. 139 ff. zeigen anhand von Zeitreihen der VGR (US-Daten), dass für viele ökonomische Zeitreihen die Nullhypothese eines I(1)-Prozesses nicht abgelehnt werden kann.

32) Siehe z.B. Entorf, H.: "Random walks with drifts: Nonsense regression and spurious fixed-effect estimation" in Journal of Econometrics, Vol. 80, 1997, S. 287 ff.

33) Siehe Stock, J. H.: "Asymptotic Properties of Least Squares Estimators of Cointegrating Vectors" in Econometrica, Vol. 55, 1987, S. 1035 ff.

34) Für kleine Stichproben können die Schätzer verzerrt sein.

35) Schroer, G./Stahlecker, P.: "Zur Schätzung einer makroökonomischen Produktionsfunktion für die Bundesrepublik Deutschland", Beiträge aus dem Institut für Statistik und Ökonometrie der Universität Hamburg, 1/1995, wählen eine ähnliche Vorgehensweise zur Schätzung einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion.

36) Siehe hierzu Hansen, G.: „Quantitative Wirtschaftsforschung“, München 1993, S. 133 f.

37) Für die Wachstumsraten des Outputs ist die Annahme der Stationarität plausibel. Siehe hierzu Banerjee, A./Dolado, J. J./Galbraith, J. W./Hendry, D. F.: "Co-Integration, Error-Correction, and the Econometric Analysis of Nonstationary Data", Oxford 1993, S. 29.

38) Das Modell ist korrekt spezifiziert, wenn eine Kointegrationsbeziehung zwischen den I(1)-Variablen vorliegt. Dies ergibt sich aus dem Repräsentationstheorem von Engle, R. F./Granger, C. W. J.: "Co-Integration and Error Correction: Representation, Estimation, and Testing" in Econometrica, Vol. 55, 1987, S. 255 ff.

39) Siehe Kremers, J. J. M./Ericsson, N. R./Dolado, J. J.: "The Power of Cointegration Tests" in Oxford Bulletin of Economics and Statistics, Vol. 54, 1992, No. 3, S. 325 ff.

gration zu testen ($H_0: \varphi_0 = 0$ gegen $H_1: \varphi_0 < 0$). Ist der Koeffizient φ_0 statistisch signifikant und negativ, so kann Kointegration angenommen werden. Aus der OLS-Schätzung ergeben sich folgende Koeffizienten und t-Werte (in Klammern):⁴⁰⁾

$$\begin{aligned} \Delta_1 \ln \hat{Y}_{it} = & 1,021 - 0,115 \ln Y_{t-1} + 0,074 \ln Z_{it-1} + 0,021 \ln L_{it-1} \\ & (1,07) \quad (-5,46) \quad (5,79) \quad (2,65) \\ & + 0,015 \ln K_{it-2} + 0,0035 \ln FE_{it-2} \\ & (2,52) \quad (2,73) \\ & - 0,0005t + 0,649 \ln Z_{it} \quad (17) \\ & (-1,05) \quad (17,95) \\ & + 0,312 \Delta_1 \ln L_{it} + 0,099 \Delta_1 \ln K_{it-1} \\ & (6,33) \quad (1,65) \\ & + 0,049 \Delta_1 \ln FE_{it-1} \\ & (1,89) \end{aligned}$$

$R^2_{(\text{korrigiert})} = 0,87$; Standardfehler = 0,019; Anzahl der Beobachtungen: 299.

Bei dem Fehlerkorrekturmodell handelt es sich lediglich um eine Reparameterisierung der Produktionsfunktion, sodass branchenspezifische fixe Effekte vorliegen können. Die Nullhypothese, dass keine branchenspezifischen Effekte vorliegen, wird mit Hilfe eines F-Tests überprüft. Der Test zeigt, dass die Nullhypothese nicht verworfen werden kann.⁴¹⁾ Die Schätzung im Rahmen eines RE-Modells führt zu ähnlichen Ergebnissen wie die OLS-Schätzung.⁴²⁾ Die geschätzten Koeffizienten der Niveauvariablen sind mit Ausnahme des Zeitindex signifikant von null verschieden. Der t-Wert des geschätzten Koeffizienten $\hat{\varphi}_0$ beträgt (-5,46) und führt zu einer Ablehnung von H_0 .⁴³⁾ Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Cobb-Douglas Produktionsfunktion eine Langfrist- bzw. Kointegrationsbeziehung darstellt. Die langfristigen Produktionselastizitäten lassen sich aus den Schätzergebnissen berechnen ($\hat{\beta}_X = -\varphi_X / \varphi_0$):

$$\begin{aligned} \ln Y = & 0,644 \ln Z + 0,185 \ln L \\ & + 0,132 \ln K + 0,031 \ln FE. \quad (18) \end{aligned}$$

Die Höhe der langfristigen Produktionselastizitäten des physischen und des F&E-Kapitals liegen danach in ähnlicher Höhe wie die Schätzwerte des RE-Modells und der Between-Schätzung. Größere Abweichungen ergeben sich für die Produktionselastizitäten der Vorleistungen und für den Faktor Arbeit. Die Elastizität des Faktors Arbeit ist deutlich niedriger und die des Faktors Vorleistungen deutlich höher. Die Summe der langfristigen partiellen Produktionselastizitäten (0,99) deutet auf konstante Skalenerträge hin.

Die geschätzten Koeffizienten der differenzierten Variablen können als die kurzfristigen Produktionselastizitäten interpretiert werden. Nur für die Vorleistungen und für den Faktor Arbeit sind diese signifikant von null verschieden. Das F&E-Kapital und das physische Kapital haben den Ergebnissen der Schätzung zufolge keine kurzfristigen Effekte auf den Output.

Die Ergebnisse sind allerdings unter einem Vorbehalt zu interpretieren. Pesaran und Smith⁴⁴⁾ weisen darauf hin, dass die Schätzung dynamischer Modelle mit gepoolten Daten zu inkonsistenten Schätzergebnissen führen kann, wenn sich die Koeffizienten der untersuchten Gruppen unterscheiden. Allerdings weisen Pesaran und Smith auch darauf hin, dass mit der Between-Schätzung auch bei integrierten Variablen eine konsistente Schätzung der langfristigen Effekte möglich ist.⁴⁵⁾

6 Empirische Evidenz für „übernormale“ Ertragsraten des F&E-Kapitals

Aus den theoretischen Überlegungen des dritten Abschnitts folgt, dass die bisher diskutierten Schätzergebnisse die privaten und externen Produktivitätseffekte des F&E-Kapitals widerspiegeln. Die Gleichung (11) eröffnet die Möglichkeit, die „sozialen“ Erträge des F&E-Kapitals zu quantifizieren, wenn $\beta_F = \theta_F$ gilt. Diese Gleichung lässt sich in logarithmischer Form wie folgt schreiben:

$$\ln TFP_{it} = \mu + \lambda t + \beta_{FES} \ln FE_{it-1} + u_{it}. \quad (19)$$

Der Koeffizient β_{FES} repräsentiert nicht mehr die gesamten Erträge des F&E-Kapitals, sondern dessen „übernormale“ Erträge ($\beta_{FES} = \beta_F - \theta_F + \beta_S$), da die „normalen“ Erträge schon in der gemessenen TFP berücksichtigt sind.⁴⁶⁾

Bisher wurde unterstellt, dass die Produktionselastizität des F&E-Kapitals, welche die „übernormalen“ Erträge widerspiegelt, über die Zeit konstant ist ($(\partial Y_{it} / \partial FE_{it})(FE_{it} / Y_{it}) = \text{const}$). Daraus ergibt sich eine im Zeitablauf variiierende Grenzproduktivität ($\rho_{S,it}$). Für die Schätzung der Produktionsfunktion wird zusätzlich unterstellt, dass die Produktionselastizitäten des F&E-Kapitals für alle Wirtschaftsbereiche identisch sind. Diese Annahme wird im Folgenden durch die Annahme einer über die Zeit konstanten und für alle Wirtschaftsbereiche identischen sozialen (bzw. übernormalen) Grenzproduktivität des F&E-

40) Die berechneten t-Werte beruhen auf Heteroskedastie-robusten Standardfehlern. Siehe White, H.: „A Heteroscedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and a Direct Test for Heteroscedasticity“ in *Econometrica*, Vol. 48, 1980, S. 817 ff.

41) Die F-Statistik liegt mit $F(22,266)=1,22$ bei einem Signifikanzniveau von 5% deutlich unter dem kritischen Wert von 1,55.

42) Auf eine Darstellung wird deshalb verzichtet.

43) Unter H_0 liegen die kritischen Werte der Verteilung der t-Statistik des geschätzten Koeffizienten $\hat{\varphi}_0$ über der Standardnormalverteilung. Als Approximation lässt sich jedoch die Standardnormalverteilung anwenden. Siehe Hansen, G.: „Quantitative Wirtschaftsforschung“, München 1993, S. 148.

44) Siehe Pesaran, M. H./ Smith, R.: „Estimating Long-Run Relationships from Dynamic Heterogenous Panels“ in *Journal of Econometrics*, Vol. 68, 1995, S. 79 ff.

45) Pesaran und Smith (siehe Fußnote 44) schlagen vor, für die Between-Schätzung Heteroskedastie-robuste Standardfehler auszuweisen, da die traditionellen Standardfehler nicht valide seien. Zwar sind in Tabelle 1 die traditionellen t-Werte ausgewiesen, jedoch zeigt die Berechnung robuster Standardfehler, dass der geschätzte Koeffizient des F&E-Kapitals auch in diesem Fall auf einem Signifikanzniveau von einem Prozent von null verschieden ist.

46) Für eine detaillierte Beschreibung der Berechnung der um F&E korrigierten TFP siehe Bönte, W.: „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“, Dissertation, Universität Hamburg 1999.

Kapitals ersetzt: $\rho_S = \rho_{Si} = \rho_{S_{it}}$. Die Gleichung (19) lässt sich dann wie folgt schreiben:⁴⁷⁾

$$\Delta_1 \ln TFP_{it} = \lambda + \rho_S \frac{FE_{it-1}}{Y_{it}} \Delta_1 \ln FE_{it-1} \quad (20)$$

Die erste Differenz (Δ_1) der Logarithmen des F&E-Kapitals entspricht approximativ der Wachstumsrate des F&E-Kapitals ($\partial \ln FE / \partial t \approx \Delta_1 \ln FE$). Hieraus ergibt sich folgende Schätzgleichung:

$$\Delta_1 \ln TFP_{it} = \lambda + \rho_S \frac{\Delta_1 FE_{it-1}}{Y_{it}} + v_{it}, \quad (21)$$

mit $v_{it} = u_{it} - u_{it-1}$

$$\text{und } \Delta_1 FE_{it-1} = I_{Fit-1} - \delta_F FE_{it-2}$$

Die Wachstumsrate der Totalen Faktorproduktivität wird demnach bestimmt durch den exogenen technischen Wandel und durch die F&E-Intensität. Die F&E-Intensität ist dabei definiert als das Verhältnis von (realen) Netto-F&E-Aufwendungen zu (realem) Produktionswert. In die Schätzgleichung wird wieder die Variable (cu) aufgenommen, welche die branchenspezifischen Auslastungsschwankungen repräsentiert. Hierdurch soll die eventuell vorhandene (pro-)zyklische Entwicklung der Totalen Faktorproduktivität kontrolliert werden.

Die Gleichung (21) wird mit kurzen und langen Differenzen geschätzt. Durch die Schätzung mit kurzen Differenzen können Messfehler in den Daten stärker betont werden. Die Schätzung mit langen Differenzen führt dazu, dass der Einfluss seriell unkorrelierter Messfehler abnimmt.⁴⁸⁾ Die Ergebnisse der Schätzung sind in der Tabelle 2 ausgewiesen. Das korrigierte Bestimmtheitsmaß ist relativ niedrig, was darauf hindeutet, dass wesentliche Einflüsse, welche die Wachstumsrate der TFP beeinflussen, durch die Schätzgleichung nicht erfasst werden. Bei einer angenehmen Abschreibungsrate des F&E-Kapitals von 15% liegt der Schätzwert der Grenzproduktivität bei etwa 0,3. Allerdings ist der Koeffizient ρ_S erst für längere Differenzen signifikant von null verschieden. Die gleiche Schätzung wird nochmals mit einer unterstellten Abschreibungsrate von 5% durchgeführt (siehe untere Hälfte der Tabelle 2). Die Schätzwerte der Grenzproduktivität sind ebenfalls nur für längere Differenzen signifikant und deuten auf eine Grenzproduktivität des F&E-Kapitals in Höhe von 0,19 hin.

Die Ergebnisse dieser Schätzung lassen sich mit den Ergebnissen der Schätzungen der vorhergehenden Abschnitte vergleichen. Aus der geschätzten Produktionselastizität des F&E-Kapitals lässt sich dessen Grenzproduktivität berechnen, indem erstere mit der Durchschnittsproduktivität des F&E-Kapitals (Y/FE) multipliziert wird.⁴⁹⁾ Beispielsweise ergibt sich aus der Between-Schätzung unter der Annahme konstanter Skalenerträge eine Grenzproduktivität des F&E-Kapitals in Höhe von

0,303. Diese stimmt näherungsweise mit den in der oberen Hälfte der Tabelle 2 ausgewiesenen Schätzwerten der Grenzproduktivität des F&E-Kapitals überein.⁵⁰⁾ Obwohl diesen Ansätzen unterschiedliche Annahmen zugrunde liegen (konstante Produktionselastizität vs. konstante Grenzproduktivität), ist die Höhe der ermittelten Grenzproduktivitäten recht ähnlich.

Tabelle 2: Ergebnisse der Schätzung der TFP-Gleichung – kurze und lange Differenzen mit unterschiedlichen Abschreibungsrate des F&E-Kapitals

Parameter	Abhängige Variable: $\Delta_1 \ln TFP$				
	Δ_1	Δ_2	Δ_3	Δ_4	Δ_5
$\delta_F = 15\%$					
λ	0,003** (2,83)	0,006** (3,77)	0,011** (4,92)	0,015** (4,91)	0,017** (4,68)
ρ_S	0,282 (1,08)	0,334 (1,85)	0,303* (2,02)	0,307* (2,22)	0,348** (2,65)
cu	0,155** (5,29)	0,152** (5,12)	0,142** (4,13)	0,148** (3,42)	0,148** (3,23)
$R^2_{\text{korrigiert}}$	0,116	0,132	0,108	0,088	0,073
Standardfehler ..	[0,019]	[0,026]	[0,031]	[0,035]	[0,039]
$\delta_F = 5\%$					
λ	0,003* (2,42)	0,006** (3,23)	0,010** (4,19)	0,013** (4,22)	0,016** (4,11)
ρ_S	0,174 (1,42)	0,190* (2,24)	0,187** (2,59)	0,184** (2,74)	0,190** (3,09)
cu	0,156** (5,34)	0,152** (5,15)	0,143** (4,14)	0,150** (3,43)	0,151** (3,27)
$R^2_{\text{korrigiert}}$	0,111	0,134	0,114	0,097	0,084
Standardfehler ..	[0,019]	[0,026]	[0,031]	[0,035]	[0,040]
NOB	299	276	253	230	207

Anmerkungen: Signifikanzniveau für die Ablehnung der Nullhypothese: * = 5%, ** = 1%. Die Zahlen in runden Klammern sind die t-Werte. Diese wurden anhand von Standardabweichungen berechnet, die bezüglich Heteroskadasizität robust sind [White, (1980)]. Die Zahlen in den eckigen Klammern sind die Standardfehler der Regression. NOB = Zahl der Beobachtungen. Die F&E-Intensität wird wie folgt berechnet: $(FE_{t-1} - FE_{t-2})/Y_{t-1}$.

Die Interpretation des geschätzten Koeffizienten der F&E-Intensität (Gleichung 21) ist allerdings nicht ganz eindeutig. Auf Grund der theoretischen Überlegungen erfasst der Koeffizient die „übernormalen“ bzw. die sozialen Erträge des F&E-Kapitals. Diese Interpretation wird von einigen Autoren kritisiert. Mairesse und Sassenou⁵¹⁾ weisen darauf hin, dass diese Interpretation für Querschnittsanalysen am ehesten zutreffend ist. Dies ist dadurch zu erklären, dass die gemessene Produktivitätsentwicklung mit und ohne Berücksichtigung der F&E recht ähnlich verläuft. Regressionen, die den Längsschnittcharakter betonen, messen deshalb eher die gesamten Erträge der F&E. Auch die Ergebnisse dieser Schätzung deuten darauf hin, dass die geschätzten Koeffizienten die gesamten Erträge des F&E-Kapitals erfassen. Between-Schätzungen führen nicht zu signifikanten Ergebnissen.⁵²⁾

Zusammenfassung

In diesem Beitrag werden die Produktivitätseffekte des F&E-Kapitals für die Wirtschaftsbereiche des Verarbeiten-

47) Auch wenn das soziale Grenzprodukt nicht für alle Wirtschaftsbereiche identisch ist, kann ρ_S dennoch ein konsistenter Schätzer für das durchschnittliche soziale Grenzprodukt sein. Siehe Griliches, Z./Lichtenberg F.: "R&D and Productivity Growth at the Industry Level: Is there Still a Relationship?" in Griliches, Z. (Hrsg.): "R&D, Patents, and Productivity", Chicago 1984, S. 475.

48) Siehe Harhoff, D.: "R&D and Productivity in German Manufacturing Firms" in Economics of Innovation and New Technology, Vol. 6, 1998, S. 29 ff.

49) Es wird an den Mittelwerten des Samples approximiert.

50) Auch bei einer unterstellten Abschreibungsrate von 5% sind die Ergebnisse der beiden Ansätze recht ähnlich. Siehe Bönnte, W.: „Der Einfluss industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“, Dissertation, Universität Hamburg 1999.

51) Siehe Mairesse, J./Sassenou, M.: "R&D and Productivity at the Firm Level" in Science-Technology-Industry Review, No. 8, 1991, S. 317 ff.

52) Auf eine Darstellung der Ergebnisse wird verzichtet.

den Gewerbes der Bundesrepublik Deutschland quantifiziert. Die empirischen Analysen liefern die folgenden Ergebnisse:

Die Schätzwerte der Produktionselastizität des F&E-Kapitals liegen zwischen 0,031 und 0,042. Eine Erhöhung des F&E-Kapitals um 1% führt danach zu einer Erhöhung des realen Produktionswertes um 0,03 bis 0,04%. Die geschätzte Grenzproduktivität des F&E-Kapitals, die sich aus den verschiedenen Schätzansätzen und für verschiedene Abschreibungsraten des F&E-Kapitals ergibt, liegt zwischen 0,2 und 0,3. Diese Werte liegen im Vergleich mit den Ergebnissen anderer empirischer Studien eher im unteren Bereich.

Empirische Evidenz für „*übernormale*“ Erträge des F&E-Kapitals auf Branchenebene bzw. intraindustrielle F&E-Spillover kann aus den Schätzergebnissen nicht abgeleitet werden. Falls intraindustrielle F&E-Spillover existieren, dann sollten sich *ceteris paribus* auf höheren Aggregationsebenen höhere Grenzproduktivitäten des F&E-Kapitals beobachten lassen als auf Unternehmensebene. Als Vergleichsmaßstab für die Ergebnisse dieser Untersuchung können die Ergebnisse der Studie von Harhoff⁵³⁾ herangezogen werden. Ein Vergleich zeigt, dass sich auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche keine höheren Grenzproduktivitäten feststellen lassen als auf Unternehmensebene.

Gegen die hier verwendeten Ansätze kann eingewandt werden, dass die ihnen zugrunde liegenden Annahmen viel zu restriktiv seien, als dass sie die komplexe Realität erfassen könnten. Insbesondere die Tatsache, dass hier die Akkumulation von Wissen in gleicher Weise modelliert wird wie die Akkumulation von physischem Kapital, gibt Anlass zur Kritik. Möglicherweise führt dies zu einer Unterschätzung der Produktivitätseffekte industrieller F&E. In jüngster Zeit haben Klette und Johansen⁵⁴⁾ einen neuen Ansatz vorgeschlagen, der einige der restriktiven Annahmen des hier verwendeten Ansatzes aufhebt. Allerdings liegen die von ihnen mit Hilfe ihres Ansatzes ermittelten Schätzwerte für die Grenzproduktivität industrieller F&E sogar noch niedriger als die Schätzwerte des hier verwendeten Ansatzes.

Zukünftige empirische Forschung sollte bei einer verbesserten Modellierung der Bestimmungsgründe und der Auswirkungen industrieller F&E ansetzen. Die neueren Entwicklungen in der Industrieökonomik sowie die mittlerweile vorhandenen Innovationsdaten von Unternehmen bieten hier zahlreiche Ansatzpunkte. ■

53) Siehe Fußnote 48.

54) Siehe Klette, T. J./Johansen, F.: "Accumulation of R&D Capital and Dynamic Firm Performance: A Not-So-Fixed Effect Model" in Encaoua, E./Hall, B. H./Laisney, F./Mairesse, J. (Hrsg.): "The Economics and Econometrics of Innovation", Boston, Dordrecht, London 2000.

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Neue Ökonomie und amtliche Statistik	3	165
Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin	4	245
Transport lebender Tiere	3	187
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Bevölkerung		
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050	1	22
Ehescheidungen 1999	4	253
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Gewerbeanzeigen 2000	4	295
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Weinbau in Deutschland 1999	1	30
Produzierendes Gewerbe		
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	2	87
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2000	3	181
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000	4	263
Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO	4	268
Außenhandel		
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet	2	102
Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelergebnisse	1	46
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000	2	97
Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern	4	277
Verkehr		
Transport lebender Tiere	3	187
Gewerblicher Luftverkehr 2000	4	289
Gesundheitswesen		
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Sozialleistungen		
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109

Finanzen und Steuern

Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes	2	116
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Öffentliche Finanzen 2000	4	303

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2	2	121
--	---	-----

Löhne und Gehälter

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
--	---	----

Preise

Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Preisentwicklung im Jahr 2000	2	138
Preise im Februar 2001	3	221
März 2001	4	308

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt 2000	1	11
---------------------------------	---	----

Umwelt

Statistik über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	3	217
--	---	-----

Gastbeiträge

Konsistente empirische Modelle der Geldnachfrage	3	225
Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung?	4	312

Historische Aufsätze

100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik	1	64
---	---	----

Veröffentlichungen¹⁾ vom 24. März 2001 bis 20. April 2001

■ Zusammenfassende Veröffentlichungen		DM	EUR	Fachserie 11: Bildung und Kultur		DM	EUR
Wirtschaft und Statistik, März 2001		21,70	11,10	Reihe 4.1	Studierende an Hochschulen, Wintersemester 2000/2001 (Vorbericht)	18,20	9,31
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, September 2000		13,50	6,90	Fachserie 12: Gesundheitswesen			
Verkehr aktuell, März 2001		15,40	7,87	S. 2	Ausgaben für Gesundheit 1970 bis 1998	24,30	12,42
Band 16 der Schriftenreihe „Spektrum Bundesstatistik“: Chain Indizes – A Study in Price Index Theory		38,80	19,84	Fachserie 14: Finanzen und Steuern			
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten				Reihe 3.4	Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1998	31,50	16,11
Reihe 5	Gewerbeanzeigen, November 2000	8,70	4,45	Reihe 9.2.1	Absatz von Bier, Februar 2001	3,40	1,74
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen			
Reihe 3.2.1	Wachstum und Ernte – Gemüse –, Heft 11/2000	8,70	4,45	Heft 6	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Einkommensverteilung in Deutschland	24,30	12,42
Reihe 3.2.1	Wachstum und Ernte – Trauben –, Heft 14/2000	8,70	4,45	Fachserie 16: Löhne und Gehälter			
Reihe 3.1.7	Landwirtschaftliche Bodennutzung – Baumschulen, Baumschulflächen und Pflanzenbestände – 2000	11,-	5,62	Reihe 2.1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe, Juli 2000	31,50	16,11
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe				Reihe 2.2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Juli 2000	31,50	16,11
Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, Januar 2001	13,50	6,90	Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Juli 2000	13,50	6,90
Reihe 4.2.4	Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	31,50	16,11	Fachserie 17: Preise			
Reihe 7.1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk, 4. Vierteljahr 2000	5,20	2,66	Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Februar 2001	11,-	5,62
Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), 4. Vierteljahr 2000	24,30	12,42	Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, Februar 2001	8,70	4,45
Reihe 8.1	Februar 2001	11,-	5,62	Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, März 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus				Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Februar 2001	18,20	9,31
Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen), Januar 2001	11,-	5,62	Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Februar 2001	8,70	4,45
Reihe 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen), Januar 2001	8,70	4,45	Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, Februar 2001	11,-	5,62
Reihe 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Januar 2001	13,50	6,90	Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen			
Fachserie 7: Außenhandel				Reihe 1.2	Konten und Standardtabellen 2000 (Vorbericht)	31,50	16,11
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Dezember 2000	13,50	6,90	■ Fremdsprachige Veröffentlichungen			
Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Dezember und Jahr 2000	50,20	25,67	Tendenzen der Agrarstatistik, Band 10 der Schriftenreihe „Statistische Beiträge“ in russischer Sprache			
Fachserie 8: Verkehr						23,80	12,17
Reihe 3	Straßenpersonenverkehr, 4. Vierteljahr 2000	13,50	6,90				
Reihe 6	Luftverkehr, Januar 2001	18,20	9,31				
Reihe 7	Verkehrsunfälle, Dezember und Jahr 2000	11,-	5,62				

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (07071) 935350, Telefax (07071) 935335. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.